DM 10,– Nr. 1 Januar 1995 E 8080 E

CODE

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Bonn:
Neue Nachweise für die Ermordung Barschels

Der bevorstehende Fall des Hauses Windsor und die Verflechtungen des königlichen Trusts

Naher Osten
Britannien gegen den Nahost-Friedensplan

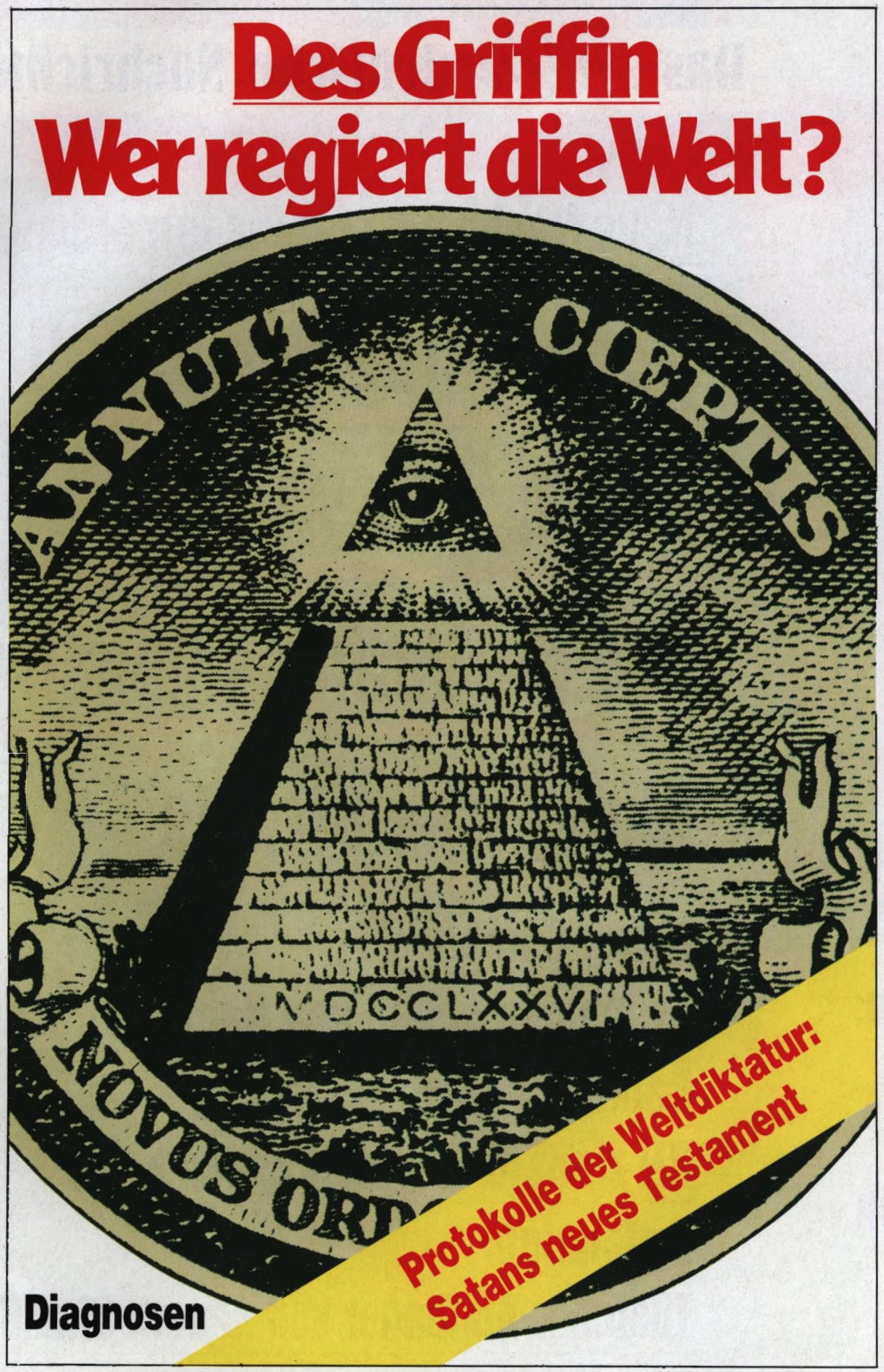
Balkan:
UN zieht für Serbien in den Krieg

Britannien:
Thatcher-Anhänger von neuem Skandal geschüttelt

Nigeria:
Abiola und das ITT-Establishment

Britannien:
Das Spiel der Oligarchen geht um Menschen und Tiere

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 25,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-71229 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel
Verlagsauslieferung: SPS-Verlagsservice GmbH, D-56020 Koblenz
Telefon 02 61/8 07 06-0, Telex 862 662, Telefax 02 61/8 07 06 54

JEDEN MONAT NEU!

CODE

Leser werben Leser +++ Leser

Lieber Leser,

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der etablierten Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders verpflichtet.

CODE widmet sich eingehend Themen, die sich mit der Diskussion um den Standort Deutschland beschäftigen.

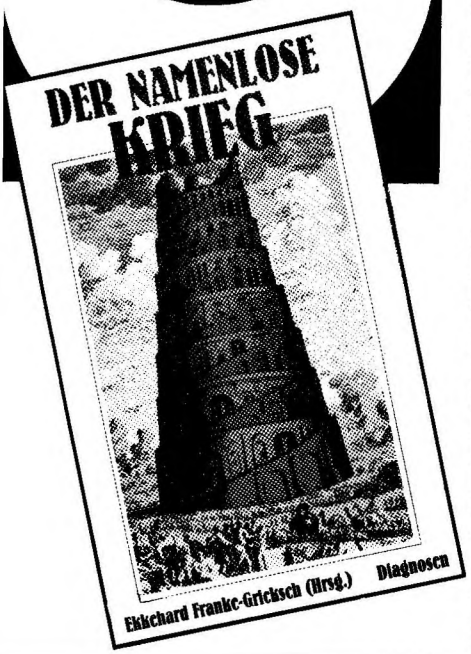
CODE möchte mit seinen Analysen, Berichten und Kommentaren dazu beitragen, daß Deutschland im internationalen Wettbewerb nicht zu einer erstarrenden Gesellschaft wird.

CODE kann vorerst nur im Abonnement bezogen werden.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene, kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreise Ihrer Familie, Ihrer Freunde, Bekannten und Kollegen Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühen möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten vermitteln, der noch nicht Bezieher von **CODE** ist oder war, erhalten Sie kostenlos als **Dankeschön das Buch „Der namenlose Krieg“**.

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen



Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-71229 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab _____
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementpreis von 90.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

☐ Jährlich DM 90.–

☐ Zweimal jährlich jeweils DM 45.–

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Deutschland

57 FDP auf Haider-Kurs?

60 Neue Beweise für die Ermordung Barschels

Vor sieben Jahren hat sich in der Politik der deutschen Nachkriegsgeschichte eine der ominösesten Affairen abgespielt, als der Leichnam des CDU-Politikers Uwe Barschel in der Badewanne eines Genfer Hotels aufgefunden wurde. Nach tagelangem Hin und Her über die Frage, ob es ein Mord oder ein Selbstmord gewesen ist, erklärte man den Tod zum »Selbstmord«.

62 Justiz soll für Änderung der Staatsordnung mißbraucht werden

Wirtschaft

8 Bush und Thatcher propagieren Voodoo-Wirtschaft

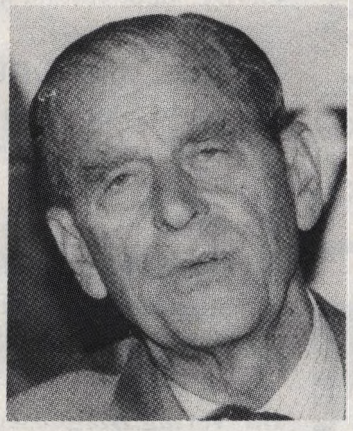
Die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher bereist Indien im Rahmen einer Vortragsreise der Citibank Asian Leadership und forderte, daß Indien rasch extreme Freihandels-»Wirtschaftsreformen« nach dem hervorragenden Modell Großbritanniens durchführen solle.

10 Abiola und das ITT-Establishment

Internationales

14 Der bevorstehende Fall des Hauses Windsor

»Falls ich reinkarniert werde, möchte ich als tödlicher Virus zurückkehren, um zur Lösung des Problems der Überbevölkerung beizutragen«, eine bezeichnende Äußerung von Prinz Philip, Herzog von Windsor.



Prinz Philip Mountbatten, Herzog von Edinburgh, führt einen Trust, der auf einen Wert von zehn Billionen Dollar geschätzt wird.

17 »1001-Club« – ein Naturschutz-Trust

Die Mitgliedschaft im »1001-Club«, der im Jahr 1971 von Prinz Bernhard der Niederlanden gegründet wurde, ist auf 1001 Personen beschränkt und erfolgt nur auf Einladung. Sämtliche Mitglieder bezahlen eine Aufnahmegebühr von 10 000 Dollar, die in einen Zehn-Millionen-Dollar-Trust fließen, mit dem die Aktivitäten des World Wildlife Fund finanziert werden.

19 Prinz Philips königlicher Trust

20 Wer ist Wer in Prinz Philips königlichem Trust

23 Der WWF – Rassenkunde und Weltregierung

24 Die Verflechtungen des königlichen Trusts

26 Prinz Philips mörderische Weltsicht

29 Afrikas Nationalparks als Vorwand für Destabilisierung

32 Die Politik des World Wide Fund for Nature

34 Das Spiel der Oligarchen geht um Menschen und Tiere

40 Der Dynastie-Kreislauf schließt sich

46 Rußlandreise als jüngstes Windsor-Fiasko

9. Jahrgang Nr. 1 Januar 1995

47 Thatcher-Anhänger von neuem Skandal geschüttelt
Die Delegierten am ersten Tag der Jahreskonferenz der britischen konservativen Partei konnten die Erklärung eines Beraters der früheren Premierministerin Margaret Thatcher kaum glauben, daß eine »umfangreiche zahnärztliche Behandlung« der Grund für ihr elendes Aussehen sei.

Die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher hat Ärger mit ihrem Sohn, der in der Amtszeit seiner Mutter mit Waffengeschäften ein Vermögen gemacht hat.

50 William Baar und die Bush-Clique bei Dope Inc.
Der frühere US-Präsident George Bush, der zuvor Chef des CIA war, kommt immer stärker in Verdacht als Geheimdienstchef in den Drogen- und Waffenhandel verstrickt gewesen zu sein.

George Bush, als CIA-Chef und später als US-Präsident, war an vielen verhängnisvollen Geheimoperationen beteiligt.

54 UN zieht für Serbien in den Krieg

56 Britanniens Widerstand gegen den Friedensplan im Nahen Osten

Ständige Rubriken

6 Banker-Journal
IFO-Institut fordert Spekulationssteuer; Rubelkrise erschüttert Fassade der Stabilität; UNO-Vertreter fordert keine weiteren Waffenverkäufe an Afrika; Die anglophilen Neigungen der Deutschen Bank; Das Erdöl am Kaspischen Meer; Deutsche Bank und Derivate; Angriff auf »angelsächsische Spekulation«; Peking warnt vor »Schwarzem Freitag«.

12 Europa-Journal
Militärskandal erschüttert Rußland; Wovor de Gaulle und Rueff warnten; Politische Zerreißprobe in Frankreich; Rüstungsindustrie vor wichtigen Schritten; Greift UNO in Algerien ein?; Globaler Konflikt Britannien/USA; Bald Labour-Regierung in England?

48 Hintergrund-Journal
Frieden durch Entwicklung; US-Außenministerium im Dienste des British Foreign Office?; Geheimdienste und der Sonnentempler-Orden; Neue Golfkrise aufgebauscht; Nach Aristides Rückkehr droht Bürgerkrieg; Vertrauter des neuen mexikanischen Präsidenten ermordet; Trilaterale trafen sich in Österreich.

58 Deutschland-Journal
Schwarz-Grün kommt in Mode; Attacken gegen das Bankgeheimnis.

61 Impressum

64 Vertrauliches
Die Kongreßwahlen vom 8. November; Gingrich, Gramm und die Mont-Pélérin-Gesellschaft; London deckt serbische Eroberungen; Front gegen USA und Deutschland; Anglo-französische »Entente« formiert sich; Frankreich Institutionen vor »Implosion«.

66 Zu guter Letzt
Auch das Sparschwein ist ein Haustier; Ozonwarnungen werden sehr ernst genommen.

Rubelkrise erschüttert Fassade der Stabilität

Die Rubelkrise hat den Eindruck scheinbarer Stabilität in Rußland, den die Regierung Jelzin und die internationalen Medien in den letzten Monaten zu erwecken versuchten, nachhaltig zerstört. Die Entlassung des geschäftsführenden Finanzministers Dubinin, der Rücktritt des Zentralbankchefs Geratschenko und das für den 21. Oktober in der Staatsduma geplante Vertrauensvotum sind Vorboten einer noch weit schwerwiegenderen Krise.

Der Rubelkollaps gab den Anstoß zu einem neuerlichen Inflationsschub. Viele Grundnahrungsmittel wurden in wenigen Tagen um 100 Prozent teurer. Gleichzeitig setzten Panikkäufe ein. Nach drei Jahren Schocktherapie kann die Bevölkerung keinen weiteren »Schock« mehr verkraften, zumal viele Beschäftigte seit Monaten keinen Lohn erhalten haben. Soziale Unruhen und politische Erschütterungen sind vorprogrammiert.

Die Lähmung der Regierung und des Präsidenten haben die Lage noch verschärft. Die Rubelkrise existiert nicht erst seit dem »Schwarzen Freitag« vom 11. Oktober. Sie war vielmehr seit dem Bankrott des »Investmentfonds« MMM im Juli vorprogrammiert und absehbar. Dieser Zusammenbruch des größten privaten Spekulationsfonds brachte andere, ähnlich operierende Fonds in Bedrängnis. Sie versuchten mit Devisenspekulationen zu Lasten des Rubels frische Gewinne zu machen. Bereits in den zwei Monaten vor dem jetzigen Rubelkollaps war die russische Währung gegenüber dem Dollar auf 3000 gefallen, ohne daß die Regierung eingeschritten wäre. Für die jetzige »Stabilisierungsaktion«, die den Rubel gegenüber dem Dollar wieder auf einen Stand von 3000:1 brachte, mußte die Regierung fast sämtliche Devisenreserven opfern. □

Die anglophilen Neigungen der Deutschen Bank

Als Ronaldo Schmitz, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, die Gründe erläuterte, warum das größte deutsche Finanzinstitut sein gesamtes Investmentgeschäft in einem neuen Londoner Ableger konzentrieren wolle, meinte er, diese Entscheidung werde der Deutschen Bank eine »andere Kultur« verleihen und »andere Dinge beschleunigen, die wir tun«.

Nach dem jüngsten Debakel der Deutschen Bank mit führenden deutschen Industrieunternehmen (Metallgesellschaft, Schneider, Deckel-Maho usw.), bei dem die beiden deutschen Morgan-Grenfell-Vorstände Ronaldo Schmitz und Rolf-E. Breuer eine unrühmliche Rolle spielten, und nachdem das Institutional Investors Team der Deutschen Bank nach den Bundestagswahlen zum Verkauf deutscher Aktien geraten hatten, hat diese letzte Entscheidung in Bundesbankkreisen zu heftigen Reaktionen geführt. Der Umzug nach London habe verheerende symbolische Wirkungen auf den Finanzplatz Frankfurt und wecke Zweifel an der »Loyalität« der Deutschen Bank. □

IFO-Institut fordert Spekulationssteuer

Das IFO-Institut in München hat eine höchst bemerkenswerte Studie mit dem Titel »Schwachstellen des Weltwährungssystems und Möglichkeiten zu ihrer Beseitigung« vorgelegt, in der verschiedene Alternativen für eine stufenweise »Trockenlegung« der Spekulation an den Devisenmärkten vorgeschlagen werden. Die entscheidende »Schwachstelle« sieht das IFO-Institut in den besonders hohen täglichen Wechselkursschwankungen der führenden Währungen Dollar, DM und Yen. Dagegen erscheine selbst das heutige Europäische Währungssystem mit seinen weiten Bandbreiten als Hort der Stabilität.

So wird etwa darauf hingewiesen, daß die Streuung des DM/Dollar-Kurses in der ersten Jahreshälfte 1994 fast sechsmal so hoch war wie die des DM/Franc-Kurses. Die Ursache hierfür ist unschwer auszumachen: Die Wechselkurse werden »durch die Spekulation verzerrt«.

Auch beim IFO-Institut hat sich mittlerweile herumgesprochen: »Die Spekulation dominiert heute eindeutig die Umsätze an den Devisenmärkten: Nur knapp zwei Prozent der Devisenmarktumsätze sind durch Gütertransaktionen und maximal zehn Prozent durch langfristige Kapitalverkehrstransaktionen zu erklären. Die restlichen Umsätze werden aus spekulativen Gründen getätigt.«

Zudem hätten bei der internationalen Spekulation heute die sogenannten »Chartisten« die Oberhand gewonnen, welche stets mit dem Trend spekulieren. Aus geringfügigen Fluktuationen werden dann schnell dramatische Kursveränderungen. Diese rein spekulativ bedingten Kursschwankungen, so das IFO-Papier, sind »mit langfristigen Wohlfahrtseinbußen für die betroffenen Volkswirtschaften verbunden... In Großbritannien vernichtete die reale Überbewertung des Pfund Sterling zu Beginn der achtziger Jahre unnötigerweise auf weiten Gebieten die Produktionskapazitäten in der gewerblichen Wirtschaft, und auch die Vereinigten Staaten hatten nach der Überbewertung des Dollar Mitte der achtziger Jahre große Probleme mit der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer gewerblichen Wirtschaft«.

Auch kurzfristige Wechselkursschwankungen seien »wohlfahrtsverschlechternd«: Aufgrund von Wechselkursrisiken werden Investitionen unterlassen. Obendrein verlangen Kreditgeber »wegen dieser Unsicherheit einen Risikozuschlag in Form höherer Zinsen«.

Das wirksamste Mittel zur Behebung dieser Probleme, sagt die IFO-Studie, sei das »Austrocknen« der Devisenmärkte und die Zurückdrängung der Devisenmärkte« in ihre originäre Funktion, den internationalen Tausch von Gütern und Kapital reibungslos zu ermöglichen«. Als mögliche Maßnahmen werden genannt: »eine Steuer für Devisenmarktumsätze (Tobin-Steuer) und Kapitalverkehrsbeschränkungen«. Sonst bestehe die Gefahr, daß die Zentralbank durch die immense spekulative Liquidität einfach überrollt würden. Immerhin übertreffe das Volumen des Geldmarktes in den USA mit knapp 2400 Milliarden Dollar bereits das Volumen aller Kredite der US-Notenbank an den Bankensektor mit 300 Milliarden DM um das Achtfache (Jahresmitte 1993).

Offenbar gebe es auf dem Feld der Wechselkurspolitik erheblichen politischen Handlungsbedarf, den man »vielleicht besser als Nachholbedarf« bezeichnen könne. Ferner wird ein »Zwang zur Hinterlegung von Sicherheiten bei der Notenbank (Mindestreserven) bei Devisentransaktionen« empfohlen. Denn damit könne »den aufgeblähten Devisenmärkten etwas die Luft abgelassen werden«, heißt es weiter. □

UNO-Vertreter fordert keine weiteren Waffenverkäufe an Afrika

James Speth, der Direktor des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), hat vorgeschlagen, in den nächsten drei Jahren sämtliche Waffenverkäufe und jegliche Militärhilfe an Afrika langsam auslaufen zu lassen. Er forderte dies bei einem Treffen des Afrikanisch-Amerikanischen Instituts, wo die Afrikapolitik der USA zum größten Teil gemacht wird.

Die Militärhilfe, so sagte er, sollte am dringendsten für die Länder eingestellt werden, die sich am Rande eines Konflikts befinden wie Burundi, Zaire, Kamerun, Nigeria und Algerien. Speth sagte, Kriege machten sich lustig über Entwicklungsbemühungen, weil sie Ressourcen aufbrauchen, die »sonst in die Ausbildung, das Gesundheitswesen, den Wohnungsbau und andere Entwicklungsbereiche gesteckt würden«. Die Tatsache, daß ein Verbot von Waffenverkäufen nicht die Ursachen der Kriege bekämpft und auch nicht dazu beitragen wird, sie zu stoppen, wurde von ihm nicht erwähnt.

Speth sagte auch, die UNDP arbeite an einem Vorschlag, der Länder, denen Schulden erlassen werden, verpflichten würde, mindestens 25 % des Schuldenerlasses für Programme einzusetzen, die den Ärmsten in der Gesellschaft gewidmet sind. □

Das Erdöl am Kaspischen Meer

Die Großregion um das Kaspische Meer verfügt nach Aussagen von Insidern der Ölwirtschaft über unerschlossene Erdöl- und Erdgasvorkommen, die sie zur »arabischen Halbinsel des 21. Jahrhunderts« machen könnten. Die Region umfaßt das aserbeidschanische Gebiet um Baku, »Offshore« und zu Land, die Tengis-Region in Kasachstan und unerschlossene Öl- und Gasprovinzen in Turkmenistan. Die russische Ölgesellschaft Lukoil besitzt einen Anteil von 25 Prozent bei der aserbeidschanischen Ölentwicklung, aber die russischen Mittel reichen finanziell und technisch nicht aus, die großen Felder zu erschließen. Daher haben westliche Unternehmen wie BP, Chevron und Amoco eine größere Rolle übernommen. Die russische Regierung - Ministerpräsident Tschernomyrdin ist eng mit der Ölindustrie verbunden - setzt sich dafür ein, daß die Öl- und Gas-Pipelines vom Kaspischen Meer nach Westeuropa über russisches Territorium zum Schwarzmeerhafen Nowossibirsk und nicht über die Türkei oder den Iran gelegt werden. Damit hätte Rußland eine Teilkontrolle über das Öl am Kaspischen Meer.

Über die Route der Pipeline von den großen, von Chevron entwickelten Ölfeldern von Tengis in Kasachstan ist bereits ein Streit ausgebrochen. Eine vom holländischen Ölhändler John Deuss und von T.G. Shackley geführte Gruppe, die über Deuss' Oman Oil Co. agiert, besteht auf einer Pipeline nach Baku über Iran und die Türkei. Die Oman Oil Co. ist offizieller Berater Kasachstans bei den Verhandlungen mit Chevron, weil sie angeblich Ende 1991 die Regierung Nasarbajew während des Zusammenbruchs der Sowjetunion mit einem Kredit von 100 Millionen Dollar stabilisieren half. Shackley und Deuss stehen in allerlei Geschäftsbeziehungen zu Henry Kissinger. □

Deutsche Bank und Derivate

Wie aus verläßlichen Quellen verlautet, versucht die Deutsche Bank derzeit mit allen Mitteln, eine neue Ära der Derivatenspekulation einzuleiten, indem sie zahlreichen Kommunen empfiehlt, Swap-Verträge von der Deutschen Bank zu kaufen, um so die erdrückende Schuldenlast abbauen zu helfen. Der erste solche Fall ging auf eine Entscheidung des bayerischen Innenministeriums zurück, der Stadt München den Einstieg ins Swap-Geschäft zu gestatten. Pro Jahr sollen jetzt die festen Zinszahlungen für 500 Millionen DM städtische Schulden gegen die Zinszahlungen mit gleitendem Zinssatz irgendwelcher Partner »getauscht« werden.

Mit aggressiven Geschäftsmethoden wollen die Privatbanken die Münchener Stadtväter davon überzeugen, daß sie damit ein gutes Geschäft machen. Indessen wird München in Wirklichkeit eine beträchtliche Gebühr an die Deutsche Bank zu zahlen haben, und das für einen Swap-Kontrakt, der bestenfalls zu Einsparungen von einigen hunderttausend DM führt und schlimmstenfalls die Stadt München in ein Gestrüpp von Rechtsstreitigkeiten verstrickt und ihr bei plötzlichen Zinserhöhungen auf den internationalen Märkten in den kommenden fünf Jahren deutlich höhere Zinskosten beschert. Die Deutsche Bank will offenbar zum Marktführer im massiv expandierenden Derivatmarkt werden.

Vor einem Treffen europäischer Bankiers am 18. November 1994 in Frankfurt erklärte der Vorstandssprecher der Deutschen Bank Hilmar Kopper, Deutschland habe einen Nachholbedarf im Bereich der Finanzderivate, wo es genügend Raum für Wachstum gebe. Unerwähnt ließ Kopper allerdings die kolossalen derivatbedingten Pleiten der letzten Zeit, unter anderem die der Metallgesellschaft, bei der die Deutsche Bank Hauptaktionär ist sowie der Balsam AG. Die Entscheidung der führenden deutschen Großbank, überhaupt in die Derivatmärkte einzusteigen, liegt erst wenige Jahre zurück. □

Angriff auf »angelsächsische Spekulation«

Auf einem Treffen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Frankfurt erklärte der Chef der französischen Großbank Crédit Lyonnais Jean Peyrelevade, die angelsächsischen Länder seien mit der Deregulierung der Finanzmärkte zu weit gegangen. Daraus habe sich eine brisante Situation auf den internationalen Finanzmärkten entwickelt. Dies gefährde auch die Währungspolitik Frankreichs und Deutschlands. Peyrelevade befürworte regulative Maßnahmen, doch vielleicht müsse das System erst zusammenbrechen, bevor man die Risiken ernst nehme. □

Peking warnt vor »Schwarzem Freitag«

Chinas Ministerpräsident Li Peng hat bei einer Zusammenkunft mit den Herausgebern des »Wall Street Journal« vor einem neuen »Schwarzen Freitag« in den USA gewarnt. Wenn die chinesische Währung konvertibel sei, »würde ein neuerlicher ›Schwarzer Freitag‹ auch China schädigen. Daher wird dies nicht so bald geschehen.« China habe Anfang der achtziger Jahre umfangreiche Kredite vor allem in Japan aufgenommen. Aufgrund des Anstiegs des Yen gegenüber dem Dollar um das 3,6fache müsse China jetzt fast das Dreifache des damaligen Betrages zurückzahlen.

Am 16. November 1994 zog das Wall Street-Finanzhaus Lehman Brothers vor Gericht, um angebliche Geldforderungen gegenüber den drei größten chinesischen Handelsgesellschaften einzutreiben, die sich unter Anleitung von Lehman Brothers im Devisen- und Swaphandel verspekuliert hatten. Die Londoner Edelmetallbörse übt außerdem Druck auf das Hauptbüro der China International Trust and Investment Corporation (CITIC) aus, deren Niederlassung in Shanghai für 40 Millionen Dollar Schulden verantwortlich sein soll. Die Shanghaier Geschäfte waren verboten, und die betreffenden Händler sitzen bereits hinter Gittern, da die chinesischen Behörden seit dem Frühjahr verschärft gegen Spekulation vorgehen. Vizeministerpräsident Zhu Rongji erklärte, die chinesische Regierung sei »sehr verärgert« darüber, wie internationale Finanzhäuser chinesische Firmen in die Spekulation hineingezogen hätten.

Die Banken hatten den Firmen umfangreiche Kredite eingeräumt, da sie davon ausgingen, die chinesische Regierung werde im Falle von Verlusten mit Devisen einspringen. Chinas Weigerung, dies zu tun, könnte einen bedenklichen Präzedenzfall schaffen, sagte der Vorsitzende der Londoner Edelmetallbörse. Andere Banken wie Merrill Lynch, Goldman Sachs, Crédit Lyonnais Rouse, J.P. Morgan und Prudential Bache versuchen ebenfalls, Außenstände einzutreiben und drohen mit einer Einschränkung weiterer Kredite. Der Finanzier Li Ka-Shing aus Hongkong erklärte auf einem Handelsseminar in der Kronkolonie, die chinesische Regierung solle ihre Restriktionen fallen lassen, wenn sie neue Investitionen wolle. □

Asien

Bush und Thatcher propagieren Voodoo-Wirtschaft

Die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher bereiste Indien im Rahmen einer Vortragsreise der Citibank Asian Leadership und forderte, daß Indien rasch extreme Freihandels-»Wirtschaftsreformen« nach dem hervorragenden Modell Großbritanniens durchführen solle.

»Ihr (Indiens) Einfluß und Beispiel sind wichtig für die Zukunft«, sagte Mrs. Thatcher, die schon als Hexe bezeichnet wurde, die ihr eigenes Land, das einst eine Industrienation war, mit winkender Hand in einen Schrotthaufen verwandelt hat. »Rußland besitzt zwar die Demokratie, doch es kämpft um Wirtschaftsreformen; China besitzt zwar die Wirtschaftsreformen, doch es widersetzt sich der Demokratie. Doch Indien hat den Vorteil der Wirtschaftsreformen und ist eine etablierte Demokratie«, sagte sie vor einer Zuhörerschaft in Bombay.

Parameter für die »Neue Weltordnung«

Nachdem die Pest bereits begonnen hatte in dem Land zu wüten, beklagte Lady Thatcher, daß der indische Premierminister P.V. Narasimha Rao und Finanzminister Manmohan Singh viel zu langsam bei der Kürzung der Regierungsausgaben vorgehen würden - obwohl das Gesundheitsvorsorgebudget bereits um 42 Prozent gekürzt worden war, was den Weg für den Ausbruch der Seuche geebnet hat. Mrs. Thatcher forderte, daß Indien umgehend die öffentlichen Industriezweige und das Bankwesen privatisieren und die Gewerkschaften zerschlagen solle, um dies tun zu können.

»Wir mußten den Staat aus den laufenden Geschäften herausholen, für die er kein Talent und auch keinerlei Qualifikationen besitzt und durch unsere Privatisierung dem Management die Macht zum Managen geben«, sagte Mrs. Thatcher. »Ich weiß also, wie schwierig die Aufgaben sind, die sich Premierminister Rao stellen, und wie wichtig es für Indiens Zukunft ist, daß er Erfolg hat, so wie es für Großbritanniens Zukunft wichtig war, daß ich Erfolg hatte.«

Wie ein Public Relations-Vertreter der Citibank einem Journalisten erklärte, gehörte Mrs. Thatchers Reise zum Plan der Citibank, »die Parameter für die asiatische Führung in der neuen Weltordnung« festzulegen, was auch der Zweck der Asian Leadership Series ist. Mrs. Thatcher schließt bei dieser Vortragsreise für die Citibank auch ihr Protégé ein, den früheren amerikanischen Präsident George Bush.

Bush stellte vor einem Citibank-Publikum in Singapur vom 13. bis 15. April 1994 die gleichen Freihandelsforderungen und er sprach am 22. und 23. November in Sydney und Melbourne, Australien, und am 24. und 25. November in Djakarta, Indonesien, davon.
Der frühere westdeutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt ist gerade von einer Reise für die Citibank zurückgekehrt. Er hat vom 24. bis 31. Oktober 1994 Manila auf den Philippinen und Bangkok in Thailand besucht. James Baker – Außenminister unter Präsident George Bush – war am 7. und 8. November 1994 in Taipei, Taiwan.

Weitere Sprecher sind unter anderem Richard Cheney – Verteidigungsminister unter Präsident George Bush –, der post-industrielle Guru Alvin Toffler, der ehemalige UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar und Zbigniew Bzrezinski – nationaler Sicherheitsberater unter Präsident Carter –.

Thatchers »Internationale«

»Die Citibank Asian Leadership Series begann im Jahre 1992, um den 90. Geburtstag des Einzugs der Citibank in Asien zu feiern«, heißt es in Pressematerialien der Citibank. »Citibank – die führende Bank in Asien ... erzeugt öffentliches Interesse an der aufstrebenden Rolle Asiens – und die Parameter für die Führung Asiens in der neuen Weltordnung.«

Lady Thatcher hat auch Anfang des Jahres 1994 in Abu Dhabi und Dubai und 1993 in Singapur, Malaysia und Bangkok für die Citibank gesprochen. »Unsere Redner – Menschen wie Mrs. Thatcher – werden hoch bezahlt, weil sie so gesucht sind – wie Henry Kissinger«, sagte ein Pressevertreter der Citibank. Die Citibank zahlt ihren Rednern 25.000 Dollar pro Rede plus Spesen.

Hinzu kommt die von Carla Hills – Handelsrepräsentantin in der Regierung Bush – und anderen Bush-Größen im September 1994 abgehaltene Konferenz der Asia Society über Südasien, auf der extreme Privatisierungsmaßnahmen in der Region gefordert wurden. Es sieht so aus, als ob diese Thatcher-Anhänger weltweit dazu ausholen wollen, die Volkswirtschaften Asiens zugrundezurichten. Die Asia Society wird von der Familie Rockefeller und von Bushs gutem Freund Henry Kissinger geführt.

Die Gruppe um Carla Hills griff vor allem die staatliche Finanzierung von Infrastrukturprojekten an. Die Länder Südasiens »müssen ihre staatlichen Industrien privatisieren, die Kontrollbestimmungen über inländische und ausländische Kapitalinvestitionen aufheben, die Handelszölle abschaffen, die Arbeitsbestimmungen abschaffen, sämtliche Zuschüsse für Kunstdünger, Landwirtschaft und andere Industrien abschaffen und im allgemeinen die Reformen in alle Richtungen ausweiten, um ihre Volkswirtschaften vollständig zu öffnen, wie Mexiko und China dies getan haben«, sagte Mrs. Hills.

Clintons neue Wirtschaftspolitik

Die »Thatcher-Internationale« ist auch eifrig dabei, die bevorstehende US-Handelsmission für Präsident Clinton in Indien durch den Undersecretary für Handel, Jeffrey Garten, vom 14. bis 18. November 1994 und durch Handelsminister Ron Brown im Januar 1995 zu sabotieren. Handelsminister Ron Brown meinte, Präsident Clinton möchte »die letzten 12 Jahre der Reagan-Bush-Laissez-faire-Wirtschaftspolitik hinsichtlich amerikanischer Exporte in Dritte Welt Länder über Bord werfen« und sich mit staatlicher US-Finanzierung in einigen wirklichen Infrastrukturentwicklungsprojekten engagieren.

Die Rede Bush in Singapur war auch ein Anstoß für freie Marktwirtschaft im IWF-Stil. Bush forderte, »was ich die neue Weltordnung nenne: mehr Demokratie, mehr wirtschaftliche Freiheit und Wachstum und Wohlstand für alle ... Kein Regierungsprogramm kann die Vorteile des Welthandels bringen, der mithelfen wird, die Schwellenländer aus der Armut zu heben.«

Bush lobte sich sogar dafür, daß er die »jüngste wirtschaftliche Freiheit in Südkorea, Taiwan und auf den Philippinen geschaffen habe«, und bezog sich damit auf die jüngsten Deregulationen in diesen Ländern im Stil der Wall Street, die ihre Finanzmärkte in die Katastrophe geführt haben.

Bush sprach sich auch für amoralische, das heißt, geopolitische Kondominiums als Modell für internationale Beziehungen aus. »Man kann keinen Einfluß auf Länder nehmen, indem man sie

beschimpft und beleidigt«, sagt er. Er meinte, daß er China im Juni 1989 nach dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz absichtlich nicht abgeschnitten habe und absichtlich nicht nach Berlin geflogen sei, als die Mauer fiel – was sich alles bezahlt hat, behauptete er, als China und Rußland »die Koalition« im Golfkrieg gegen den Irak stützten.

Die Ratten-Baronin

In »Warum redet sie Unsinn?« meinte die indische Zeitung »The Pioneer«, daß die Methode in Mrs. Thatchers Wahnsinn darin bestehe, die Bevölkerung Indiens zu reduzieren und zwar durch solche Dinge wie die Verbreitung des Schwarzen Todes.

»Indien«, verkündete sie, »muß auf seinem verhätschelten Arbeitsmarkt Wirtschaftsreformen durchführen, damit das Einstellen und Entlassen von Arbeitern erleichtert wird«, schrieb der Kolumnist Jeremy Searbrook. »Sie sagt ihren Zuhörern, daß ›man kein effizientes Geschäft führen kann, wenn es mit Personal stark überbesetzt ist‹.«

»Baronin Thatcher ist nicht bestürzt über Themen, die für das indische Volk eine Sache von Leben und Tod bedeuten«, schrieb Searbrook. »Sie rechnet sich die neo-liberale Revolution, die über die Welt gefegt ist, als Verdienst an ... Befreit von jeglicher Moral, war Mrs. Thatcher eine der Haupturheberinnen des Kredos, das den Globus beherrscht und das da lautet, daß es das Höchste Gut sei, Geld zu machen.«

»Was uns zu den Ratten bringt, die auf den Straßen von Surat – dem Mittelpunkt der Seuche – sterben«, schließt Searbrook. »Denn Kürzungen in den öffentlichen Ausgaben sind einer der wichtigsten Grundsätze« der Philosophie, die von der Thatcher-Bande vorangetrieben wird. »Das bedeutet Geld, das für das öffentliche Gesundheitswesen vergeudet wird. Es bedeutet Ausbildung. Es bedeutet Nahrung.«

»Doch vielleicht ist die Baronin nicht so naiv ... Wenn man das Übel der ›personellen Überbesetzung‹ bekämpfen will, welch nützlicheren Verbündeten könnte sie dabei haben als die Vernachlässigung des öffentlichen Gesundheitswesens? Sollen doch die Ratten aus ihren Löchern kommen ... Eine gute Dosis Seuche wird der personellen Überbesetzung und der Überbevölkerung gleichermaßen ein Ende setzen. Die Vernachlässigung des öffentlichen Gesundheitswesens, die Ratten und deren Flöhe sind die Verbündeten von Mrs. Thatcher und den Vertretern des IWF und der Weltbank, die mit ihren ›Reform‹-Rezepten in den Süden kommen und die sich dann als Friedhofsdogmen erweisen.«

Margaret Thatcher rechnet sich die neo-liberale Revolution, die über die Welt gefegt ist, als persönlichen Verdienst an.

Die »unsichtbare Hand« in Aktion

»Ich bin mir darüber im klaren, daß das Problem, das sie mit der Armut haben, weitaus größer ist als alles, was wir in Großbritannien gekannt haben«, sagte Mrs. Thatcher in New Delhi. »Aber es gibt keinen Grund dafür, deshalb mit den nötigen Wirtschaftsreformen zu warten ... Der schnellste und beste Weg, die Armut in Angriff zu nehmen, besteht darin, rasch eine Marktwirtschaft zu schaffen.«

Während Mrs. Thatcher, Bush und andere sich dogmatisch auslassen, schnappt sich die »unsichtbare Hand« der Citibank inzwischen zusammen mit anderen anglo-venezianischen Banken wie der Hongkong- und Shanghai-Bank und Standard and Chartered große Brocken des Bankenmarkts in Indien und Asien.

Dokumente der Citibank insbesondere zeigen, daß die Strategie der Bank in Indien und in Asien im allgemeinen nach der Idee des venezianischen Imperiums entwickelt wurde, derzufolge der größte Teil der Bevölkerung in Sklaverei gehalten werden soll, während sie einer Elite dienen.

Bei zwei Milliarden Menschen – in China und Indien beispielsweise – hat man immer noch 100 Millionen Kreditkartenkonten, die 18 Prozent Zinsen zahlen und fünf Prozent der Mitglieder der Elite ausmachen, auch wenn 85 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebt – ein Markt, der den Vergleich mit den 30 Millionen Kreditkartenkonten der Citibank in den Vereinigten Staaten nicht zu scheuen braucht. Dem Bericht der Investment-Bank der Salomon Brothers über die sehr einträglichen Geschäfte der Citibank in Indien zufolge, der den Titel »Citicorp India: A Taj Mahal« trägt, ist Indien der »Prototyp für die Ventures der Citicorp in den Schwellenländern ... Die Citicorp hält ein Prozent der Einlagen im indischen Bankensystem, hat einen zehnprozentigen Anteil am Devisenmarkt, einen 15prozentigen Anteil am Wertpapierhandel, ist der drittgrößte Exporteur von Computersoftware und ist der Hauptakteur auf dem Swap-Markt. Sein Bankgeschäft mit Verbrauchern wächst jährlich um 25 Prozent, mit über einer Milliarde Dollar an Einlagen. Sie haben sich einen Anteil von 65 Prozent an allen Automobilfinanzierungen und einen Anteil von 27 Prozent an der Finanzierung von langlebigen Gebrauchsgütern gesichert.«

»Die Citicorp hat die oberen zehn Prozent der Bevölkerung als Zielscheibe, was 80 Millionen Menschen sind. Dieser Markt teilt sich in drei Teile: die oberen ein Prozent mit einem durchschnittlichen Haushaltseinkommen von 40.000 Dollar und darüber, die sie über die Filialen sowie die Kreditkarten und andere Dienstleistungen bedienen; die nächsten vier Prozent, die sie nur über die Kreditkarten, Händler und Telefone bedienen, und die letzten fünf Prozent, die sie ausschließlich über die Lohnsteuerabzüge bedienen, wodurch Kredite und Einlagen geschaffen werden«, das heißt, ohne daß dazu überhaupt eine lokale Zweigstelle der Citibank nötig ist.

Die Citibank unterstreicht ihre Behauptung, die »führende Bank in Asien« zu sein, mit dem Hinweis, daß sie in 25 verschiedenen Ländern über 360 Zweigstellen haben – was tatsächlich mehr ist als jede britische oder japanische Bank (außerhalb Japans).

Die Citibank behauptet, in Asien mit einem Marktanteil von 12,6 Prozent bereits der größte einzelne Aussteller von Visa- und Mastercard-Kreditkarten zu sein; daß sie in Asien bereits über vier Millionen Verbraucherkonten verfügen und daß sie 20 Milliarden Dollar an Verbrauchereinlagen, 16 Milliarden Dollar an Firmeneinlagen und für die Superreichen, Pensionskassen und andere große Investoren 15 Milliarden Dollar an »Privatvermögen verwalten«. □

Nigeria

Abiola und das ITT-Establishment

Der ehemalige nigerianische Außenminister Bolaji Akinyemi hat in einer Rede vor der Gesetzgebungskonferenz der schwarzen Parteiclique (Black Caucus Legislative Conference) in Washington nach Haiti eine Intervention der Clinton-Regierung in Nigeria gefordert. Er verlangte von der amerikanischen Regierung, daß sie anerkennen solle, daß sein Stammeskollege Chief M.K.O. Abiola am 12. Juni 1993 die nigerianischen Präsidentschaftswahlen gewonnen habe und als Staatsoberhaupt eingesetzt werden solle und daß die Vereinigten Staaten ihre Sanktionen gegen das Militärregime von General Sani Abacha verstärken sollten.

Akinyemi regte auch an, daß »das Vermögen der Mitglieder des jetzigen Regimes und das der zivilen Kollaborateure eingefroren werden solle«, und daß Washington hier die Initiative ergreifen müsse.

Ein politisches Chamäleon

Akinyemi soll seinen Aufruf noch mehrmals wiederholt haben: beim Außenministerium, bei Mitgliedern des amerikanischen Nationalen Sicherheitsrats und einer Quelle zufolge auch im Weißen Haus, wo er herzlich empfangen wurde.

Akinyemi war Außenminister in General Ibrahim Babangidas Regime, das dem Internationalen Währungsfonds wohlgesonnen war – und das im Dezember 1984 an die Macht kam – und in den letzten Monaten hat er eine von den Briten unterstützte und in London angesiedelte Organisation aus »pensionierten« nigerianischen Vertretern und Militäroffizieren zur Unterstützung des »Demokratie«-Chefs Moshood Abiola geführt.

Akinyemi wirkt ein bißchen wie ein politisches Chamäleon, der in den letzten Monaten eine rechte Kehrtwendung gemacht hat. Ende 1993 soll er General Abacha stark dazu aufgefordert haben, das zu stoppen, was viele nigerianische Führer als die politische Richtung ansehen, die in den Zerfall des Landes führt. Akinyemi schrieb Briefe – direkt an Abacha und auch an nigerianische Tageszeitungen – und appellierte an Abacha, einzugreifen.

Doch irgendwann, nachdem Abacha Hauptbefehlshaber und Staatsoberhaupt geworden war, Posten, die er auch jetzt noch inne hat, wechselte Akinyemi die Seiten und wurde Mitglied der Nadeco – Nigerias selbsterklärter »Demokratie«-Bewegung. Eine nigerianische Regierungsquelle in London sagt, daß die Wandlung mit der Tatsache in Zusammenhang stehen könnte, daß er von der Regierung zwei Dinge verlangt hat, die er nicht bekam: einen Kabinettsposten und eine große Menge Geld, um seine Memoiren zu schreiben. »Die Regierung sagte, daß sie nicht in der Lage wäre, Gelder auf diese Art auszugeben. Danach ging er nach London.«

Erwähnenswert ist, daß Akinyemi langjährige Bindungen zu dem herrschenden anglo-amerikanischen Establishment unterhält, ebenso wie seine Präsidenten-»Lösung« für Nigeria – Moshood Abiola. Bevor er von 1978 bis 1983 Außenminister wurde, war Akinyemi beispielsweise Generaldirektor des Nigerianischen Instituts für Internationale Angelegenheiten, eine der vielen Organisationen des Royal Institute for International Affairs in Großbritannien und dem Council on Foreign Relations in den Vereinigten Staaten.

In der nationalen verfassungsgebenden Konferenz, die von General Abacha im Juni 1994 eröffnet worden ist, soll es umfassende Diskussionen darüber gegeben haben, was mit Nigeria während der Regierungszeit von Babangida und in der Übergangszeit nach dieser Regierung mit Nigeria passiert ist.

Die Rede eines der Konferenzdelegierten, Mazi S.G. Ikoku, ein respektierter Ältester und Christ, die von »New Nigerian« veröffentlicht worden ist, vermittelt Einblicke darüber. Ikoku beginnt so: »Die Geschichte hat uns zu Richtern über die Politik des 12. Juni gemacht. Die Politik des 12. Juni (1993, der Tag der Präsidentschaftswahlen, die von Babangida für ungültig erklärt wurden) ist die geschickte Ausnutzung der Schwächen der jetzigen Bundesrepublik Nigeria sowie der Schwächen der heutigen nigerianischen Führung hinsichtlich einer Konsolidierung ausländischer Hegemonie über das nigerianische Leben und seine Angelegenheiten. Eine neue Bundesrepublik Nigeria muß fehlschlagen. Nigeria muß ein Staat nomineller Unabhängigkeit und Pseudo-Souveränität bleiben mit einer untergeordneten Wirtschaft mit Nullwachstum und einem Volk, das mit zunehmender Armut kämpft.«

Ein Plan gegen die Interessen Nigerias

Ikoku beteuert, daß eine Hauptquelle für die Verwirrung, die Nigeria derzeit erlebt, der Tatsache entstammt, daß »Ziele ihre Bedeutung verloren haben«, was nicht nur in Nigeria ein Problem ist. Im Zusammenhang mit dem angeblichen Kampf für die Demokratie fragt er, ob irgendjemandem aufgefallen ist, daß »die Kolonialmächte der Welt seit dem 16. Jahrhundert jetzt behaupten, weltweit einen Kreuzzug für die Demokratie zu führen«.

Bei der Diskussion dessen, was er den »großen Plan« für Nigeria von Seiten der Briten und Kräften innerhalb der Vereinigten Staaten nennt, meinte er, der Grundstein des Unternehmens sei die Einsetzung eines gewählten, zivilen Präsidenten in Nigeria gewesen, der von beiden Mächten gutgeheißen wurde. »Das sollte von Präsident Babangidas Übergangsprogramm sichergestellt werden ... Zunächst stimmte IBB (Babangida) mit dem Programm überein. Er hat eine proimperiale Wirtschafts- und Finanzpolitik durchgeführt. Dazu gehörten das SAP (das Strukturanpassungsprogramm des IWF), der Schuldendienst und der Schulden-Swap.«

Die Beziehungen zum CIA verschlechtern sich

Auf wirtschaftlicher Ebene, so meint Ikoku, verlief dieser Prozeß also wie geplant, doch auf politischer Ebene wurde es komplizierter. »Ein enger Vertrauter des IBB, ein Vizepräsident von ITT, der Afrika und Nahost repräsentiert, ein selbsternannter Industriemagnat und ein Finanzmagnat dank der wertvollen Verbindungen zu den Korridoren der Macht – das waren die Auszeichnungen, die Abiola zum geeigneten Mann machten.« Im Zusammenhang mit den Wahlen vom 12. Juni 1993, die von Babangida »aus Gründen, die nur er kennt« für ungültig erklärt worden sind, weist Ikoku auf die Integrationen, die bei der Wahl von Anfang an bestanden, hin.

»Im Januar 1993 war Abiola noch nicht einmal Mitglied der SDP; doch vier Monate später und entgegen den Grundregeln entschied Abiola die Präsidentschaftswahlen für die SDP ... Dann begannen die Dinge auseinanderzufallen. IBB unterstützte den Aufstieg der Vereinigung für ein besseres Nigeria (ABN), um ein Gegengewicht gegen den Druck zu schaffen, der von britischen und amerikanischen diplomatischen Kreisen auf ihn ausgeübt wurde. Nach einer richterlichen Verfügung durch einen Obersten Gerichtshof, mit dem die Durchführung der Präsidentschaftswahlen gestoppt wurde, erklärte Mr. O'Brien (Chef des Informationsdienstes der Vereinigten Staaten und der Regierung Bush) öffentlich, daß der Gerichtsbeschluß für die US-Regierung unannehmbar sei ... O'Brien wurde zur persona non grata erklärt und aus Nigeria ausgewiesen. Der nationale Wahlausschuß fuhr mit den Wahlen fort, ohne sich auch nur die

Mühe zu machen, gegen den Gerichtsbeschluß Berufung einzulegen. Aus Gründen, die er selbst am besten kennt, stieg IBB aus dem Unternehmen aus und erklärte die Präsidentschaftswahlen vom 12. Juni für ungültig. Die Beziehungen zwischen IBB und dem CIA verschlechterten sich.«

Wer ist Moshood Abiola?

Moshood Abiola rühmt sich seines raschen Aufstiegs vom einfachen Angestellten bis zum Partner von International Telephone & Telegraph (ITT). Seine eigene Geschichte, wie er sie der Zeitung »New Nigerian« in deren Ausgabe vom 1. Juni 1985 erzählt hat, veranschaulicht das ein bißchen, was von einigen Nigerianern »ein Problem der Methode« genannt wird. Abiola erzählt:
»Von dort (Pfizer) kam ich (im Dezember 1968) zu ITT. Ich stellte fest, daß dies der Wendepunkt in meinem Leben war, denn dort lernte ich den verstorbenen General Murtala Mohammed (den hoch angesehenen und später ermordeten nigerianischen Präsidenten) kennen. Zu der Zeit schuldete die Armee seit nunmehr dreieinhalb Jahren ITT 3,5 Millionen Pfund ... Ich wollte ihn mehrere Male sprechen, aber er mich nicht. So war ich eines Tages um 6.30 Uhr dort und wartete auf ihn, da er genau um 7.25 Uhr zur Arbeit ging. Als er mit seinem Spazierstock daherkam, sagte er: ›Sie ITT-Mensch: verlassen Sie diesen Ort.‹ Ich sagte: ›Das ist nicht gerade eine höfliche Art und Weise, wie man mit einem Gläubiger spricht: Sie sind der Schuldner.‹ Er wurde so böse, daß er sogar mit dem Stock auf mich losgehen wollte ... General Hassan Katsina kam von hinten. Er sagte: ›Was ist los?‹ Ich sagte: ›Dieser Mann hat seit dreieinhalb Jahren Schulden bei mir.‹ Er sagte: ›Wir haben hier kein Geld.‹ Ich sagte: ›Fragen Sie den Schatzmeister.‹ So ließen sie Alhaji Gobir, den damaligen Schatzmeister holen. Er sagte: ›Murtala hat die Auszahlung nicht genehmigt ...‹ Dann sagte Murtala: ›Diese Leute sind Gauner. Sie haben 20 Prozent Gewinn gemacht.‹ General Hassan sagte: ›Bring mir das Dokument. Ich werde es unterzeichnen.‹ Aber Murtala sagte: ›Ich denke, ich werde unterschreiben.‹ So unterschrieb Murtala und ich nahm den Scheck.‹

Abiola fährt mit seiner Geschichte fort: »Ich rief meinen Geschäftsführer bei ITT an – einen Weißen – und sagte ihm, daß ich das Geld hätte und daß ich bis 15 Uhr da sein werde. Als ich ins Büro kam, war er total betrunken. Ich war damals Rechnungsprüfer ... Ich ließ einen Kameramann holen. Wenn er so betrunken ist, dann sollte er nicht diese Stelle leiten. Ich gab ihm noch mehr zu trinken. Als er wirklich absolut betrunken war, sagte ich ihm, er solle sich ausziehen, was er fröhlich tat – ein Betrunkener macht alles. Ich ließ ein Photo machen und nahm das Photo und den Scheck mit nach London und sagte: »Das ist der Mann, den Sie mir als Chef dort vor die Nase gesetzt haben. Wenn dieser Mann nicht ersetzt wird und ich an seine Stelle komme, werde ich diesen Scheck zerreißen. Sie setzten den Mann sofort ab und machten mich zum Geschäftsführer und gaben dies auch bekannt. Am nächsten Tag flog ich zurück, gab ihm sein Kündigungsschreiben und sagte, er solle seine Sachen zusammenpacken ... Sechs Monate danach wurde ich Vorsitzender, dann Vorstandschef, dann Vizepräsident und so weiter.«

Vergleich mit Idi Amins Coup

Ein afrikanischer Experte für die westafrikanische politische Geschichte vergleicht den internationalen Tumult um Abiolas Kandidatur für das Präsidentenamt mit dem, was bei Idi Amins Coup in Uganda vor sich ging, als der israelische Geheimdienst durch Oberst Bar Lev, Unilever und die britische Krone Präsident Milton Obota systematisch den Boden unter den Füßen weggezogen haben.
Der Experte meinte in einem Gespräch, daß »es angesichts der derzeitigen Rekolonialisierungsbemühungen seitens der britischen Krone durch ihren Minister für Kolonien, Lady Chalker, klar ist, daß ein weiterer Hanswurst und Possenreißer wie Idi Amin, der mehr mit dem eigenen Ego und dem persönlichen Aufstieg beschäftigt ist, nötig ist, wenn die Briten die beiden Perlen von Afrika – Uganda und Nigeria – wieder erobern wollen ... Abiola scheint für die Aufgabe, Nigeria auseinanderzunehmen, so geeignet wie Idi Amin und Museveni in Uganda.«

Abiola, so wurde festgestellt, war auch ein Hauptgeldgeber für Museveni – die Schachfigur der Briten –, was die engen Bindungen innerhalb dieser von den Briten manipulierten Bande deutlich macht. In den Jahren, als der derzeitige Präsident Yoweri Museveni seinen Buschkrieg gegen die Regierung Obote in Uganda (1980-1986) geführt hat, wurde er von dem Möchtegern-Präsidenten Abiola finanziert.

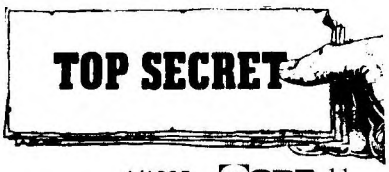
Die Gesichter hinter der Maske

Abiolas verwickelte Verbindungen zu dem multinationalen Establishment und seine Beteiligung bei der Finanzierung der meisten, jetzt allzu häufigen, Coups d'état in Nigeria zeigen, daß er nur ein Strohmann ist, der als Deckung für die hinterlistigen Aktivitäten einer viel unheilvolleren Macht dient. Berichten zufolge, die in der »Washington Post« und in der »Herald Tribune« im August 1980 erschienen sind, hat die International Telephone und Telegraph von 1975 bis 1980 zweifelhafte Zahlungen in Höhe von Millionen von Dollar geleistet, um umfangreiche Telekommunikationsaufträge in Nigeria zu erhalten.

Allen Berichten zufolge – auch solchen von hochrangigen ITT-Vertretern – wurde Abiola für die Vertretung der ITT-Interessen in Nigeria äußerst großzügig bezahlt. Die Zahlungen erfolgten über eine ITT-Niederlassung in der Schweiz. Den Quellen zufolge existieren aufgrund geheimer Schweizer Bankgesetze Unterlagen über die Zahlungen, doch sie sind außer Reichweite für die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde.

Howard Aibel, Berater und Vizepräsident von ITT, sagte: »Das ganze Top-Management einschließlich unseres Aufsichtsrats ist mit den Vereinbarungen mit Chief Abiola vertraut ... wir zahlen ihm eine Menge Geld. Wir haben aus unseren Vereinbarungen einen großen Nutzen gezogen. Wir sind der Meinung, daß wir mit der Belieferung Nigerias mit Ausrüstung einen sehr ehrlichen und ehrenwerten Job gemacht haben.«

Die Behauptungen über die Zahlungen an Nigeria tauchten auf, als ITT gerade seine dritte interne Untersuchung über fragwürdige Zahlungen innerhalb von fünf Jahren abgeschlossen hat. In dieser Ermittlung, die zur Beilegung einer Klage gegen ITT im Jahre 1979 gehörte, sollten Zahlungen zwischen den Jahren 1971 bis 1975 untersucht werden; 1975 war das Jahr, in dem die Zahlungen an Nigeria geleistet wurden.
Die »Washington Post« hat eine Kopie des 77 Seiten langen Ermittlungsberichts vom 28. März 1994 bekommen, in dem vom Untersuchungsausschuß festgestellt wird, daß seit dem Jahre 1971 insgesamt 13 Millionen Dollar an fragwürdigen Zahlungen von ITT-Mitarbeitern geleistet worden sind. Von diesem Betrag wurden 8,7 Millionen Dollar im Jahre 1978 nach der letzten Untersuchung geleistet, über den Rest hat es in der Untersuchung keine Aufklärung gegeben. Eine hochrangige ITT-Quelle bezeichnete selbst die revidierte Zahl von 13 Millionen Dollar als »lächerlich«, weil sie so niedrig sei.
Wenn die fragwürdigen Zahlungen an Nigeria darin enthalten wären, sagte er, würden sie allein insgesamt »viele Millionen Dollar« ausmachen. Nach den Bestimmungen des Vertrages mit Nigeria aus dem Jahre 1975, sollte ITT für die Versorgung Nigerias mit einem modernen Telefonsystem einschließlich Vermittlungsstellen und Personalschulung 160 Millionen Dollar bekommen. Die Anlagen wurden von europäischen ITT-Tochtergesellschaften gefertigt, dazu kam ein Aufschlag für ITT-Standard. Die Schweizer Firma setzte auf der Rechnung, die der nigerianischen Regierung vorgelegt wurde, einen weiteren Aufschlag hinzu.
Eine ITT-Quelle behauptete, daß ein Teil des Geldes, das die nigerianische Regierung an ITT Standard gezahlt hat, seinen Weg zu Abiola fand und von ihm auf geheime Bankkonten, die für nigerianische Beamte geführt wurden. Sogenannte »Preissteigerungszahlungen« hatten den ursprünglichen 160 Millionen Dollar Vertrag um weitere 100 Millionen Dollar erhöht. ITT Howard Aibel sagte, an hohen Preissteigerungen sei nichts ungewöhnliches. □



Militärskandal erschüttert Rußland

Die Ermordung des Journalisten Dimitrij Cholodow von der Tageszeitung »Moskowskij Komsomolez« hat in Moskau zu großer Erregung geführt. Cholodow war der Korruption in der gegenwärtigen Führung der Streitkräfte und illegalen Verkäufen von Rüstungsgütern in Höhe von mehreren hundert Millionen Dollar auf die Spur gekommen. Vor allem hatte Cholodow im Umkreis der bisher in Deutschland stationierten und jetzt aufgelösten Westgruppe ermittelt. In die illegalen Geschäfte ist angeblich auch der Westgruppenkommandierende Matwej Burlakow mit stillschweigender Duldung höchster Kreise des Verteidigungsministeriums, Minister Gratschow eingeschlossen, verwickelt. Ein großteil der modernen Waffen, darunter T72-Panzer, Kampfflugzeuge und Hubschrauber, soll nach Serbien gebracht worden sein.

Die Bedeutung von Cholodows Erkenntnissen reicht weit über die Person Burlakows, der inzwischen zum stellv. Verteidigungsminister aufgestiegen ist, oder Gratschows hinaus, die beide in der russischen Militärhierarchie notfalls ersetzbar wären. Erstmals ist Cholodow bei seinen vielfältigen Recherchen immer wieder auf den russischen Generalstab gestoßen, der bisher von Enthüllungen dieser Art nicht betroffen war. Formell ist das Hauptdirektorat des Generalstabs für militärische Auslandshilfe für sämtliche Waffenverkäufe- und -lieferungen ins Ausland zuständig. Die Verbringung so großer Waffenmengen aus der Westgruppe hätte somit nicht ohne Wissen und zumindest stillschweigende Duldung des Generalstabs erfolgen können.

Cholodow hat auch recherchiert, wie die russische Armee heimlich die gegen Georgien eingesetzten abchasischen und ossetischen Separatisten sowie die Opposition in Tschetschenien ausbildet und bewaffnet. Wie Cholodows Chefredakteur Pawel Gusow bestätigte, gibt es außerdem Beweise dafür, daß die Speznas-Truppen des russischen Militärgeheimdienstes GRU professionelle Killer für die Mafia ausbilden. Schließlich hat Cholodow illegale Machenschaften der russischen Spionageabwehr, der Nachfolgeinstanz des KGB, herausgefunden. Für diese Institutionen ging es um zu viel, falls Cholodow seinen Plan wahrgemacht und diese Erkenntnisse dem Parlament vorgetragen hätte. □

Wovor de Gaulle und Rueff warnten

Auf einem von der Münchener Kapitalanlage AG veranstalteten Treffen hat Roland Leuschel von der Banque Bruxelles Lambert erklärt, nicht nur der Derivatmarkt, sondern das ganze Finanzsystem stünden vor einer »strukturellen Krise«. Er warnte, daß die Finanzblase bald platzen werde. »Der Count-down hat begonnen«, sagte Leuschel, doch werde es ein »Salami-Crash« und keine einmalige Kontraktion sein.

In »Le Monde« vom 4. Oktober schrieb Sanou Mbaye unter der Überschrift »Die Gefahren der Derivatmärkte«, daß die Derivate bereits in einem »Klima der Instabilität« entstanden seien, »welches das Weltwährungssystem seit Abschaffung der Konvertibilität von Dollar in Gold und fester Wechselkurse 1971-73 kennzeichnete«. Die gewaltige Kluft zwischen außerbilanzlichen Belastungen und der Kapitalbasis der Finanzinstitutionen »läßt befürchten, daß letztere im Fall einer schweren Zahlungskrise nicht mehr in der Lage sind, ihren Verpflichtungen nachzukommen«, meinte Mbaye.

Weiter schreibt er, die von der Derivatspekulation ausgehende Gefahr erinnere einen an Charles de Gaulle und dessen Wirtschaftsberater Jacques Rueff, die stets vor einer Währungs- und Finanzderegulierung gewarnt hätten. Eine allgemeine »Zahlungs- und Insolvenzkrise«, so Mbaye, könnte beim nächsten größeren Bankzusammenbruch eintreten. »Das Gespenst einer solchen Krise läßt sich nicht vertreiben, trotz der beschwichtigenden Erklärungen Alan Greenspans und der beruhigenden Ergebnisse einer im Juli 1993 in den USA veröffentlichten Derivatmarktstudie der ›Gruppe der 30‹ ...Angesichts der Verflechtungen auf den Kapitalmärkten würde die Pleite einer Großbank automatisch zu einer allgemeinen Insolvenz führen. Bei einer allgemeinen Insolvenz fiele die Rolle des Kreditgebers letzter Instanz der Zentralbank zu. Aber die Größe der Summen, um die es hierbei geht, läßt einen an deren Fähigkeit zweifeln, einen massiven Zahlungsausfall aufzuhalten. Beweis: Die europäischen Zentralbanken waren unfähig, die spekulativen Bewegungen einzudämmen.«
Der Londoner »Economist« meint jedoch eine Patentlösung für sämtliche Derivatprobleme zu besitzen. Das Blatt sieht in der Debatte über Derivate die Hauptquelle für die Unruhe auf den Finanzmärkten und fordert, das emotional belastete Wort »Derivat« einfach aus dem Wortschatz zu streichen, womit eine neue Periode finanzieller Stabilität garantiert wäre. □

Globaler Konflikt Britannien/ USA

Für kein Land Europas läßt sich eine kompetente Lageeinschätzung erstellen, ohne die primäre strategische Realität des Globalen Konflikts zwischen der führenden Weltmacht USA und den höchsten Führungsstrukturen Großbritanniens mit dem britischen Königshaus an der Spitze zu berücksichtigen. Ein vergleichbarer geschichtlicher Zeitabschnitt war die Periode zwischen 1890 und der Anbahnung des Ersten Weltkrieges. Die britische Imperialmacht stand vor einer ernsten Bedrohung, als der damalige US-Präsident William McKinley 1898 die Verhängung von Schutzzöllen bekanntgab, um die USA vor den verheerenden Folgen der britischen Freihandelspolitik zu schützen. 1901 arrangierten die Briten die Ermordung McKinleys und sorgten dafür, daß der anglophile Theodore Roosevelt amerikanischer Präsident wurde.

Die Bündnisse der USA mit Preußen, Rußland und Japan, die in der Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden, brachen auseinander, und die USA gingen ein Bündnis mit den Briten ein. Gleichzeitig schlossen die Briten eine Entente cordiale mit Frankreich und fädelten den Ersten Weltkrieg ein. Heute entfalten sich ähnliche Prozesse in Reaktion auf Präsident Clintons deutliche Absage an die britische Geopolitik auf dem europäischen Kontinent, in Nordirland, Nahost, Asien und dem südlichen Afrika.

Die Lage auf dem Balkan ist nur dann verständlich, wenn man beachtet, daß die Briten erneut die Franzosen in eine antiamerikanische Entente cordiale eingebunden haben. Die anglo-französische Allianz macht sich die amerikanische Aggression zunutze, um im krisengeschüttelten Rußland alte panslawische Reflexe hervorzurufen. Der ganze Prozeß ähnelt dem anglo-französischen Vorgehen, als durch diese Allianz in der Vorphase des Ersten Weltkriegs der erste und zweite Balkankrieg ausgelöst und der russische Zar Nikolaus I. 1914 zur Mobilmachung manipuliert wurde, die zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs führte.

Entsprechend ist die chaotische innenpolitische Lage in Frankreich, die an die letzten Tage der Vierten Republik vor de Gaulle erinnert - eine direkte Folge davon, daß die französische Elite unbegreiflicherweise bereit ist, sich in ein erneutes Untertanenverhältnis zu Großbritannien zu begeben.

Die Auflösungserscheinungen in Italien sind ebenso die Folge davon, daß britische geopolitische und finanzielle Interessen die Parameter der italienischen Politik bestimmen. Italien wurde bereits mit einem Bus vergli-

chen, den ein völlig betrunkener Fahrer auf einen Abgrund zusteuert. Der Fahrer in diesem Bild sind die Briten; Italien müßte sich entschließen, vom Bus abzuspringen und jenen Grundsätzen wieder Geltung zu verschaffen, die es immer wieder zum Mittelpunkt westeuropäischer Kultur werden ließen. Besondere Aufmerksamkeit verlangt die Lage in Nordirland, wo Premierminister Albert Reynolds, der sich hinter den von Clinton befürworteten Friedensprozeß in Nordirland gestellt hatte, zurücktreten mußte. Bekannte britische Parteigänger im irischen Parlament spielten eine entscheidende Rolle bei Reynolds Sturz, wozu einige kleine Skandale den Vorwand lieferten. □

Politische Zerreißprobe in Frankreich

In der Zeit bis zu den französischen Präsidentschaftswahlen im April 1995 sind die heftigsten politischen Grabenkämpfe in Frankreich zu erwarten, das ansonsten stolz auf seinen starken Zentralismus ist. Präsident Mitterrand, ohnehin nicht die stärkste Persönlichkeit, ist wegen seines Krebsleidens noch weiter geschwächt. Schon drei Minister haben sich aus dem Kabinett zurückgezogen: Kooperationsminister Michel Roussin folgte jetzt Kommunikationsminister Alain Carignon und Industrieminister Gerard Longuet. In Paris gehen Gerüchte um, wonach sogar das gesamte Kabinett zurücktreten könnte. Das politische Chaos drückt sich auch in der Algerienfrage aus, die empfindlichste französische Sicherheitsinteressen tangiert. Innenminister Charles Pasqua und Außenminister Alain Juppé vertreten hier diametral entgegengesetzte Standpunkte. Pasqua sucht die direkte Konfrontation mit dem »islamischen Fundamentalismus«, während Juppé den Dialog will.

Das Wirrwarr in der französischen Politik wurde auch am Wochenende des 12.-13. November 1994 deutlich, als die »gaullistischen« Statthalter der RPR Pasqua und Philippe Seguin, Präsident der Nationalversammlung, eine Parteiversammlung boykottierten, auf der RPR-Chef Jacques Chirac seine Präsidentschaftskandidatur bekanntgeben wollte. Die Mißstimmung zwischen Chirac und Ministerpräsident Eduard Balladur, der ebenfalls Präsident werden will, ist so stark, daß die beiden nicht mehr miteinander reden, es sei denn, sie beschimpften sich öffentlich. In einem weiteren politischen Manöver hat Chirac im Europaparlament eine Annäherung an die anglophile Gruppe von Philippe de Villiers und dem anglo-französischen Tycoon Sir James Goldsmith eingeleitet. Das anhaltende Chaos beeinträchtigt Frankreichs außen- und wirtschaftspolitischen Spielraum und gibt den Briten freie Hand, neue Vorstöße zu einer Entente cordiale zu machen.

Paradoxerweise kommt die Fehde in der französischen Rechten Jacques Delors zugute, der wahrscheinlich in Kürze seine Kandidatur erklären wird. In Umfragen liegt er erstmals vor Balladur. □

Greift UNO in Algerien ein?

Seitdem der algerische Präsident Liamine Zeroual am 1. November 1994 den Abbruch des »nationalen Dialogs« mit der Islamischen Heilsfront (FIS) erklärt hat, ist der Bürgerkrieg erneut voll ausgebrochen. Nach Darstellung der FIS sind zwischen 1. und 9. November mehrere hundert Personen aus dem Umkreis der FIS umgebracht worden. Terroristische Hinrichtungen und Greueltaten, wofür die Islamisten verantwortlich gemacht werden, könnten nach Art des Vorgehens genausogut von Provokateuren algerischer und/oder ausländischer Geheimdienste ausgeführt worden sein. Das gilt besonders für den jüngsten Bombenanschlag auf einem Friedhof, bei dem 40 Schulkinder ums Leben kamen.

Zum Zeitpunkt als Zeroual den Dialog abbrach, hielt sich General Lamari, der Hauptfürsprecher einer harten Linie im algerischen Militär, in Frankreich auf, wo er sich mit führenden Politikern traf, die ihm angeblich ihre Unterstützung für den »totalen Krieg« gegen die islamische Opposition zusicherten. Im Anschluß an Lamaris Besuch leitete Innenminister Pasqua die bisher größte Razzia gegen vermeintliche FIS-Anhänger in Frankreich ein und ließ 95 Personen festnehmen.

Es ist allerdings eine Illusion zu glauben, man könne die algerische Krise mit brutaler Militärgewalt lösen. Jeder kompetente Militärfachmann wird bestätigen, daß ein Bürgerkrieg in Algerien ein endloses Gemetzel mit Hunderttausenden von Toten bedeutete und der ohnehin kollabierenden Wirtschaft des Landes den Todesstoß versetzte. Außerdem käme wahrscheinlich der gesamte Friedensprozeß im Nahen Osten zum Erliegen. Interessanterweise brachte der Londoner »Independent« einen UN-Einsatz in Algerien ähnlich dem in Exjugoslawien ins Gespräch. □

Rüstungsindustrie vor wichtigen Schritten

In der nächsten, vielleicht entscheidenden Phase der Regierungskrise in Rußland sollte man vor allem auf die führenden Vertreter des militärisch-industriellen Komplexe (MIK) achten sowie auf führende Duma-Abgeordnete, die mit dem MIK eng zusammenarbeiten. Zu dieser Gruppe gehören Juri Skokow, Leiter des Industrieverbands und ehem. Vorsitzender des Sicherheitsrats sowie Michail Malej, der im russischen Sicherheitsrat für »wissenschaftlich-technische Fragen der Rüstungsindustrie« verantwortlich ist. Mit ihnen kooperieren der Vorsitzende der Duma Iwan Rybkin und der Vorsitzende des Duma-Wirtschaftsausschusses Sergej Glasjew.

Eine wichtige Intervention in die russische Krise seitens des MIK und mit dem Militär verbundener Institutionen war der Bericht einer von Präsident Jelzin eingesetzten Kommission des russischen Sicherheitsrats, die die Gründe der Rubelkrise untersuchen sollte. Die Kommission setzt sich - ein Vorgeschmack auf zukünftige Entwicklungen - ausschließlich aus Repräsentanten des MIK, des Militärs und der Sicherheitsdienste zusammen. Der Bericht war eine deutliche Anklage der russischen Regierung und ihrer symbiotischen Beziehung mit den führenden russischen Staats- und Privatbanken. Eine der besonders kritisierten Banken war die Mos-Bank, welche die finanziellen Interessen des »Mafia-Nomenklatura-Komplexes« vertritt. An der Spitze dieses Komplexes steht der Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow, auch »König der Diebe« genannt, der bislang als politisch unangreifbar galt.

Die Gruppe um den MIK hält die gegenwärtige Regierung für nicht überlebensfähig und sieht die laufende Regierungsumbildung zu Recht als Kosmetik an. Ende November soll Michail Malej Präsident Jelzin und dem Vorsitzenden des russischen Sicherheitsrats Oleg Lobow seinen Bericht über den katastrophalen Zusammenbruch im MIK und in der Armee vorstellen. Entweder kommt es daraufhin zu einem deutlichen politischen Richtungswechsel (was unwahrscheinlich ist), oder es wird unkalkulierbare politische Wirren geben. □

Bald Labour-Regierung in England?

Es mehren sich die Stimmen, die meinen, das Ansehen der angeschlagenen Monarchie könne durch einen Sturz der skandalgebeutelten Regierung Major und die Einsetzung einer Labourregierung unter Tony Blair wiederhergestellt werden. So erklärte der derzeitige Lord Shelbourn, England brauche einen politischen Neuanfang, der neben einem Regierungswechsel zu Labour auch eine Aufwertung der Rolle des Thronanwärters Prinz Charles brächte. Die Arbeiterpartei und die britische Aristokratie stünden sich traditionell ungewöhnlich nahe. Auch Medienmogul Rupert Murdoch unterstützt seit kurzem Labour. □

Britannien

Der bevorstehende Fall des Hauses Windsor

Lyndon H. LaRouche

»Falls ich reinkarniert werde, möchte ich als tödlicher Virus zurückkehren, um zur Lösung des Problems der Überbevölkerung beizutragen« – eine bezeichnende Äußerung von Prinz Philip, Herzog von Windsor.

In den letzten fünf Jahren waren die britische Presse und Verlage zunehmend mit Skandalen im Zusammenhang mit der Königsfamilie, dem Haus Windsor, beschäftigt. Der jüngste dieser Appelle an das lüsterne Interesse des sich an Klatsch und Tratsch ergötzenden Publikums – die Beiträge des ehemaligen Kavallerieoffiziers James Hewitt zur Urheberschaft von »Princess in Love« – hat diese zunehmenden Skandale über eine Grenze hinausgetragen, wo bestimmte einflußreiche Briten nicht mehr länger schweigen wollen. Beispielhaft dafür ist die Aussage von Harold Brooks-Baker, dem Verlagsdirektor von Burke's Peerage, Anfang dieses Monats: »Das Ende des Hauses Windsor ist sehr nahegerückt«, und er fügte hinzu, daß die Meinung über das Haus Windsor unter den »gebildeten upper classes« Großbritanniens »negativ« geworden ist. Brooks-Baker prophezeite, daß die Windsors irgendwann Anfang des nächsten Jahrhunderts gestürzt werden könnten.

Die Motive, die zum Sturz führen

Nur in Schundromanen oder in schlechten Kreisen wie den heutigen, wichtigsten Nachrichtenmedien kommt es vor, daß eine intime Affaire mit einer Dame – oder mit einem Mann, der bei weitem nicht als Gentlemen zu bezeichnen ist – als Grund für den Sturz eines Throns genannt wird. Doch wie wenig die Allgemeinheit die Inkompetenz oder das ungeheuerlich perverse Verhalten ihrer beliebtesten Berühmtheiten kümmert, zeigt sich in solch schrecklichen Phänomenen wie der Existenz von Hollywood-Star-Fanclubs, der Wahl eines praktisch toten Mannes zur Nachfolge von Generalsekretär Yuri Andropov durch das sowjetische Zentralkomitee oder dem nur allzu häufigen Verhalten, das die Mehrheit der amerikanischen Wähler fast in jeder Wahlnacht an den Tag legen. Durch Sex-Skandale wird kein Thron und werden keine Kongreßmitglieder gestürzt; doch wie Morde werden sie oft als Vorwand für rein politische Motive oder solche im Zusammenhang mit der Dynastie hergenommen.

Nach der Präsentation der Fakten in diesem Sonderbericht dürften die strategischen und historischen Motive des britischen Establishments zum Sturz des Hauses Windsor offensichtlich sein.

Dieser Bericht dokumentiert die Tatsache, daß Prinz Philip seinen World Wildlife Fund über dreißig Jahre lang in volksmörderischer Absicht gegen die Bevölkerung Afrikas unterhalb der Sahara geführt hat. Für die meisten von uns wäre dieses Verhalten Grund genug, die Monarchie zu verurteilen. Doch die maßgebende Schicht in der britischen Oligarchie ist nicht wie wir. Sie verkörpert als Institution die allgemeine Unmenschlichkeit, die sonst noch unter den führenden Bankern Londons, Genfs und der Wall Street, den Finanzhäusern und dem heutigen Londoner »Economist« zu beobachten ist.

In diesem Bericht werden auch die Fakten dokumentiert, die sogar die abgebrühtesten Gemüter der Londoner Oligarchen beeindrucken. Die Windsors betreiben weiterhin die gleiche massenmörderische New Age-Politik, die wir in den Aktivitäten des World Wildlife Fund gegen Afrikaner beobachten, auch in Nord- und Südamerika, in Europa, Asien und Australien. Dies bedroht den unmittelbaren Niedergang der weltweiten Zivilisation, die durch die schlimmste finanzielle Instabilität, die Europa seit Mitte des 14. Jahrhunderts erlebt hat, bereits schon aufs Ärgste gequält wird. Eine Fortsetzung der Politik der Windsors und auch der korrumpierten ehemaligen Premierministerin, Baronin Margaret Thatcher, unter den gegenwärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Umständen kann Chaos über den ganzen Planeten bringen, in das die von London aus geführte, internationale Oligarchie zusammen mit dem Rest von uns allen fallen wird.

Ein Überbleibsel des britischen Empires

Wir wollen uns die Windsors als die heutigen Überbleibsel des britischen Empires als Fahrer eines Busses vorstellen. Normalerweise würde das Spektakel von verängstigten Passagieren in einem Bus, der von einem törichten Clown gesteuert wird, jene Sadisten in der Weltfinanzoligarchie nur amüsieren, wenn sie nicht zu den Passagieren gehören würden. Mit diesem Blickwinkel versteht man vielleicht besser, warum die maßgebenden Teile des britischen Establishments in den letzten fünf Jahren zu der Überzeugung gekommen sind, daß diese dekadente Dynastie – die Windsors – verschwinden muß.

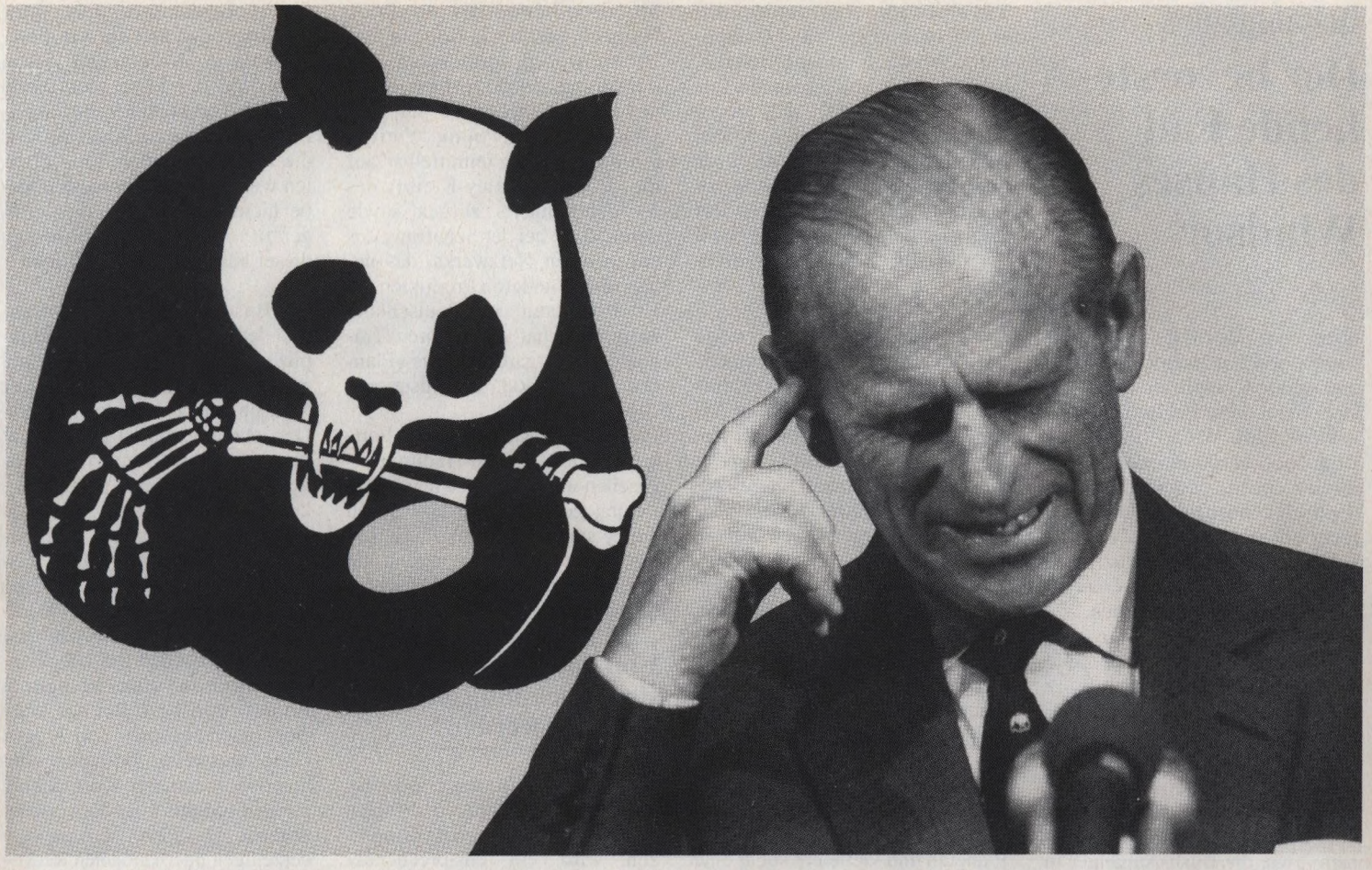
Meine sehr verehrten Damen und Herren der internationalen Jury der Leserschaft, wir haben Sie hier vor dieses Gericht gebracht, damit Sie sich die Anklagen wegen eines der ungeheuerlichsten Verbrechen, die je in der ganzen Menschheitsgeschichte begangen wurde, anhören – ein Verbrechen, das in großem Umfang begangen wurde. Wir präsentieren Ihnen hier die Beweise dafür, daß eine böse Organisation, die sich selbst World Wildlife Fund nennt, in den vergangenen vierunddreißig Jahren seit ihrer Gründung im Jahre 1961 vorsätzlichen Völkermord an den Ländern und Völkern der Regionen Ost-, West- und Südafrikas begangen hat. Wir werden Ihnen beweisen, daß der Hauptakteur dieser kriminellen Verschwörung in dieser ganzen Zeit Prinz Philip, auch bekannt als der Herzog von Edinburgh und als Prinzgemahl der regierenden Königin des Vereinigten Königreichs, war.

Die Anschuldigungen gegen die Royals

Wir zeigen Ihnen hier, daß Prinz Philip nach seinen eigenen, in der Öffentlichkeit gemachten, Äußerungen nicht nur der Kopf dieser kriminellen Verschwörung gewesen ist. Sie werden feststellen, daß er diese Rolle im vollen Bewußtsein der kriminellen Absicht der Politik seiner Organisation gespielt hat. Wir zeigen ihnen hier, daß er wiederholt seinen Wunsch zum Ausdruck gebracht hat, Millionen und aber Millionen von Menschen den Tod zu bringen und zu welch ungeheuerlichen Verbrechen er sich aufgrund der gleichen Motive bekannt hat.

Wir zeigen Ihnen hier die Beweise dafür, daß er für die Politik, durch die der Völkermord – einschließlich des jetzt stattfindenden Völkermords in Ruanda – durchgeführt wurde, im Dienste Ihrer Majestät durch die konzertierte Aktion des World Wildlife Fund mit der britischen Krone eingetreten ist. Wir präsentieren Ihnen die Beweise dafür, daß er eigenhändig und in schamloser Aufschneiderei in aller Öffentlichkeit viele jener Programme eingeführt hat, die der World Wildlife Fund und seine Unterorganisationen einsetzte, um den Völkermord an Afrikanern und anderen Menschen auszuführen – ein Völkermord, der die stehende Anordnung des Prinzen und sein dokumentierter Wille war.

Diese Beweise werden demonstrieren, daß er für diesen anhaltenden Völkermord an der afrika-



Prinz Philip, Herzog von Edinburgh und Prinzgemahl der regierenden Königin des Vereinigten Königreichs.

nischen Bevölkerung unterhalb der Sahara und auch in anderen Teilen dieses Planeten persönlich verantwortlich ist.

Verbrechen gegen die Menschheit

Die Beweise zeigen, daß dieser Prinzgemahl sich dieses Verbrechens nicht nur in seiner eigenen Person schuldig gemacht hat, sondern auch in seiner Eigenschaft als designierter, königlicher »Hauptakteur« dieses schrecklichen Unternehmens. Es gibt viele andere schuldhafte Parteien: das Haus Windsor als Institution, viele einzelne Mittäter um ihrer selbst willen, Regierungsbeamte wie Lady Lynda Chalker (Ministerin für britische Entwicklung in Übersee aus der Regierung Major), reiche Familien neben seiner eigenen, mächtige Finanziers und andere Firmeninteressen, hochbezahlte Vertreter von Wohltätigkeits- und anderen privaten Organisationen, die mit reichlichen Mitteln ausgestattet sind, und viele andere. Die Liste liest sich wie eine Zusammenfassung der Verbrecherkategorien bei den Nürnberger Prozessen unter der Rubrik »Verbrechen gegen die Menschheit«.

Wenn man die Anzahl und Mannigfaltigkeit aller einzelnen Mittäter, die uns bekannt sind, aufführen wollte, würden Bände gefüllt. Die Autoren und Herausgeber dieses Sonderberichts haben sich darauf beschränkt, ausreichende Beweise vorzulegen, um die weltweite Ungeheuerlichkeit der anhaltenden Verbrechen, die von dieser, von London aus geführten, Kabale begangen werden, zu demonstrieren und um jene Haupttäter und deren führende Komplizen, deren Komplizenschaft aufgrund der vorliegenden Beweise außer Zweifel stehen, der Öffentlichkeit vor Augen zu führen.

In ihren ersten Teilen werden sich die Ihnen vorgelegten Beweise auf die Art und Weise konzentrieren, in der der Völkermord gegen die Länder und Völker Afrikas unterhalb der Sahara geplant und durchgeführt wurde. Danach weisen die Beweise auf die Tatsachen hin, die zeigen, daß der Prinz und seine Komplizen den Völkermord in Afrika als Modell benutzt haben, um anschließend den gleichen Plan internationaler Institutionen und internationaler Politik in den derzeit stattfindenden Operationen gegen die meisten Länder und Völker auf diesem Planeten einzusetzen.

Eine fanatische Dummheit

Sie werden die Beweise für die Schlüsselrolle des World Wildlife Fund bei den Bemühungen, der führenden Weltmacht – den USA – die Souveränität zu entziehen, kennenlernen sowie die absolut verräterische Rolle, die Mitdenker und Mittäter des Prinzen als Personen und Organisationen innerhalb der Vereinigten Staaten spielen. Sie werden die Auswirkungen dieser Aktivitäten auf andere Teile Nord- und Südamerikas sehen – Aktivitäten, die das Ziel haben, Kanada, Mexiko, Venezuela, Brasilien, Peru, Bolivien und Argentinien zu zerstören und dies alles als Teil der gleichen weltweiten Operation, die in Form von Völkermord an den Afrikanern durchgeführt wurde. Sie werden die praktische Auslöschung der industriellen Kultur, der nationalen Souveränität und selbst der sterblichen Existenz des Landes mit Namen Australien erkennen. Sie werden exemplarische Beweise dafür demonstriert bekommen, daß die gleichen Operationen und Aktivitäten gegen Länder Asiens und Kontinentaleuropas durchgeführt werden.

Es wurde genau ausgerechnet, daß die politischen Maßnahmen, die sich der Prinz und seine Komplizen zu eigen gemacht haben und die derzeit durchgeführt werden, die Bevölkerung dieses Planeten von derzeit 5,3 Milliarden Menschen innerhalb von ungefähr zwei Generationen auf viel weniger als eine Milliarde Menschen reduzieren würden – und zwar durch die hyperbolisch sich beschleunigenden Auswirkungen von Hungersnot und Epidemien bei Personen, Tieren und Pflanzen.

Unter den Bedinungen, die als Nebenprodukt eines derart konzentrierten Schocks für das kollektive Immunsystem aller höheren Lebensformen abfallen, ist es keineswegs sicher, daß am Ende des kommenden Jahrhunderts

Britannien

Der bevorstehende Fall des Hauses Windsor

überhaupt noch Menschen existieren werden, wenn der Prinz und seine Komplizen nicht gestoppt und diese Politik jetzt umgekehrt wird. Wir würden gerne darauf hoffen, daß ein solcher Holocaust nicht geschehen wird, doch wir können uns auf die Hoffnung allein nicht verlassen. Auf jeden Fall müssen der Prinz, seine Komplizen und deren verderbte Politik jetzt gestoppt werden.

Man darf die Moral jener Teile der Oligarchie, die auf den Sturz der Windsors, der »Thatcheristen« oder beider hinarbeiten, nicht überschätzen. Vom Standpunkt solcher oligarischen Gruppen aus besteht das Hauptverbrechen der Windsors und Thatcheristen – wie die Bush-Anhänger in den USA – nicht in dem praktizierten Völkermord, sondern vielmehr lediglich in ihrer augenscheinlichen, fanatischen Dummheit und Dekadenz. Viele der Eugeniker in der Oligarchie betrachten diese »fanatische Dummheit« zweifellos als das Ergebnis eines Genfehlers oder dergleichen innerhalb der Familie – und zwar entweder von Philips Seite her oder bereits in der Nachkommenschaft von Königin Victoria.

Eine kriminelle Verschwörung

Zusammenfassend scheint die Welt der Hölle entgegenzugehen und die Windsors und Thatcheristen werden von ihren verfehlten New Age-Experimenten nicht abweichen. Sie erscheinen als eine degenerierte Stufe von Spezies, die nicht mehr in der Lage ist, neue Ideen zu präsentieren oder zu tolerieren – zu einer Zeit, in der brauchbare neue, politische Konzepte dringend benötigt werden.

Kurz gesagt: Wenn unser Gegner erkennt, daß seine jüngsten strategischen Rückschläge durch die Tatsache verursacht wurden, daß es sich bei einigen seiner Generäle um fanatisch dumme Befehlshaber handelt, sollte man die Tatsache anerkennen, daß diese wahrscheinlich korrekte Wahrnehmung gemacht wurde, aber man braucht deshalb nicht zu fürchten, daß wir die Sache des Gegners befürworten, nur weil wir über diese Wahrheit berichten.

Vielmehr sollten uns derartige Entwicklungen auf der gegnerischen Seite wie diese Erkenntnis davor warnen, Prinz Philip als den Sündenbock zu betrachten. Er war das unvollkommene Werkzeug politischer Interessen, die schon Jahrtausende vor seiner Geburt festgelegt wurden und die noch mindestens mehrere Jahrzehnte unmittelbar nach seinem Tod eine anhaltende Gefahr darstellen werden.

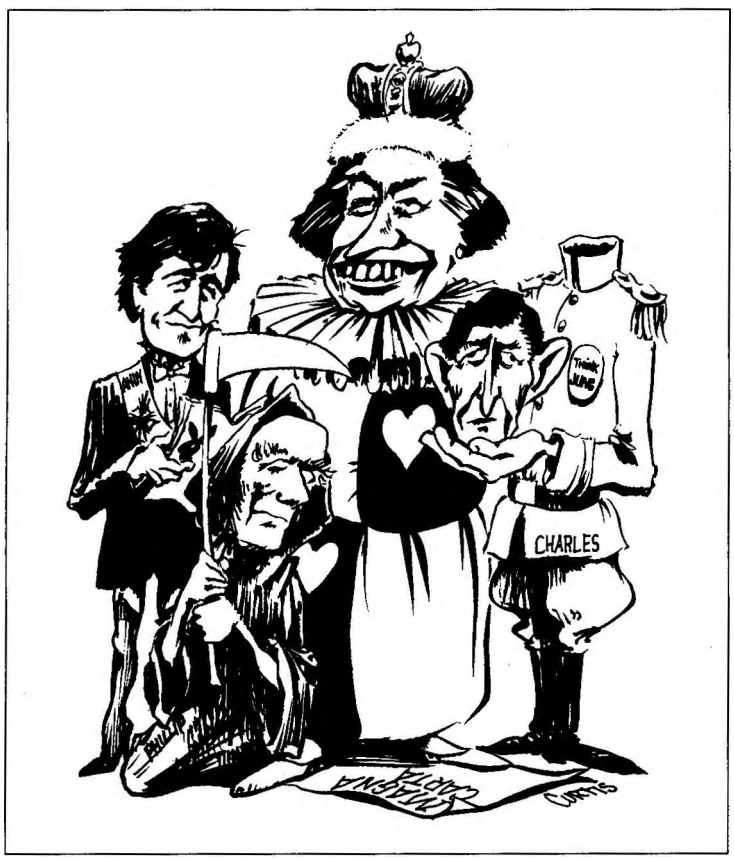
Bei dem in diesem Bericht dokumentierten Verbrechen handelt es sich um das bei weitem größte, das in der ganzen Geschichte der Menschheit begangen worden ist: die Zerstörung allen zivilisierten menschlichen Lebens auf diesem Planeten und vielleicht sogar eine Reihe verruchter Taten, die zur Auslöschung der menschlichen Spezies überhaupt führen könnte.

Seit dem Jahre 1961 hat Prinz Philip eine führende Rolle in dieser weltweiten, kriminellen Verschwörung gespielt, doch er ist nicht der Urheber der ihr zugrundeliegenden Politik. Wir führen diese Politik unmittelbar auf die Darwin-Huxley-Kreise des 19. Jahrhunderts zurück sowie deren Rolle bei der Schaffung des eugenischen Netzwerks, das neben seinen anderen Produkten die Hitler-Diktatur in Deutschland gesponsert hat sowie ihren Trabanten – Margaret Sangers »Planned Parenthood Organisation«.

Prinz Philips Rolle sollte als Fortsetzung der gleichen Tradition angesehen werden, die zu neuen Extremen geführt wird, von denen einige sagen könnten: »Sich mutig in Bereiche vorwagen, die noch nie jemand zuvor beschritten hat.«

Und dann, wenn Sie sie für schuldig befinden werden?

Nach Vorlage unserer Beweise gegen den schuldigen Prinzen und seine bekannteren Komplizen wird ein entsprechender »Verurteilungsbericht« folgen. Dieser Schlußteil wird Ihnen, den Geschworenen, eine Zusammenfassung dessen liefern, was uns die Menschheitsgeschichte über die Ursprünge und die Art dieser besonderen Kriminalität sagen kann, die der Prinz, der World Wildlife Fund und deren Komplizen repräsentieren. Wenn Sie über die hier angeklagten Täter urteilen werden, so bitten wir Sie, dabei nicht den Rahmen aus den Augen zu verlieren, innerhalb dessen dieser Fall hier verhandelt wird.



Das Böse, das hinter der Kriminalität des Prinzen und seiner Komplizen steckt, ist sehr, sehr alt und geht bis ganz auf die Anfänge der Menschheitsgeschichte zurück. Der letztendliche Feind ist nicht dieser unglückselige Prinz, sondern vielmehr jene spezifische, kriminelle Tradition, die als »Oligarchismus« genau beschrieben wird. Bei diesem Oligarchismus handelt es sich um den spezifischen, ansteckenden Wirkstoff, der für die moralische und geistige Krankheit des angeklagten Prinzen und seiner Komplizen verantwortlich ist. Bei der Wahl einer angemessenen und klugen Handlungsweise bezüglich der hier dokumentierten Kriminalität, müssen wir uns über die vorherrschende Dekadenz der meisten derzeitigen internationalen Rechtsverfahren und damit verbundenen Verfahren erheben, um das Problem zu lösen und nicht – wie die Nürnberger Prozesse nach dem Zweiten Weltkrieg pervertiert wurden – versuchen, unsere eigene, frühere Nachlässigkeit hinter deutlich sichtbarem Leiden, das den angeklagten Sündenböcken auferlegt wird, zu verstecken.

Ein neues, dunkles Zeitalter

Es wird gezeigt, daß die Welt über drei Jahrzehnte lang eine kriminelle Verschwörung und eine Ungeheurlichkeit geduldet hat, die in ihrem Tribut, den sie von der Menschheit bisher gefordert hat, bei weitem alles übertrifft. Wir wollen nicht so weit gehen und behaupten, daß dies den Beginn einer Apokalypse signalisiert, doch es bedeutet immerhin eine Krise, die deutlich apokalyptische Züge trägt. Dieser Fall macht den drohenden Beginn eines »neuen, dunklen Zeitalters« im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des römischen Reichs in Westeuropa und das sogenannte »Neue Dunkle Zeitalter« des Europa im 14. Jahrhun-

dert nachahmt und an Intensität noch übertrifft.
Kurz gesagt, die Ungeheuerlichkeit des Verbrechens des Prinzen, das derzeit mit dem drohenden Zerfall der weltweiten Währungs- und Finanzsysteme zusammenfällt, zeugt vom Ende eines ungefähr 500 Jahre alten Kreislaufs in der Geschichte der europäischen Zivilisation. Für den Historiker läßt sich ein derartiges Spektakel nur mit den zahllosen früheren, analogen Fällen vergleichen, wo der Zusammenbruch einer Dynastie kurz bevorstand und die die Geschichte jeder Kultur auf diesem Planeten vor der modernen, christlichen Zivilisation in Europa gekennzeichnet haben.

Keine Dynastie – wie alt oder mächtig sie auch gewesen sein mag und welche Kultur sie auch besaß – hat jedoch das Ende eines derartigen Dynastie-Kreislaufs je überlebt. Die Windsors geben keinerlei Hinweise darauf, daß sie eine Ausnahme zu dieser Regel bilden werden.

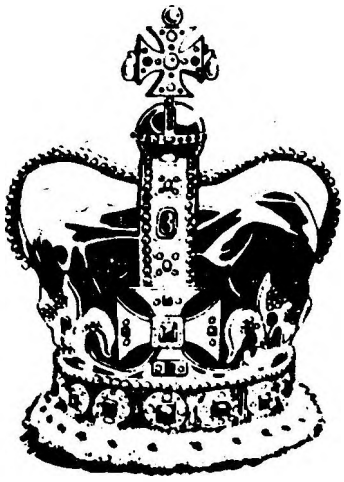
Ein willenloses Werkzeug der Dekadenz

Diese Beweise werden den versammelten Geschworenen dabei helfen, besser zu verstehen, daß diese Windsor-Dynastie mit ziemlicher Sicherheit schon sehr bald in ein bedauernswertes Relikt verwandelt werden wird – egal, was wir in diesem Verfahren tun oder versäumen werden zu tun. Unsere Aufgabe besteht nicht darin, die Windsors zu bestrafen – auch wenn wir ihren Rückzug vielleicht beschleunigen mögen –, sondern vielmehr darin, mit größerer Umsicht zu handeln, als das jede andere herrschende Kultur in früheren Zeiten oder an früheren Orten einer apokalyptischen Krise getan hat.

Unsere Arbeit hier wird nicht durch irgendein dummes Urteil im Stil der Nürnberger Prozesse richtig beurteilt, das wir für den Prinzen und seine Komplizen empfehlen mögen. Im Zusammenhang mit dieser Ermahnung ist es wichtig, zu erkennen, wie wenig bleibend Gutes von den Nürnberger Gerichten nach dem Zweiten Weltkrieg getan und wie wenig persönliche, politische Courage gezeigt worden ist, wenn man bedenkt, wieviele Millionen von Zuschauern die Art und den Umfang der Verbrechen, die der Prinz ganz offen begangen hat, toleriert haben.
Die Verbrechen des Hauses Windsor müssen von den Geschworenen richtig betrachtet werden, indem sie sich die Geschichte anschauen. Das Verbrechen des Prinzen ist höchst ungeheuerlich, doch es ist – und das ist noch viel wichtiger – das Symptom der tödlichen Krankheit einer Zivilisation, die die deutlich sichtbare Förderung einer derart verderbten Politik und Kraft toleriert hat. Das Wesentliche an der Sache ist, daß der Prinz nur das willenlose Werkzeug der Dekadenz unseres Zeitalters und auf diese Art das Kennzeichen für das drohende Verhängnis der herrschenden, globalen Institutionen, die der moralischen Fähigkeit, zu überleben, beraubt sind, war. Auf diese Krankheit – und nicht auf das Symptom allein – muß unsere Justiz ihre heilende Kraft richten.

Wir schließen diese einleitenden Bemerkungen wie folgt. Die Herausforderung, die durch die Ihnen vorgelegten Beweise an Sie gestellt wird, ist die folgende:

Können Sie – die Geschworenen – aufgrund der schrecklichen Tatsache, das unter den gegenwärtig allgemein akzeptierten Verhaltensregeln existiert, dazu bewegt werden, die nötigen radikalen Änderungen in den politischen Grundsätzen zu erkennen – jene Änderungen, die es der Menschheit möglich machen könnten, aus den Ruinen der zusammengebrochenen Dynastie sofort wieder eine Gesellschaft aufzubauen, ohne dazwischen den Alptraum eines weiteren »Neuen, dunklen Zeitalters« durchleben zu müssen? □



Britannien

Der »1001-Club« – ein Naturschutz-Trust

Die Mitgliedschaft im »1001 Club«, der im Jahre 1971 von Prinz Bernhard von den Niederlanden, Prinzgemahl von Königin Juliana aus dem Hause Oranien, gegründet wurde, ist auf 1001 Personen beschränkt und erfolgt nur auf Einladung. Sämtliche Mitglieder bezahlen eine Aufnahmegebühr von 10.000 Dollar, die in einen Zehn-Millionen-Dollar-Trust fließen, mit dem die Aktivitäten des World Wildlife Fund finanziert werden.

Der Club hat ein Bürogebäude in Gland/Schweiz bezahlt, in dem sich derzeit der internationale Hauptsitz des WWF und der International Union for the Conservation of Nature (Internationaler Naturschutzverband) befinden. Die ersten Mitglieder sind von Prinz Bernhard und Prinz Philip, Herzog von Edinburgh, persönlich sorgsam ausgewählt worden. Zu den Mitgliedern gehören Repräsentanten der europäischen Königshäuser, Vertreter von Firmen der britischen Krone und prominente Persönlichkeiten aus dem internationalen, organisierten Verbrechen. Im folgenden sind derzeitige und ehemalige Mitglieder mit ein paar biographischen Daten aufgeführt.

Prinz Bernhard der Niederlande: Geboren im Jahre 1912. Prinz Bernhard ist der angeheiratete Cousin der Schwester von Kaiser Wilhelm – Prinzessin Viktoria von Hohenzollern. Im Jahre 1934 wurde Bernhard an der Universität Berlin für den Nazi-Geheimdienst rekrutiert und schließlich IG Farben – dem Chemiegiganten, der während des ganzen Krieges Geschäftsbeziehungen zu Großbritanniens Imperial Chemical Industries unterhielt – zugewiesen. Wegen seiner Verbindungen zu den Nazis kam es bei Bernhards Heirat mit Königin Juliana aus dem Hause Oranien in den Niederlanden zu einem Skandal.

Bernhard hat im Jahr 1953 die Bilderberger gegründet. Die Bilderberger sponsern die alljährlichen Geheimtreffen der »Eine Welt«-Elite, die aus Nordamerika und Europa zusammenkommt. Bernhard war auch Mitbegründer des WWF im Jahre 1961.

Im Jahre 1976 wurde er dabei erwischt, als er von der Lockheed Corporation 1,1 Millionen Dollar Bestechungsgelder angenommen hatte. Er trat als Chef der Bilderberger und vom WWF-International und dem »1001 Club« zurück. Doch in allen drei Gruppierungen bleibt er eine dominante Figur hinter den Kulissen.

Prinz Henrik: Präsident von WWF-Dänemark.

Prinz Juan Carlos: Gründer und Ehrenpräsident von WWF-Spanien. Er wurde später König Juan Carlos.

Prinz Sadruddin Aga Khan: Erhielt den Titel »Seine Hoheit« von Königin Elizabeth II. im Jahre 1957, als er Herausgeber von »Paris Review«, einer von John Train mitbegründeten Publikation war.

Fürst Johannes von Thurn und Taxis (verstorben): Selbst ernannter »Chef des venezianischen Geheimdienstes« und Erbe einer der mächtigsten »Fürstenfamilien« des Heiligen Römi-

Britannien

Der »1001-Club« – ein Naturschutz-Trust

schen Reichs. Die Familie verfügt über umfassenden Landbesitz in Bayern, Portugal, Italien und Brasilien, der aus ihrer Rolle als Generalpostmeister des Reichs Habsburg herstammt. Sein Vater Max gründete Hitlers Allgemeine SS und verlegte deren Hauptsitz auf das Regensburger Schloß der Familie in Bayern.

Bertolt Beitz: Direktor der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung. Beitz führte im Jahre 1953 eine erfolgreiche Übernahme von Krupp durch.

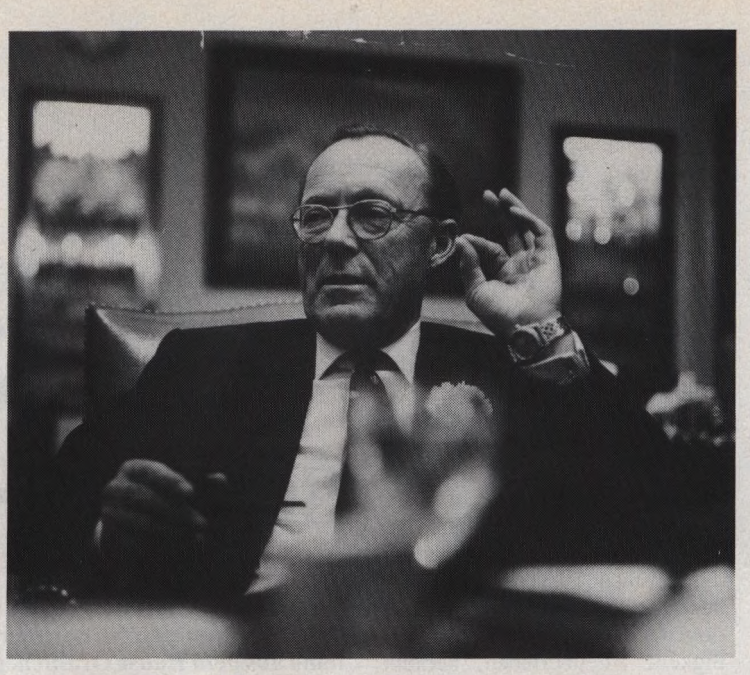
Conrad Black: Vorsitzender und Vorstandschef der Hollinger Corporation, einem Medienkonzern mit großen Zeitungen in Großbritannien, Kanada, den Vereinigten Staaten, Israel und Australien. Ursprünglich trug das Unternehmen den Namen Argus Corporation und war nach dem Krieg aus der Tarnfirma War Supplies, Ltd. des britischen Geheimdienstes hervorgegangen. Hollinger ist das führende Presseorgan des Hauses Windsor und führte vor kurzem die Propagandakampagne gegen den US-Präsidenten Bill Clinton an.

Baron Aubrey Buxton of Alsa: Mitglied des britischen Oberhauses auf Lebenszeit. Vizepräsident des World Wildlife Fund-U.K. unter Prinz Philip. Die Familie Buxton hat die Barclays Bank geleitet.

Peter Cadbury: Vorsitzender von Preston Publications Ltd. und vom Georg Cadbury Trust. Die Schokolade-Interessen der Familie beherrschen die Wirtschaft Westafrikas.

Dr. Luc Hoffman: Vizepräsident von WWF-International und von IUCN (1966-1969); Direktor von Hoffman-LaRoche, dem Schweizer Pharmaunternehmen.

Alexander King: Mitbegründer des Club of Rome im Jahre 1968 zusammen mit Aurelio Peccei. Verantwortlich für das Buch des Clubs »Limits to Growth«, mit dem das malthusianische Argument für eine drastische Reduzierung der Weltbevölkerung wiederbelebt wurde.



Prinz Bernhard der Niederlande, Gründer der Bilderberger, mußte als Chef von WWF-International zurücktreten, da er von der Lockheed Corporation Bestechungsgelder angenommen hatte.

Jonkheer John H. Loudon: Besitzt Ritterwürden der britischen und niederländischen Königsfamilie. Von Bernhard persönlich ausgewählter Nachfolger als internationaler Präsident des World Wide Fund for Nature im Jahre 1977. Ehemaliger Vorstandschef der Royal Dutch Shell-Gruppe; Vorsitzender der Shell Oil Company bis 1976.

Sir Peter Scott: Ritter des britischen Empire (verstorben). Vorsitzender des World Wide Fund for Nature seit Gründung des WWF-I im Jahre 1961; Vorsitzender der Survival Service Commission des IUCN seit 1963; Gründer des Wildfowl Trust in Slimbridge, Glucestershire, im Jahre 1964.

Maurice Strong: Vizepräsident WWF-I seit 1975. Erster leitender Direktor des U.N. Environment Program bis 1975, vorher zwei Jahre lang Generalsekretär der U.N. Conference on the Human Environment. Vorsitzender des Büros der IUCN. Unter-Generalsekretär der UNO (1985-1987). Wurde vom Generalsekretär mit der Leitung des im Juni 1992 in Rio de Janeiro abgehaltenen Weltgipfels, der von der UNO gesponsert wurde, beauftragt. Von der kanadischen Regierung zum Vorsitzenden von Petro-Canada ernannt (1976-1978); derzeit Vorsitzender von Ontario Hydro.

Gustavo Cisneros: Venezuelanischer Milliardär und Freund der Rockefeller-Familie. Verbindungen zu Drogengeldwäscherkreisen. Anfang des Jahres 1994 brach die Banco Latino der Familie zusammen und wurde von der venezuelanischen Regierung in Besitz genommen. Bruder Ricardo Cisneros, ein Direktor der Banco Latino, ist flüchtig. Er führte BIOMA, eine führende »Umweltschutzgruppe« in Venezuela, die aufhören mußte, nachdem sie dabei erwischt worden war, das Töten von Delphinen vorgetäuscht zu haben.

D.K. Ludwig (verstorben): Geschäftsmann, der mit der Zerstörung der Regenwälder am Amazonas ein Vermögen gemacht hat und später dem Boß des Syndikats für das organisierte Verbrechen – Meyer Lansky – half, sein Drogengeldwäsche-Imperium auf den Bahamas aufzubauen.

Fred Meuser: Der Vermittler des 1,1 Millionen Dollar hohen Bestechungsgeldes von der Lockheed Corporation an Prinz Bernhard.

Tibor Rosenbaum (verstorben): Zunächst Logistikchef des Mossad. Seine Genfer Banque de Crédit International wurde vom »Life«-Magazin im Jahre 1967 als Geldwäschezentrum für Meyer Lansky genannt. Zusammen mit dem 1001-Mitglied Oberst Louis Mortimer Bloomfield (verstorben) finanzierte Rosenbaums Netzwerk die Permindex, jene Firma, die vom Staatsanwalt Jim Garrison in New Orleans beschuldigt wurde, bei der Ermordung Kennedys mitgewirkt zu haben. Der französische Geheimdienst hat festgestellt, daß die Permindex 200.000 Dollar über die BCI gewaschen hat, um mehrere verfehlte Mordversuche an Charles de Gaulle zu finanzieren.

Robert Vesco: International gesucht, angebliche »American Connection« zum Medellin Cartel. Ursprünglich gesponsert vom Schweizer Zweig der Familie Rothschild, um die mit Lansky verbundene Investors Overseas Service (IOS) zu übernehmen. Letzte bekannte Adresse: Havanna, Kuba.

Anton Rupert: Mitbegründer des »1001 Clubs« und Vorsitzender des WWF-Südafrika. Rupert ist Besitzer der Rembrandt-Tabak-Anteile und ein Protégé von Sir Stewart Menzies, Chef des britischen MI-6 im Zweiten Weltkrieg.

Sir Kenneth Kleinwort: Besitzer von Kleinwort Benson, einer von Großbritanniens ältesten Banken.

Henry Keswick: Vorsitzender von Jardine Matheson, der von Lord Palmerston geschaffenen, britischen Handelsgesellschaft, die den Fernost-Opiumhandel im 19. Jahrhundert bedienen sollte. Bruder John Keswick ist Vorsitzender der Hambros Bank, einem Förderer des WWF, und ein Direktor der Bank of England.

Edmond Safra: Vorsitzender der Safra Bank, einst Besitzer der American Express Bank und Zielscheibe von Ermittlungen seitens der amerikanischen und Schweizer Regierung wegen Drogengeldwäscherei.

Sir Francis de Guingand: Ehemaliger Chef des britischen militärischen Geheimdienstes, lebt jetzt in Südafrika. □

Britannien

Prinz Philips königlicher Trust

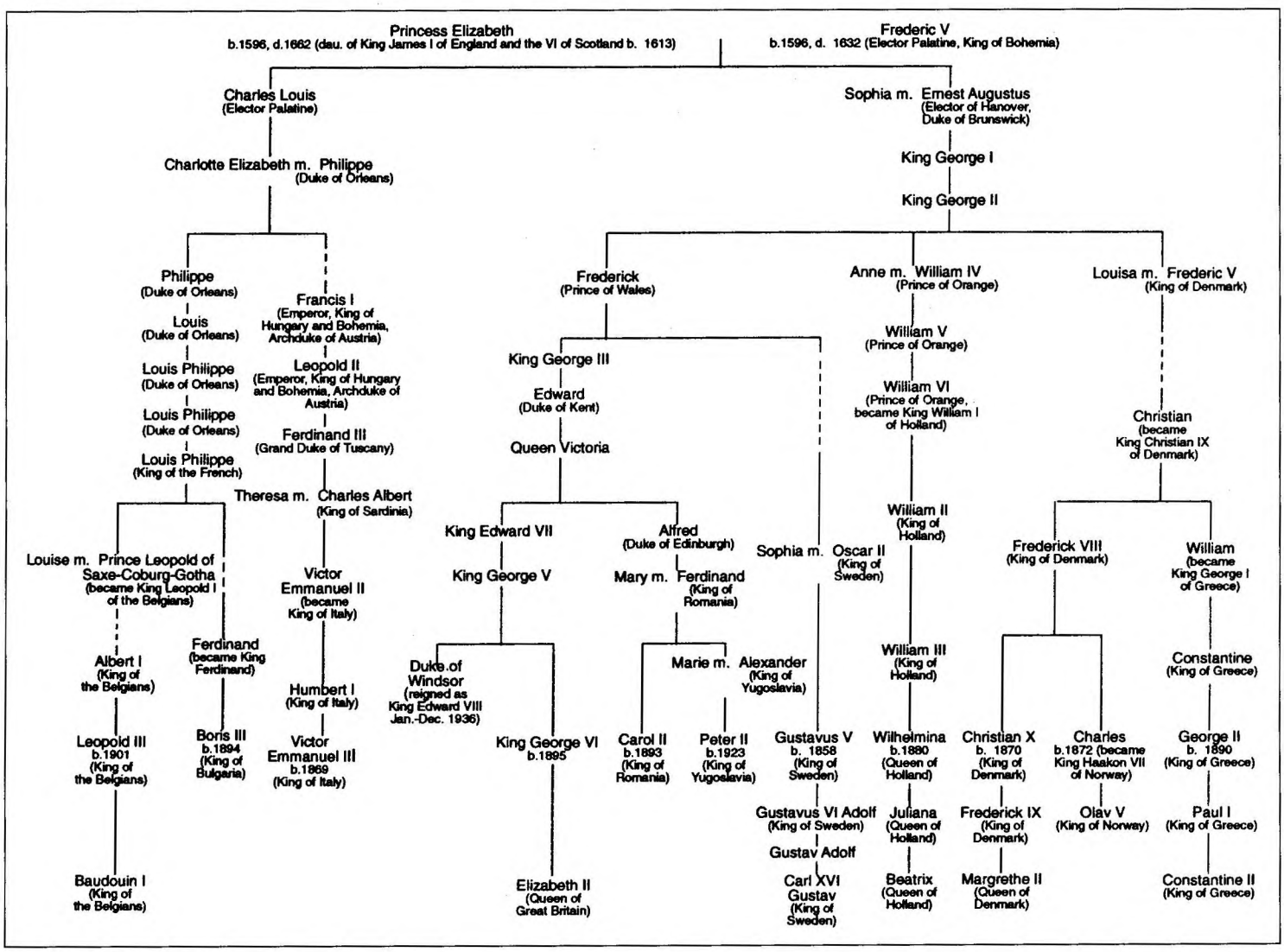
Die meisten Bürger in Nord- und Südamerika sind der Ansicht, daß Königin Elizabeth II. eine Galionsfigur ist, die praktisch keinerlei politische oder finanzielle Macht besitzt. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Als gegenwärtiges Oberhaupt der Windsor-Dynastie ist sie das alleinige, souveräne Staatsoberhaupt des Vereinigten Königreichs und 16 anderer Staaten und übt auch eine subtilere, aber gleichermaßen grausame Machtbefugnis über die anderen 33 Länder des britischen Commonwealth aus.

Doch die Macht des Hauses Windsor leitet sich auch aus dem Status von Königin Elizabeth II. als »Chief Executive Officer« eines inoffiziellen Gremiums ab, das einigen als der »Club of the Isles« bekannt ist, der die politische und finanzielle Macht eines weitaus umfassenderen Zusammenschlusses von untereinander verheirateten europäischen Königs- und Fürstenfamilien vereinigt und der von Skandinavien bis nach Griechenland reicht.

Der geschätzte Finanzwert des »Club of the Isles« liegt bei über einer Billion Dollar und die Holdings, an denen der Club Kapitalmehrheiten besitzt, sollen neun Billionen Dollar überschreiten. Die weltweiten Ölvorräte, ebenso wie der größte Teil der Weltvorräte an Edelmetallen und Rohstoffen werden von dem britischen Königshaushalt über solche »Kronjuwelen« wie Rio Tinto Zinc, Lonrho und die DeBeers Anglo American Corporation beherrscht.

Der Prinzgemahl, Prinz Philip Mountbatten, Herzog von Edinburgh, spielt eine ähnliche Rolle in seiner Eigenschaft als »Chief Operations Officer« für den »Club of the Isles« und als Chef des World Wide Fund for Nature. Darüber hinaus ist Prinz Philip der Sprecher für die Politik des Clubs, der oberste Priorität genießt: die Reduzierung der Weltbevölkerung auf unter eine Milliarde Menschen innerhalb von mehreren Generationen.
Dies ist nur möglich durch weltweiten Völkermord, der das Abschlachten, das in den letzten 35 Jahren in Afrika stattgefunden hat, bei weitem übertrifft.
Zu diesem Zweck hat die von Prinz Philip geleitete »executive agency« (Vollzugsorgan) einen mächtigen Apparat geschaffen, die aus königlichen Trusts und Körperschaften, Tarnorganisationen, Mord- und Terrortrupps der weltweit effektivsten Mord, Inc., besteht. □

Der königliche Familienstammbaum. Gestrichelte Linien bedeuten, daß eine oder mehrere Generationen ausgelassen wurden.



Britannien

Wer ist wer in Prinz Philips königlichem Trust

1. Club of the Isles/House of Windsor: Über den Club of the Isles fungiert die Windsor-Dynastie als »primus inter pares« für eine große Königsfamilie, die den Thron von Rußland, Preußen, Dänemark, Schweden, Belgien, Griechenland, den Niederlanden, Jugoslawien und von einer Menge kleinerer Fürstentümer beansprucht.

2. Prinz Philip von Griechenland und Dänemark, Baron Greenwich, Graf von Merioneth, Herzog von Edinburgh: Prinz Philip, Prinzgemahl von Königin Elizabeth II., gründete im Jahre 1961 den World Wildlife Fund und wurde im Jahre 1981 sein internationaler Präsident. Ehemals Präsident der »Zoological Society London« (ZSL).

3. Zoological Society of London (ZSL): Gegründet im Jahre 1826 durch Sir Stamford Raffles, ehemals Vizekönig von Indien und Begründer von Singapur. Regte die Zoological Societies von New York und Frankfurt an. **Royal Geographical Society (RGS):** Gegründet im Jahre 1830 als Geographical Society of London; Königliche Verleihungsurkunde im Jahre 1859. Sponserte wichtige Kolonialexpeditionen wie die von Livingstone und Sir Richard Burton nach Afrika. Die Vorstände von ZSL und RGS sind mit denen des WWF praktisch identisch; Prinz Philip war in den siebziger Jahren Präsident des ZSL.

ZSL und RGS stehen an der Spitze des britischen Geheimdienst-Establishments. Zu den jüngsten Vorstandsmitgliedern der ZSL gehörten: Julien Huxley, 1935-1942; Feldmarschall Lord Alanbrooke, Senior-Stabschef für das Vereinigte Königreich, 1950-1954; Lord Solly Zuckerman, wissenschaftlicher Chefberater der Regierung des Vereinigten Königreichs, 1955-1984; Sir Frank Chappell, der ehemalige kommandierende Offizier der britischen Armee, derzeitiger Direktor, Mitglied des WWF-U.K. ZSL und RGS teilen die Eugenik-Ideologie des WWF und der Dargin-Huxley-Verein ist in beiden allgegenwärtig. Der Eugenik-»Begründer« Sir Francis Galton hatte Mitte des 19. Jahrhunderts in der RGS große Macht. Michael Huxley, Julians Cousin, gründete sein »Geographical Magazine«. RGS-Vertreter gründeten zusammen mit Sir Peter Scott »Survival International«.

4. RTZ, Shell, Lonrho, ICI, Unilever, DeBeers, AAC: Die wichtigsten Unternehmen des Königlichen Trusts.

5. The Fauna and Flora Preservation Society: Gegründet im Jahre 1903 als die Society for the Preservation of the Wild Fauna of the Empire (Gesellschaft zur Erhaltung der frei lebenden Fauna im Empire). Zweitälteste britische Natur- und Umweltschutzorganisation nach der Royal Society for the Protection of Birds (1889) (Gesellschaft zum Schutz der Vögel). Besitzt in 70 Ländern ein Gremium von 108 »ehrenamtlichen Beratern in Übersee«. Unterhält Beziehungen zu den meisten anderen, wichtigen Natur- und Umweltschutzorganisationen. Zusammen mit der Eugenics Society Mutterorganisation der IUCN und des WWF. Seit ihrer Gründung im Londoner Zoo untergebracht. Schirmherr: Ihre Majestät die Königin.

»Die Fauna« wurde als Zweig der britischen Imperialpolitik unter dem Deckmantel des »Natur- und Umweltschutzes« gegründet. Ihre Vizepräsidenten – Lords Milner, Grey, Cromer, Curzon und Minto –, die bei der Gründung dabei waren, waren allesamt imperiale Prokonsuln, vor allem in Indien und Afrika. Wie Sir Peter Scott, der über drei Jahrzehnte lang – von den sechziger Jahren bis zu seinem Tode im Jahre 1989 – FFPS-Vorsitzender war, in seiner Geschichte der Fauna schreibt: »Da das Empire zu dieser Zeit ungefähr ein Viertel der Oberfläche des gesamten Globus ausmachte, war es ein guter Start für die Internationalisierung der noch in den Anfängen befindlichen Tier- und Artenschutzbewegung.«

Das Hauptziel der FFPS bestand darin, das Nationalparksystem weltweit zu expandieren. In den Jahren 1933, 1938 und 1953 wurden internationale Konferenzen einberufen, um neue Nationalparks zu planen. Sein Sekretär, Oberst Stevenson-Hamilton, gründete den Krüger Nationalpark in Südafrika. Der Architekt des kenianischen Nationalparksystems, Oberst Mervyn Cowie, ist auch heute noch Ausschußmitglied im FFPS.

FFPS-Mitglieder haben den WWF und die IUCN seit deren Gründung beherrscht und führten oft den Vorsitz der zwei Hauptausschüsse des IUCN – der Kommission für Nationalparks und Schutzgebiete und der Überlebensservice-Kommission –; letztere befaßte sich mit dem »Artenschutz« im WWF-Stil und sie wurde ab dem Jahre 1963 fast zwei Jahrzehnte lang von Peter Scott geführt.

6. The Nature Conservancy: Gegründet durch Königliche Verleihungsurkunde im Jahre 1949. Eines der vier Forschungsorgane unter dem Kronrat (Privy Council). Bekannt als das »erste gesetzliche Naturschutzorgan der Welt«, wurde es in der Nachkriegszeit zu einer der mächtigsten Geheimoperationen der Krone. Von seinem einflußreichen Posten als ständiger Staatssekretär des Präsidenten des geheimen Staatsrats (dem stellvertretenden Premierminister) aus schrieb Max Nicholson die Gesetze für die »Conservancy«, verließ dann seinen Regierungsposten und führte sie von 1952-1966. Nicholson entwickelte in den nächsten Jahrzehnten persönlich die meisten wichtigen Strategien und Taktiken der Weltumweltschutz-Bewegung. Er startete die Kampagne gegen DDT, die später von Rachel Carson in »The Silent Spring« populär gemacht wurde; er entwarf die Verfassung für die IUCN; schuf und führte das Komitee, das im Jahre 1961 den WWF gründete und wählte Sir Peter Scott als ersten WWF-Vorsitzenden aus, der diesen Posten mehr als zwei Jahrzehnte innehatte. Der Untertitel seiner Geschichte über die Umweltschutzbewegung der Nachkriegszeit aus dem Jahre 1970 lautet »Ein Führer für die neuen Herren der Erde«.

7. IUCN, Unesco, UNEP: IUCN: Die Schweizer Internationale Union für den Naturschutz wurde im Jahre 1948 von Sir Julian Huxley gegründet; ihre Verfassung wurde vom britischen Außenministerium geschrieben. Da in ihr 68 Nationen, 103 Regierungsbehörden und 640 nicht staatliche Organisationen vereinigt sind, ist die IUCN formal zwar den Vereinten Nationen verbunden, doch sie steht außerhalb deren Kontrolle. Der WWF wurde ursprünglich zur Finanzierung des IUCN gegründet; viele der IUCN-Schlüsselkommissionen wurden von der »Fauna Preservation Society« geführt. Zusammen mit UNEP und dem World Resurces Institute startete die IUCN die »Global Biodiversity Strategy«, die die Naturschutzplanung vieler Länder steuert.

Ihre Mitarbeiter planen die Natur- und Umweltschutzstrategien direkt und verwalten heute die Nationalparks vieler ehemaliger Kolonien. Sie betrachtet die Erhaltung der »biodiversity« (Bio-Vielfalt) als ihre Hauptaufgabe. IUCN-Präsident ist Sir Shridath Ramphal, der ehemalige Generalsekretär des British Commonwealth 1975-1990; ihr Generaldirektor Martin Holdgate war ein hochrangiger Beamter des Umweltschutzministeriums des Vereinigten Königreichs.

Unesco: Die United Nations Education, Scientific and Cultu-

ral Organization ist eine spezielle UN-Organisation mit Sitz in Paris, die von Sir Julian Huxley geplant wurde, der auch ihr erster Generaldirektor war. In seinem Gründungsdokument des Jahres 1946 definiert Huxley die zwei Hauptziele der Unesco als die Bekanntmachung der Notwendigkeit der Eugenik und den Schutz der wildlebenden Tiere durch die Schaffung von Nationalparks, besonders in Afrika. Mit einem Jahresbudget von 550 Millionen Dollar finanziert die Unesco ein riesiges Netzwerk von Natur- und Umweltschutzgruppen. Der Umweltschutz wird als eines ihrer drei Hauptziele definiert.

UNEP: Das United Nations Environment Program (Umweltschutzprogramm der Vereinten Nationen) wurde auf der UN-Umweltschutzkonferenz des Jahres 1972 gegründet, die von dem WWF-Gründer Maurice Strong organisiert worden war. UNEP arbeitet in verschiedenen Ventures eng mit der Unesco, der IUCN und dem WWF zusammen und hat ihren Sitz in Kenia. Ihr World Conservation Monitoring Center in Cambridge, England, das gemeinsam mit IUCN und WWF gesponsert wird, ist die zentrale Geheimdienstbehörde der Natur- und Umweltschutzbewegung.

8. World Wildlife Fund (seit 1987 World Wide Fund for Nature): Einzelheiten in einem gesonderten Beitrag.

9. 1001 Club: Einzelheiten in einem gesonderten Beitrag.

10. World Resources Institute: Gegründet 1982 unter Führung des WWF-Präsidenten in den USA, Russell E. Train, mit großzügiger Finanzhilfe vom Rockefeller Brothers Fund und der Mac-Arthur Foundation. James Gustave Speth wurde zum Präsidenten ernannt. Speth war ein Mitbegründer des Natural Resources Defense Council und ehemals Vorsitzender des US-Council on Environmental Quality und der Direktor des Global 2000 Projekts. Nach 11 Jahren WRI wurde Speth im Jahre 1993 Chef des United Nations Development Program (UNDP).
WRI ist der Haupt-Denktank für Umweltschutzgruppen in den USA, der eine Studie nach der anderen herausbringt, in der die neue Weltordnung und die weltweite Strategie der Bio-Vielfalt (»Global Biodiversity Strategy«) propagiert wird. WRI ist dem International Institute for Environment and Development in London angeschlossen, das vormals von Lady Jackson (Barbara Ward) geführt wurde.

11. Goldsmith/The Ecologist: Sir James Goldsmith und sein älterer Bruder Edward sind weltweit die führenden Geldgeber des WWF-Apparats. Zusammen mit John Aspinall sind sie auch wichtige Geldgeber von Survival International und Friends of the Earth. Im Jahre 1970 gründete Edward Goldsmith die Zeitschrift »The Ecologist« des radikalen Flügels der Bewegung der Grünen. Edward setzte auch die Begegnung der Grünen Partei in Großbritannien in Gang, die Parteien der Grünen in jedem Land der Europäischen Gemeinschaft schuf.

12. Sierra Club: Der Sierra Club wurde im Jahre 1892 von dem Naturschützer John Muir und mit dem Geld des berühmten Räuberbarons E.H. Harriman gegründet. Unter der Führung von David Brower wurde der Sierra Club zu einer radikalen Umweltschutz-Lobby-Organisation, nachdem er bis zu den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts vorwiegend ein Ausflugsclub gewesen ist. Im Jahre 1969 verließ Brower den Sierra Club und gründete die radikaleren »Friends of the Earth« (Freunde der Erde).
Michael McCloskey trat an Browers Stelle und machte sich daran, den Sierra Club in eine Organisation zu verwandeln, die zum Ziel hatte, die Nutzung aller öffentlichen Ländereien in den Vereinigten Staaten zu kommerziellen Zwecken zu verhindern. Im jahre 1971 gründeten die Führer des Sierra Clubs in Kanada »Greenpeace«. Im Jahre 1979 gaben der Sierra Club und die Wilderness Society David Foreman einen Zehn-Jahres-Vertrag, um eine offenkundig terroristische Umweltschutzorganisation zu gründen und zu führen. Diese Organisation wurde »Earth First«!

13. Greenpeace: Gegründet im Jahre 1971 aus dem »Don't Make a Wave Committee« heraus, um Opfer der Drogen-Rock-Sex-Gegenkultur zur WWF-gesponserten »Direktaktion« hinzuzuwählen. Hat jetzt Zweigorganisationen in 24 Ländern, seinen Hauptsitz in den Niederlanden und ver-

Carol Greene
Mörder aus der Retorte – Charles Manson und der Wertewandel
238 Seiten, DM 16,80
ISBN 3-925725-13-X

Daß der amerikanische Geheimdienst CIA Ende der fünfziger Jahre im Rahmen des Projekts „MK-Ultra" Teile der amerikanischen Hochschuljugend vorsätzlich unter Drogen setzte, ist inzwischen unbestreitbar. Daß jemand künstlich satanische Kulte, rituelle Massenmörder und dergleichen heranzüchtet, bleibt trotzdem schwer zu begreifen. Die Untersuchung des Mordfalls Charles Manson hat Ungeheuerliches aus den Hexenküchen der Psycho-Klempner zutagefördert. Daraus werden die eigentlichen Ursprünge der Anti- und Gegenkultur, die längst zur vorherrschenden Kultur gemacht worden sind, erkennbar.

Aus dem Inhalt

• Was geschah am 9. August 1969? • Der philosophische Psychopath • Mensch oder Ratte • Aldous Huxley und die „somatotonische" Persönlichkeit • Harvard und die psychedelische Revolution • Science-fiction, der direkte Weg in die Traumwelt • Manson und Scientology • Satanismus und Sigmund Freud • Ein „neuer Mensch" für eine „neue Gesellschaft"

Mehr-Wissen-Buchdienst
Lise-Meitner-Str. 11
40764 Langenfeld

Britannien

Wer ist wer in Prinz Philips königlichem Trust

fügt über ein Jahresbudget von 157 Millionen Dollar. Schuf die öko-terroristische Gruppen »Sea Shepherd«, »Lynx«, »Animal Liberation Front« und »Earth First«. Derzeitiger Direktor ist Lord Peter Melchett, Erbe des Vermögens von Imperial Chemical Industries.

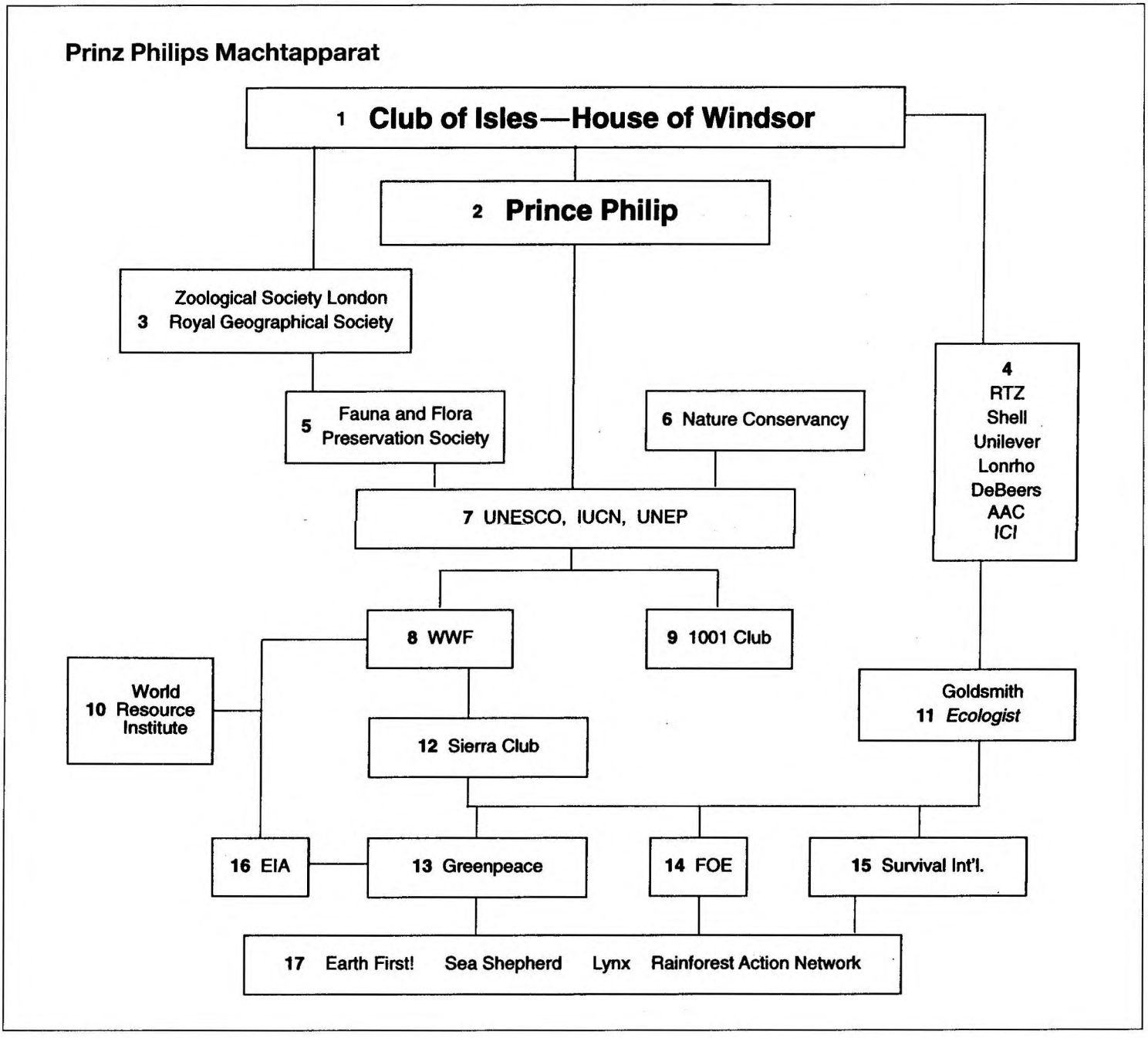
14. Friends of the Earth: Gegründet im Jahre 1969 durch David Ross Brower, ehemaliger Chef des Sierra Clubs. Im Jahre 1990 vereinigt mit »Environmental Policy Institute« und »Oceanic Society« und erhielt von der amerikanischen Steuerbehörde den Status der Steuerbefreiung. Im Jahre 1970 nach England umgezogen. Wird finanziert durch die Goldsmith- und Rothschild-Interessen und von John Aspinall.

Führt direkte Aktionen und andere Aktivitäten durch, die sich insbesondere auf Atomkraftwerke beziehen. Direktor von FOE-U.K. in den achtziger Jahren war Jonathan Porritt, Sohn des Ex-Generalgouverneurs von Neuseeland. Der Gründer von FOE-Frankreich, Brice LaLonde, wurde von Präsident François Mitterrand später zum Umweltschutzminister ernannt.

15. Survival International: Gegründet in London im Jahre 1969 mit Förderung durch den WWF-Vorsitzenden Sir Peter Scott, um Gelder zu haben, damit den »Stammesvölkern geholfen werden kann, ihr Land, ihre Umwelt und ihren Lebensstil zu schützen«. Ursprünglich »Primitive Peoples Fund« genannt. Arbeitet weiterhin eng mit dem WWF und der Royal Geographic Society zusammen. Weitere Gründungsmitglieder sind: Edward Goldsmith, John Aspinall, Nicolas Guppy, Francis Huxley und Royal Geographic Society-Direktor John Hemming. Die Indianer Südamerikas, besonders die Yanomami, waren die ersten Ziele der SI-Operationen.

16. Environmental Investigative Agency: Ermittlungsgruppe mit Hauptsitz London, die aus Greenpeace-U.K. heraus entstanden ist. Gründer ist Allan Thornton, der Greenpeace anfangs führte. Wird finanziert vom Animal Welfare Institute und anderen WWF-Tarnorganisationen.

17. Sea Shepherd, Lynx, Earth First!, Rainforest Action Network: Einzelheiten dazu in einem gesonderten Beitrag. □



Britannien

Der WWF – Rassenkunde und Weltregierung

Der World Wildlife Fund (WWF), jetzt World Wide Fund for Nature, wurde im Jahre 1961 aus einem erklärten Grund gegründet: Um Gelder zu beschaffen, damit die Aktivitäten der International Union for the Conservation of Nature (Internationaler Naturschutzbund, IUCN) stark ausgeweitet werden konnten.

Der IUCN war im Jahre 1948 in Gland, Schweiz, nach einer im britischen Außenministerium entworfenen Verfassung gegründet worden und prahlt heute damit, daß sie die größte »professionelle« internationale Naturschutzorganisation seien – seit dem Jahre 1994 umfaßt sie 68 Staaten, 103 Regierungsbehörden und über 640 nicht staatliche Organisationen, »viele davon mit weltweitem Geltungsbereich«.

Warum eine Weltregierung?

Unter dem Deckmantel des »Naturschutzes« haben sich WWF und IUCN in Wirklichkeit folgendem verschrieben: Erstens, Reduzierung der Weltbevölkerung, insbesondere in den Schwellenländern und zweitens, sicherstellen, daß die Kontrolle über die Weltrohstoffe in den Händen einer kleinen Handvoll, vorwiegend britischer – oder englisch-holländischer –, multinationaler Unternehmen bleibt. Diese beiden Ziele – so haben WWF-IUCN Sprecher wiederholt gesagt – machen eine Weltregierung erforderlich.

Der WWF wird seit seiner Gründung im Jahre 1961 von Prinz Philip geführt, dem ersten Leiter des wichtigsten, nationalen Zweigs – dem WWF-UK –, der Prinz Bernhard der Niederlande als ersten Chef von WWF-International rekrutiert hat. Nach den Lockheed-Skandalen Mitte der siebziger Jahre, in deren Zusammenhang Prinz Bernhard dabei erwischt wurde, für den Verkauf von Flugzeugen Bestechungsgelder in Millionenhöhe angenommen zu haben, hat Philip die Leitung von WWF-I von Bernhard übernommen. Philip wurde später von Prinzessin Alexandra, Cousine ersten Grades der Königin, im Vorsitz von WWF-UK abgelöst.

Daß die Krone den WWF von Anfang an geleitet hat, ist rechtmäßig. WWF-IUCN sind ein Nebenprodukt von zwei führenden britischen Institutionen des Empire: der Society for the Preservation of the Wild Fauna of the Empire – jetzt die Fauna and Flora Preservation Society, FFPS, deren Schirmherrin die Königin ist –, die den Grundstein für die Wildparks in ganz Afrika gelegt hat – und der Eugenics Society.

Schaffung einer neuen Rasse

Der Mitbegründer von IUCN und WWF, Sir Julian Huxley, verkörperte persönlich diese beiden Strömungen. Er war besessen von dem Thema Bevölkerungskontrolle, das er als »das Problem unseres Zeitalters« bezeichnete. Zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg arbeitete er in der Population Investigation Commission der britischen Regierung, war Vizepräsident der Eugenics Society von 1937-1944 und deren Präsiedent, als er im Jahre 1961 den WWF gegründet hat. Er war auch Vizepräsident der »Fauna«, wie deren aristokratische Mitglieder sie heute noch liebevoll nennen.

Die Ideologie beider Institutionen und ihres WWF-Sproßes rührt in ihrer modernen Form von Sir Francis Galton – der den Begriff »Eugenik« geprägt hat – und seinem Cousin Charles Darwin her; letzterer schrieb im Jahre 1859 sein infames »Origin of the Species by Means of Natural Selection or the Preservation of Favored Races in the Struggle for Life«. Galton zielte darauf ab, den pseudowissenschaftlichen Humbug des darwinistischen »survival of the fittest« in der menschlichen Arena zu propagieren und definierte deshalb die Ziele seiner »Race Betterment Movement« wie folgt: »Schaffung einer neuen, überlegenen Rasse durch die Eugenik«, was die »Auslese« der menschlichen Rasse erforderlich machen würde. Der Darwin-Huxley-Verein und deren Gesinnungsgenossen haben diese Doktrin in den letzten eineinhalb Jahrhunderten ununterbrochen propagiert.

Die Aufgabe der Unesco

Was schließlich der WWF wurde, hat vor dem Zweiten Weltkrieg im Royal Institute of International Affairs – einem von Rhodes abstammenden Denktank des britischen Außenministeriums, der für politische Planung und Wirtschaftsplanung zuständig war – Form angenommen. Seine »Planung« konzentrierte sich auf Eugenik, Rohstoffkontrolle und Weltregierung. Seine zwei Spitzenvertreter, Max Nicholson und Julian Huxley, gründeten später sowohl den IUCN als auch den WWF.

Huxley setzte seine Fixierung auf die Eugenik nach dem Krieg als erster Chef der U. N. Educational, Social and Cultural Organization (Unesco) fort. Wie er in seinem Gründungsdokument sagte: »Selbst wenn es durchaus richtig ist, daß eine radikale Eugenik-Politik noch viele Jahre lang in politischer und psychologischer Hinsicht unmöglich sein wird, so muß die Unesco doch darauf achten, daß die ... Öffentlichkeit über die anstehenden Themen informiert wird, damit viel von dem, was jetzt undenkbar ist, zumindest denkbar wird.«

Die Weltregierung war die Antwort, betonten Huxley und Nicholson, und der »Schutz der wildlebenden Tiere« war ein Weg, der zu diesem Ziel hinführt. Huxley sagte, »die Ausbreitung des Menschen müsse hinter der Erhaltung anderer Arten zurücktreten und käme erst an zweiter Stelle«.

Abschaffung der Souveränität

Sein Kollege Nicholson, ständiger Staatssekretär von fünf britischen Außenministern der Nachkriegszeit und einer von Großbritanniens mächtigsten Staatsbeamten, sagte in seiner Geschichte der Weltumweltschutzbewegung im Jahre 1970 »The Environmental Revolution: A Guide for the New Masters of the World«, die vor allem er und Huxley begründet hatten, angesichts der Wege, die die Zugvögel nehmen, »die Lektion wurde gelernt und rückhaltlos akzeptiert, daß »keine Grenzen für Vögel« gleichzeitig die Abschaffung der Souveränität bedeutet. Es gibt noch viele andere Gebiete, auf die die gleiche Lektion zutrifft, doch nur wenige, wo es erreicht worden ist.

Im Jahre 1960 – als sich ein großer Teil Afrika auf die Unabhängigkeit vorbereitete – unternahm der 74-jährige Huxley eine mühsame, dreimonatige Reise durch Afrika und predigte, daß den unabhängig gewordenen Staaten der »Schutz der frei lebenden Tiere« nicht anvertraut werden könne. Unter diesem Deckmantel und mit dem Ziel, die Unabhängigkeit zunichtemachen, verbanden sich Huxley und Nicholson im folgenden Jahr mit ihrem königlichen Seelenverwandten Prinz Philip: der WWF wurde geboren. □

Britannien

Die Verflechtungen des königlichen Trusts

Die modernen multinationalen Unternehmen wie Royal Dutch Shell, Unilever und RTZ, die in der Nachkriegszeit so viel dazu beigetragen haben, Afrika und den Rest der Welt den Würgegriff um den Hals zu legen, sind lediglich die moderne, etwas getarnte Ausgabe der »merchant adventures« der Krone aus dem elisabethanischen England und der Zeit danach.

Wie ihre oft von Venedig gesponserten elisabethanischen Vorgänger, von denen einige sich zusammenschlossen und Ende des 16. Jahrhunderts die British East India Company wurden, wird ihnen eine »Königliche Verleihungsurkunde« gewährt, um weltweit im Namen der Krone und der mit ihr verbundenen Familien zu operieren.

Das Privileg der Krone

Das englisch-holländische Unternehmen Royal Dutch Shell beispielsweise, das in Afrika und im World Wide Fund for Nature so prominent ist, geht auf die finanziellen Vereinbarungen zurück, die festgelegt wurden, als Willem vom holländischen Königshaus Oranien im Jahre 1688 mit Unterstützung aus Venedig den britischen Thron übernahm.

Als Afrika von den europäischen Mächten in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts kolonisiert wurde, geschah auch dies mit dem Privileg der Krone, das an Firmen wie die Royal Niger Company, die British East Africa Company und Cecil Rhodes British South Africa Company vergeben worden war.

Heute sind die WWF-Förderer die direkten Nachkommen dieser Krone-Gesellschaften aus der Zeit Ende des 19. Jahrhunderts, wenn nicht sogar davor, wie Shell.

Tiny Rowlands Lonrho Corporation ist repräsentativ: Seit dem Jahre 1990 beschäftigt das Unternehmen in Afrika über 100000 Menschen und ist der wichtigste Nahrungsmittelproduzent des Kontinents sowie der größte Vertreiber von Edelmetallen.

Im Jahre 1961 – als Lonrho stark erweitert wurde, um die aufstrebenden, unabhängigen Länder Afrikas zu vernichten und zu zerstören – war es eine Tochtergesellschaft von Cecil Rhodes noch existierender British South Africa Company.

Das Geld und die Verbindungen zur Schaffung dieser neuen British East India Co. für Afrika kamen von dem Finanzier der City of London, Harley Drayton, und seiner 117 Old Broad Street Group, Vertretern der Krone für die Kolonien und Verwaltern des Privatvermögens der Königin.

Draytons langjähriger persönlicher Assistent war der schottische Aristokrat Angus Ogilvy, dessen Frau Prinzessin Alexandra von Kent derzeit den WWF-U.K. leitet.

Von 1961 an war Rowland Hauptgeldgeber für die Leute, durch deren volksmörderische Kriege der afrikanische Kontinent verwüstet worden ist. Er hat oft beide Seiten im Kampf gleichzeitig finanziert, angefangen mit dem Ian Smith-Regime in Rhodesien und dessen schwarzer Opposition um Joshua Nkomo und Robert Mugabe bis hin zur Finanzierung sowohl der Frelimo-Regierung als auch deren Renamo-Opposition in Mozambique und der Regierung der MPLA und ihrer Opposition Unita in Angola.

Das königliche Vermögen

Die Königin ist die reichste Frau der Welt, deren Vermögen sich nach bestätigten Berichten auf 13 Milliarden Dollar beläuft (»Harpers and Queen Magazin«, Januar 1991). In Wirklichkeit ist es noch viel größer, doch sie ist nicht dazu verpflichtet, ihren Aktienbesitz und ihre sonstigen Beteiligungen offenzulegen.

Die folgenden Unternehmen, die vor allem in Afrika große Vermögenswerte besitzen, werden von der Krone politisch gesteuert und gehören oft größtenteils ihr.

RTZ Corporation PLC: Zweitgrößter Bergwerkskonzern auf der Welt. Gegründet 1873 von Hugh Matheson von der Firma Jardine Matheson, die im Opiumhandel tätig war. Der dritte Vorstandschef von RTZ, Sir Auckland Geddes, hat mit Sir Ernest Oppenheimer zusammengearbeitet, um die Kontrolle der Rohstoffproduktion in Afrika in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts zu reorganisieren.

Anglo-American Corporation of South Africa, Ltd: Größtes Bergwerksunternehmen auf der Welt, das die Wirtschaft Südafrikas beherrscht. Zusammen mit den beiden De Beers-Firmen bildet es das Oppenheimer-Imperium. Die Rothschilds und J. P. Morgan and Co. lieferten Sir Ernest Oppenheimer die Finanzierung, um die Diamanten- und Goldproduktion in Südafrika zwischen 1902 und 1929 zu kartellieren.

De Beers Consolidated Mines Ltd.: Südafrika und De Beers Centenary AG (Schweiz). Kontrollieren die weltweite Diamantenherstellung. Gegründet von Cecil Rhodes im Jahre 1880; mit Rothschild-Unterstützung kontrollieren sie ab dem Jahre 1888 90 Prozent der weltweiten Diamantenherstellung.

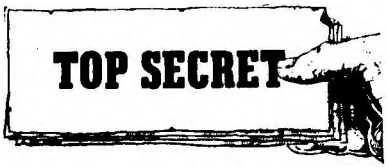
Barclays PLC: Größte Bankmacht in Afrika. Stark kontrolliert von den Familien Barclay, Freame, Bevan und Buxton; die letzteren sind Mitbegründer des WWF.

Shell Trading & Transport PLC und Shell U. K. Ltd.: Der weltweit größte Produzent auf dem Petrochemie-Sektor. Der ST&T, einer britischen Holdinggesellschaft, gehören 40 Prozent der Royal Dutch Shell-Gruppe von mehr als 2000 Firmen weltweit – die übrigen 60 Prozent gehören der Royal Dutch Petroleum Co. –; im Jahre 1903 von Sir Henry Deterding zusammen mit den französischen Rothschilds geschaffen.

N. M. Rothschild & Sons Ltd.: Gegründet im Jahre 1803 mit Unterstützung der Familie Thurn und Taxis, einer der »Königsfamilien« des Habsburger Reichs, ursprünglich die venezianische Familie Torre e Tasso. NMR&S hat die Expansion des britischen Empires nach venezianischem Vorbild finanziert und finanzierte Cecil Rhodes Gold- und Diamant-Imperium.

Imperial Chemical Industries PLC: Wichtigster Teil des weltweiten Chemiekartells. Gegründet 1926 von Lord Melchett und anderen, indem die vier größten britischen Chemieunternehmen fusioniert wurden. Der heutige Lord Melchett – Enkel des ICI-Gründers – ist Chef von Greenpeace, Vereinigtes Königreich.

Unilever: Ihnen gehören riesige Plantagen in Afrika und das größte Handelsunternehmen auf dem Kontinent (United Africa Co.); wichtigster Teil des weltweiten Lebensmittelkartells, insbesondere in Speisefetten und Speiseölen. Gegründet durch die strategische Fusion der English Lever Brothers, denen die westafrikanischen Erben der Royal Niger Co. gehörten, mit einem holländischen Unternehmen in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts. □



Prinz Philips Wirtschaftsimperium

World Wide Fund for Nature, U.K.

Prince Philip, The Duke of Edinburgh (International President)
President: Princess Alexandra (cousin of Queen Elizabeth II)
Trustees: Sir Peter Fenwick Holmes
Vice-Presidents: The Lord Buxton
Christopher Cadbury

Corporate Sponsors:
Cadbury
ICI Chemical & Polymers
National Westminster Bank
Shell UK

Barclays Bank PLC

Andrew Robert Fowell Buxton, chairman, CEO)
Jan Peelen (Unilever)
The Lord Camoys (formerly Rothschild International Bank)
Sir John Derek Birkin (Unilever)
Sir Denys Hartley Henderson
Lord Wright of Richmond (British Petroleum)
Lord Lawson of Blaby (Chancellor of Exchequer 1983-90)
Sir Martin Wakefield Jacomb (retired Dec. 1993)

N.M Rothschild & Sons, Ltd

Sir Evelyn de Rothschild, chairman
Baron David Rothschild
Leopold Rothschild
Edmond de Rothschild
Lord Armstrong of Ilminster
Gerald Goldsmith
Lord Tombs of Brailes

Shell Transport & Trading Co. PLC

Sir Peter Fenwick Holmes, chairman
Lord Armstrong of Ilminster
Sir Peter Brian Baxendell (Inchcape PLC)
Sir John Anthony Swire
Sir Antony Acland

40%

Shell U.K. Ltd.

Lord Tombs of Brailes
Sir Peter Brian Baxendell (Inchcape PLC)

The Bank of England

Sir Martin Wakefield Jacomb
Sir George Adrian Hayhurst Cadbury

National Westminster Bank PLC

Lord Alexander of Weedon, chrmn
Sir Antony Richard Pilkington

The Telegraph PLC

Sir Martin Wakefield Jacomb
Rupert Nicholas Hambro
Sir Evelyn de Rothschild
Lord Peter Carrington

RTZ Corporation, PLC

Sir John Derek Birkin, TD (chrmn)
Sir Denys Hartley Henderson
Lord Armstrong of Ilminster
Lord Alexander of Weedon
Sir Martin Wakefield Jacomb, deputy chairman

Imperial Chemical Industries PLC

Sir Denys Hartley Henderson, chairman
Sir Antony Pilkington
Paul A. Volcker (Nestle SA)

Anglo-American Corp. of South Africa Ltd

Julian Ogilvie Thompson, chairman
Nicholas Oppenheimer, deputy chairman
Phillip Oppenheimer
P.J.R Leyden
G.W.H. Relly
Rupert Nicholas Hambro

38.7%

34%

De Beers Consldated Mines Ltd

Julian Ogilvie Thompson, chairman
Harry Oppenheimer
Nicholas Oppenheimer, deputy chairman
Phillip Oppenheimer
A.E. Oppenheimer
Sir Evelyn de Rothschild
Edmond de Rothschild
P.J.R Leyden
G.W.H. Relly

De Beers Centenary AG

Julian Ogilvie Thompson chairman
Harry Oppenheimer
Nicholas Oppenheimer deputy chairman
Phillip Oppenheimer
A.E. Oppenheimer
Evelyn de Rothschild
P.J.R Leyden
G.W.H. Relly

Britannien

Prinz Philips mörderische Weltsicht

Eine Auswahl von charakteristischen Zitaten aus Reden und Veröffentlichungen von Prinz Philip, Herzog von Edinburgh: »Wir müssen bei dem Überschuß Minderwertiges aussortieren.«

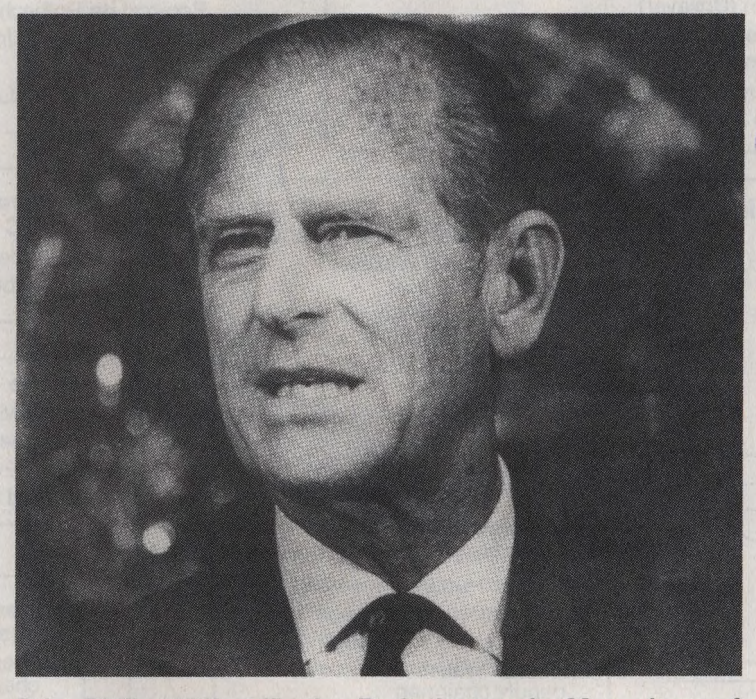
Pressekonferenz im Nationalen Presseclub in Washington, USA, aus Anlaß der Konferenz »Caring for Creation« (»Auf die Schöpfung achtgeben«) der nordamerikanischen Konferenz über Religion und Ökologie, 18. Mai 1990:

»Es ist jetzt offensichtlich, daß der ökologische Pragmatismus der sogenannten heidnischen Religionen, wie der der amerikanischen Indianer, der Polynesier und der australischen Aborigines hinsichtlich der Naturschutz-Ethik weitaus realistischer gewesen ist als die intellektuelleren, monotheistischen Philosophien der offenbarten Religionen.«

Beseitigung der Minderwertigen

Rede anläßlich der Verleihung eines ehrenhalber verliehenen akademischen Grades an der Universität Western Ontario, Kanada, 1. Juli 1983:

»Das Projekt der Weltgesundheitsorganisation beispielsweise, mit Hilfe dessen in den Nachkriegsjahren die Malaria in Sri Lanka ausgerottet werden sollte, hat ihr Ziel erreicht. Doch das Problem heute ist, daß Sri Lanka drei Mal so viel Münder sattkriegen muß, drei Mal so viel Arbeitsplätze schaffen muß, drei Mal so viel Wohnungen, Energie, Schulen, Krankenhäuser und Land zur Besiedlung bereitstellen muß, um den gleichen Standard aufrechtzuerhalten. Kein Wunder also, daß die natürliche Umwelt und die wildlebenden Tiere in Sri Lanka darunter gelitten haben. Tatsache (ist) ... daß die wohlwollendsten Hilfsprogramme zumindest zum Teil für die Probleme verantwortlich sind.«



Prinz Philip plädiert für eine Reduzierung der Menschen auf der Erde, die er als Bedrohung für die Umwelt ansieht.

Vorwort zu »Down to Earth« von Seiner Königlichen Hoheit Prinz Philip, Herzog von Ediburgh, 1988, Seite 8:

»Ich habe kein besonderes Interesse an der Naturgeschichte, doch als Junge wurden mir die jährlichen Fluktuationen in der Anzahl der Wildtiere klargemacht und die Notwendigkeit, daß der Umfang der Überpopulation durch Beseitigung der Minderwertigen geregelt werden muß.«

Vortrag vor dem European Council of International Schools, Montreux, Schweiz, 14. November 1986:

»Das große Problem bei dem ›Leben‹ ist, daß wir Menschen ein Teil davon sind und eine objektive Untersuchung ist deshalb fast unmöglich ... Es ist deshalb eher anthroprozentrisch und schenkt dem Wohlergehen aller anderen Lebensformen, die diesen Planeten mit uns teilen, nur wenig Aufmerksamkeit.«

»... Wenn die Bibel sagt, der Mensch soll über Gottes Schöpfung ›herrschen‹, so kann man Herrschaft entweder als ›Macht haben über‹ oder als ›Verantwortung haben‹ verstehen.«

»Ein Farmer ... respektiert das natürliche System und praktiziert das, was die Ökologen als Aufrechterhaltung des zur Ernährung erforderlichen Ertrages bezeichnen. Das ist genauso wichtig wie die Geldwirtschaft, denn keine menschliche Aktivität kann als isoliert von der natürlichen Welt betrachtet werden, die unser Lebenserhaltungssystem darstellt.

»Viele widersetzen sich dieser Denkweise«

Mit anderen Worten - sobald man in das Gleichgewicht der Natur eingegriffen hat, muß das Gleichgewicht mit künstlichen Mitteln aufrechterhalten werden. Das bedeutet, daß manche Tiere im Interesse der Aufrechterhaltung der Gesundheit und Lebensfähigkeit der Arten als ganzes sowie zum Wohl anderer, eher anfälligerer, Arten getötet werden müssen. Es gibt leider viele Menschen, die sich dieser Denkweise widersetzen.

Die Ökologie beschäftigt sich nicht mit dem Schicksal einzelner Tiere. Sie akzeptiert den Gedanken der Ausbeutung überschüssiger, natürlicher Ressourcen, weil das natürliche System auf diese Weise funktioniert, doch es muß immer nach dem Prinzip der Aufrechterhaltung eines zur Ernährung erforderlichen Ertrages geschehen ...

Die unerbittliche Regel der Natur lautet: Wenn man die Umwelt schlägt, wird man früher oder später einen hohen Preis dafür zahlen müssen ...

Schauen Sie sich heute auf dem Globus um und Sie werden mit Sicherheit auf Regionen stoßen, in denen einst höchst erfolgreiche und zivilisierte Völker lebten und die heute entweder Wüste sind oder sich wieder in Dschungel verwandelt haben. Der Grund dafür ist ganz einfach: Die natürlichen Ressourcen wurden übermäßig ausgebeutet und sie haben den Preis dafür bezahlt. Es ist naiv, zu denken, daß wir diesem gleichen Schicksal noch länger entkommen können. Uns gelingt es nur, das böse Ende noch hinauszuschieben, wenn wir wie wild die Mineralvorkommen hervorholen und nutzen, die niemals mehr ersetzt werden können. Als ob das noch nicht genug wäre, verschmutzen wir die Atmosphäre, das Land und das Wasser mit allen möglichen Schadstoffen. Der ›Treibhauseffekt‹ allein könnte für das ganze Leben auf der Erde sehr gut verheerende Folgen haben.

Die Dualität des Gehirns

Hier spiegelt sich die Dualität des menschlichen Gehirns wider. Die linke Gehirnhälfte liefert nach objektiver, wissenschaftlicher Unterschung vernünftige Antworten, während die rechte die akzeptablen und emotional zufriedenstellenden Antworten vorzieht. Wie oft sagen die Leute: ›Das

mag zwar sein, doch ich ziehe es vor ... dies, das oder jenes zu glauben‹ oder ›ich möchte lieber ... dies, das oder jenes glauben‹?

Die Dualität des Gehirns hat für den modernen Menschen große Probleme geschaffen ... Das ist ... wichtig, daß man mit erfolgreicher Technik Geld machen kann. Dies steht in starkem Gegensatz zu dem Übernatürlichen - sei es das Religiöse oder das Mythologische. In den letzteren Fällen mag die Wahrheit gleichermaßen sicher sein, aber sie ist nicht nachprüfbar und das Ergebnis der daraus folgenden Regeln ist selten vorhersagbar. Es ist natürlich möglich, Magie und Mythologie kommerziell zu verwerten, doch das könnte dann kaum als eine Fertigungsindustrie bezeichnet werden...

Die Öffentlichkeit drängt Schulen und Colleges verständlicherweise dazu, utilitaristische Themen zu lehren und die kulturellen und ästhetischen Dinge außer Acht zu lassen. Mit anderen Worten, der Weiterentwicklung der linken Gehirnhälfte wird weitaus mehr Aufmerksamkeit geschenkt als der der rechten Gehirnhälfte ... Das Problem dabei ist, daß die rechte Gehirnhälfte in einer Art Vakuum zurückbleibt, wenn ihre Weiterentwicklung vernachlässigt wird ... Das bedeutet, daß die rechte Hälfte bereit ist, die plausibel erscheinenden Ideen, die ihr über den Weg laufen, zu übernehmen. Die okkulten, obskuren religiösen Riten, die Parapsychologie, Astrologie und ähnliche attraktive, aber irrationale Ideen werden unterschiedslos oder aufgrund mangelnder Kritikfähigkeit in das Vakuum hineingesaugt...

»Konflikt zwischen Instinkt und Vernunft«

Ich vermute auch, daß die Verwendung von Drogen als Ersatz oder Kurzschluß betrachtet werden könnte, um das Vakuum der rechten Gehirnhälfte zu füllen ... Ich erwähne all dies, weil die Einstellung des Menschen zur Natur teilweise von der linken Gehirnhälfte und teilweise von der rechten Gehirnhälfte abhängt. Es ist sehr leicht, eine emotionale Sorge um die Natur und die Lebewesen im allgemeinen hervorzurufen ... Jeder kann die Idee der Grausamkeit verstehen, nur sehr wenige können die Ausrottung einer Spezies verstehen.«
Vortrag vor der Fawley-Stiftung. Universität Southampton, 24. November 1967:

»Der Konflikt zwischen Instinkt und Vernunft hat beim Menschen ein kritisches Stadium erreicht, vor allem, weil die Widerlegung der Tatsachen die Instinkte als das hat hervortreten lassen, was sie wirklich sind und gleichzeitig wurden traditionelle Philosophien und Ideologien unterminiert. Die Widerlegung der Tatsachen hat die physische und intellektuelle Umgebung der Menschheit tatsächlich verändert und wenn sich eine Umgebung oder Umwelt verändert, dann ist der Prozeß der natürlichen Selektion brutal und unbarmherzig. ›Sich anpassen oder sterben‹ ist heute so wahr, wie es zu Anfang war.«

Einleitung zu dem Abschnitt »Ausbeutung des natürlichen Systems« in dem Buch »Down to Earth« von Seiner Königlichen Hoheit Prinz Philip, Herzog von Edinburgh, 1988:

»Es hat ungefähr dreieinhalb Milliarden Jahre gedauert, bis das Leben auf der Erde den Stand der Komplexität und Diversifikation erreicht hat, den unsere Vorfahren vor 200 Jahren kannten. Der industrialisierte Mensch und Wissenschaftler hat lediglich diese 200 Jahre gebraucht, um das gesamte natürliche System der Welt aufs Spiel zu setzen. Schätzungen zufolge werden bis zum Jahr 2000 ungefähr 300.000 Spezies von Pflanzen und Tieren ausgestorben und das natürliche Wirtschaftssystem, von dem alles Leben abhängt, wird ernsthaft zerstört sein.

Das Paradoxe daran ist, daß dies in bester Absicht geschehen sein wird. Die menschliche Bevölkerung muß richtig ernährt, das menschliche Leben muß erhalten und die menschliche Existenz muß sicherer und bequemer gemacht werden. Alle diese Dinge sind offensichtlich höchst wünschenswert, doch wenn ihre Erfüllung bedeutet, daß das Überleben künftiger Generationen damit aufs Spiel gesetzt wird, dann sind die jetzigen Generationen dringend dazu verpflichtet, sich einige Selbstbeherrschung und Selbstbeschränkung aufzuerlegen.«
Rede vor der Edinburgh University Union, 24. November 1969:
»Wir sprechen von über- und unterentwickelten Ländern; ich denke, eine exaktere Aufteilung könnte lauten: unterentwickelt und überbevölkert. Je mehr Menschen es gibt, umso mehr Industrie, mehr Abfall und mehr Abwässer gibt es und deshalb umso mehr Umweltverschmutzung.«

Kriege und Terrorismus zur Kontrolle

The Fairfield Osborne Lecture, New York, 1. Oktober 1980:

»Wenn die weltweite Umweltverschmutzung derzeit nicht schon kritisch genug ist, so ist es aber ganz sicher, daß die Situation innerhalb sehr kurzer Zeit in zunehmendem Maße unerträglich werden wird. Die Lage kann unter Kontrolle kommen und sogar umgekehrt werden, doch das erfordert Kooperation in einem Umfang und in einer Intensität, die weit über alles hinausgeht, was bisher erreicht worden ist.

Ich sehe, daß es lebenswichtige Dinge gibt, um die es zu kämpfen gilt und meine Sympathie gilt den Menschen, die sich leidenschaftlich einsetzen, wenn es um die nur allzu vielen Beispiele von Unmenschlichkeit, Ungerechtigkeit und Unfairneß geht. Doch über all diesen Dingen hängt eine dunkle Wolke. Bisher noch weitgehend unbemerkt und unerkannt, nimmt der Prozeß der Zerstörung unserer natürlichen Umwelt immer mehr an Geschwindigkeit zu. Wenn wir mit der Herausforderung nicht fertig werden, werden die anderen Probleme zur Bedeutungslosigkeit verblassen.«

Einleitung zu dem Abschnitt »Der Bevölkerungs-Faktor« in dem Buch »Down to Earth« von Seiner Königlichen Hoheit Prinz Philip, Herzog von Edinburgh, 1988:

»Was als das ›Gleichgewicht der Natur‹ beschrieben wurde, ist einfach das System der Selbstbegrenzung der Natur. Fruchtbarkeit und Fortpflanzungserfolg schaffen den Überschuß, nachdem die Verluste ersetzt wurden. Plünderung, klimatische Veränderungen, Krankheiten, Hungertod – und im Falle des unangemessen bezeichneten Homo sapiens Kriege und Terrorismus – sind die Hauptmittel, mit denen die Bevölkerungszahl unter einer gewissen Art von Kontrolle gehalten wird.

Nüchtern betrachtet muß es offensichtlich sein, daß die menschliche Bevölkerung auf der Erde eine Zahl erreicht hat, die ihr eigenes Habitat bedroht und sie hat bereits zur Ausrottung einer großen Anzahl von wilden Pflanzen und Tierarten geführt. Einige wurden einfach getötet. Andere sind stillschweigend verschwunden, als ihre Habitats durch die Aktivitäten des Menschen übernommen oder gestört wurden.«

Menschen sind die größte Bedrohung für das Überleben

Interview mit seiner Königlichen Hoheit, Prinz Philip, Herzog von Edinburgh, in »People«, 21. Dezember 1981, unter der Überschrift: »Das Aussterben von Arten macht Prinz Philip Sorge, doch mehr noch die Überbevölkerung«:

»Frage: Was betrachten Sie als die Hauptgefahr für die Umwelt?

Antwort: Das Bevölkerungswachstum der Menschen stellt wahrscheinlich die größte einzelne, langfristige Gefahr für das Überleben dar. Uns steht eine große Katastrophe bevor, wenn es nicht gedrosselt wird - nicht nur in der Natur, sondern auch beim Menschen. Je mehr Menschen es gibt, umso mehr Ressourcen werden verbraucht, umso mehr Umweltverschmutzung und umso mehr Kämpfe wird es geben. Wir haben keine Wahl. Wenn das Bevölkerungswachstum nicht freiwillig kontrolliert wird, wird es durch einen Anstieg der Krankheiten, Hungertod und Krieg unfreiwillig kontrolliert werden.«

Rede vor dem Gemeinsamen Treffen der Allparteiengruppe über Bevölkerung und Entwicklung und dem Allparteien-Naturschutzkomitee in London am 11. März 1987:

»Meiner Meinung nach ... ist die hohe Bevölkerungszahl – einfach die Zahl der Menschen, die auf diesem Planeten leben – die wichtigste, einzelne Ursache für die Verschlechterung der natürlichen Umwelt, das zunehmende Aussterben wilder Spezies von

Britannien

Prinz Philips mörderische Weltsicht

Pflanzen und Tieren und für die Destabilisierung des Klimas und der Atmosphäre.

Die einfache Tatsache ist, daß die menschliche Bevölkerung auf der Erde natürlich erneuerbare Ressourcen schneller verbraucht, als sie regenerieren können und der Prozeß der Ausbeutung verursacht noch weiteren Schaden. Wenn das bereits bei einer Bevölkerungszahl von vier Milliarden Menschen passiert, dann bitte ich Sie, sich vorzustellen, wie es aussehen wird, wenn die Bevölkerung eine Zahl von sechs und dann zehn Milliarden Menschen erreicht hat ... All dies ist möglich geworden durch die industrielle Revolution und die wissenschaftliche Explosion und es wird durch die neue Wirtschaftsreligion der Weiterentwicklung um die ganze Welt getragen.«

Rede anläßlich der Verleihung der akademischen Grade an der Salford Universität, 16. Juli 1973:

»Es mag Meinungsverschiedenheiten über den zeitlichen Rahmen geben, aber im Prinzip besteht kaum Zweifel daran, daß die Bevölkerungszahl nicht endlos so weiter zunehmen kann. Die derzeit genutzten Ressourcen werden nicht für immer ausreichen und die Umweltverschmutzung in ihrem weitesten Sinne wird zusammen mit der Bevölkerungszahl und den industriellen Aktivitäten steigen, wenn ihr nicht stark Einhalt geboten wird.«

Rede vor dem Allparteien-Naturschutzkomitee in London am 18. Februar 1981:

»Ich glaube, daß die Entwicklung der Empfängnisverhütungsmethoden für den Menschen das wichtigste einzelne Fortschrittsgeschenk für den Naturschutz gewesen ist.«

Das Überleben der »Wichtigsten«

Interview mit Seiner Königlichen Hoheit, Prinz Philip, Herzog von Edinburgh in der Zeitschrift »People« am 21. Dezember 1981, unter der Überschrift: »Das Aussterben von Arten macht Prinz Philip Sorge, doch mehr noch die Überbevölkerung.«

»Frage: Ist die Geburtenkontrolle ein Teil der Lösung?

Antwort: Ja, aber man kann diese Probleme nicht mit Gesetzen aus der Welt schaffen. Man braucht Menschen, die die Notwendigkeit dafür einsehen: die wichtigeren Menschen, diejenigen, die Verantwortung tragen, müssen es tun, weil sie sich am Empfängerende befinden. Sie müssen diese Maßnahmen akzeptieren.«

Rede des Kanzlers, Salford Universität, 4. Juni 1982:

»Bereits im Jahre 1798 hat Malthus erklärt, was passiert, wenn die Faktoren, die das Wachstum jeder Bevölkerung begrenzen, entfernt werden. Einer der Faktoren, die von Darwin festgestellt wurden, war, daß alle Spezies weitaus größere Populationen hervorbringen können, als durch existierende Ressourcen ernährt werden können. Die Populationen nahmen nicht mit der Geschwindigkeit zu, zu der sie fähig waren – das war die Grundlage für seine Evolutionstheorie durch natürliche Selektion.

Da sich jedes Individuum von allen anderen etwas unterscheidet, ist die Bedeutung dieser Fähigkeit zur Überproduktion im Hinblick auf die natürliche Selektion, daß unter natürlichen Bedingungen wahrscheinlich jene Individuen eine bessere Überlebenschance haben, die an die vorherrschenden Umstände am besten angepaßt sind. Was nun?

Schauen wir uns die Zahlen der menschlichen Bevölkerung auf der Erde an. Vor einhundertfünfzig Jahren lag sie bei 1000 Millionen oder eine Milliarde, wie man heute üblicherweise sagt. Innerhalb von ungefähr 100 Jahren hatte sie sich auf zwei Milliarden verdoppelt. Nach weiteren 30 Jahren kam die dritte Milliarde hinzu und nach wiederum 15 Jahren erreichte sie die heutige Zahl von 4,4 Milliarden. Mit der derzeitigen durchschnittlichen Wachstumsrate von 1,8 Prozent wird die Weltgesamtbevölkerung bis zum Jahr 2000 schätzungsweise auf sechs Milliarden Menschen gestiegen sein und danach werden jedes Jahr 100 Millionen Menschen zur Weltbevölkerung hinzukommen. Bis zum Jahr 2045 könnten es sogar schon 16 Milliarden Menschen sein.

Folglich wird der Bedarf an Landressourcen allein bedeuten, daß ein Drittel weniger an Farmland zur Verfügung steht und daß die Hälfte des gegenwärtigen Gebiets ertragreicher Tropenwälder zerstört wird. Unter Berücksichtigung der konstanten Reduzierung nicht erneuerbarer Ressourcen, wird die Verknappung und Reduzierung des Lebensstandards sehr wahrscheinlich zunehmen. Mehr Menschen verbrauchen mehr Ressourcen. So einfach ist das. Und der Transfer von Ressourcen und Standards von den reicheren zu den ärmeren Ländern kann angesichts dieses massiven Wachstums der Weltbevölkerung nur einen geringfügigen Effekt haben.«

Reduzierung der Menschen

Rede beim Margaret Pyke Memorial Trust Dinner in London am 14. Dezember 1983:

»So lange die (Geburtenkontrolle) ... ein Tabuthema war, waren die Chancen, hinsichtlich Bevölkerungsexplosion etwas zu bewirken, sehr gering.«

In der Einleitung zu den »Red Data Books des IUCN« (Internationaler Naturschutzbund), in denen sämtliche Tiere und Pflanzen, die vom Aussterben bedroht sind, aufgeführt sind, heißt es, daß die Hauptgefahr für die wilden Arten überall praktisch der Verlust des Habitat an eine rasch ansteigende menschliche Bevölkerung ist, die mehr Raum braucht, um Dörfer und Städte zu bauen und um mehr Nahrungsmittel anzubauen. Doch Hungertod und Armut können nicht allein durch mehr Nahrungsmittel und Ressourcen auf Kosten dessen, was von der Natur noch übrigbleibt, ausgemerzt werden. Jede Steigerung der Nahrungsmittel- und Ressourcenversorgung muß mit einer drastischen Reduzierung der Steigerungsrate der menschlichen Bevölkerung einhergehen.

Rede anläßlich der Verleihung eines ehrenhalber verliehenen akademischen Grades an der Universität Western Ontario, Kanada, 1. Juli 1983:

»Die industrielle Revolution gab den Anstoß für die wissenschaftliche Revolution und brachte ein verbessertes Gesundheitswesen, bessere medizinische Versorgung und eine effektivere Landwirtschaft. Die Folge war eine Bevölkerungsexplosion, die bis zum heutigen Tage anhält.

Die traurige Tatsache ist, daß es zwar der gleichen Anzahl Menschen viel besser geht, doch daß es mehr als doppelt so vielen Menschen genauso schlecht geht als vorher. Leider hat diese ganze wohlgemeinte Entwicklung zu einem ökologischen Desaster von ungeheuren Ausmaßen geführt.«

Eine Frage des Gleichgewichts

Rede des Kanzlers, Salford Universität, 4. Juni 1982: »Ziel des WWF ist es, das System als ganzes zu ›schützen‹ und nicht das Töten einzelner Tiere zu verhindern. Diejenigen, denen es um Naturschutz geht, akzeptieren die Tatsache, daß alle Arten die Beute irgendeiner anderen Art sind. Sie akzeptieren, daß die meisten Spezies einen Überschuß produzieren, der aussortiert werden kann, ohne daß dabei das Überleben der Spezies als ganzes in irgendeiner Art und Weise gefährdet ist.«

Eine Frage des Gleichgewichts von Seiner königlichen Hoheit, Prinz Philip, Herzog von Edinburgh, Michael Russel (Publishing) Ltd., 1982: »Es ist komisch, wieviele Philosophen von Plato bis zu Zeiten von Keynes an die Kontrolle der Gesellschaft durch ›Philosophen-Könige‹ geglaubt und dies befürwortet haben. Nach Plato ›müssen ihre Könige diejenigen sein, die in Philosophie am besten waren‹, aber - realistisch - fügte er hinzu: ›Und die größte Befähigung zum Krieg hatten.‹

Solche Leute mögen vielleicht in der Phantasie existieren und gelegentlich beherrscht auch vielleicht jemand mit den erforderlichen Eigenschaften für kurze Zeit die Weltbühne, doch es ist eine naive Einschätzung der menschlichen Natur, sich vorzustellen, daß solche Vorbilder mit der erforderlichen Macht ausgestattet werden und nicht in Versuchung geraten, ihre Situation auszunutzen.« □

Britannien

Afrikas National-parks als Vorwand für Destabilisierung

Die Untersuchung einer Landkarte Afrikas, auf der die nationalen Parksysteme skizziert sind, ist eine höchst lehrreiche Erfahrung. Schon allein die Größe dieser Parks und Parkkomplexe ist beeindruckend. Der Kruger-Park in Südafrika beispielsweise hat die Größe des US-Bundesstaates Massachussetts, während der riesige Parkkomplex von Zambia größer ist als Großbritannien. Auffallend ist auch die Tatsache, daß ein großer Prozentsatz der afrikanischen Parks und Schutzgebiete genau an den Landesgrenzen liegt. In vielen Fällen verbinden sich diese Parks zu binationalen und trinationalen Parks, die über diese Grenzen hinwegführen.

Diese Parks befinden sich nicht aus ästhetischen Gründen in solchen Grenzregionen. Im Gegensatz zu Europa beispielsweise, wo die meisten Grenzen auf natürliche Weise durch oft wundervolle Bergketten und Flüsse gekennzeichnet sind, sind die Grenzen in Afrika von den europäischen Mächten auf deren Kolonialkonferenzen willkürlich festgelegt worden. An den Grenzen gibt es nichts Außergewöhnliches, was man nicht auch im Landesinnern antreffen könnte. Daß die Parks in solchen Regionen angelegt worden sind, hat einen anderen Zweck: Massenmord und Destabilisierung Afrikas.

Wer hat die Parkbewegung in Gang gesetzt?

Es gab zwei verschiedene Phasen in der Nationalpark- und Wildschutzgebietbewegung in Kolonialafrika. In der ersten Phase wurde die Jagd streng auf die weiße Kolonialelite beschränkt, angeblich, um den abnehmenden Bestand bevorzugter Wildltiere zu erhalten. Die Eingeborenen wurden durch die Kolonialbehörden oft aus ihren Wäldern und von ihrem Weideland vertrieben, um »Wildreservate« anzulegen, während den Eingeborenen gleichzeitig verboten wurde, zu jagen. Diese Politik war eine Parodie auf das, was im mittelalterlichen Europa praktiziert worden war. Bereits im Jahre 1130 hatten die normannischen Herrscher in England bestimmte Länder zu Waldschutzgebieten deklariert, in denen nur der König und seine von ihm entsandten Vertreter jagen durften.

In der zweiten Phase, die nach dem Zweiten Weltkrieg begann, wurde die Jagd zunehmend für jedermann verboten und die ritualisierte Jagdbesessenheit der Kolonialelite machte nach und nach einem, die Gaia anbetenden, »ökologischen Bewußtsein« Platz. Der »Nationalpark« trat an die Stelle des »Wildreservats« und die Kamera trat weitgehend an die Stelle des Karabiners.

Es gab verschiedene Bestimmungen in Afrika, die den Zugang zu den Wildtieren einschränkten und die bis auf die holländischen Kolonialverordnungen am Kap im Jahre 1657 zurückgingen.

Doch die Bewegung, weite Landstriche als Schutzgebiete abzutrennen, begann erst so richtig im Jahre 1896 unter der Führung des britischen Außenministers und Premierministers Marquess of Salisbury, als dieser die Einführung der Kontrolle über die Jagd in ganz Britisch-Afrika forderte. Im Jahre 1900 berief Salisbury eine Konferenz der europäischen Kolonialmächte zu diesem Thema in London ein.

Durch die auf der Konferenz erzielten Vereinbarungen wurde die Jagd durch die Eingeborenen, auch außerhalb der Schutzgebiete, praktisch eliminiert, indem die Verwendung der traditionellen Fußangeln und Fallen als »unmenschlich« verboten wurde. Gleichzeitig wurde eine früher getroffene Vereinbarung zwischen britischen, französischen, deutschen und portugiesischen Kolonialbehörden erneut bekräftigt, derzufolge den Eingeborenen der Gebrauch von Schußwaffen verboten wurde.

Fortsetzung der Kolonialpolitik

Die Society for the Preservation of Fauna in the Empire, die später den World Wildlife Fund schuf, wurde gegründet, um sicherzustellen, daß die Konvention des Jahres 1900 durchgesetzt wird. Von Anfang an war die »Society«, liebevoll »the Fauna« genannt, mit dem britischen Museum verbunden, besonders seiner naturgeschichtlichen Abteilung, die von Charles Darwins Handlanger, Thomas H. Huxley, gegründet worden war.

Im Jahre 1933 wurde nach der des Jahres 1900 eine weitere Konferenz in London einberufen. Die britische Delegation wurde von dem Earl of Onslow geführt, der auch Chef der »Fauna« war. Das wichtigste Ergebnis der Konferenz war die Bestimmung, daß in Afrika Nationalparks angelegt werden sollten. Die Gesetzgebung zur Schaffung von Wildparks, wie sie in den meisten Ländern Afrikas heute existieren, geht auf Kolonialerlasse zurück, die nach der Konferenz im Jahre 1933 ergingen.

Die Nationalparks und Schutzgebiete, die durch die Vereinbarungen der Jahre 1900 und 1933 begründet wurden, haben innerhalb der afrikanischen Kolonien legale, innere Grenzen geschaffen, die unter dem Vorwand des Schutzes der wildlebenden Tiere von der eingeborenen Bevölkerung nicht überschritten werden durften. Diese inneren Grenzen, die koloniale Enklaven bildeten, bestanden in der Tat noch weiter, auch nachdem die Kolonien ihre Unabhängigkeit erlangt hatten.

Der Präzedenzfall Kruger

Die ersten Schutzgebiete in Afrika sind schon vor der Konferenz im Jahr 1900 in London entstanden. Sie sind von dem südafrikanischen Präsidenten Paul Kruger im Jahre 1889 geschaffen worden. Eines der Schutzgebiete war das Sabi-Reservat, der heutige Kruger Park, der entlang der Grenze zur portugiesischen Kolonie Mozambique angelegt worden ist.

Kruger hat die Parks zwar geschaffen, doch dann kam der Burenkrieg zwischen Briten und Afrikanern dazwischen. Dabei kam es in dem Park zu einer brutalen Kampagne durch Lord Kitchener, in deren Verlauf Getreide vernichtet, Vieh abgeschlachtet und wildlebende Tiere getötet wurden, um den Buren die Ernährungsgrundlagen wegzunehmen. Diese »ökologische Kriegsführung« hat die Region völlig verwüstet.
Im Jahre 1902 wurde der Park von Großbritanniens Lord Milner, einem Partner von Cecil Rhodes, der das Empire in Afrika aufgebaut hat, erneut gegründet, nachdem Südafrika eine britische Kolonie wurde. Der erste Parkwächter, Major James Stevenson-Hamilton, hatte im Burenkrieg in der 6. Dragonergarde aktiv gekämpft. Lord Milner wies ihn an, den Park von »Kaffern« und weißen Anteilseignern zu säubern und »sich bei jedermann gründlich unbeliebt zu machen«.

Britannien

Afrikas Nationalparks als Vorwand für Destabilisierung

In den kommenden 45 Jahren – bis zu seinem Rücktritt im Jahre 1946 – hat Stevenson-Hamilton diese Instruktionen rücksichtslos durchgeführt, 11.000 Quadratmeilen Land von seinen ursprünglichen Bewohnern gesäubert und eine militärische »Anti-Wilderer-Kampagne« durchgeführt. Selbst jene Eingeborenen, die nicht vertrieben worden waren, mußten gehen, weil die Jagd ihre Hauptfleischquelle gewesen war. Sie strömten in die Städte und Bergwerke, wo sie praktisch Sklavenarbeiter für das neue britische Regime wurden. Als Folge dieser Politik erhielt der Major den Beinamen »skukuza« – »derjenige, der säubert« -. Die Zentrale des Kruger Parks – Skukuza – trägt heute ihm zu Ehren seinen Namen.

Steven-Hamiltons System der Kriegsführung gegen die eingeborene Bevölkerung unter dem Deckmantel des Schutzes wildlebender Tiere, bei der er und seine Aufseher sich praktisch als Diktatoren aufführten, wurde von Oberst Mervyn Cowie, der im Jahre 1946 den ersten Nationalpark in Kenia geschaffen hat, ausdrücklich als Grundlage für jede Nationalparkpolitik in Großbritanniens afrikanischen Kolonien angeführt. Cowie hat das Parksystem dort 20 Jahre lang geleitet. Bei seinem Rücktritt berichtete er davon, wie er zehntausende von Quadratmeilen Land von den eingeborenen Bewohnern konfisziert hatte, einen Massenumsiedlungsplan durchgeführt und Eigentum der Eingeborenen in 30 Parks verwandelt hatte. »Ich habe jede Idee aus Steven-Hamiltons Buch ›South African Eden‹, in dem sein System ausführlich dargelegt wird, nachgeahmt«, berichtete er.

Von 1952 bis 1960 überwachten die britischen Kolonialbehörden in Kenia unter Führung des Parkwächters Oberst Cowie einen Ausnahmezustand, mit dem angeblich eine Revolution der Eingeborenen bekämpft werden sollte. Die gegen das kenianische Volk unter dem Deckmantel der Bekämpfung dieser angeblichen Revolution angewendeten Methoden wurden das Modell für sämtliche weiteren Bemühungen der Briten, den Kontinent zu destabilisieren, und wie in Kenia werden diese Destabilisierungsbemühungen weiterhin aus den Wildtierparks heraus geführt.

Das Völkermordmodell der Mau Mau

Der vermeintliche Mittelpunkt dieser revolutionären Verschwörung in Kenia waren die Mau Mau, eine angebliche Geheimgesellschaft innerhalb des Kikuyu-Stammes, dem größten und damals vorherrschenden Stamm der Kolonie. Die Existenz der Mau Mau wurde von dem Anthropologen und britischen Agenten Louis Leakey entdeckt. In den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts hatte Leakey für den britischen Geheimdienst eine eine Million Wörter umfassende Studie über die Kikuyu verfaßt.

Angeblich um diese Verschwörung zu bekämpfen, erzwangen die Kolonialbehörden die Massenumsiedlung der Kikuyu und anderer Völker von ihrem Land und haben ganze Wälder niedergebrannt, in ihrem Bemühen, die Verschwörung zunichte zu machen. Dieser Angriff wurde weitgehend von den paramilitärischen Truppen des Wildparksystems durchgeführt, das von Cowie etabliert worden war.

Die Verschwörung der Mau Mau erwies sich als seltsam. Während nur 22 Weiße in dem Aufstand getötet wurden, starben schätzungsweise 18.000 bis 30.000 Eingeborene, in erster Linie in Kämpfen zwischen Kikuyu-Gruppen mit anderen Stämmen. Die Landwirtschaft in den weißen Regionen blieb unangetastet und den Mau Mau gelang noch nicht einmal ein Angriff auf das ungeschützte Transportsystem oder irgendeine Schlüsseleinrichtung in den Städten.

Oberst Frank Kitson schrieb in seinem 1960 erschienenen Buch »Gangs and Countergangs«, daß die Briten umfangreiche Mau Mau Einheiten angeführt hätten und daß viele – wenn nicht sogar alle – Mau Mau Einheiten von den Kolonialbehörden künstlich geschaffen worden seien. Durch die Inszenierung von Gewalt zwischen ihren »gangs« und »countergangs« sorgten die Briten dafür, daß nur ein Blutbat unter den Eingeborenen und keine Revolution die Folge war.

Die Inszenierung von Gewalt

Die Mau Mau »gangs» und »countergangs« wurden von General Sir George Erskine geführt, der für die Lebensmittelverteilung an die Zivilisation im besetzten Nachkriegsdeutschland verantwortlich gewesen war. Erskine wurde unterstützt von Oberst Cowie, dem Leiter des Parksystems, und Bill Woodley, seinem Geheimdienstchef, der die gang-countergang-Doktrin, die von Kitson beschrieben worden war, weitgehend entwickelt hatte, die dann später auch systematisch in ganz Afrika angewendet worden ist.

Cowie, Woodley und Leakey waren Veteranen aus dem Kenia-Regiment im Zweiten Weltkrieg und deren Top-Geheimdienstoffizier, Charles Pittman, war Hauptwächter im ugandischen Parksystem. Das kenianische Regiment war eine Eliteeinheit innerhalb der Armeen des Britischen Commonwealth in Afrika, die von General Jan Smuts befehligt wurde, der auch der Präsident der britischen Union Südafrika war. Smuts hatte einst die Schaffung eines einzigen Parksystems, das sich von Kenia bis Südafrika erstrecken sollte, gefordert.

Viele von Woodleys Untergebenen haben später nach dem Ausnahmezustand in den Wildparks von Kenia Arbeit gefunden, darunter auch Stan Bleazard, der das Nationale Schutzgebiet von Marsabit übernahm, und Major Temple Boreham, der im Masai Mara Park Chefparkwächter wurde. David Sheldrick, ein ehemaliger Geheimdienstoffizier des kenianischen Regiments, der direkt unter Pittman gedient hatte, übernahm die »Antiwilderer«-Operationen im Tsavo Elefantenpark. Woodley selbst wurde Chefparkwächter im Aberdares Mountain Park, während Cowie bis in die sechziger Jahre für das gesamte Parksystem in Kenia verantwortlich blieb.

Britanniens kolonialistische Enklaven

In den sechziger Jahren begannen die Briten mit ihrer »winds of change«-Politik, in deren Verlauf die Völker Afrikas formal die Unabhängigkeit erhielten. »Es weht ein neuer Wind über den Kontinent«, sagte Premierminister Harold Macmillan bei einem Besuch in Kapstadt, Südafrika, im Jahre 1960. »Ob es uns gefällt oder nicht, diese Entwicklung von Nationalbewußtsein ist eine politische Tatsache. Unsere nationale Politik muß dem Rechnung tragen.«

Innerhalb von fünf Jahren war der größte Teil von Britisch-Afrika formal entkolonialisiert und eine oft verwirrte Comprador-Klasse von Eingeborenen wurde zur neuen Regierungselite erhoben. Doch während die britische Flagge in einer Kolonie nach der anderen heruntergenommen wurde, blieb der alte Kolonialapparat größtenteils bestehen und die Schlüsselpositionen in den Ministerien blieben weiterhin von britischen Staatsangehörigen besetzt.

Nirgendwo sonst war dies deutlicher als im Parksystem, durch das zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit über 20 Prozent des Landes in den afrikanischen Kolonien abgetrennt worden war. Die Chefparkwächter, Parkpolizeichefs und das Personal der Parkverwaltungen waren weitgehend weiterhin britische Staatsangehörige. Im Zuge einer heimtückischen Innovation wurden außerdem immer mehr von diesen Parks und in einigen Fällen ganze Parksysteme unter die Kontrolle von nicht staatlichen Organisationen gestellt, die von internationalen Treuhänderausschüssen geführt wurden, welche außerhalb der Regierungskontrolle standen. Heute werden die Parksysteme von Kenia, Tanzania und Zaire von internationalen privaten Treuhänderausschüssen geführt.

Bis zum Jahre 1992 war Louis Leakeys Sohn Richard Leakey der Vorsitzende der privaten »Kenia Wildlife Services«, die die Parks in Kenia leiten.

Als der tanzanische Präsident Julius Nyerere im Jahre 1961 in seiner »Arusha-Erklärung« verkündete, daß die Völker Afrikas die Nationalparks, die ihnen für immer hinterlassen worden seien, erhalten würden, räumte er damit ein, daß die Existenz dieser kolonialistischen Enklaven unbestritten ist. Ungefähr 40 Prozent des Landes von Tanzania ist heute in diesem Nationalparksystem eingeschlossen, das von der nicht staatlichen Organisation »Tanzania National Parks« verwaltet wird.

Stützpunkte britischer Politik

Diese Parks sind nach dem Präzedenzfall der Mau Mau weiterhin Hauptquartier, Trainingsort und sichere Zufluchtsorte der gangcountergangs. Einerseits standen diese Parks im Mittelpunkt formal »antiwestlicher« Subversion mit Verbindung zum Warschauer Pakt, die die weiße Minderheit oder die Kolonialherrschaft zum Ziel hatte. Andererseits waren sie auch das Zentrum »prowestlicher« Bemühungen zum Sturz angeblicher sowjetischer Satellitenstaaten, die die Revolution auf dem ganzen Kontinent verbreiteten. Einige Beispiele:

Rhodesien-Zimbabwe. Anfang des Jahres 1961 führte die Zimbabwe Peoples Union (ZAPU) und zwei Jahre später die rivalisierende Zimbabwe African National Union (ZANU) einen Guerillakrieg zum Sturz des von einer weißen Minderheit geführten Regimes in Rhodesien. Die rhodesischen Bemühungen zur Niederschlagung des Aufstandes wurden von der rhodesischen Armee und ihren Guerillas, den Selous Scouts, durchgeführt.
ZANU- und ZAPU-Kader wurden vom russischen KGB in dem von den Briten geschaffenen Queen Elizabeth Park und in dem Gorilla Park in Uganda trainiert. Die ZAPU wurde auch von chinesischen Militärs in den Nationalparks Serengeti und Ruana in Tanzania trainiert. Die ZANU- und ZAPU-Operationsbasen gegen Rhodesien lagen in Zambia, genau außerhalb des Mosipa-Tunya Parks sowie im südlichen Bereich des Zambezi-Parks. Der jahrzehntelange Präsident von Zambia, Kenneth Kaunda, war einer der bedeutenderen, britischen Agenten in Südafrika.

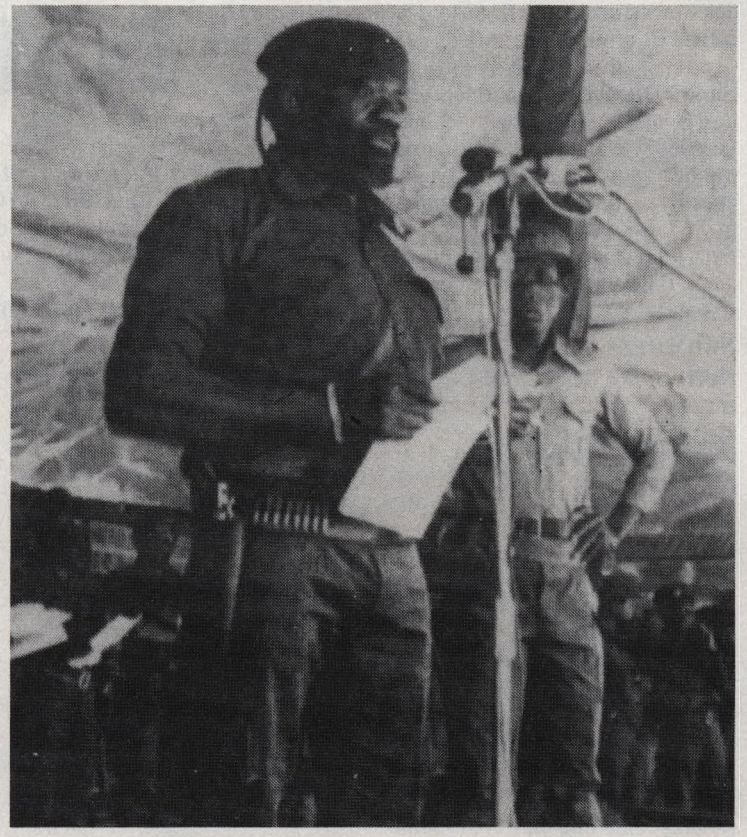
Die Selous Scouts – die rhodesischen Gegner von ZANU und ZAPU – wurden vom Chefökologen des rhodesischen Parksystems zusammengetrommelt.

Im Jahr 1980 wurde ZANU-Chef Robert Mugabe Staatschef des neu geschaffenen Zimbabwe (ehemals Rhodesien). Doch selbst nachdem die schwarze Mehrheitsregierung etabliert worden war, ging der Bürgerkrieg weiter. Die fliehende rhodesische Elite emigrierte zum größten Teil in das benachbarte Südafrika.

Die Mozambique National Resistance (Renamo), die zuvor vom rhodesischen Geheimdienst geschaffen worden war, um Mozambique nach dessen Unabhängigkeit von Portugal zu destabilisieren, wurde jetzt gegen Zimbabwe eingesetzt. Das Hauptquartier der Renamo liegt eine Meile vom südafrikanischen Kruger Park entfernt. Die Renamo wurden in südafrikanischen Nationalparks in Nataal und in den Parks des nahegelegenen Homeland KaNgwane trainiert.

Im Jahre 1984 begann das Zimbabwe Department of National Parks and Wildlife Management eine Anti-Wilderer-Kampagne mit Unterstützung des WWF, in der seither mindestens 145 »Wilderer« getötet worden sind. Zumindest bei einigen dieser Wilderer soll es sich um Führer des militärischen Flügels des rivalisierenden African National Congress gehandelt haben.

Angola. Im Jahre 1956 wurde die Popular Movement for the Liberation of Angola (MPLA) gegründet, um die Kolonialherrschaft der Portugiesen zu Fall zu bringen. Im Jahre 1966 wurde dann deren Rivale – die National Union for the Total Independence of Angola (UNITA) – geschaffen. Es begann ein Bürgerkrieg gegen die ausländische Herrschaft. Nach dem Abzug der portugiesischen Streitkräfte im Jahre 1975 ging der Konflikt weiter, doch diesmal zwischen der neuen MPLA-Regierung und der UNITA. Der Bürgerkrieg dauerte weitere 17 Jahre.
MPLA und UNITA hatten ihre Hauptquartiere während der portugiesischen Herrschaft über Angola im West Zambezi Wildschutzgebiet von Zambias Kaunda.



Jonas Savimbi, der Anführer der UNITA-Rebellen in Angola, führt einen Bürgerkrieg gegen ausländische Herrschaft.

Nachdem die MPLA die Regierung in Angola übernommen hatte, behielt die UNITA ihren Stützpunkt weiterhin im Park. Unterdessen wurden kubanische Truppen nach Angola geholt, die das Land vor der UNITA schützen sollten. Diese kubanischen Truppen und die MPLA wurden in den Nationalparks Bicuan und Mupa von der ostdeutschen Stasi trainiert. Die westdeutsche Baader-Meinhof-Bande ist in den gleichen Parks trainiert worden.
Mozambique. Die Mozambique Liberation Front (Frelimo) wurde im Jahre 1962 gegründet, um die portugiesische Herrschaft in Mozambique zu Fall zu bringen. Sie hatte ihr Hauptquartier in den Nationalparks Luana und West Petauke in Zambia. Sie wurden auch von russischen Militärs in den Parks von Uganda trainiert. Im Jahre 1975 verließen die Portugiesen das Land und die Frelimo bildeten eine Regierung. Doch der Bürgerkrieg ging weiter, diesmal unter dem Vorwand eines Kampfes zwischen der Frelimo-Regierung und der Renamo, die jetzt in Südafrikas Kruger Park ihren Stützpunkt hatten. Zumindest eine der Hauptgruppen der Renamo soll mit Hilfe des British Special Air Services-Gründer Oberst David Sterling von WWF-Mitgliedern trainiert worden sein. Sterling war seit den vierziger Jahren ein enger Vertrauter des Mau Mau Aufsehers und Direktors der kenianischen Parks, Oberst Mervyn Cowie.

Schutzgebiete in Südafrika

Zambia. Zambia war Operationsbasis und sicherer Zufluchtsort für alle »Befreiungsbewegungen« im südlichen Afrika, die in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren gegen die Minderheitsregierungen der Weißen oder die Kolonialherrschaft gekämpft haben.
Die angolanische UNITA (National Union for the Total Independence of Angola) und die MPLA (Popular Movement for the Liberation of Angola) hatten in den sechziger und siebziger Jahren beide ihre Stützpunkte im großen Parkkomplex von Zambia, der an Angola angrenzt, besonders im Gebiet des West Zambezi Game Management. Der Park wurde als sicherer Zufluchtsort und Ort genutzt, von dem aus Angola unterwandert werden konnte. Nach-

Britannien

Afrikas Nationalparks als Vorwand für Destabilisierung

dem die Kolonialherrschaft im Jahre 1975 zu Ende war und die MPLA an die Macht kam, benutzte die UNITA den Park weiterhin als Stützpunkt in ihrem 17 Jahre dauernden Krieg mit der MPLA-Regierung.

Die namibische SWAPO hatte ihren Stützpunkt im Sioma Ngwezi Nationalpark, der an das Gebiet des West Zambezi Game Management angrenzt.

Der ANC aus Südafrika war östlich des Sioma Ngwezi Nationalparks stationiert. Ein weiterer ANC-Stützpunkt befand sich östlich des Mosi-pa-Tunya Nationalparks, an der Grenzen Rhodesien.

ZANU und ZAPU (Befreiungsbewegung am Zimbabwe) waren ebenfalls östlich des Mosi-pa-Tunya Parks im gleichen Gebiet wie der ANC stationiert. Die ZANU hat später einen Stützpunkt über der Grenze in Mozambique gegenüber Zambias Lower Zambezi Park eingerichtet.

Die Frelimo aus Mozambique hatten eine Operationsbasis in Zamibas Luana und West Petauke Park, der an den Lower Zambezi Park angrenzt.

Rhodesien/Zimbabwe. In der Zeit der weißen Minderheitsregierung war Rhodesiens Wildreservat Ghonarezhou, das an Mozambique angrenzt, der Stützpunkt, von dem aus die Selous Scouts – eine irreguläre Gruppe, die vom Top-Ökologen des rhodesischen Parksystems zusammengesammelt worden war – Vorstöße nach Zambia und Mozambique hinein starteten.

Nach der Gründung Zimbabwes im Jahre 1980 wurde der Park weiterhin als Militärbasis benutzt, doch diesmal, um die Angriffe der Renamo zu stoppen. Die Renamo ist eine Rebellenbewegung, die in erster Linie gegen Mozambique operiert und die vom ehemaligen Chef des rhodesischen Geheimdienstes gegründet worden ist.
Im Jahre 1984 schuf die Zimbabwe-Parkverwaltung – mit WWF-Finanzierung – die »Operation Stronghold« – angeblich, um der unerlaubten Jagd auf Nashörner ein Ende zu bereiten. Mindestens 145 »Wilddiebe« wurden getötet, darunter angeblich auch Vertreter des militärischen Flügels des ANC.

Südafrika. Sicherer Zufluchtsort der Renamo, die dort angeblich von der WWF-Operation »Lock« trainiert worden sein soll. Ähnliches Training wird dazu benutzt in Südafrika durch den Terrorismus »Schwarze gegen Schwarze« einen Bürgerkrieg zu entfachen.

Schwarze gegen Schwarze

Das Renamo-Hauptquartier liegt in Phalambora, eine Meile vom Tor zum Kruger Park entfernt, der an Mozambique angrenzt. Der Park ist auch Trainingsgebiet der Renamo.
An den Kruger Park grenzen mehrere Wildparks an, die privat verwaltet werden, die der Renamo auch schon als Trianings- und sicherer Zufluchtsort gedient haben sollen, darunter die Bongani Mountain Lodge, der Kapama Wildpark, das Timbavati Naturschutzgebiet und das Sabi-Sand Schutzgebiet.

Die Renamo besitzt auch einen Stützpunkt im Ndumu Park an der Grenze zu Mozambique, im Muzuli Schutzgebiet in Natal und in den Parks des früheren KaNgwane Homeland.
Der Maputoland Wildpark und der Mkuze Wildpark in Kwazulu sind auch schon als Stützpunkt benutzt worden, um von dort den Terrorismus »Schwarze gegen Schwarze« zu starten, mit dem in ganz Südafrika Stammeskriege ausgelöst werden sollen.

Namibia. Der »Koevoet« (»Brecheisen-Trupp«), der angeblich trainiert worden sein soll, um der Wilddieberei in Namibias Etosha Park entgegenzuwirken, wurde später dazu benutzt, das Töten Schwarzer durch Schwarze in Südafrika durchzuführen. □

Britannien

Die Politik des World Wide Fund for Nature

Während US-Truppen und Helfer unter einer Million Flüchtlingen aus Ruanda – die Hälfte davon Kinder – auf verlorenem Posten einen Kampf gegen die Cholera, die Ruhr und den Hungertod kämpften, forderte die »New York Times« die Amerikaner am 31. August 1994 in ihrem Leitartikel dazu auf, über das Schicksal der Gorilla-Population in Ruanda nachzudenken.

»Im Augenblick ... sind die Gorillas in Ruanda größerem Schaden entkommen, was schon einmal sehr gute Nachrichten sind. Doch der weitverbreitete Seufzer der Erleichterung wird verstummen. Inmitten einer so entsetzlichen menschlichen Katastrophe in Ruanda, mag so manch einen ein unbehagliches Schuldgefühl überkommen, wenn man über das Schicksal der nicht menschlichen Lebewesen nachdenkt.«

Eine psychotische Verworrenheit

»In Wahrheit, sagte die »Times«, und schließt sich damit der Haltung Darwins an, »sind alle Lebewesen gleichermaßen in diese Katastrophe verstrickt und die Gorillas sind in der Evolution nicht sehr weit vom Homo sapiens enfernt ... Glücklicherweise hat eine Zählung ergeben, daß lediglich zwei dieser Kreaturen fehlen, deren Tod jetzt fast wie der eines Familienmitglieds empfunden werden würde.«

Diese Sorge um 650 Gorillas ist ein Hinweis darauf, in welchem Ausmaß Prinz Philips psychotische Verworrenheit über Mensch und Tier die Gesellschaft schon durchdrungen hat.
In dem Leitartikel der »Times« wurde nicht erwähnt, daß die Heimat der Gorillas – der Virunga Mountain Park – auch den Gorillas der patriotischen Front Ruandas (RPF) Zuflucht geboten hat. Die RPF führt seit Oktober 1990 mit finanzieller Unterstützung des ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni und seiner Marionetten-Herrin, Lady Lynda Chalker, britische Ministerin für überseeische Entwicklung, Krieg in Ruanda.

Die doppelte Nutzung des Parks als Schutzgebiet für Wildtiere und als Zufluchtsort für, von den Briten gelenkte, Rebellen ist genau der Kernpunkt der umfassenden Strategie der britischen Königsfamilie für Afrika. Die Abtrennung großer Landgebiete als »Nationalparks«, »Schutzgebiete für Wild«, »ökologische Schutzgebiete« hat in ganz Afrika zu unsäglichem Gemetzel an Mensch und Tier geführt.

Die verschiedenen Zwecke des Parks

Heute machen Wildreservate und Nationalparks 1.988.168 Quadratkilometer Afrikas unterhalb der Sahara aus – 8,2 Prozent der Landfläche, ein Gebiet, das fünf Mal so groß ist wie Kalifornien und acht Mal so groß wie das Vereinigte Königreich. Auch wenn einige Länder wie Mauretanien von der Parkplage relativ verschont geblieben sind, sind dagegen 40 Prozent des Landes in Tansania in »Parks« verwandelt worden. Wie in Ruanda erfüllen die Parks mehrere Zwecke:

Riesige Flächen Land werden aus der wirtschaftlichen Nutzung herausgenommen. Auch wenn die UNO-Zeitschrift »Choices« prophezeit, daß »bis zum Jahr 2000 fast die Hälfte von Zimbabwe sein Geld mit wildlebenden Tieren machen wird«, stellt die Schaffung solcher Parks eine der größten Landsäuberungsaktionen, seit Dschingis Khan Zentralasien im 13. Jahrhundert dem Boden gleichgemacht hat, dar.

Wie ein britischer Informant es formulierte: »Wenn die Briten Leute aus einem Gebiet heraushaben wollen, verwandelten sie es meistens in einst Wildtierreservat, das ihnen ein Daseinszweck gab. ›Dies hier ist ein Wildreservat, Ihr dürft hier also nicht sein.‹« Über 17 Prozent des Landes in dem winzigen Staat Ruanda besteht dort aus solchen Schutzgebieten.

Während Land für die Erschließung und Weiterentwicklung aus dem Verkehr gezogen wird, stellen die Schutzgebiete daneben meist auch noch Land dar, das reichhaltige, strategische Ressourcen liefern könnte. Die Parks entlang der Grenze am Niger beispielsweise liegen auf nicht erschlossenem Urangelände.

Eine Parkverwaltung durch landesfremde Institutionen wie den World Wide Fund for Nature (WWF) stellt einen direkten Angriff auf die nationale Souveränität dar. Unter dem Vorwand, gegen Wilddiebe vorzugehen, werden oft paramilitärische Truppen eingesetzt.
»Die Funktion des Nationalparks besteht darin, die Kontrolle über das Land der lokalen Regierung wegzunehmen«, sagte ein Experte. »Der Nationalpark wird von einem Treuhänderausschuß kontrolliert, zumindest war es ursprünglich so.... Es handelt sich dabei um Selbstverwaltungen durch weiße Naturschützer, die alle Militärs waren.«

In fünf Ländern Afrikas – Kamerun, Zaire, Elfenbeinküste, Kenia und Zambia – verwaltet der WWF mindestens einen Park. In fünf anderen Ländern werden die Parks von Organen verwaltet wie dem UN-Development Program, der UN-Food and Agriculture Organization oder dem Internationalen Naturschutzbund (IUCN).
Die Parks sind sichere Zufluchtsorte und Kampfschauplätze für Rebellen jeglicher Couleur. Wie unten dokumentiert, verlaufen viele Schutzgebiete und Parks über die Grenzen hinweg , wobei die Parks als »militarisierte Zonen« fungieren. Prinz Philips WWF hat das Gorilla-Programm im Virunga-Park geleitet, während die RPF den Virunga-Park dazu benutzt hat, in Ruanda zu wüten. Der RPF-Sponsor Uganda hat sogar von der Verlagerung der Gorillas, die durch die RPF-Aktivitäten verursacht wurde, profitiert.

»Africa Analysis« zufolge hat die Invasion der RPF dazu geführt, daß die Gorillas nach Uganda gezogen sind, was Museveni Gelegenheit gab, sein eigenes »Öko-Tourismus-Programm« in Gang zu setzen. Ohne die sicheren Zufluchtsorte, die das Parksystem der Königsfamilie bietet, wären die langwierigen Bürger- und Grenzkriege, die Afrika seit den siebziger Jahren heimsuchen, unmöglich gewesen.

Trauer um die Tsetse-Fliege

Die Parks hatten eine verheerende Auswirkung auf die Volkswirtschaft und Ökologie Afrikas. Durch das Parksystem verringerte sich der gesamte Energiedurchsatz im ganzen ökologischen System und führte zur Ausbreitung von Parasiten und Krankheiten. Diese Degenerierung der Umgebung des Menschen hat dazu beigetragen, die Bedingungen zu schaffen, unter denen neue Krankheiten – wie AIDS – jetzt unter einer erschöpften und dezimierten Bevölkerung krassieren.

Der Fall der Tsetsefliege macht das sehr deutlich. Afrikanische Stammesangehörige hatten die Tsetsefliege – die die tödliche Krankheit Trypanosomiasis oder Schlafkrankheit überträgt – durch umfassende Urbarmachung und Buschsäuberung unter Kontrolle. Die Stammesangehörigen wußten, daß sich die Fliege von Wildtieren ernährte, besonders von den Antilopen. Deshalb waren viele Stammeschefs gegen die Anlegung von Parks und das damit zusammenhängende Jagdverbot als Gefahr für ihre Herden.

Im Jahre 1892 meinten die Zulus, der Anstieg der Schlafkrankheit bei Vieh sei dem Anstieg des umfassenden Wildbestand zu verdanken, der von der Regierung unter Schutz gestellt worden war. Diese Theorie wurde im Jahre 1894 durch Dr. David Bruce bewiesen, der dann um eine Änderung der Politik kämpfte – allerdings nur mit sehr bescheidenem Erfolg. In dem Gebiet, das von der British South Africa Company geleitet wurde, hoben die Kolonialbehörden die Gesetze über Wild auf und begannen mit seiner Eliminierung, um die Krankheit zu stoppen. Diese Änderung hatte große Proteste seitens der Society for the Preservation of Fauna of the Empire zur Folge.

Dr. George Prentice, ein medizinischer Missionar, verurteilte die Naturschutzbewegung des britischen Kolonialamts: »Ich bin der Meinung, daß diejenigen, die für die Wildgesetze verantwortlich sind, auch für das Vorhandensein der Tsetsefliege verantwortlich sind und daß die Opfer von Trypanosomiasis Märtyrer der törichten Politik zum Schutz von Wildtieren sind. Ein hochrangiger oder niedriger Vertreter oder irgendein Mitglied der Society for the Preservation of Fauna, der angesichts dieser bekannten Tatsachen das Gegenteil behauptet, kann die Aufrichtigkeit seiner Behauptung beweisen, indem er uns erlaubt, mit unseren lokalen Formen der Tsetsefliege an ihm Experimente durchzuführen.«

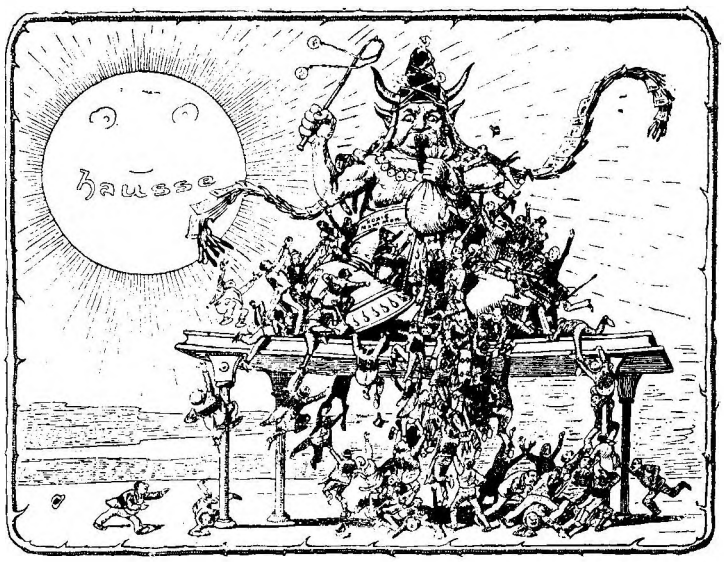
Es könnte Afrikas Unglück sein

Im Jahre 1925 waren ca. 22000 Quadratmeilen Südrhodesiens von der Fliege heimgesucht. In Panik wurde in Bereichen in der Nähe kolonialer Aktivitäten eine Politik der Wildtierkontrolle erzwungen. In von Afrikanern bewohnten Gebieten wurde das Jagdverbot durchgesetzt.

Wie Lee and Gerry Durrell - die für das Conservation Monitoring Center in Cambridge, England, ein vom WWF finanziertes Organ, schreiben – zugeben, »ist die blutsaugende Tsetsefliege heute über ein Gebiet von zehn Millionen Quadratkilometer im tropischen Afrika verbreitet und zwar in einem breiten Band über den ganzen Kontinent, das 34 Länder umfaßt«.

Die Autoren bedauern die modernen Sprühmethoden, durch die neue Gebiete frei von der Fliege sind. »Die Tsetse-freien Gebiete wachsen sogar so schnell, daß ... die Ausbreitung des Viehbestands zu einer Gefahr für die Wildtiere werden könnte ... Die Ausrottung der Tsetsefliege könnte Afrikas Unglück sein.«

Oder wie Bruce Kinloch – Hauptparkwächter für Tansania, Malawi und Uganda – den Niedergang der Tsetsefliege bedauert: »Die Tsetsefliege hat die oft zerstörerische und häufig verschwenderische Nutzung weiter Regionen landschaftlich wundervoller, unversehrter Wildnis, der natürlichen Heimat großer Wildtierherden, durch den Menschen lange verhindert.«
Das Sprühen mittels Flugzeugen ist in den Parks streng verboten. Trypanosomiasis nimmt seit Mitte der achtziger Jahre, vor allem in Lady Lynda Chalkers Uganda, ständig weiter zu. □



Britannien

Das Spiel der Oligarchen geht um Menschen und Tiere

»Peng! Der Gewehrschuß hat sein Ziel erreicht und eine Nashornmutter stirbt. Ihr kleines Kalb, das jetzt sich selbst überlassen ist, ist ebenfalls zum Tode verurteilt. Während eine weitere von unseren gefährdeten Arten immer mehr vom Aussterben bedroht ist, steigt die Blutrünstigkeit der Wilderer immer mehr.« World Wildlife Fund Rundbrief vom 17. Juli 1987, in dem die »stolzen Männer aus Nahost« wegen ihrer »kriminellen, ignoranten Verschwendung« verurteilt wurden, weil das Horn der Nashörner den Griff der Messer ziert, die in ihren Zeremonien verwendet werden.

Im Januar 1961, ein paar Monate, bevor er die neue »Arche Noah«, den World Wildlife Fund, begründete, um die gefährdeten Tierarten auf der Welt zu retten, begleitete Prinz Philip Königin Elizabeth auf eine Indienreise. Zu den Attraktionen, die einer ihrer Gastgeber – ein Rajah in Jaipur – für die königliche Gesellschaft vorgesehen hatte, gehörte eine Tigerjagd. Von einer Plattform hoch in den Bäumen, erschoß Philip – selbst in völliger Sicherheit – einen der berühmten indischen Tiger, die von den angebundenen Ziegen angelockt worden waren, die der Rajah hatte aufstellen lassen. Das Photo von Philip, wie er stolz neben seinem fast drei Meter langen Opfer stand, rief weltweit einen Schrei der Entrüstung hervor.

Zu jedermanns Entsetzen

Erschüttert setzte der Prinzgemahl seine Reise fort und als er in Kathmandu ankam, war sein rechter Zeigefinger deutlich sichtbar bandagiert und er erklärte, daß eine Verletzung ihn leider daran hindern würde, sich an der »traditionellen Jagd« des Königs zu beteiligen, die er allerdings dennoch begleiten werde. Philip und Elizabeth thronten auf Elefanten und die Queen eilte mit ihrer Kamera umher. Mehrere Tiger wurden an diesem Tag getötet, doch keiner davon offiziell Philip zugeschrieben. Auch wurde Philip offiziell nicht der Verdienst dafür angerechnet, ein anderes Tier an diesem Tag getötet zu haben, nämlich ein indisches Nashorn, die zunehmend immer seltener werden. Weltweit gab es nur noch 250 davon, nachdem britische Teepflanzer damit fertig waren, sie abzuschlachten, um Platz für ihre Anpflanzungen zu schaffen.

Während die Elefanten weiter vor sich hin trabten, hatte sich ein weibliches Nashorn mit einem kleinen Kalb auf ihrem Weg verirrt. Einer der Teilnehmer der Gruppe, Lord Alex Douglas-Home, der als einer der besten Schützen Englands bekannt war, schoß absichtlich daneben, um das Tier zu verjagen. Doch das Nashorn stolperte weiter vor sich hin und lief Philip in den Weg.

»Zu jedermanns Entsetzen erschoß Philip es«, erzählte Ian MacPhail, der internationale Werbedirektor des WWF später einem britischen Filmteam. Das verängstigte Kalb des erschossenen Nashorns schoß zwischen den Beinen des Elefanten davon. MacPhail sagte: »Es ist sicher auch gestorben. Es war noch viel zu klein, als daß es hätte alleine auf sich gestellt überleben können.«

Die ganze Geschichte wurde vertuscht, erklärte MacPhail, denn die Pläne zur Gründung des World Wildlife Fund waren bereits im Gange. »Ich habe bei der Vertuschung mitgemacht«, gestand er dem Filmteam im Jahre 1990, weil er der Überzeugung war, daß mehr Gutes getan wird, wenn mehrere Tierarten als ganzes gerettet werden.

Angesichts der Tatsache, daß der WWF genau dies in den letzten drei Jahrzehnten nicht getan hat, meinte er: »Schweren Herzens muß ich Ihnen sagen, daß ich unrecht hatte. Das Nashorn, der Elefant und der Panda haben das Schiff verpaßt und die neue Arche Noah ist ohne sie losgesegelt.«

Das persönliche Lehnsgut von Philip

Philips persönliches Verhalten hat das seines World Wildlife Fund als ganzes charakterisiert. Von 1961 an bis in die Gegenwart hat der WWF das systematische Abschlachten und fast das Aussterben der wichtigsten Arten, die unter seiner selbsternannten Kontrolle standen, überwacht und in vielen Fällen organisiert und finanziert, darunter auch den Kauf von Waffen. Und unter dem Deckmantel der Sorge für die Tiere hat er den größten Teil der Hunderte Millionen von Dollar, die er bis zum heutigen Zeitpunkt beschafft hat, dazu benutzt, das Abschlachten von Menschen, insbesondere in Afrika unterhalb der Sahara, zu finanzieren.

Für den folgenden Bericht muß man wissen, daß der WWF von Anfang an das persönliche Lehnsgut von Philip gewesen ist, der seine Aktivitäten fast bis ins kleinste Detail überwacht hat. Sir Peter Scott, einer der WWF-Gründer und längjähriger Vorsitzender, erläuterte in einem Interview, das Anfang der achtziger Jahre stattgefunden hat, warum Prinz Bernhard und nicht Philip der erste Präsident von WWF-International wurde: »Als wir mit dem WWF anfingen, hätte ein britischer Präsident zu sehr nach Kolonialismus ausgesehen.« Doch, Scott betonte, es war Philip und nicht sein Freund Bernhard, der die treibende Kraft war – eine Aussage, die auch von anderen innerhalb der Hierarchie des WWF bestätigt wurde.

Der langjährige Generaldirektor Charles de Haes sagte einem Journalisten: »Prinz Philip ist brillant, er verfügt über ein beachtliches Wissen. Er ist mit dem WWF seit seiner Gründung im Jahre 1961 verbunden. Er ist unglaublich aktiv. Er führt bei allen Treffen des geschäftsführenden Vorstands den Vorsitz. Er befaßt sich mit jedem Aspekt seiner Politik.« Und Dr. Anna Schiotz vom WWF fügte hinzu: »Der Herzog von Edinburgh widmet vielleicht ein Viertel seiner Zeit dem WWF – er ist bemerkenswert.«

Der WWF ist am besten bekannt wegen seiner Bemühungen zum Schutz von vier Tierarten, die sich allesamt im Jahre 1961 in einem weitaus besseren Zustand befanden als heute. Zwei davon – der Panda und das afrikanische schwarze Nashorn – sind nahezu ausgestorben und die beiden anderen – der afrikanische Elefant und der indische Tiger bewegen sich rasch in diese Richtung.

Das Aussterben der Arten geht weiter

In den letzten 33 Jahren wurde der WWF oft durch Berichte, die von ihm selbst in Auftrag gegeben wurden, auf das drohende Aussterben verschiedener Arten aufmerksam gemacht. In jedem Fall hat man die Informationen, manchmal sogar auf brutale Art und Weise, unterdrückt. Hier sind drei der offenkundigeren Fälle:

Der »Black Ebur Bericht«. Im Jahre 1972 beauftragte WWF-Gründer Sir Peter Scott einen großen, in Nairobi lebenden, Wildjäger, Ian Parker, den lukrativen und blühenden Handel mit Tierprodukten wie Elefantenzähnen und Nashorn-Hörnern zu untersuchen. Unter anderem fand Parker heraus, daß die Familie des kenianischen Präsidenten Jomo Kenyatta notorische Händler

illegaler Produkte waren und daß seine Tochter Margaret Sekretärin in einer Firma war, die Nashorn-Hörner und Elefantenzähne an den Fernen Osten verkaufte – ein Handel, der wahrscheinlich mehr dazu beigetragen hat, Kenias Großwild zu dezimieren als irgendetwas anders. Parker gab auch viele von Kenias prominentesten »Natur- und Umweltschützern« als Wilderer an.

Innerhalb weniger Stunden, nachdem er seinen Bericht an Scott ausgehändigt hatte, wurde Parker aufgegriffen, in die berüchtigte Langatta Road Station der Kenyan Special Branch gebracht und drei Tage lang verprügelt. Anschließend befahl man ihm, nichts über das, was er geschrieben hatte, verlauten zu lassen, sonst würde seine Frau getötet.

Der Bericht, der die umfassendste Untersuchung über das Abschlachten wildlebender Tiere in Afrika zu jener Zeit darstellte, blieb 17 Jahre lang unterdrückt, bis der irische Filmemacher Kevin Dowling ihn für sein vernichtendes Exposé über den WWF: »Tenpence in the Panda« für Großbritanniens unabhängiges TV-Netz aufstöberte.

Inkompetenz und Stümperhaftigkeit

Fast zur gleichen Zeit, als Parker verprügelt wurde, verlieh der damalige Präsident des WWF-International, Prinz Bernhard der Niederlande, Kenyatta seinen speziell geschaffenen »Orden der goldenen Arche« für die »Rettung des Nashorns«. Bernhard wußte sehr wohl, daß eine große Anzahl von Tieren während Kenyattas Amtszeit verschwunden war, denn er hatte ein Exemplar des Black Epur Berichts erhalten und dessen Empfang sogar quittiert. Als durchsickerte, daß Bernhard diesen verheerenden Bericht besitzt, behauptete der WWF-Generaldirektor de Haes, daß dies keine WWF-Angelegenheit sei, sondern daß es sich lediglich um Bernhards »private Untersuchung« handele.

Der Phillipson Bericht. Ende des Jahres 1989 schloß der Oxford-Professor John Phillipson seine interne Prüfung über die Effektivität des WWF ab, die von der Organisation in Auftrag gegeben worden war. Der 252seitige Phillipson-Bericht – der hier zum ersten Mal auszugsweise veröffentlicht wird – war eine vernichtende Anklage der ungeheuerlichen Inkompetenz und Stümperhaftigkeit des WWF und schlimmer noch. Er schloß damit, daß der WWF das, was er sich als seine besondere Aufgabe zu eigen gemacht hatte – die Rettung einzelner Arten – am wenigsten tat. Nach Erhalt eines Exemplars des Berichts schickte Philip sofort eine geheime Aktennotiz an Generaldirektor de Haes mit der Anweisung, Phillipson aufzufordern, seine Feststellungen abzuschwächen oder – falls dies nicht gelingt – daß die wichtigsten Feststellungen des Berichts unterdrückt werden sollten.

Operation Lock. Unter diesem Codenamen beauftragte der WWF im Jahre 1987 eine großzügig finanzierte »Notaktion zur Rettung des Nashorns«. In dieser äußerst geheimen Operation sollten die Großwild-Schmuggelringe von einem Stützpunkt in Südafrika aus infiltriert werden, um das Abschlachten der Tiere zu stoppen. Allen Berichten zufolge wurde eine Unmenge an Informationen gesammelt. Doch auch hier ist nichts damit geschehen, außer daß sie unterdrückt wurden.
Wie viele Naturschützer zu der Zeit bemerkten, war es natürlich lächerlich, zu versuchen, das Wildern »an der Quelle« zu stoppen. Das wäre etwa vergleichbar damit, wenn man versuchen wollte, den weltweiten Drogenhandel zu stoppen, indem man die Dealer vor Ort außer Gefecht setzt, während die Banker, die den Handel finanzieren und die Hunderte von Milliarden Dollar waschen, unangetastet bleiben. Das Zentrum des illegalen Handels mit Großwildprodukten war – wie beim Drogenhandel – die britische Kronkolonie Hongkong.

Die Tiere retten?

Wir wollen einige der mit am meisten propagierten und lukrativsten Bemühungen des WWF, einzelne Arten zu retten, untersuchen. Die heikelste Mission, die der WWF je in Gang gesetzt hat – »Operation Lock« – macht das wahre Ziel des WWF deutlich.

Der Panda. Zur Zeit seiner Gründung im November 1961 verkündete der WWF, daß er die Antwort auf das drohende Aussterben vieler Arten habe: »Es gibt nur eine Hoffnung für sie – symbolisiert durch den liebenswerten Panda. Er wurde vorm Aussterben gerettet, weil der Mensch rechtzeitig gehandelt hat. Jetzt ist der Panda das Symbol eines Kreuzzugs, um der Todeswelle des 20. Jahrhunderts Einhalt zu gebieten – er ist das Symbol des World Wildlife Fund.«

Der WWF behauptete, daß der Panda durch die »wissenschaftliche Zucht« gerettet worden sei, eine Vorgehensweise, die nun auch auf alle anderen Arten angewendet werden müsse. Nachdem sie 23 Jahre lang aus der Symbolik des knuddeligen Säugetiers Geld gezogen hatten, stellte der WWF plötzlich fest, daß auch er eine gefährdete Art sei. Im Jahre 1987 startete Philip einen neuen Aufruf für weitere Millionen, »um den Panda zu retten«.

Die Bemühungen des WWF – dazu gehörte die »Umsiedlung« von Tausenden armer, chinesischer Bauern, die aus ihren Häusern im »Verbreitungsgebiet« des Pandas vertrieben wurden und der Bau eines teuren Labors, um Pandas zu züchten – wurden von Phillipson beurteilt. Nachdem er festgestellt hatte, daß der WWF seit dem Jahre 1980 für acht Projekte 4.493.021 Schweizer Franken ausgegeben hatte, meinte Phillipson, daß »trotz 43 Mitarbeitern – angeblich 23 davon wissenschaftlich geschult – die Pandazucht kein Erfolg war und das Forschungsergebnis vernachlässigbar gewesen ist ... Die Labors, die vom WWF mit Kosten in Höhe von 0,53 Millionen Schweizer Franken ausgestattet worden sind, waren weitgehend nicht funktionstüchtig ... Fehlende, richtige Beratung, unzureichend geschultes Personal und eine schlechte Leitung führten zu einer ›moribunden‹ Laboreinrichtung .. Die offensichtliche Schlußfolgerung muß sein, daß der WWF im Hinblick auf die Sicherung seiner ungeheueren Investitionen nicht effektiv oder effizient gewesen ist.

... WWF-Spender wären entsetzt, wenn sie erfahren würden, daß der Kapitaleinsatz praktisch abgeschrieben wurde.«

Schließlich, schrieb Phillipson: »Man muß sich damit abfinden, daß die WWF-Aktivitäten in China ziemlich verworren sind ... Die Politik der Erweiterung des WWF-Engagements, um auch andere Interessen mit einzubeziehen, war meiner Meinung nach unklug und im Hinblick darauf, daß die Unterstützung jeder Form der Pandaforschung praktisch eingestellt wurde, bedeutet sie eine Abschaffung des so stark propagierten ›Panda-Programmes‹.«

Das Aussterben eines Riesen

Nachdem 30 Jahre lang Geld für den Panda beschafft wurde, war Prinz Philip im Jahre 1990 gezwungen, zuzugeben, daß der Panda »wahrscheinlich verloren« ist.

Der Elefant. Aus einer Studie des bekannten Tierpopulationsökologen E. Caughey aus dem Jahre 1988 geht hervor, daß es Anfang der fünfziger Jahre in Afrika drei Millionen Elefanten gegeben hat. Allen Berichten zufolge hat es in der Kolonialzeit, das heißt, etwa bis zur »Winds of Change«-Politik, die vom britischen Premierminister Harold Macmillan im Jahre 1960 verkündet wurde – etwa zeitgleich mit der Gründung des WWF – in der Zahl der Elefanten kaum oder gar keinen Rückgang gegeben. Nach der ersten systematischen Felduntersuchung, die im Jahre 1976 von dem schottischen, in Kenia lebenden, Naturschützer Iain Douglas-Hamilton durchgeführt wurde, gab es zu der Zeit 1,3 Millionen lebende Elefanten.

In den ganzen siebziger und auch größtenteils in den achtziger Jahren behauptete der WWF beharrlich, daß es keine »Elefantenkrise« gäbe und kämpfte gegen die Bemühungen verschiedener Naturschützer, den Handel mit dem wertvollen Elfenbein zu verbieten. Als 1988-89 zum »Jahr des Elefanten« erklärt wurde, behauptete der WWF, es gäbe noch 750.000 Elefanten – eine Zahl, die sie aufgrund zunehmender Beweise gezwungen waren auf 650.000 nach unten zu korrigieren. Doch eine Untersuchung, die im Jahre 1988 vom ehemaligen WWF-Präsidenten in Frankreich, Pierre Pfeffer – der zum Rücktritt aus dem Vorstand gezwungen wurde –, durchgeführt worden ist, ergab, daß nur noch 400.000 übrig waren. Diese Zahl ist noch weiter gesunken und mehrere

Britannien

Das Spiel der Oligarchen geht um Menschen und Tiere

Experten, die in dem britischen Film des Jahres 1989 »The Elephant Man« interviewt worden sind, sprachen davon, daß sich das Aussterben des Riesen unmittelbar abzeichne.

Ein Geschäft mit ordentlichem Gewinn

Auch hier wieder hat der WWF seinen Teil dazu beigetragen. Im Jahre 1963 empfahl der Vorsitzende von WWF-International, Peter Scott, in einem Bericht an das Ugandan Parks Board 2500 Elefanten »auszusortieren«. Die Aufgabe wurde dem Großwildjäger Ian Parker übertragen, der 4000 Nilpferde niedermetzelte, als er schon einmal dabei war. Scott hate das Abschlachten nach dem malthusianischen Grundsatz empfohlen, daß die »Überbevölkerung« das Töten vieler einzelner Individuen erforderlich mache, um »die Art zu retten«. Wie sich später herausstellte, wollte Scott in Wirklichkeit in den Wäldern, von denen die Elefanten sich ernährten, eine wertvolle Mahagoni-Plantage anlegen und die Elefanten waren im Weg.

Während die Elefanten von Parker abgeschossen wurden, machten die WWF-Direktoren einen ordentlichen Gewinn bei dem Geschäft. Scott gab dem WWF-Mitbegründer Lord Aubrey Buxton den Hinweis, daß das Abschlachten stattfinden würde. Buxton, Vorsitzender von Survival Anglia, dem Produzenten weltführender »Naturdokumentationen«, in deren Vorstand Scott ebenfalls saß, sorgte dafür, daß das Abschlachten gefilmt wurde.

Anfang der siebziger Jahre kam der blutdürstige ugandische Diktator Idi Amin mit Hilfe des britischen Geheimdienstes an die Macht, die er bis zum Jahre 1979 innehatte. Die britische Regierung sah wohlwollend zu, wie Amin Tausende und abertausende weiterer Elefanten abschlachtete.

Heute gibt es in Uganda weniger Elefanten als Scott Parker befohlen hatte, in einem Durchgang zu töten.

Im Jahre 1975 beauftragte die African Wildlife Leadship Foundation, die von dem WWF-Präsidenten der USA, Russell Train, gegründet worden war, Parker praktisch alle Elefanten in Ruanda zu töten, da man nicht sowohl die Gorillas in den Bergen als auch die Elefanten schützen könne, deshalb müßten die Elefanten weichen.

Einer der Assistenten der Gorillaexpertin Diane Fossey behauptete später, die Elefanten seien getötet worden, weil das Land, auf dem sie lebten, ideal für die Herstellung von Pyrethrum, einem natürlichen, »umweltschonenden« Insektizid war. Nach ein paar Jahren wurde ein künstlicher Ersatz für Pyrethrum gefunden und die Produktion wurde eingestellt. Nachdem die Hänge, an denen die Elefanten gelebt hatten, nun von Bäumen befreit worden waren, war die oberste Bodenschicht durch Erosion abgetragen worden, während sich die Erde in den Flüssen absetzte, die dann über die Ufer stiegen.

Das Abschlachten ging weiter

Im Jahre 1986 erhielt der frühere rhodesische Buschkämpfer Clem Coetzee aus Zimbabwe von Generaldirektor de Haes für die Leitung einer Kampagne, in deren Verlauf 44.000 Elefanten getötet wurden, den WWF-Naturschutzpreis. Das war nötig, sagte der WWF, »um die Umwelt im Zimbabwes überfüllten Nationalparks zu schützen«. De Haes lobte Coetzees Arbeit »als beispielhaft und als ein Modell für ganz Afrika«.

Während andere Naturschutzgruppen weltweit die Notlage des Elefanten beklagten und ein Verbot des Elfenbeinhandels forderten, behauptete der WWF immer noch, daß alles in Ordnung sei. Als der WWF dann im Jahre 1989 verspätet die Alarmglocke schlug – und das Jahr zum »Jahr des Elefanten« erklärte – sah ihre Unterstützung für die Elefanten Ugandas höchst seltsam aus. Mit Geldern, die durch herzzerreißende Kampagnen »zur Rettung von Nell, dem Elefanten« zusammenkamen, errichtete der WWF ein Lager zur Rettung der bedrängten Kolosse, in das umfangreiches paramilitärisches Material geleitet wurde. Dieses Lager befand sich in der Nähe der Mountains on the Moon an der Grenze zu Ruanda, obwohl praktisch alle Elefanten Ugandas im Murchison Park lebten, der fast 1000 Meilen entfernt war. Doch aus genau diesem anderen Gebiet sollte die Rwanda Patriotic Front (RPF) kurze Zeit später in Ruanda einfallen.

Das schwarze Nashorn. Der WWF wurde in London mit einer speziellen »Schockausgabe« des »Daily Mirror« vom 6. Oktober 1961 eingeführt. Praktisch die ganze Titelseite der Zeitung war einer einzigen Schlagzeile gewidmet: »Dem Untergang geweiht – durch die Torheit, Gier und Nachlässigkeit der Menschen« und einem Riesenbild von einem schwarzen Nashorn. Nur noch 100.000 »kurzsichtige und auf eine liebenswerte Art häßliche Nashörner« wie Gertie – wie es genannt wurde -, das dort mit einem seiner Jungen stand, lebten noch in der Wildnis, wurde den »Mirror«-Lesern berichtet. Und ihre Zahl nahm rasch weiter ab. Wenn das Nashorn in der kommenden, schwierigen Zeit »gerettet« werden sollte, dann müßte die gesamte afrikanische Herde »wissenschaftlich geleitet« werden.

Unterstützung aus der Leserschaft des »Mirror«, die vorwiegend der Arbeiterklasse entstammt, strömte nur so herein. Witwen schickten Geld von ihrer Rente und Kinder von ihrem Ersparten. Insgesamt kamen 45.000 Pfund zusammen, was für die Zeit damals eine Riesensumme war. So bekam der WWF »eine Basis für seine finanzielle Sicherheit« und er kam ins Laufen. Doch praktisch erst ungefähr zehn Jahre später fing er damit an, Geld zur Rettung der Nashörner auszugeben und in den ersten zwei Jahrzehnten hat er ganze zwei Nashorn-Projekte gesponsert!

Unter seinem Trommelwirbel der Sorge um das Nashorn hatte der WWF bis zum Jahre 1980 von über 110 Millionen gesammelten Pfund lediglich 118.553 steuerbegünstigte Schweizer Franken »zum Schutz des in der Wildnis lebenden, schwarzen Nashörner«, dessen Bestand inzwischen um 95,5 Prozent gesunken war, ausgegeben. Als der WWF »Nashorn-Projekte« dann schließlich gesponsert hat, starben die Nashörner ausnahmslos oder wurden bestenfalls in Zoos geschickt oder noch häufiger in private Wildgehege. Heute ist das schwarze Nashorn in der freien Wildbahn praktisch ausgestorben.

Unkompetent und geldgierig

In einer Zusammenstellung der Nashorn-Projekte, die in dem Phillipson-Bericht aufs heftigste kritisiert wurden, soll die Arbeit des WWF im Zusammenhang mit den »auf eine liebenswerte Art häßlichen Tieren« beispielhaft aufgezeigt werden.

Im Jahre 1965 bekam der WWF von einem Kenianer 36.300 Schweizer Franken, um sechs weiße Nashörner von Natal, Südafrika, in das Meru-Schutzgebiet nach Kenia zu bringen, das – dem WWF Jahrbuch 1965-67 zufolge – das richtige Habitat für die Tiere wäre.

Phillipson sagte: »Das Projekt wurde schlecht ausgearbeitet und war hinsichtlich Schutz der Tiere unhaltbar. Soweit historisch bekannt, hat das weiße Nashorn nie in Kenia gelebt; außerdem gibt es keinerlei Beweise dafür, daß das weiße Nashorn aus dem Norden je das Gebiet durchstreift hat, das jetzt den 87.044 Hektar großen Meru Nationalpark umfaßt. Man muß davon ausgehen, daß der WWF Mitte der sechziger Jahre entweder in wissenschaftlicher Hinsicht unkompetent, publicityhungrig, geldgierig oder von in wissenschaftlicher Hinsicht naiven Leuten über Gebühr beeinflußt worden ist.«

Phillipson kam zu dem Schluß: »Das Programm fand im November 1988 ein abruptes Ende, was vielleicht deshalb als gut bezeichnet werden kann, weil dadurch eine konstante Quelle der Verlegenheit beseitigt wurde. Rebellische Wilderer aus Somali erschossen alle verbliebenen weißen Nashörner in einer Art Trotzreaktion – ein unglückliches Ende für das Nashorn, aber zweifellos eine

willkommene Erleichterung für engagierte Natur- und Tierschützer. Das Projekt 195 ist kein Projekt, auf das der WWF mit Stolz zurückblicken sollte.«

Das gleiche galt für Projekt 917, bei dem 85 »überschüssige Nashörner« aus Natal nach Mozambique gebracht wurden; alle 85 starben.

Was wurde aus den Hunderten von Millonen Dollar?

Das gleiche galt auch für das Nashorn-Projekt des Lake Nakuru Nationalparks in Kenia. Die Hälfte des gesamten Geldes, das der WWF für Kenia ausgegeben hat, ging in die »Schutzgebiets-Verwaltung« dieses Parks. Ursprünglich als Vogelpark geplant, in dem Hunderttausende von Flamingos und viele andere Arten tropischer Vögel an dem See und in dessen Umgebung brüten sollten, beschloß der WWF Ende der achtziger Jahre, ihn in einen Nashorn-Park zu verwandeln, in dem sich die letzten der kenianischen Nashörner aufhalten sollten. Siebzehn schwarze Nashörner wurden von anderen Stellen hierher gebracht und hinter einem elektrischen Zaun eingepfercht.

Bald wurde offensichtlich, daß das Projekt eine Katastrophe war. Wie Phillipson mit beißender Ironie bemerkte: »Die Logik hinter der Auswahl von Nakuru als Standort für die schwarzen Nashörner bleibt ein Geheimnis. Etwa ein Drittel des Parks ist ein See und ein weiteres Drittel ist offenes Grasland, das normalerweise als Nashorn-Habitat recht ungeeignet ist ... Nakuru war ein schlechter Ort. Was müssen Vogelbeobachter wohl zahlen, jetzt, wo hinter dem nächsten Busch ein Nashorn auftauchen könnte? Der Park ist schließlich für Vögel angelegt worden.«

WWF-Generaldirektor de Haes war unter seinen Mitarbeitern bekannt für seine angebliche Aussage, daß ihm das Nashorn »am A***« vorbeigehe. Doch wenn der WWF keine gefährdeten Arten gerettet hat, was er eindeutig nicht hat, für was wurden dann die Hunderte von Millionen Dollar ausgegeben? Ein Blick auf die »Operation Stronghold« des WWF und ihre Schwester, »Operation Lock« – zwei weitere Tricks der Machart: »Rettet die Nashörner« – gibt die Antwort.

Operation Stronghold

Finanziert mit einer Million Schweizer Franken und koordiniert mit der Operation Lock sollte es dem Zimbabwe Department of National Parks and Wildlife Management mit Stronghold offiziell möglich gemacht werden, die 700 schwarzen Nashörner zu retten, die es im Zambezi-Tal noch gab – der letzte große Bestand in der freien Wildbahn Afrikas. Der Chefwildhüter Glen Tatham bereiste die Vereinigten Staaten und verkündete, daß er und seine Hüter mit Hilfe des WWF gegen die Wilderer, die angeblich über die Grenze aus Zambia kämen, »zu Felde ziehen werde«.

Am 10. November 1988 wurden Tatham und zwei seiner Assistenten in Zimbabwe wegen Mordes vor Gericht gestellt. Es wurde behauptet, sie hätten gegen die Wilderer eine Operation in Gang gesetzt, bei der letztere aus dem Hinterhalt ohne Warnung erschossen wurden, wenn sie sich dem Treffpuntk näherten. In einer parlamentarischen Debatte zeigte sich bald, daß Tatham und seine Männer seit Anfang des Jahres 1987 70 Wilderer getötet hatten.

Ein Gesetz wurde rasch im Parlament verabschiedet – das Gesetz zum Schutz der Tiere in freier Wildbahn – das den Parkwächtern Immunität verlieh, wenn sie in Erfüllung ihrer Pflichten jemanden töteten oder verwundeten – sie sollten weder zivil- noch strafrechtlich verfolgt werden können. Zehn Parlamentarier waren gegen den Gesetzentwurf, mit der Begründung, daß dann mit »Mord legalisiert« würde. Wie es einer von ihnen, Mica Bhebe, ausdrückte: »Wir geben den Leuten einen Blankoscheck dafür, andere Menschen töten zu dürfen.«

Offizielle Zahlen zeigen, daß zwischen Juli 1984 und September 1991 etwa 145 »Wilderer« getötet wurden. Von den 84 im Zambezi-Tal Getöteten, sind die meisten von einem Hubschrauber aus umgebracht worden, der vom WWF finanziert worden ist und mit WWF-Personal besetzt war. Zahlen des Game Departments zufolge sind bei den 228 getöteten oder gefangengenommenen Personen lediglich 107 Gewehre sichergestellt worden. Wenn man berücksichtigt, daß weitere 202 Personen geflohen sein sollen, einige von ihnen schwer verwundet, die nicht mehr in der Lage waren, ihre Waffen zu tragen oder sie verloren haben, bedeutet dies, daß Tatham und die anderen von Dreiviertel derjenigen, die getötet oder gefangengenommen worden sind, die Waffen nicht sicherstellen konnten. Damit erhebt sich die Frage, ob diejenigen, die die Wachen zur Zielscheibe nahmen, überhaupt bewaffnete Wilderer waren.

Quellen zufolge, die von dem britischen Filmteam interviewt worden sind, das den Film »Ten Pence in the Panda« gedreht haben, sind einige der Getöteten sogar mit dem militärischen Flügel des African National Congress in Zusammenhang gebracht worden.

Und was ist mit dem Nashorn geschehen?

Ab dem Augenblick, wo das Projekt im Februar 1987 vereinbart worden ist, war es das Ziel des WWF gewesen, »die in dem Tal eingefangenen Nashörner in sicherere Gebiete anderswo zu bringen«. Unter Drogen gesetzt und völlig ruhig gestellt wurden die Nashörner in private Wildparks nach Zimbabwe und anderswo in Afrika gebracht sowie in die Vereinigten Staaten und nach Australien. Mit anderen Worten, der WWF hat für das Abschlachten von Menschen bezahlt um die letzte, lebende Nashornherde auf der Welt zu zerstören.

Der Grund für die »Verlagerung« der Nashörner wurde rasch klar, abgesehen von den ungeheuren Profiten, die das für private Interessen, die mit dem WWF in Zusammenhang stehen, brachte. Es wurde bekannt, daß der Internationale Währungsfonds (IWF), der damals eine »Umstrukturierung« der Wirtschaft Zimbabwes diktierte, angeordnet hatte, daß im Zambezi-Tal im Verbreitungsgebiet der Nashörner eine Rinderzucht angelegt werden sollte, um die Europäische Kommission mit Rindfleisch zu versorgen. Nachdem die Nashörner weggebracht worden waren, kamen ganze Trupps von Tiertötern in das Tal und töteten eine ganze Menge Elefanten und 5000 Büffel, um den Weg für die vom IWF angeordnete Rinderzucht freizumachen, die bald bankrott machte und Unsummen von Schulden hinterließ – und die Nashörner waren weg.

Die Operation Lock

Ende des Jahres 1989 und Anfang des Jahres 1990 brach in der britischen und europäischen Presse ein Skandal aus, der drohte, den grünen Oligarchen beim WWF einen ungeheuren Schaden zuzufügen. Eine der geheimsten WWF-Operationen mit dem Codenamen »Operation Lock« – angeblich ein energischer Versuch, das gefährdete Nashorn zu retten, indem ein Elitetrupp der British Special Air Services (SAS) in das südliche Afrika gebracht wurde, um in die illegalen Schmuggelkartelle von Großwild einzudringen, sie offenzulegen und zu neutralisieren, war schiefgegangen.

Eine Million Pfund Sterling waren verschwunden und es schien als hätte das SAS-Team begonnen, genau mit den Produkten zu handeln – insbesondere Elfenbein und Nashorn-Hörner –, deren Handel sie hatten stoppen sollen. Wie bei der Operation Stronghold, hat es auch hier Gerüchte über ansteigende Todeszahlen bei »Wilderern« gegeben.

Der WWF bereitete eilig seine eigene Version der Angelegenheit vor. Im Jahre 1986, sagten sie, wurden Prinz Bernhard und der neue Chef des Afrikaprogramms des WWF, John Hanks, auf einer Afrikareise durch die rasch abnehmende Anzahl von Nashörnern alarmiert. Die beiden beschlossen, ein Eliteteam trainierter Sabotageexperten und Killer – SAS-Leute – nach Afrika zu schicken, um mit dem Problem mit unorthodoxen Mitteln fertigzuwerden.
Prinz Bernhard hat ohne Wissen des WWF die 500.000 Pfund oder mehr, die er aus dem Verkauf eines wertvollen Bildes bekam, in das Projekt gesteckt und es wurde gestartet. Das WWF-Hauptquartier in Gland, Schweiz, wußte überhaupt nichts davon, so hieß es, obwohl Prinz Bernhard zu der Zeit Präsident des niederländischen WWF und Präsident von zwei anderen, nationalen WWF-Organisationen gewesen ist.

Britannien

Das Spiel der Oligarchen geht um Menschen und Tiere

Das SAS-Team, das zu diesem Zweck in eine Firma namens KAS Enterprises Ltd. umorganisiert worden war, wurde von Oberst David Stirling, dem legendären Gründer der britischen SAS-Regimenter im Zweiten Weltkrieg und Veteranen von Dutzenden, wenn nicht Hunderten von Spezialoperationen in ganz Nahost und Afrika in der Nachkriegszeit, geführt. Stirling wählte diese Anfangsbuchstaben, die an seine frühere Capricorn Africa Society (CAS) erinnern sollten, deren Zweck es gewesen war, die »Apartheid in einem Zuckerguß zu erhalten«, so die Worte des Gouverneurs von Kenia, Sir Philip Kerr. Der Schatzmeister von Capricorn war Mervyn Cowie, der Schöpfer des kenianischen Parksystems und Aufseher der Mau Mau, während seine Chefpropagandistin Elspeth Huxley, die Frau von Julian Huxleys Cousin Gervas war.

Die Veteranen der Geheimdienste

Eigenartigerweise stammen die detailliertesten Enthüllungen über »Operation Lock«, die sich offensichtlich auf interne WWF-Dokumente stützten, von dem Newsletter »Africa Confidential«, der in Afrika und anderswo weithin als zum MI-5 gehörig betrachtet wurde und der in Stirlings Londoner Wohnung gefunden worden war.
Die Frage – wie von »Africa Confidential« und seinen Herausgebern, die den Newsletter damals verließen und in der britischen und holländischen Presse eine Reihe von Exposés über Operation Lock schrieben – lautete: Wer in der WWF-Bürokratie wußte von diesem verrückten, wenn nicht gar tödlichen Plan und wann? War dies eine weitere Operation außer der Reihe von Bernhard, wie es der »Black Ebur Bericht« angeblich war oder war dies die offizielle WWF-Politik?
Es wurde bald klar, daß die ganze Operation entgegen der Lügen, die die WWF-Führung und ihr Generaldirektor de Haes verbreitete, von Anfang an offizielle Politik war und daß in einer WWF-Projektbeschreibung – später ein »Fehler« genannt – ausdrücklich der Kauf von Waffen verlangt wurde. Im internationalen Büro in Gland existierten Unterlagen mit dem Titel »Anti-Wilderereinheiten«, deren Operationen in der Tat vom WWF finanziert worden sind.

Aus Treue zur Königin

Wenn auch skandalös, so trafen die verschiedenen Exposés doch nicht den Punkt der »Operation Lock«.
Erstens: Jeder, der mit den Parks in Afrika vertraut ist, weiß genau, daß die »Hauptwilderer« normalerweise die Wächter selbst sind, die oft vom WWF finanziert und bewaffnet werden.

Zweitens: Der Mann, an den Bernhard – wieder bestätigten Berichten zufolge – herantrat, um diese heikle Arbeit unter dem Motto »Rettet die Nashörner« durchzuführen, war ein Mann, der nicht nur die SAS gegründet und umfassende Erfahrungen im Zusammenhang mit Geheimoperationen in Afrika hatte, sondern er war bei der Krönung von Elizabeth II. zur Königin im Jahre 1952 auch Oberst der königlichen Leibgarde gewesen. Obwohl er ein Anglo-Katholik war, der im Benediktinerkloster in Ampleforth zur gleichen Zeit wie Lord Buxton und anderen aus der WWF-Bande erzogen worden war, wurde Stirling die außerordentliche Ehre zuteil, nach der der ganze britische Hochadel trachtet, nämlich den Körper der Königin, dem Oberhaupt der protestantischen Kirche von England, persönlich zu schützen. Und wie es alle Männer der SAS, des MI-5, MI-6 und die Leibgarde tun, hatte er seine Treue nicht gegenüber dem britischen Staat, sondern gegenüber der Person des Monarchen geschworen.

In der ganzen Nachkriegszeit hatte Stirling Dutzende höchst sensitiver politisch-militärischer Operationen für die britische Krone ausgeführt. Als schottischer Aristokrat stand er auch der Königinmutter, Elizabeth Bowes-Lyon, die selbst der Elite der schottischen Aristokratie angehörte, persönlich nahe. Der alternde Stirling wählte Oberstleutnant Ian Crooke zum Operations Offizier seiner SAS Company.

Auch Crooke war eine Legende. Für seinen Dienst während der Falklandkampagne wurde er mit dem Orden für herausragende Dienste ausgezeichnet und er war der »Mann auf dem Balkon«, der das SAS-Team kommandierte, das im Mai 1980 die iranische Botschaft in London stürmte und dessen Bild um die ganze Welt ging. Sein Bruder Alistair war ein britischer Konsularbeamter in Islamabad, Pakistan, der für die Bewaffnung der afghanischen Mujahidin verantwortlich gewesen sein soll.
Crookes Nr. 2 bei der Operation Lock, Nish Bruce, soll der am höchsten dekorierte britische Soldat im Falklandkrieg gewesen sein. Kurioserweise befand sich die Tochter des WWF-Gründers Lord Buxton gerade zur »Vogelbeobachtung« auf den Falklandinseln, als dort der Krieg ausbrach. Andere aus dem Team hatten lange in Nordirland gedient und waren Spezialisten im Erledigen von IRA-Leuten.

Die Besten der britischen Spezialtruppen

So bestand die Einheit, die zusammengetrommelt worden war, um das »Wildern zu stoppen« aus einigen der besten Leute der britischen Spezialtruppen.

Crooke war zu der Zeit Chef des 23. SAS-Regiments, der Teilzeit-SAS-Einheit, die wie Dutzende »privater« Sicherheitsfirmen in London wie die von Stirling für Operationen eingesetzt werden, die von der Regierung Ihrer Majestät gutgeheißen werden, doch die die Regierung Ihrer Majestät vorzieht, zu bestreiten.

Daß die »Operation Lock« offizielle Regierungspolitik war, ist offensichtlich: Die Kommandokette im WWF führte zu Prinz Philip, dem Prinzgemahl, und Stirling hat der Presse gegenüber sogar zugegeben, daß er mit dem britischen Verteidigungsministerium und Außenministerium in engem Kontakt stehe.

Ein SAS-Mitglied, das mit der »Operation Lock« vertraut war, berichtete, daß im Lieblings-Pub der SAS regelmäßig Toasts auf die Königinmutter ausgebracht wurden, während ein anderer – der direkt an der »Operation Lock« teilgenommen hatte – schriftlich angegeben hat, daß die Königinmutter zu dem Kreis der Geldgeber gehörte, die die »Operation Lock« finanziell unterstützt haben. Ein weiterer Geldgeber war Laurens van der Post, der Tutor von Prinz Charles und damalige Chefberater von Mrs. Thatcher für die Afrikapolitik.

Was war SAS wirklich?

Stirling war eine eigenartige Wahl für die Rettung der Tiere in freier Wildbahn in Afrika. Er kannte außer bekannten Händlern im Großwildbereich auch die Unita-Organisation von Jonas Savimbi sehr gut, der im Jahre 1988 zugegeben hat, daß seine Leute rund 100.000 Elefanten getötet haben, um ihren Krieg gegen die MPLA-Regierung in Luanda zu finanzieren.

Außerdem zeigten interne SAS-Dokumente, daß Stirlings Firma plante, aus dem Handel mit genau dem Elfenbein und Nashorn-Hörnern Profite zu machen, deren Handel sie stoppen sollten. Unter Crooks Kommando errichteten 25 SAS-Veteranen ein abgeriegeltes Hauptquartier in Pretoria mit hochtechnisierten Computeranlagen und importierten, riesigen Mengen an hochtechnisierten Waffen – was wegen des damals für Südafrika verhängten Embargos illegal war -. Doch wenn sie nicht die Nashörner retteten, was taten sie dann?

Der Minister für Nationale Sicherheit in Zimbabwe, Sydney Sekerayami, hatte eine Idee. Der holländischen Zeitung »de Volkrants« vom 24. August 1991 zufolge »erklärte er einfach in der Öffentlichkeit, daß er SAS verdächtigte, ein Deckmantel zur Destabilisierung des südlichen Afrikas zu sein«.

Zahlreiche Regierungen, darunter Vertreter des Wildlife in Kenia, Tanzania und Zambia mißtrauten den Lock-Leuten und lehnten es ab, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Rowan Martin, Forschungsdirektor in Zimbabwes Wildlife

Department, lehnte es ab, mit Crooke, der von Johannesburg zu ihm geflogen war, um mit ihm zu sprechen, zusammenzuarbeiten, weil Crooke sich »über seine Sponsoren und die Ziele seiner Mission nur vage geäußert hätte«. Martin erschien es auch seltsam, daß »sie mehr an Militärtechnologie interessiert zu sein schienen als an dem Leben der Tiere in der freien Wildbahn ... Sie spielten auf ein paar äußerst regelwidrige Methoden an.«

Der südafrikanische Militärgeheimdienst hielt die »Anti-Wilderer« für eine offensichtliche britische Top-Geheimdiensteinheit und schickte ihre eigenen Leute, um die Lock-Mannschaft zu infiltrieren. Crooke gelang es, Verbindungen mit Namibia und Mozambique und mit Elementen der südafrikanischen Spezialtruppen und Geheimdienstgemeinde aufzunehmen. In einem Krieg gegen den ANC, die SWAPO und die mehrheitsregierten Frontlinien-Staaten betrachteten einige Südafrikaner die paramilitärischen Trainingseigenschaften der Briten dann als einen Gewinn.

Von einem Hauptquartier in Bophutshatswanas Pilanesberg Park aus und in zahlreichen anderen Parks wie Etosha in Namibia und im Wildpark in dem Kangwana Homeland an der südafrikanischen Grenze zu Mozambique hat die SAS-Mannschaft dann »Anti-Wildereinheiten« ausrücken lassen.

Eine solche Einheit, die von Crookes Männer trainiert wurde und die politischen Umstände, unter denen sie operierte, sind von besonderem Interesse.

Die »dritte Kraft« und die tödliche Gewalt

In der Zeit von Nelson Mandelas Freilassung im Jahre 1990 bis zur Gegenwart sind weit über 10.000 schwarze Südafrikaner durch Gewalt Schwarzer gegen Schwarze getötet worden. Beobachter haben einen großen Teil dieser Morde und Verwüstungen den Lockspitzelaktionen einer mysteriösen »dritten Kraft« zugeschrieben, bei der es sich weder um den ANC, noch um den Rivalen, die Inkatha Freiheitspartei aus Zulu, handelt. Die dritte Kraft hält die tödliche Gewalt am laufen, indem sie jede der rivalisierenden Gruppen jeweils abwechselnd angreift, die sich dann gegenseitig die Schuld zuschieben. Solche Aktivitäten müssen vor dem Hintergrund der Arbeit von Crookes Einheit in Namibia betrachtet werden.

Nachdem es nach dem Ersten Weltkrieg von den Deutschen übernommen worden war, wurde Südwestafrika ein Protektorat von Südafrika. Als die SWAPO-Guerillas von Sam Nujoma in den achtziger Jahren einen Krieg gegen die von Südafrika gestützte und von Weißen beherrschte Regierung des Landes führten, trainierten südafrikanische Spezialeinheiten die berüchtigten »Koevoet« (afrikanisch für »Brecheisen«) – schwarze spezielle Kriegseinheiten – deren Grausamkeit berüchtigt war. Crooke und seine Mannschaft trainierten die Koevoet erneut als »Anti-Wildereinheiten«.

Gleichzeitig schufen sie eine Verbindung zu der damals kleinen »stock theft unit« der südafrikanischen Polizei.

Ende Juni 1992 – kurz nach dem berüchtigten Boipatong-Massaker am 18. Juni, bei dem 39 durch mysteriöse Mörder einer »dritten Kraft« getötet und weitaus mehr verletzt worden sind – machten ein gemeinsamer Kampfverband des ANC-Geheimdienstes, der Goldstone Commission (eine Untersuchungskommission über die Gewalt) und einer Sonderpolizeieinheit eine Razzia auf dem Grundstück der britischen Firma Gold Fields. Zu ihrer Überraschung entdeckten sie dort eine »stock theft unit« von 40 Männern, hauptsächlich erneut trainierte Koevoet-Veteranen aus Namibia.

In der südafrikanischen Wochenzeitung »Weekly Mail« vom 26. Juni bis 2. Juli 1992 hieß es: »Der afrikanische Nationalkongreß sagte, er habe Zeugen, die vor der Goldstone Kommission über die Rolle der Einheit im Massaker von Biopatong aussagen werden.«

Gold Fields Vorsitzender war Robin Plubridge, ein Oxford-Absolvent und Treuhänder der South African Nature Foundation, der südafrikanischen Unterorganisation des WWF. Wie der »Weekly Mail« es ausdrückte: »Die Gegenwart einer ›dritten Kraft‹ in einem den Briten gehörenden Bergwerk wird größere, internationale Auswirkungen haben.«

Obwohl eine Million Pfund ausgegeben worden waren, »Wie ein Teilnehmer der Operation Lock selbst es nannte, gibt es keinerlei Beweise dafür, daß im Rahmen des Projekts je ein einziges Nashorn gerettet wurde«, so schreibt die holländische Zeitung »de Volkrants».

Bevölkerungskontrolleur John Hanks

Die Geschichte, daß Prinz Bernhard und John Hanks »Operation Lock« in Eigenregie und mit ihrem eigenen Geld durchgeführt hätten, ist Unsinn, doch es ist klar, daß Hanks bei der Angelegenheit eine Schlüsselrolle gespielt hat. Seine Karriere und seine Spezialgebiete erhellen die Operation noch etwas mehr. Hanks startete in dem Naturschutzgeschäft, indem er in einem Schlachthaus in Zambia Elefanten zerkleinerte, die dort geschlachtet wurden, um den Arbeitern in den Minen im südlichen Afrika als Nahrung zu dienen. Er hat einige Zeit in Rhodesien zugebracht, wo er seinen eigenen Berichten zufolge für den militärischen Geheimdienst arbeitete. Mitte der siebziger Jahre wurde er Chef-Parkoffizier des National Parks Board in Pietzmaritzburg in Natal.

Doch seine Hauptbeschäftigung galt von 1976 an der Kontrolle der menschlichen Bevölkerung. In zahlreichen Reden schimpfte er darüber, daß es in »Durban bald schlimmer sein werde wie in Bombay«. Das Problem, sagte er, sei, daß die »afrikanischen Frauen zu den fruchtbarsten der Welt gehören. Eine Frau bringt durchschnittlich 5,2 Kinder zur Welt.« Da alle diese Mäuler gestopft werden müssen, »werden unsere natürlichen Ressourcen sehr in Anspruch genommen, was nun zu einer chronischen Verschlechterung unserer Umwelt führen kann«. Im Jahre 1977 forderte er eine »nationale Politik der Bevölkerungskontrolle« und den liberalen Einsatz von Kontrazeptiva, Abtreibung und Sterilisation.

Im Jahre 1979 wurde Hanks der erste Direktor des Instituts für natürliche Ressourcen in KwaZulu, das mit finanzieller Hilfe des K.E. Taeubner Management Trust, das Mitglied des »1001 Clubs« werden sollte, gegründet worden war. Er blieb weiterhin auf Bevölkerungsplanung spezialisiert und wurde ein Führungsmitglied der Family Planning Association of South Africa. Im Jahre 1986 wurde er Chef des WWF-Afrikaprogrammes.

Als die »Operation Lock« im Jahre 1990 - zumindest in bestimmten Aspekten - aufgedeckt wurde, hat das ein bißchen Stunk verursacht und Hanks mußte den WWF verlassen. Am 4. Januar 1990 gab er eine Erklärung ab: »Meine eigene Beteiligung an dem Projekt hörte auf, als Prinz Bernhards Geldmittel Ende 1989 erschöpft waren. Ich weiß, daß ähnliche Operationen noch fortgesetzt werden, doch ich bin in keiner Form mehr daran beteiligt.«

Er übernahm den Posten des Exekutivdirektors der South African Nature Foundation (des südafrikanischen Zweigs des WWF), was Prinz Philip als »eine elegante Lösung« auf die Frage, was man mit ihm tun sollte, bezeichnete. Doch die holländische Zeitung »de Volksrant« berichtete am 24. August 1991: »Zusammen mit einigen der früheren britischen Soldaten, die auch an dem ursprünglichen Projekt teilnahmen, arbeitet er immer noch bei der ›Operation Lock‹ mit.«

Wie es in der Tat in einem internen SAS-Situationsbericht vom 18. Januar bis 31. Mai 1989, der als »Geheim« bezeichnet war, hieß: »SAS sollte die Gelegenheit ergreifen, der führende Experte jeder Form von Antiwilderer-Training in ganz Afrika zu werden.« In dem Dokument hieß es weiterhin, daß »sich die bis jetzt in SWA/Namibia gewonnen Erfahrungen als wertvoll erwiesen haben«.
Jahrelang ist nicht ein einziger Wilderer von den drei Antiwilderer-Teams geschnappt worden. In dem Jahr schrieb eine Augenzeugin an das Büro der African Wildlife Leadership Federation in Nairobi und brachte etwas Licht in das Verschwinden der Nashorn-Herde. Die vom WWF finanzierten Wildhüter, berichtete sie, hatten zwei große, zahme männliche Tiere erschossen und ein weibliches verwundet und »das alles bei hellichtem Tage«. Ihre Schlußfolgerung: »Ist es nicht völlig offensichtlich, was im Krater passiert?« □

Britannien

Der Dynastie-Kreislauf schließt sich

Lyndon H. LaRouche

Mit dem Artikel »Der bevorstehende Fall des Hauses Windsor« hat CODE in dieser Ausgabe die Berichterstattung über das britische Netzwerk der Windsors begonnen. Dies ist nun das Schlußwort der »Darstellung des Falles vor den Geschworenen«.

Für die Beurteilung der Schuld der Angeklagten sollten die Ihnen nun vorgelegten Beweise ausreichen. Um entscheiden zu können, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um dieses Verbrechen wiedergutzumachen, müssen wir uns jetzt auf vier weitere, miteinander in Zusammenhang stehende, Fakten konzentrieren.

Die Frage der Schuld

Für viele von Ihnen stellen diese zusätzlichen Tatsachen eine Schwierigkeit dar, die überwunden werden muß. Die Schwierigkeit ist folgende: Obwohl jeder dieser Punkte eine historische Tatsache ist, ist es auch eine Tatsache, die mit hartnäckigen und weitverbreiteten Mißverständnissen und falschen Auffassungen kollidiert. Insofern als gebildete Menschen mit Goodwill sich eine Teilschuld für die gefährliche Situation, in der sich die Menschheit gegenwärtig befindet, anrechnen lassen müssen, hat ihre Ignoranz und Mißachtung dieser vier Tatsachen zu dem Übel, das die derzeitige weltweite Krise der Menschheit verursacht hat, beigetragen. Die Rechtsprechung und Anwendung der Gesetze in dem vorliegenden Fall hängt von Ihrer Bereitschaft ab, die Bedeutung dieser zusätzlichen Angelegenheit zu untersuchen.

Der Schrei der Entrüstung aufgrund einer drängenden Krise hat uns zusammengebracht und es gilt jetzt nicht einige ausgewählte Sündenböcke zu bestrafen, sondern ein Urteil zu fällen, das sich auf die Lösung des vorliegenden Problems konzentriert. Die Pflicht, zu der wir durch die Umstände aufgerufen sind, macht es zunächst erforderlich, daß die Geschworenen den historischen Hintergrund verstehen, vor dem das Verbrechen begangen wurde: diese Greueltaten finden in der Endphase eines »Dynastie-Kreislaufs« der europäischen Geschichte statt, eines Kreislaufs, der fast fünf Jahrhunderte gedauert hat.

Um die Charakteristika des gegenwärtig stattfindenden Zusammenbruchs der weltweiten politischen, monetären und wirtschaftlichen Ordnung zu verstehen, muß man die letzten sechs Jahrhunderte des Aufstiegs der europäischen Zivilisation zu weltweiter Herrschaft innerhalb der längeren Zeitspanne ähnlicher, früherer Kreisläufe des Aufstiegs und Niedergangs früherer, herrschender Kulturen betrachten. Keiner dieser Kreisläufe – auch dieser nicht – kann ohne Vorstellung der zweiten und dritten Tatsache und ohne die Interaktion dieser beiden Tatsachen verstanden werden.

Ein weltweites, neues dunkles Mittelalter

Die zweite Tatsache, die zu berücksichtigen ist, ist die besondere Natur der menschlichen Spezies, da die letzten sechs Jahrhunderte Weltgeschichte den Unterschied zwischen der Demographie des Menschen und des Tieres höchst deutlich gemacht haben. Der Mensch ist die einzige Spezies, die ihre potentielle, relative Bevölkerungsdichte vorsätzlich erhöhen kann, eine deutliche Fähigkeit des Individuums, die sich am direktesten und einfachsten durch die Auswirkungen einer gültigen, axiomatisch-revolutionären, wissenschaftlichen Entdeckung der Prinzipien der Natur auf die produktiven Arbeitskräfte zeigt.

Wie das Erbe der Renaissance – hervorragender als in jedem früheren Abschnitt der Geschichte – gezeigt hat, liegt die Natur des Menschen in den potentiellen, kreativen Fähigkeiten des Einzelnen – ein Begriff vom Menschen, der in axiomatischer Opposition zu dem steht, was die moderne britische oligarchische Tradition als ihre empirische Definition von der »Natur des Menschen« übernommen hat.

Nur vom Standpunkt dieser zweiten Tatsache her kann die Bedeutung der dritten Tatsache – der Oligarchismus – in seiner praktischen Form verstanden werden. In diesem Konflikt zwischen der mosaischen Vorstellung des Menschen im Ebenbild Gottes einerseits und der entmenschten Sicht des Menschen, die dem Oligarchismus zugrundeliegt, andererseits, haben die funktionalen Merkmale der historischen und prähistorischen »Dynastie-Kreisläufe« ihren Ursprung. Die »Aufklärung« der Anti-Renaissance muß als ein folgerichtiges, wenn nicht gar modernes, Beispiel für die gleiche Art von Oligarchismus angesehen werden, die den Niedergang von Babylon und Rom verursacht hat.

Die vierte dieser wichtigen, historischen Tatsachen, die zu berücksichtigen sind, ist die Vorstellung, welches die Errungenschaften der modernen, europäischen Zivilisation wohl sein könnten, wenn der von der Renaissance gelieferte Impuls von der Belastung des ihm anhaftenden, auf Wucher basierenden, Oligarchismus im venezianischen Stil befreit wäre. Dazu könnte man sich zunächst auf die politischen Veränderungen, die »kulturell-paradigmatische Wende« konzentrieren, die den Planeten, besonders in den letzten 30 Jahren ungefähr, abwärts bis an den Rand des heutigen, weltweiten »neuen dunklen Mittelalters« gebracht hat.
Der berühmte Aphorismus lautet: »Das Kind nicht mit dem Bade ausschütten«. Die angesammelten Errungenschaften der vergangenen sechs Jahrhunderte unter dem zusammengebrochenen Schutthaufen des von London beherrschten Währungs- und Wirtschaftssystems herauszuholen und zu retten, ist genau das Bild, das die Geschworenen bei der Suche nach einer praktikablen Entscheidung der Art, die mit dem heilenden Prinzip der Justiz in Einklang steht, berücksichtigen könnten.

Wir präsentieren nun eine kurze Beschreibung des gegenwärtigen »Dynastie-Kreislaufs«. Dieses Bild liefert die Vorstellung, zu der die relevanten Tatsachen der Angelegenheit danach in Beziehung gesetzt werden.

Ursprung, Aufstieg und Niedergang des britischen Empire

Der Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise, die jetzt den ganzen Planeten erfaßt hat, spiegelt das Ende eines etwa 500jährigen Kreislaufs in der europäischen Geschichte wider. Dieser Kreislauf begann nach dem vorübergehenden Zusammenbruch der ungeheuren maritimen, politischen und Finanzmacht Venedigs, einem Zusammenbruch, der durch das Platzen der »lombardischen Schulden-Blase« – wie die Historiker es heute nennen – Mitte des 14. Jahrhunderts verursacht wurde – ein Zusammenbruch, der ganz Europa sofort in ein »neues, dunkles Mittelalter« gestürzt hat. Der neue Kreislauf, der im 15. Jahrhundert begann, wurde durch den Konflikt der beiden führenden Kräfte in der europäischen Kultur in jenem Jahrhundert bestimmt.

Auf der einen Seite waren da die Kräfte der Goldenen Renaissance, die sich um solche Figuren wie Kardinal Nicolaus von Cusa und das Florenzer Konzil (1439-40) konzentrierten. Auf der anderen Seite stand die erneut aufstrebende Macht der venezianischen, aristokratischen und Finanzoligarchie in Europa. Seit der Zeit dieses Konzils und insbesondere nach dem Krieg der Liga von Cambrai gegen Venedig Anfang des 16. Jahrhunderts, wurde die ganze europäische Geschichte seit dem 15. Jahrhundert innerhalb Europas und weltweit von

dem kulturellen Konflikt zwischen dem Einfluß aus der Renaissance und der aus Venedig stammenden, entgegengesetzten Kraft der sogenannten »Aufklärung« beherrscht.

Ganz zu Anfang des 16. Jahrhunderts – als sich der jetzige »Dynastie-Kreislauf« erstmals scharf abzeichnete – war die strategische Situation die folgende.

Die Taktik Venedigs

Die intellektuelle Macht der Renaissance war das Erbe von Nicolaus von Cusas Begründung der Prinzipien des modernen Systems der Nationalstaaten und der modernen Naturwissenschaft. Dieser Einfluß wird symbolisiert durch den gigantischen Intellekt eines Leonardo da Vinci, Erasmus von Rotterdam und Raffaello Sanzio. Da es nicht gelang, die Probleme in Italien selbst zu lösen, wurde der erste moderne Nationalstaat von und unter König Ludwig XI. (1461-1483) in Frankreich gegründet. Der Erfolg Ludwig XI. begünstigte Bewegungen zur Gründung ähnlicher Formen von Nationalstaaten in England und Spanien, zu denen die oratorianischen und andere Netzwerke der Renaissance von Leonardo, Erasmus und Raphael in bedeutender Art und Weise beigetragen haben.

Die darauffolgende, zugegebenermaßen instabile Allianz zwischen Königin Isabellas Spanien, dem Tudor-England von Henry VII. und dem Erbe von Ludwig XI. in Frankreich bildete um den Vatikan herum das Rückgrat der anti-venezianischen Allianz – die Liga von Cambrai. genau an dem Punkt in dem Krieg, wo Venedig kurz davor stand, von den Verbündeten erobert zu werden und seine ungeheure und seine üble, wucherische Macht für immer gebrochen schien, gelang es Venedig, einige der Verbündeten zu korrumpieren: die Liga von Cambrai wurde aufgelöst.

Venedig benutzte die Atempause, die es auf diese Weise bekam, dazu, erneut die Korruption zu benutzen, um diesmal die Allianz zwischen Frankreich, Spanien und dem Tudor-England zu brechen. Dies wurde dadurch erreicht, daß Venedig die Dirne Anne Boleyn dazu benutzte, König Heinrich VIII., der von Annes anhaltender, sexueller Verfolgung verrückt gemacht wurde, zu Maßnahmen zu drängen, die vom Jahre 1527 bis zur kulturellen Unterwerfung Frankreichs durch die Briten nach dem Wiener Kongreß im Jahre 1814 praktisch einen permanenten Kriegszustand zwischen Frankreich, Spanien und England schufen.

Damit begann der 500 Jahre dauernde geschichtliche Kreislauf, der gegenwärtig seinem Ende zugeht.

In der ganzen Geschichte seiner Existenz als eine politsiche und wirtschaftliche Entität hat Venedig zugegebenermaßen immer versucht, von jeder Nation, in die es seine politischen und finanziellen Klauen stecken konnte, so viel wie möglich zu übernehmen, besonders an Geld. Diese Überlegung und Venedigs Absicht, die europäischen Mächte gegeneinander im Zwist zu halten, sind die einzigen, klaren Ziele hinter dem großen Einfluß, den Venedig von der Zeit von Anne Boleyns Flirten mit Heinrich VIII. an bis ins Jahr 1582 in England ausübte.

London das neue Venedig im Norden

Einen Wandel in dieser Beziehung zwischen Venedig und London gab es nach dem Sieg von Paolo Sarpis radikaler Gruppierung – den »giovani« – über Venedigs Traditionalisten – die »vecchi« – im Jahre 1582. Sarpis Mehrheitsfaktion wollte die Operationsbasis der venezianischen Oligarchie von dem strategisch angreifbaren Venedig selbst zu einer neuen, venezianischen Seemacht in den nördlichen, protestantischen Ländern hin verschieben, während sich die Minderheit darauf konzentrierte, von innerhalb der Faktionen der offiziell katholischen Regionen der Gegenreformation aus im Süden zu operieren. Sarpis Faktion wählte London als künftiges Hauptquartier eines »neuen Venedigs im Norden«.

Aus einem blutigen Kampf in den letzten beiden Jahrzehnten des elisabethanischen England heraus war die Thronbesteigung des Kandidaten der Sarpi-Faktion, James VI.von Schottland, als James I. auf den englischen Thron der erste formale Schritt in Richtung Entwicklung eines in London konzentrierten »neuen Venedig« als weltweite See- und Finanzmacht wie es die imperiale Seemacht gewesen ist, die Venedig selbst im 12., 13. und 14. Jahrhundert am Mittelmeer war.

Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts – besonders ab der Thronbesteigung von Willem von Oranien (1688-89) – wurde der Begriff »venezianische Partei« uneingeschränkt und weithin benutzt, um die Liberale Partei Englands und des Vereinigten Königreichs zu beschreiben. Diese neue Form britischer Herrschaft war nicht etwas, das autochthon vom englischen Volk entwickelt worden war, sondern es wurde von der Spitze aus nach unten durch eine Kombination von Betrug, Verrat und blutiger Gewalt auferlegt.

Mit der Niederlage der Tory-Opposition gegenüber den venezianischen Liberalen in den letzten Jahren von Königin Anne, wurde die englische Souveränität zerstört, als Georg Ludwig von Hannover – ein Mitarbeiter von Antonio Conti, der damals Venedigs Chefspion war – als König Georg I. den neu geschaffenen, englischen Thron bestieg.

Ab dem Zeitpunkt, als William Petty, der Zweite Earl of Shelburne – der East India Company Potentat, der direkt über dem Thron stand – in den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts an die Macht kam, beendeten die Agenten Venedigs die intellektuelle Aufrüstung der britischen Liberalen, um ein weltweites britisches Empire zu schaffen. Diese Aufrüstung wurde hauptsächlich durch das repräsentiert, was heute durch den etwas irreführenden Begriff »der britische, philosophische Radikalismus des 19. Jahrhunderts« bekannt ist. Typische Vertreter dieses radikalen, venezianischen Dogmas sind: der Wirtschaftswissenschaftler Adam Smith; Jeremy Bentham, Gründer des britischen, ausländischen Geheimdienstes und Koordinator der Gewalt der französischen Jakobiner; der von Shelburne ausgewählte Historiker Edward Gibbon; und der berühmte Plagiator der von dem Venezianer Giammaria Ortes veröffentlichten Schrift über Bevölkerungskontrolle – Thomas Malthus.
Im Jahre 1814 erreichte Großbritanniens venezianische Partei ihr unmittelbares Ziel der politischen Unterwerfung Frankreichs. Sodann bereitete sie sich auf ihre nächsten imperialen Ziele vor: die Reassimilierung der Vereinigten Staaten unter britische Herrschaft durch Vernichtung der früheren Verbündeten Großbritanniens – Metternichs Heiliger Allianz, mittels eines durch die radikalen Terroristen des britischen Agenten Mazzini inszenierten Umsturzes – und dadurch, daß London auf die verräterische Korruption bestimmter Fraktionen innerhalb der Vereinigten Staaten vertraute.

Der Sinn der Kriege und Revolutionen

Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten war das Ergebnis der Revolutionen und Kriege des 19. Jahrhunderts und der beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert das folgende: Jede der großen Mitbewerber um die britische Macht jenseits des Atlantik, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts stolz dastand, war entweder durch Krieg oder Revolution vernichtet oder auf einen unterwürfigen Staat politischer Korruption reduziert, wie das Frankreich der Dritten Republik nach 1918. Durch politische Faktionen in den USA, die mit dem Erbe eines Theodore Roosevelt oder Woodrow Wilson verknüpft waren, spielten sogar die Vereinigten Staaten oft die Rolle eines amerikanischen Hundes an der geopolitischen und kulturellen Leine der Briten.

Eine Sammlung von Parasiten

Wie wir aus den dokumentierten Musterbeispielen prominenter Personen und finanzieller Interessen um Prinz Philips Königlichen Trust herum erkennen, sind die Förderer seines World Wildlife Fund – die britische Monarchie – keine Absonderung des Volkes des Vereinigten Königreichs. Der gegenwärtige Status der Welfen-Monarchie Großbritanniens ist der eines »Primaten unter Parasiten« für eine wahrlich internationale Oligarchie – eine Oligarchie, die keine nationalen Loyalitäten kennt, sondern die die britische Monarchie als ihren Dogen benutzt, so wie die Großfürsten des Habsburger Reichs Mitglieder der Königsfamilie verhätschelte

Der Dynastie-Kreislauf schließt sich

oder durch solche Werkzeuge wie die Geheimpolizei von von Kaunitz und Metternich sogar töten ließ.

Schauen wir uns die heutigen Beweise an: Großbritanniens koloniale Eroberungen dienten offenkundig nicht den Interessen des britischen Volkes; die Eroberungen haben letztendlich praktisch den ganzen Adel – Könige, Fürsten, Aristokraten, Finanzadel – in Europa und darüberhinaus zu einer einzigen internationalen Oligarchie vereinigt – eine Sammlung von Parasiten, denen der derzeit regierende, britische Doge als Primat dient.

Solange potentiell miteinander streitende Mächte zuverlässig existierten, hat es die in London konzentrierte, internationale Oligarchie nicht gewagt, die Institutionen des Nationalstaates und des wissenschaftlichen Fortschritts völlig abzuschaffen. Sie haßten diese Institutionen zwar, aber sie wagten nicht, ihnen auszuweichen, solange potentiell glaubwürdige Gegner existierten, damit die barbarischen Oligarchen der Partei der regierenden Welfen gegenüber ihrer geplanten Beute nicht selbst erheblich geschwächt würden.

Erst als die Sowjetunion nach der Kuba-Krise im Jahre 1962 – also vor etwa 30 Jahren – das von Bertrand Russell verschriebene Atomwaffen-Kondominium unterschrieben hat, hat es die Oligarchie gewagt, ihren Wunsch, die Institution des Nationalstaats, den wissenschaftlichen Fortschritt und die Vernunft selbst durch solche »New Age«-Ventures wie den »post-industriellen«, anti-wissenschaftlichen Utopismus und die Rock-Drogen-Sex-Gegenkultur zu ruinieren.

Das Ergebnis der Einführung dieser »kulturell-paradigmatischen Wende« in den letzen 30 Jahren war, daß der ganze Planet an den gegenwärtigen Rand eines Zusammenbruchs auf wirtschaftlicher und politischer Ebene gebracht wurde. Nach der Ermordung John F. Kennedys und der ruinösen Regierung von Harold Wilson im Vereinigten Königreich ist der weltweite Zusammenbruch der Wirtschaftswachstumsrate im Hinblick auf Produktivität und wichtige, wirtschaftliche Infrastruktur seit dem Jahre 1964 pro Kopf und pro Quadratkilometer immer schneller vorangeschritten.

Was die Vereinigten Staaten selbst betrifft, ist das negative Wachstum seit Anfang der siebziger Jahre kontinuierlich vorherrschend und beschleunigt sich rasch seit dem Jahre 1982. Unterdessen ist das Großbritannien nach Thatcher ein Schrotthaufen ehemals industrialisierter Ruinen, wo die Aktivitäten der Finanz-Saprophyten als »Privatisierung« bezeichnet werden.

Die gegenwärtige tödliche Krankheit

Der Trug von »Perioden des Wohlstands und Wachstums« in Nordamerika und Europa in den letzen 20 Jahren basiert auf einer Kombination direkt gefälschter Statistiken und – wichtiger noch – der Tatsache, daß das Finanzsystem, für das die Daten galten, zunehmend von der tatsächlichen Volkswirtschaft mit Produktion und Handel abgekoppelt worden ist.

Die Unvermeidlichkeit eines baldigen Zusammenbruchs des gegenwärtigen Wirtschafts- und Währungssystems wird in den folgenden drei Absätzen zusammengefaßt.

Die gegenwärtige, tödliche Krankheit des weltweiten Wirtschaftssystems ist gekennzeichnet durch die Phänomene höchst disproportionaler, außer Kontrolle geratener Märkte aus sogenannten »Derivaten«. Gekennzeichnet durch diese irrsinnige Spekulation, operiert das Finanzsystem wie ein riesiges Spielgeld-Casino tagein, tagaus, nach einer Mischung aus »Spieltheorie« und »Chaostheorie« am Rande des Wahnsinns.

Die auf diese Weise geschaffene Spekulation hängt am Faden des Einnahmenflusses der echten Volkswirtschaft, einem Einnahmenfluß, der einen winzigen Bruchteil des nominellen Einkommens darstellt, dem Investitionen innerhalb der Spekulation selbst zugeschrieben werden. Kurz gesagt, das System ist bereits bankrott, wenn angemessene Standards der Rechnungsprüfungstransparenz in Kraft wären.

Um das implosive Platzen dieser Spekulationsblase hinauszuschieben, muß der ursprüngliche Einnahmenfluß, der aus der echten Volkswirtschaft genommen wird, erhöht werden. Doch schon die Existenz dieser Spekulationsblase allein läßt die tatsächliche Volkswirtschaft in immer schnellerem Tempo schrumpfen. Wenn man die Rate des Einnahmenstroms aus der Volkswirtschaft erhöht, so bedeutet das, daß man versucht, die Instabilität der Spekulationsblase in dieser Woche durch Maßnahmen zu verringern, die die gleiche Instabilität in den unmittelbar folgenden Wochen verschlimmern.

Es gibt ominöse Ähnlichkeiten zu dem Zerplatzen der lombardischen Schulden-»Blase« Mitte des 14. Jahrhunderts. Dies ist ein System, das unumstößlich zur Selbstzerstörung bestimmt ist.

Die Zerstörung wird eintreten entweder, weil vernünftige Regierungen eingreifen werden, um das derzeitige, weltweite Zentralbankensystem und die Finanzmärkte durch Vergleichsverfahren unter Regierungskontrolle vor dem Bankrott zu retten oder – wenn den Regierungen der politische Wille fehlt, diese rationalen Maßnahmen zu ergreifen – die »Blase« zwangsläufig auf eine Art und Weise platzt, die mathematisch gesehen einer chemischen, atomaren oder thermonuklearen Explosion ähnelt, es sei denn, es handelt sich hier um eine Implosion durch eine umgekehrt disproportionale Kettenreaktion.

Der Grund dafür, warum sich diese Situation entwickeln konnte, besteht darin, daß die mächtigsten der verborgenen, politischen Kräfte auf diesem Planeten – die internationale Oligarchie – drohen, jedermann und jede Nation zu vernichten, die eine Bedrohung für das anhaltende Wachstum dieser Finanzspekulation oder eine Bedrohung für die Fortdauer der kulturellen »New Age«-Paradigmen darstellt. Der voraussichtliche Lauf der Dinge wird also sein, daß sich die Dinge verschlimmern werden, bis der Punkt erreicht ist – wie es nach dem Crash der Schulden-»Blase« in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts der Fall war – an dem man annimmt, daß die Oligarchie genug von ihrer finanziellen und politischen Macht verloren hat, so daß Abhilfemaßnahmen nicht gänzlich verboten sind.

Es kann also sein, daß wir den nun endenden, langen Kreislauf in seinen richtigen, axiomatischen, politischen Kategorien erleben werden. Auf der einen Seite haben wir den Aufwärtsimpuls, den nicht entropischen Impuls, der von den Prinzipien des Nationalstaats und der Investition in die Förderung und Anwendung wissenschaftlichen Fortschritts kommt. Auf der entgegengesetzten Seite steht der Anti-Nationalstaat, anti-wissenschaftliche und pro-wucherische, entropische Impuls jener internationalen Oligarchie, die früher in Venedig konzentriert war. Während sich der Einfluß der letzteren auf Kosten der politischen Macht der ersteren verstärkt hat, herrscht der entropische Impuls innerhalb der Gesellschaft eher vor und verstärkt die Macht der oligarchischen Faktion durch Schwächung der Macht seiner Gegner.

Die Interaktion der entgegengesetzten Axiome der beiden kollidierenden Tendenzen kennzeichnet also den Kreislauf. Dieser Kreislauf zeigt sich jetzt in seiner Endphase als voraussichtliche, unmittelbar bevorstehende Auflösung jener britischen Dynastie der »venezianischen Partei«, die vom sex-besessenen Heinrich VIII. bis zum bevorstehenden Fall des Hauses Windsor fast fünf Jahrhunderte lang regiert hat.

Was ist Oligarchismus?

Soweit wie unser Wissen in der Geschichte und Urgeschichte zurückreicht und bis zum Auftreten des modernen Europa im Zeitalter der Goldenen Renaissance im 15. Jahrhundert haben sich 90 Prozent der Menschen aller Völker von einer mehr oder weniger harten Form landwirtschaftlicher Arbeit ernährt. Wie uns der Fall des oligarchischen Sparta zeigt, fiel der Zustand tatsächlicher oder praktischer Leibeigenschaft nur allzu oft mit dem Übel totaler Sklaverei zusammen. Diese Gesellschaftsformen, die oft als »asiatisches Modell« beschrieben

werden, sind das Paradigma dessen, was wir hier als Oligarchismus bezeichnet haben.

Betrachten wir einen typischen Fall einer oligarchischen Gesellschaftsform: einen Staat, der auf vier Kasten, Ständen oder Klassen aufgebaut ist. Hier befinden sich diejenigen in einem der Leibeigenschaft ähnlichen Zustand ganz unten. Oben stehen die herrschenden Familien, so daß die kollektive Macht dieser Oligarchie zur Staatsregierung in der weniger sterblichen, vereinigten Form der Familieninstitution liegt und nicht beim höchst sterblichen, einzelnen Familienmitglied.

Unmittelbar an die Oligarchie als solche kommt eine Priesterkaste heran, wie die alte chaldäische, heidnische Priesterkaste und ihre »Magier«-Nachfolger oder die Priester des delphischen Kults von Gaia-Apollo-Python/Dionysius. Unterhalb dieser beiden, aber über der Kaste der Leibeigenen und Sklaven, stehen die Plebejer: Handwerker, Kaufleute und so weiter.

Die einflußreichste, relativ junge Kodifizierung einer oligarchischen Gesellschaftsform findet sich in dem offenkundig »sozialistischen« Kodex des heidnischen, römischen Kaisers Diokletian, dem Vorbild für die »Eugeniker« und andere radikale »Umweltschützer«.

Im Gegensatz zur modernen platonischen Kultur und Christenheit erlaubt der Oligarchismus wie der Darwins, Huxleys und der Harvard-Professoren B.F. Skinner und Herrnstein keine strenge Unterscheidung zwischen der Menschheit und den Tieren. Die allgemeine Tendenz, die oft eine kodifizierte Praktik starrer, oligarchischer Gesellschaften darstellt, besteht darin, die Trennung der oberen von den unteren Klassen als Unterschied zwischen einer niederen und einer höheren Tierspezies zu behandeln. Die oligarchische Aufteilung in herrschende und niedere Kasten wird oft eindeutig mit der Rechtfertigung verteidigt, daß diese Unterscheidungen das Produkt natürlicher, biologischer, genetischer Unterschneidungen sind.

Das ist das sogenannte »asiatische Modell« des Oligarchismus, das von Ischtars Mesopotamien und Moloches Tyros auf die europäischen Formen des Oligarchismus übertragen wurde, die heute vom Haus Windsor nachgeahmt werden.

Plato und die christliche Revolution

In der Geschichte wird dieser erste, eindeutige Versuch, mit diesem oligarchischen System zu brechen, in der Seemacht jener ionischen Stadtstaaten-Republiken gesehen, die bestimmte Kräfte in Ägypten gegen die kanaanitische Seemacht von Tyros und gegen die Ausbreitung des babylonischen Modells eines Weltreichs im allgemeinen gesponsert haben. Mit Solons Reformen in Athen dient der Kontrast zwischen Solons Gesetzen und Lycurgus' Gesetz für Sparta bis zum heutigen Tage als bester Bezugspunkt für den prinzipiellen Unterschied zwischen dem politischen Guten und dem politischen Übel in der europäischen Geschichte. Der wichtigste Vorläufer der modernen Wissenschaft und auch die moderne Alternative zum oligarchischen Gesellschaftsmodell sind die Schriften und der Einfluß von Plato und seiner Akademie in Athen.

Die Grundlagen für den modernen Nationalstaat Europas finden sich in der Mission des Apostels Paulus an die Nichtjuden. Obwohl sich die Christenheit innerhalb des von Moses festgelegten Ritus befand, brach die Mission von Paulus aus den ethnischen Grenzen des Judentums in der römischen Gefangenschaft aus und praktizierte die Botschaft von Jesus Christus, daß alle Menschen im Ebenbild Gottes sind und somit alle über den Tieren stehen und aufgrund dieser Eigenschaft jene gültigen, axiomatisch-revolutionären Entdeckungen machen können, die sich in solch klassischen Kunstwerken und wissenschaftlichen Entdeckungen in der Tradition eines Plato, Nikolaus von Cusa, Leonardo da Vinci, Kepler und Leibniz zeigen. Das gleiche Prinzip wurde mit großer Deutlichkeit erneut von dem christlichen Platonanhänger Augustinus betont, der die Zentralfigur des Christentums in Westeuropa war, das von der gnostischen Korruption, die im Osten des Weltreichs wütete, frei war.
Obwohl dieses Prinzip immer im christlichen Glauben verankert war, war es vor dem Werk von Cusa und anderer Schlüsselfiguren des Konzils von Ferrara/Florenz (1439-40) nicht wirksam in die Doktrin der Staatskunst integriert. Bis zu dieser Renaissance wurde die westeuropäische Gesellschaft von einem imperialen, oligarchischen Gesetzesbegriff regiert. Frühere christliche Bemühungen, das zu ändern, wurden von den feudalen Oligarchien mit großer Gewalt angegriffen, weil sie den Versuch, den geistigen und politischen Zustand der unteren Kasten zu verbessern, als eine Bedrohung der oligarchischen Ordnung ansahen.

Die Wende des New Age

Bis zur Renaissance hat nirgendwo auf diesem Planeten ein Nationalstaat existiert oder hat sich eine Gesellschaft der allgemeinen Steigerung der produktiven Arbeitskräfte durch eine wissenschaftliche Kultur gewidmet. Der Fall der jungen, revolutionären Vereinigten Staaten von Amerika zeigt deutlich wie dieses christliche Prinzip in die Ordnung der weltlichen Angelegenheiten der Gesellschaft eingeführt wurde.

Eine Volkszählung aus dem Jahre 1790 zeigt, daß selbst damals noch über 90 Prozent der Bevölkerung von der Beschäftigung in der Landwirtschaft lebten. Doch zu dieser Zeit waren die Bildung, die Produktivität und der Lebensstandard der Amerikaner bereits mehr als doppelt so hoch als im Vereinigten Königreich.

Der »lateinische Farmer« Amerikas jener Zeit kennt sich in den politischen Traktaten solcher Autoren wie Tom Paine und Alexander Hamilton aus. Diese Texte gehen über die Auffassungsgabe weniger gebildeter, heutiger High-School-Absolventen in Amerika und selbst vieler Universitätsstudenten hinaus. Die potentielle Basis für eine Verbesserung der Zustände in Familie und nationalem Leben hinsichtlich Moral und Bildung wurde bereits Ende des 18. Jahrhunderts deutlich. Die Vorteile zeigen sich in dem sich ändernden Verhältnis von Beschäftigung und Realeinkommen der amerikanischen Arbeiterschaft von 1790 bis Mitte der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts. Dann wurde die Pestilenz der »kulturell-paradigmatischen Wende des New Age« auf unsere Gesellschaft losgelassen.

Dieses amerikanische Beispiel zeigt die beispiellosen Errungenschaften durch die Etablierung der neuen Normen des Nationalstaats und der wissenschaftlichen und künstlerischen Bildung der ganzen Bevölkerung im Goldenen Zeitalter der Renaissance. Die oligarchischen Klassenschranken, die die Menschheit für eine so lange Zeit moralisch unterhalb ihres Geburtsrechts gehalten haben, fallen.

Die Degradierung des Menschen

Platons Beitrag zu den Prinzipien menschlichen Wissens waren unerläßlich dafür, daß dies möglich wurde. In dem exemplarischen Fall seines berühmten Parmenides-Dialogs präsentiert er ein völlig verständliches Prinzip menschlicher Kreativität außerhalb und absolut oberhalb der Stufe rein deduktiver Argumentation wie der von Parmenides, dem Sophisten, und Aristoteles. Dieses Prinzip, das in den klassischen Formen der Dichtkunst, Schauspielkunst, Musik und Malerei als das Prinzip der wahren Metapher erscheint, ermöglicht uns, den Akt der Kreativität als geistigen Gegenstand zu definieren, einen Gegenstand, der nicht allein von den Sinnen abhängt, einen Gegenstand, der uns jene Formen geistiger Aktivität verständlich macht, durch die wir gültige, axiomatisch-revolutionäre Entdeckungen machen und verstehen können, die die universelle Rechtsgültigkeit des Universums respektieren.

Dieser so definierte, geistige Gegenstand ist der Gegenstand, auf den wir uns beziehen müssen, wenn wir den Einzelnen als »im Ebenbild Gottes« beschreiben oder »von Geburt aus mit ›einem göttlichen Funken der Vernunft‹ erfüllt« - was das gleiche ist.

Es ist diese Fähigkeit, Gedanken und Ideen zu empfangen und mitzuteilen, die gültige, axiomatisch-revolutionäre Entdeckungen natürlicher Prinzipien sind, die es der Menschheit ermöglicht haben, die produktiven Arbeitskräfte pro Kopf, pro Haushalt und pro Quadratkilometer zu erhöhen, so daß die potentielle Bevölkerungsdichte der menschlichen

Britannien

Der Dynastie-Kreislauf schließt sich

Spezies um mehr als drei Dezimalordnungen über die Stufe gesteigert wird, als es für die »primitiven Jäger und Sammler« möglich war. In diesem und anderen Ausdrücken ist diese kreativ-geistige Praktik des Individuums die Quelle der »Nicht-Entropie« aller relativ erfolgreichen Gesellschaftsarten im Unterschied zu jenen Kulturen, die verdammt sind, die in Sackgassen führen.

Die demonstrierte Überlegenheit der Kultur, die sich von der Goldenen Renaissance ab über jede andere Kultur erstreckt, die jemals existiert hat, drückt die Kraft aus, die von den Formen der Staatskunst und des wissenschaftlichen und kulturellen Fortschritts freigesetzt wurden und die mit dem Verständnis in Einklang stehen, daß die menschliche Kreativität ein völlig verständlicher Begriff ist, die einzige empirische Basis für die Vorstellung des Menschen im Ebenbild Gottes, des Schöpfers.

Die Bedrohung der Macht

Im Prinzip können wir in die Augen jedes Kindes, jedes Elternteils schauen und sozusagen diesen geistigen Gegenstand hinter diesen Augen sehen. Dann sieht man seinen Mitmenschen »im Ebenbild Gottes«. Wenn wir das einmal gesehen haben, könnten wir keine Politik mehr tolerieren, die jedermann in einen Zustand brutaler Sklaverei oder Leibeigenschaft degradiert. Es muß unser dringlichster Wunsch werden, daß diese Kinder ihren Geist so entfalten, daß sie gültige Vorstellungen und Ideen kreativ-geistiger Entdeckungen auf dem Gebiet der Kunst, der Wissenschaft und der Technologie empfangen und vermitteln. Es muß unser dringlichster Wunsch sein, daß die Gesellschaft so organisiert ist, daß dieses Recht, als wahrhaft menschliches Wesen zu leben, ein universales Recht ist, um das herum eine Gesellschaft als Ganzes organisiert werden muß.
Wie Augustinus zeigt, ist es Platons Methode vom Christentum, die die Grundlage für die öffentliche Moral ist: die politische, wirtschaftliche und jede andere. Der Christ ist befreit von der Niederträchtigkeit des Rassismus und von Klassenvorurteilen, von der Selbstdegradierung auf die Ähnlichkeit mit einem Tier. Jeder, der die Boshaftigkeit der Frühgeschichte auch nur flüchtig zu sehen bekommen hat, sollte alles, was dem Vorschlag Prinz Philips ähnelt – nämlich die Welt in einen Zustand zurückzubringen, in der jede andere Sicht des Menschen als die im Ebenbild von Gottes kreativer Natur als Gesetz unter den Nationen vorherrschen soll – als verhaßt und massenmörderisch erkennen.

Über fünf Jahrhunderte lang hat die Oligarchie das Zeitalter der Goldenen Renaissance gehaßt wie die Götter von Zeus' heidnischem Olymp den Prometheus des Dramatikers Aeschylos gehaßt haben. Das »Feuer« zu bringen – das Wissen, daß die Gabe der kreativen Vernunft des Menschen ihn in das lebende Ebenbild Gottes stellt, bedroht die Macht jener olympischen Tyrannen, die von törichten Männern und Frauen für unsterbliche Götter gehalten werden.

Wenn ein Oligarch in höchste Wut versetzt wird, so besteht damit die Gefahr, daß sich das kognitive Potential seiner Leibeigenen weiterentwickelt.

Die Parkwächter des Prinzen

Nach dem alten, oligarchischen Modell wird der Bauer einfach wie ein Tier angesehen. Der Oligarch setzt den Bauern auf ein Feld, in einen Stall, so wie er »anderes Vieh« hält. Das »Bauer-Tier« baut Nahrungsmittel an wie die Kuh Fleisch und Milch produziert. So viele Kühe oder Bauern, so viel Essen – solange das Weideland nicht überfüllt ist! Auf genau die gleiche Art und Weise wird das Wild in den Waldschutzgebieten der Prinzen und Herzöge gehalten: Die Parkwächter der Prinzen töten die überschüssigen Tiere, wenn die Herde zu groß wird. Prinz Philip benutzt genau dieses Bild, wenn er die Methoden beschreibt, die er verwendet, um den Umfang der menschlichen Bevölkerung weltweit zu kontrollieren.

Um das Problem des Oligarchismus richtig zu verstehen, sollte man die innerhalb Westeuropas gemachten Erfahrungen mit den Problemen vergleichen, denen sich die Entwicklung innerhalb der asiatischen Kulturen gegenübersieht.

Zur gleichen Zeit wie die europäische Oligarchie, die durch das Haus Windsor repräsentiert wird, alles tut, was ihre tyrannische Arroganz zu riskieren wagt, um – unterstützt durch den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank – jede Möglichkeit wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts in der Weiterentwicklung der sogenannten Dritten Welt praktisch auszuschließen, gibt es auch innerhalb der Bevölkerung der Schwellenländer – wie in Asien – einen mächtigen, inneren Widerstand gegen den Fortschritt.

Der Erfolg, den die Oligarchien in diesen Schwellenländern dabei haben, die Verbesserung der Lebensqualität ihrer ärmeren Schichten zu verhindern, hängt in hohem Maße von dem starken Widerstand dieser gleichen, ärmeren Schichten gegen den Wandel ab. In der ganzen Menschheitsgeschichte konnten Gewaltherrschaften in der Tat nur wegen einer solchen kulturell bestimmten Mitschuld der Opfer so lange bestehenbleiben.

Deshalb haben die afrikanisch-amerikanischen Bürgerrechtsführer in der Zeit vor dem Bürgerkrieg in den USA beim Kampf gegen die Sklaverei auch die Formulierung geprägt, daß die Bildung nach klassischem, europäischem Standard der wesentliche Unterschied zwischen dem freien Mann und dem Sklaven darstellt.

Der Mechanismus, der den Leibeigenen dazu motiviert, die Formen der Sklaverei zu verteidigen, unter denen er leidet, läßt sich besser verstehen, wenn man ähnliche Formen der Selbsterniedrigung untersucht, die unter den extremen Linken in den USA – wie den Anarcho-Syndikalisten oder anderen kulturell ungebildeten Populisten – verbreitet sind. Die oligarchische Intelligentia kennt diesen Mechanismus und benutzt ihn als Hauptmittel, mit dem die Opfer des Oligarchismus zur Mithilfe dabei veranlaßt werden, sich jeden Abend gegenseitig die Ketten anzulegen.

Um sich Einblicke in die psychologischen Ursprünge des Oligarchismus zu verschaffen und um die Tricks zu verstehen, die die moderne Oligarchie hauptsächlich verwendet hat, um die Leibeigenen zu kontrollieren, muß man sich Einblicke in die Selbsterniedrigung des Geistes der Populisten oder analoger Fälle unter den Opfern verschaffen.

Zur Kontrolle der Leibeigenen

Es ist ein profundes Prinzip damit verbunden, doch der Punkt ist höchst relevant.

In dem Maße, wie die Weltsicht einer Person mehr oder weniger auf die Betonung einer assoziativen Form von Interaktion zwischen ihren Emotionen und Sinnesgegenständen begrenzt ist, neigt diese Person dazu, die mißanthropische, falsche Vorstellung von der »Natur des Menschen« zu teilen, die wir in Zorzi, Sarpi, Bacon, Hobbes, Locke, Adam Smith, Jeremy Bentham und anderen vorfinden. Für diese Unglücklichen beginnt die Realität der eigenen Existenz mit den frühesten Erinnerungen an Sinneserfahrungen und endet, wenn die Sinne verstummen.

Alles, was darüber hinaus geht, wird einem orpheusschen Leben nach dem Tode im Hades zugeschrieben. Wenn er akademisch geschult ist, akzeptiert ein solcher armer Kerl rasch die schrecklichen Äußerungen aus dem Jahre 1759, die Smith später für sein physiokratisches Dogma der sogenannten »Unsichtbaren Hand« im Jahre 1776 verwendet hat:

»Die Natur hat uns ... durch ursprüngliche und unmittelbare Instinkte gelenkt. Hunger, Durst, die Leidenschaft, die die beiden Geschlechter verbindet, die Freude am Vergnügen und die Angst vor Schmerz veranlassen uns, diese Dinge um ihrer selbst willen zu benutzen und ohne Berücksichtigung ihres Hangs zu den nützlichen Zwecken, die der große Lenker der Natur durch sie hervorrufen wollte.«

Die Sache verhält sich ganz anders bei jedem, der sich des effektiven Nutzens seiner und der kreativen Fähigkeiten anderer bewußt ist. In der Mathematik beispielsweise beginnt unsere wissen-

schaftliche Kenntnis dieses Fachs damit, daß wir die Entdeckungen von Pythagoras und Plato replizieren und in unserem eigenen Verstand deren geistige Erfahrung der Entdeckungen von vor Tausenden von Jahren wiedererleben. Genauso verhält es sich mit jeder anderen Entdeckung, die in ähnlicher Form erfolgte.

Der Student, dessen geistige Fähigkeiten auf diese Art und Weise entfaltet werden, weiß sehr genau, daß der praktische Nutzen der modernen Mathematik als gegenwärtig effiziente Arbeitsprinzipien Ideen umfaßt, die von Individuen geschaffen wurden, die seit vielen Jahrhunderten oder gar Jahrtausenden tot sind. Ein solcher Student erkennt, daß es sich bei dem Unterschied, der den Menschen über das Tier stellt, um die Entdeckung und den Fortbestand jener gültigen Ideen handelt, die das angesammelte Wissen des Menschen bis zum heutigen Tage darstellen – erworben und übermittelt mit Hilfe dieser geistig-kreativen Fähigkeit.

Reduziert auf den Status von Vieh

Ein solcher Student kann erkennen, daß die eigene, kurze vergängliche Existenz eine Gelegenheit bietet, sich an der ganzen menschlichen Existenz zu beteiligen, die von einer fernen Vergangenheit nimmt und einer weit entfernten Zukunft gibt. Dies ist die Grundlage, auf der dieser Student seine ungeheure moralische Überlegenheit gegenüber dem populistischen »Praktiker« findet, der nur die Frucht seiner Sinneserfahrung und blinde Leidenschaft kennt.

Wenn die Oligarchen einen großen Teil der Menschheit auf den Status von sprechendem Vieh reduzieren, wie sie es mit den Sklaven und Leibeigenen getan haben, unterdrücken sie damit nicht nur das menschliche Potential ihrer Opfer, sondern sie entmenschlichen sie auch, indem sie sie in »Pfundskerle« des reduzierten Status verwandeln, der ihnen zugewiesen wird.

Das Schicksal von Völkern, Nationen und das Ergebnis eines persönlichen, irdischen Lebens wird von Prozessen bestimmt, die letztendlich die gesamte, menschliche Existenz umspannen und die Ansammlung von Ideen, die von anderen vor uns entwickelt worden sind und den Zustand verbesserter oder schlechterer Lebensbedingungen für den Menschen. Die Folge aus der Tatsache, daß wir als Individuen gelebt haben, erbt unsere Nachkommenschaft.

Der springende Punkt bei der Sache ist auf beiden Seiten unsere Selbstbestimmung bei der Auswahl jener Ideen, die uns darin leiten, nach dem Lauf der Geschichte zu handeln, wenn wir der ganzen Menschenheit und der ganzen Geschichte begegnen, während sie durch unser irdisches Leben gleitet.

Flucht in die Realität von Seifenopern

Die Person, die mit diesem Bewußtsein über Ideen lebt und eine Beziehung zu einem solchen Reich von Ideen hat, ist der wahre erwachsene Mensch. Das Opfer oligarchischen Denkens ist in moralischer und intellektueller Hinsicht relativ infantil oder noch schlimmeres.

Die Person, die im Vergleich zu einer Person mit Ideen. auf einen reinen »Praktiker« mit »persönlichen Erfahrungen« degradiert ist, entzieht sich der Verantwortung, zur Menschheitsgeschichte einen Beitrag zu leisten – zum allgemeinen Wohle unserer Nachwelt. Sie flieht praktisch in die Realität von »Seifenopern«. Für sie ist alles eine Sache empirischer, paarweiser Interaktionen unter Menschen im »Hier und Jetzt«.

Die Beschäftigung des Empirikers mit seinen so definierten, persönlichen Angelegenheiten beherrscht ihn. Er ist zu beschäftigt mit solchen paarweisen Interaktionen in seinem bedauernswerten, winzigen Hier und Jetzt, daß er keine moralische Verantwortung für die Folgen aus dem Leben seiner Generation übernimmt. Er flieht vor großen Problemen in das mikroskopische Reich dessen, was er als »seine Angelegenheiten« und »seine persönliche Moral« bezeichnet. Er kann jedes große Verbrechen gegen die Menschheit mit selbstbewußter, moralischer Selbstzufriedenheit hinnehmen, solange er nicht bei solchen kleinsten, persönlichen Vergehen wie Stehlen oder Ehebruch erwischt wird. So nennen sich solch unmoralische Personen selbstgefällig und unzüchtig »Christen«, während sie gleichzeitig Adam Smiths diebisches, massenmörderisches »Freihandels«-Dogma befürworten.

Das weitverbreitetste Übel, das von kleinen Leuten praktiziert wird, ist das selbstgefällige Vertrauen auf solche Kleinkariertheit, deren Moral einem gleichgültig ist. In dieser beipflichtenden Bosheit seitens der selbstgefälligen, selbstgerechten Unterdrückten findet die oligarchische Herrschaft die demokratische Zustimmung zur monströsesten Tyrannei. Bis jetzt sind wir also auf Oligarchen gestoßen, die die meisten Menschen die meiste Zeit und manche die ganze Zeit an der Nase herumgeführt haben. Die Opfer von Leibeigenschaft und dergleichen könnten also dazu veranlaßt werden, Verrat gegen die Menschheit zu begehen.

Der Mechanismus des Kreislaufs

Das deutlichste Modell für die Art und Weise, wie Dynastie-Kreisläufe funktionieren, ist der Kreislauf, der sich jetzt schließt. Nie zuvor hat sich der nicht entropische Impuls zur Steigerung der potentiellen Bevölkerungsdichte dem Wachstum, das durch die von der Renaissance in Gang gesetzten Institutionen des Nationalstaats und des wissenschaftlichen Fortschritts erreicht worden ist, auch nur angenähert. Auf der anderen Seite muß das Ergebnis immer dann ein entropischer Zusammenbruch in der potentiellen Bevölkerungsdichte sein, wenn der Gesellschaft für längere Zeit eine technologische Stagnation auferlegt wird. Es ist die Interaktion zwischen diesen beiden gegensätzlichen Impulsen – dem nicht entropischen und dem entropischen – die die Ursache für Dynastie-Zyklen wie diesen ist.

Vom Jahre 1510 ungefähr bis zur Massenrekrutierung für die oligarchische »kulturell-paradigmatische Wende«, die in den Jahren 1964-68 auftauchte, besaß die europäische Zivilisation einen dualen Charakter. Der Erfolg dieser Zivilisation, der sich über die ganze Welt ausbreitete, leitete sich aus der nicht entropischen Wirkung der vereinigten Prinzipien des Nationalstaats und des wissenschaftlichen Fortschritts ab. Gleichzeitig war die Zivilisation von der Spitze nach unten durch das entropische, oligarchische Element, das sich in der »venezianischen Partei« der britischen Monarchie konzentrierte, schrecklich korrumpiert. Dann entschied die Oligarchie an der Spitze zeitgleich mit der Ermordung von Präsident John F. Kennedy, mit der Endphase der völligen Zerstörung der nicht entropischen Institutionen von Nationalstaat und wissenschaftlichem Fortschritt zu beginnen. Unter dem Einfluß des letzteren – der jüngsten Phase dieses langen Kreislaufs – ist das globale System als Ganzes an den Rand der Selbstauflösung gebracht worden.

Wenn wir das Erbe der Renaissance – befreit von der abgeworfenen Last der von Venedig begünstigten Aufklärung – wiederbeleben könnten, wäre das Ergebnis eine unimodale, nicht entropische Form »kreislauf-freier« wirtschaftlicher und anderer Gesundung und Erholung.

Das unheilbar bankrotte derzeitige weltweite Währungs- und Finanzsystem wird durch das führende institutionelle Problem ersetzt. Die zum wirtschaftlichen Aufschwung erforderlichen Maßnahmen sind gut bekannt oder leicht festgestellt. Der Einsatz von Staatskrediten zur Finanzierung staatlicher und privater Belange in der Entwicklung dringend benötigter Reparatur- und Expansionsprogramme in der grundlegenden, wirtschaftlichen Infrastruktur im öffentlichen Sektor wird – wie schon so oft zuvor – das Stimulans für rasches Wachstum des unternehmerischen privaten Sektors in Landwirtschaft und Industrie liefern.
Der springende Punkt an der Sache ist es, das existierende Währungs- und Finanzsystem, das auf einem Zentralbankensystem unter privater Kontrolle basiert, durch die Art von nationalem Bankensystem zu ersetzen, das traditionell mit dem Namen des amerikanischen Finanzministers Alexander Hamilton verbunden ist. Der implizierte Kampf um Leben und Tod zwischen privatem Zentralbankensystem und nationalem Bankensystem wird nun zum Schlüssel dafür, ob sich die Zivilisation als Ganzes aus der Krise erholt oder in das drohendste »neue, dunkle Mittelalter« in der Geschichte hinabsteigt. □

Britannien

Rußlandreise als jüngstes Windsor-Fiasko

Der Besuch von Königin Elizabeth II. und Prinz Philip vom 17. bis 20. Oktober 1994 in Rußland sollte ein historisches Ereignis werden – der erste Besuch eines britischen Monarchen seit dem Mord am Zaren und seiner Familie durch die Bolschewiken.

Am Vorabend der Abreise veröffentlichte die Londoner »Sunday Times« die jüngste Sammlung der Reminiszensen von Prinz Charles in Form von Auszügen aus seinem gerade erscheinenden Buch. Autorisiert von Prinz Charles persönlich und geschrieben von dem führenden Medienmann Jonathan Dimbleby, enthält das Buch weitere Einzelheiten über seine bizarre Heirat mit Prinzessin Diana, unter anderem die Enthüllung, daß er von seinem »autoritären« Vater Prinz Philip gegen seinen Willen gezwungen worden sei, Diana zu heiraten.

Das bedeutet, daß die Verlobung »wie im Märchen«, die im Jahre 1981 stattfand und von Hunderten von Millionen Menschen auf der ganzen Welt miterlebt wurde, ein Betrug war.

Eine sterbende Monarchie?

In Großbritannien grassierte plötzlich die Diskussion über eine sich abzeichnende Scheidung, wobei heikle Fragen darüber aufkamen, ob Charles in dem Fall den Thron überhaupt noch besteigen könne – angesichts des historischen Präzedenzfalls, der es verbot, daß ein geschiedener Mann König sein dürfe. In konservativen Parteikreisen gibt es intensive Debatten darüber, ob Premierminister John Major auf eine Scheidung drängen sollte. Im Unterhaus kritisierte Paul Flynn (Labour Party) die Monarchie als »diskreditiert und sterbend«.

Königin Elizabeth II. besuchte seit dem Mord am Zaren und seiner Familie als erster britischer Monarch Rußland.

Am 18. Oktober dann wurde das zweite Buch über Diana von ihrem Freund Andrew Morton mit dem Titel »Diana: Her New Life« im französischen Magazin »Voici« besprochen. Morton zitiert Diana über ihre lieblose Ehe: »Ich bin die größte Prostituierte auf der Welt. Sie haben mich ausgenutzt. Sie haben mich mißbraucht. Jahrelang war ich eine Gefangene der königlichen Familie.«
Italiens »Corriere della Sera« sprach von einem »Diana-Schock«, der die Windsors träfe. Hollands gut informierter »De Telegraf« sprach von dem »Nadir des Hauses Windsor.«

Der britische Außenminister Douglas Hurd sagte einem britischen Radiointerviewer am 16. Oktober: »Ich bin besorgt über die Art und Weise, in der Plappermäuler, die sich um Schlagzeilen und Massenauflagen kümmern, mit den Institutionen in diesem Land umgehen, von denen die Monarchie vielleicht die wichtigste und in gewisser Art und Weise die verwundbarste ist ... Ich glaube diesen ganzen Unsinn über die Republik, die an die Tür klopft oder die Belagerung des Hauses Windsors durch die Romanows nicht.«

Doch er fügte hinzu: »Ich bin besorgt über gewisse Stöße, die zur Unterminierung vieler Institutionen dieses Landes in diesem Land – wenn auch nicht im Ausland – beigetragen haben. Wir müssen das stoppen.«

Viele russische Politiker kamen nicht

Als die königlichen Gäste in Rußland eintrafen, wurde es nur noch schlimmer. Der russische Außenminister Andrei Kozyrev lehnte es ab, wegen des Besuchs der Königin nach Moskau zurückzukehren. Kozyrev sagte, er sei über die »äußerst negative Reaktion« von Douglas Hurd – der die Königin begleitete – auf Kozyrevs diplomatische Vermittlungsbemühungen am Persischen Golf verärgert. Kozyrev blieb in New York, um mit dem amerikanischen Außenminister Warren Christopher über die irakische Sache zu verhandeln.

Premierminister Viktor Chernomyrdin fehlte sowohl bei der russischen Delegation, die die Königin am Flughafen begrüßte als auch auf dem offiziellen Bankett im Kreml am 18. Oktober. Chernomyrdin blieb an seinem Urlaubsort in Sochi. Am 18. Oktober kam über einen russischen Medienkanal mit engen Verbindungen zur Umgebung Jelzins die Meldung, daß Chernomyrdin zurücktreten würde. Präsident Boris Jelzin persönlich sowie sein Pressesprecher und auch Chernomyrdin dementierten dies.

Ein Rußlandexperte sagte, er halte die Ereignisse um Chernomyrdin für »sehr seltsam und beunruhigend«. Er sagte, die drohende Krise läge den Russen jetzt viel mehr am Herzen als der Besuch der Königin und viele führende Russen seien ärgerlich darüber, daß Ihre Majestät »ihnen aufgezwungen worden sei«. Sowohl Großbritannien als auch Rußland würden gerade parallele Prozesse durchmachen, in denen deutlich wird, daß »das System in beiden Ländern nicht funktioniert«.

Es war alles abgesprochen

Auch der Schriftsteller Alexandr Solschenizyn, der vor kurzem aus dem Exil zurückgekehrt ist, war zu sehr mit dem »Bau seiner Datscha« beschäftigt und konnte zu einem Empfang von Würdenträgern nicht kommen.

Am 18. Oktober sollten Ihre Majestät und der Prinzgemahl den Roten Platz hinuntergehen. Der ursprüngliche Plan war, daß sie sich durch die ihr zujubelnde Menge quälen sollte. Als sie ankam und aus ihrer Limousine ausstieg, war niemand zu sehen außer Vertretern der Presse, die von den Windsors als das »königliche Rattenpack«, die die Skandale publik gemacht haben, verspottet wird. Dann wurden ein paar Touristen mit ausländischem Paß – vorwiegend aus Großbritannien – von Sicherheitswachen auf den Platz gelassen.

In der britischen Presse hieß es höhnisch am 19. Oktober, daß zumindest ein streunender Hund auf dem Platz war, der eifrig an Lenins Grab herumschnüffelte. Im übrigen verhinderte eine riesige Sicherheitsabsperrung, daß »normale« Russen den Platz betreten konnten. Russische Vertreter ließen wissen, daß der Befehl für die riesige Sicherheitsabsperrung von Jelzin selbst gekommen war.

Ein einsamer britischer Diplomat sagte zum Londoner »Guardian«. »Es war alles abgesprochen. Der Herzog von Edinburgh und Frau Jelzin sollten auf der einen Seite hinuntergehen und die Königin und Jelzin auf der anderen. Das einzige Problem ist nur, daß niemand sonst da ist außer ihnen.« Der »Daily Telegraph« berichtete, daß Vertreter des Palastes »ihren Ärger kaum verbergen konnten«. Der Londoner »Independent« nannte es »den Potemkin-Spaziergang«. □

Britannien

Thatcher-Anhänger von neuem Skandal geschüttelt

Die Delegierten am ersten Tag der Jahreskonferenz der britischen konservativen Partei in Bournemouth konnten die Erklärung eines Beraters der früheren Premierministerin Margaret Thatcher kaum glauben, daß »eine umfangreiche zahnärztliche Behandlung« der Grund für ihr elendes Aussehen sei. Ein getreuer Tory-Anhänger sagte gegenüber dem Londoner »Independent« frei heraus: »Sie sah verdammt krank aus.« Die Londoner »Times« sagte, sie sah »blaß und mager, gebrechlich und dünn aus«, ihr Gesicht war »mit Rouge angemalt« und sie hatte in den letzten Wochen sehr viel an Gewicht verloren.

Die Konferenz der konservativen Partei hatte nur zwei Tage nach Erscheinen eines explosiven Artikels auf der Titelseite von Murdochs »Sunday Times« am 9. Oktober 1994 begonnen, in dem darüber berichtet wurde, daß Mark Thatcher - Maggies Sohn - durch das Abkassieren von Provisionen in Höhe von rund 20 Millionen Dollar bei dem umfangreichen britisch-saudischen »Al-Yamamah« (arabisch für »Taube«) Waffengeschäft, das in den Jahren 1984-1985 abgeschlossen wurde, ein Vermögen gemacht hat.

Leute, die für Geld ihre Familie verkaufen

Bei dem Geschäft ging es um 30 Milliarden Dollar an Waffen und damit in Zusammenhang stehenden Aufträgen. Unter einem Zwei-Stufen-Vertrag, der in den Jahren 1985 und 1988 unterzeichnet wurde, stimmte Großbritannien der Lieferung von 120 britischen Aerospace-Tornados, 120 Hawk Trainingsflugzeugen, 88 Helikoptern sowie Seeminensuchgeräten und dem Bau von Luft- und Marinestützpunkten für die Saudis zu.

Das veröffentlichte Papier beinhaltete Diskussionsaufzeichnungen der verschiedenen arabischen Hauptpersonen bei dem Geschäft, die darüber diskutierten, ob der Kanal »Mark« oder ein anderer namens »John« als Mittelsmann benutzt werden sollte. Ein nicht genannter Araber, bei dem es sich um den raffinierten saudischen Geschäftemacher Adnan Khashoggi gehandelt haben soll, meinte, der junge Thatcher sei vorzuziehen, auch wenn er mehr Geld verlangen würde, da »Mark mächtiger ist und beim Militär und der Regierung Einfluß hat«. Die gleiche Quelle meinte später: »Diese Leute werden für Geld ihre Familien verkaufen.«

Eine amtliche Untersuchung der Regierung

Die Story in der »Sunday Times« folgte unmittelbar nach einer anderen Peinlichkeit. Eine Woche zuvor hatte die britische Presse davon berichtet – was von Quellen in Texas bestätigt wurde –, daß Mark Thatcher bald mit einem großen Prozeß zu rechnen hätte, wahrscheinlich nach den Gesetzen über gewissenlose Geschäftemacherei und korrupte Organisationen. Es handelt sich dabei um illegale Finanzmanipulationen durch ihn und seinen Geschäftspartner David Wallace im Zusammenhang mit der Übernahme der Flugbenzin-Firma Ameristar in Houston in den Jahren 1992 bis 1994.

Vom ersten Tag der Tory-Konferenz an hat das Thema Thatcher-Nepotismus jede Wirkung überschattet, die sie sich vielleicht erhofft haben mag, indem sie dort sprach. Die Labour-Party forderte am 10. Oktober eine amtliche Untersuchung der Regierung über den Al Yamamah-Vertrag. Mrs. Thatchers Büro bestätigte, daß sie »absolut zufrieden« sei, daß der Vertrag richtig ausgehandelt wurde. »Sie ist stolz darauf, daß er diesem Land nach einer Menge harter Arbeit seitens der Minister und Beamten Tausende von Arbeitsplätzen und Exporte in Milliardenhöhe gebracht hat.«

Das Ziel von Ruprecht Murdoch

Doch selbst der pro-Thatcher »Daily Telegraph« sah sich am 12. Oktober zu dem Kommentar gezwungen, daß ihre Aussage »nur beinhaltete, daß das Geschäft zwischen den beiden Regierungen absolut richtig durchgeführt worden sei«, doch daß sie »die Behauptungen, ihr Sohn habe dabei persönliche Provisionsgewinne in Millionenhöhe eingesteckt, nicht klar und deutlich dementiert hat«. In der Zeitung hieß es, daß sich »dieser jüngste Angriff« auf Mark Thatcher, der wohl kaum der erste ist, »für das Ansehen der Familie der früheren Premierministerin unter Umständen als der verhängnisvollste erweisen könnte«.

Mrs. Thatcher, eine erfahrene Politikerin und notorische Intrigeuse wird rasch erkannt haben, daß es bei den Skandalen um mehr geht als nur um die reinen Fakten.

Warum sollte es schließlich erst jetzt heraus kommen, wenn sich die fraglichen Geschehnisse bereits im Jahre 1984 zugetragen haben?

Das britische Establishment betreibt seine traditionelle »stellvertretende Kabinettspolitik«, bei der ein Personal- und Politikwechsel dadurch hervorgerufen wird, daß man die empörten Gefühle des Leserpublikums wachrüttelt.

Das wirkliche Thema sind nicht die skandalösen Aktivitäten, sondern vielmehr die Tatsache, daß der Thatcher-Clan ebenso wie das mächtige Königshaus Windsor von den Insidern des britischen Establishments als unangemessener Ausdruck für die Art von Führung angesehen wird, die nötig ist, um die Briten und ihre oligarchischen Mitdenker durch die Krisen zu lenken, die der Welt nun bevorstehen.

Ruprecht Murdoch und sein Medienimperium sind die bevorzugten Instrumente dafür, um ein solches Ziel zu erreichen. Der aus Australien gebürtige Murdoch hat seit seinem Nachkriegstraining in den Kreisen des Medienzars und Geheimdienstkoordinators Lord Beaverbrook in britischen Geheimdienstoperationen eine besondere Rolle gespielt.

Die »Warnung einer Hexe«

In diesem Skandal kommt Mrs. Thatcher selbst mehr noch als ihr Sohn ins Gerede. Wie es in der »Sunday Times« heißt, wimmelte es im Jahre 1984 zur Zeit des Vertragsabschlusses mit Saudi Arabien nur so von Geschichten darüber, daß Mark Thatcher schon zuvor von der Position seiner Mutter profitiert hätte und bei einem Geschäft der Briten mit dem Sultanat Oman im Jahre 1981 reichlich Provisionen eingesteckt habe. »Marks Name tauchte immer wieder auf. Er verlieh dem ganzen eine üble Note«, vertraute ein Vertreter von British Aerospace der Zeitung an.

Sir Clive Whitmore, der damalige ständige Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, war gebeten worden, Mrs. Thatcher – deren Privatsekretär er vorher gewesen war – zu sagen, daß das Geschäft durch die Aktivitäten ihres Sohnes gefährdet würde. Er überbrachte das, was Führungskräfte der British Aerospace die »Warnung einer Hexe« nannten, »ein böses Omen im Stile Macbeths«. Doch, so die »Sunday Times«, sie ging über die Sache hinweg. Wie ein Informant meinte: »Wenn es um Mark ging, war sie blind.« □

Nach Aristides Rückkehr droht Bürgerkrieg

Große Sorge herrscht im Weißen Haus über die Lage in Haiti. Frühere optimistische Einschätzungen nach dem Abkommen zwischen Carter, Powell, Nunn und General Cedras vom 18. September 1994 seien von den »Tatsachen vor Ort« überholt worden. Zwar verbreitete die amerikanische Regierung beschönigende Einschätzungen, während US-Beamte und Offiziere Jean-Bertrand Aristide am 15. Oktober nach Haiti zurückbegleiteten, dennoch warnen gutinformierte Quellen, in Haiti herrsche praktisch Bürgerkrieg. Lediglich die Präsenz der etwa 20.000 Soldaten verhindere einen offenen Ausbruch des latenten Bürgerkriegs. Nach Aristides Rückkehr und der absehbaren Reduzierung und Rückverlegung der US-Truppen dürften die versteckten Waffenlager der Anhänger und Gegner Aristides sichtbar werden. Das US-Militär mußte inzwischen eingestehen, daß ihr »Waffenrückkauf«-Programm bislang gescheitert sei.

Gleichzeitig haben Aristides jakobinische »Lavalas«-Mobs, ermutigt durch den Rücktritt der Exilregierung von General Cedras und anderer Militärs, eine Serie von Lynchmorden wie vor dem Staatsstreich im September 1991 begonnen. Gutinformierte Quellen in der benachbarten Dominikanischen Republik haben unwiderlegbare Beweise dafür, daß ein großer Teil der Gewalttaten seit dem Einmarsch der Amerikaner von Aristides Anhängern und nicht an ihnen begangen wurde. Die meisten Medien in den USA und Europa berichteten genau das Gegenteil. Mehr als 1000 Warendepots von Hilfsorganisationen und Geschäfte wurden geplündert - und zahlreiche andere aus Furcht geschlossen. Die Verteilung von Nahrungsmitteln und anderen Hilfsgütern an Hunderttausende hungernde Haitianer wurde unterbrochen, was das von den »Lavalas« bevorzugte Klima des Chaos und der Verzweiflung noch verstärkt.

In diesem Zusammenhang ist die Debatte in Washington über die Zukunft der haitianischen Streitkräfte von entscheidender Bedeutung. Der Kommandeur der US-Truppen in Haiti General Hugh Shelton sowie der Sprecher der dortigen US-Botschaft Stan Schrager betonen, daß die haitianische Armee »als Institution erhalten bleiben muß«. Sie wissen sehr gut, daß sich hinter Aristides »versöhnlicher« Rhetorik das Profil und die Vergangenheit eines Diktators im Stil der Jakobiner verbirgt, der, wenn man ihn nicht zurückhält, Haiti weiteres Blutvergießen bringen wird. Dem widersprechen vor allem die noch aus der Bush-Ära stammenden Südamerika-Experten, vor allem jene, die dem interamerikanischen Dialog (IAD) angehören. Sie argumentieren, Haitis Streitkräfte seien »bis ins Mark verrottet« und müßten zerschlagen werden. Schon jetzt ist das haitianische Militär durch Massendesertationen und die Zerstörung der Kommandostruktur als Institution praktisch aufgelöst.

Daß sich Präsident Clinton der Gefahren, die mit Aristides Rückkehr verbunden sind, durchaus bewußt ist, zeigt sein Arrangement eines Zusammentreffens Aristides mit dem südafrikanischen Präsident Nelson Mandela während dessen US-Besuch Anfang Oktober. Mandela sollte Aristide die Notwendigkeit einer nationalen Versöhnung nahelegen. Aufgrund von Aristides Profil und seiner politischen Ziele scheint es jedoch wenig wahrscheinlich, daß Mandelas Ermahnungen eine bleibende Wirkung haben werden. □

Geheimdienste und der Sonnentempler-Orden

Erste Meldungen, wonach Luc Jouret, der Chef des Sonnentemplerordens (OST), mit dem Sektenführer Jim Jones verglichen wurden, haben sich als irreführend herausgestellt. Immer mehr zeichnet sich ab, daß Jourets Naturkult Querverbindungen zu Kreisen der Hochfinanz in Kanada und Genf, zur notorischen BCCI, zu Waffen- und Drogenhandel sowie zum Umweltterrorismus hatte.

Bisher steht fest, daß der OST eine radikale ökologisch-esoterische Ideologie vertrat und von der neuheidnischen GAIA-Stiftung beeinflußt war. Wie eine Materialsammlung zum Thema »New Age und Satanismus« berichtete, spielten diese und ähnliche Einrichtungen eine wichtige Rolle bei den ideologischen Anfängen der »New-Age«- und der Umweltschutzbewegung. Dementsprechend stellt sich auch die Frage nach der Rolle Prinz Philips und des WWF. Angesichts der kanadischen Verbindungen sollte auch der Finanzier Maurice Strong nicht übersehen werden, der zu den kräftigsten Förderern der Umweltschutzbewegung wie der GAIA-Stiftung zählt. Die weltanschauliche Beziehung der Sekte zum mittelalterlichen Templerorden stellt diese in die Nähe satanischer Kulte wie Aleister Crowleys »Ordo Templi Orientis« (OTO). Crowley selbst gehörte zu den führenden Personen des »Occult Bureau« des britischen Nachrichtendienstes.

Die Mitglieder des OST stammten überwiegend aus der oberen Mittelschicht, waren also keine langhaarigen Hippies. Zu ihnen zählten Bankiers, ein Bürgermeister sowie ein hoher Beamter des Finanzministeriums von Quebec und leitende Angestellte von Hydro Quebec.

OST-Führer Luc Jouret selbst paßt nicht so recht in das Bild eines Sektengurus. Es drängt sich eher ein Vergleich mit dem amerikanischen Armeeobersten Michael Aquino auf, der den satanischen »Temple of Set« leitete. Der Naturheilkundler Jouret war vorher Offizier der belgischen Fallschirmjäger und Aktivist einer maoistischen Gruppierung. Da der belgische Geheimdienst eine umfangreiche Akte über Jouret angelegt hat, spekuliert man in belgischen Medien über eine mögliche geheimdienstliche Tätigkeit des Sektenführers.

Kanadischen Berichten zufolge habe Jouret den OST zu terroristischen Anschlägen, Waffenhandel, Geldwäsche und Finanzspekulationen eingesetzt. 1993 wurden OST-Mitglieder in Kanada wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz verurteilt. Gegen OST liefen auch Ermittlungen wegen geplanter Anschläge auf den früheren kanadischen Sicherheitschef und vier Abgeordnete. OST soll zudem die Verantwortung für verschiedene Bombenanschläge auf Strommasten der Hydro Quebec im Februar 1994 übernommen haben. Greenpeace startete daraufhin eine PR-Kampagne, die eine genauere Untersuchung der Verwicklungen zwischen OST und Hydro Quebec verhinderte. Es hatte sich herausgestellt, daß 15 OST-Mitglieder Führungspositionen in der Firma innehatten. □

Frieden durch Entwicklung

Präsident Clinton, der jordanische Kronprinz Hassan und der israelische Außenminister Schimon Peres sind in der ersten Oktoberwoche zu einem Arbeitsgipfel in Washington zusammengekommen. Sie wiederholten ihre Absicht, einen dauerhaften Frieden durch wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Außerdem lehnten sie eine Konfrontationspolitik gegenüber dem islamischen Fundamentalismus ab. Es wurden Abkommen zur regionalen Wirtschaftsentwicklung des Jordantales und zum Bau eines Kanals zwischen Rotem und Totem Meer geschlossen.

Nach dem Treffen sagte Peres vor der Wharton Business School: »Wenn Israel eine Insel des Wohlstands inmitten eines Meers der Armut bleibt, wird es weiter in einer Wüste von Haß und Krieg leben.« Der islamische Fundamentalismus sei »keine neue Religion, sondern der Protest gegen Mangel und Diskriminierung, und wir müssen dies ernst nehmen... Wenn wir keine Änderung erreichen und das Land noch mehr zur Wüste wird und die Wüste Armut und die Armut Fundamentalismus erzeugen, werden sich die Fundamentalisten nicht

Steine, sondern hochmoderne Waffen beschaffen. Dann wird es zu spät sein. Wir müssen die Lage entschärfen, bevor es zu spät ist. Wir sind die Boten einer neuen Politik. Tauscht eure Geschütze gegen Entsalzungsanlagen und eure Gewehre gegen Computer. Laßt die Grenzen unverändert und verändert eure Beziehungen.«

In einer anderen Rede in Los Angeles sagte Peres: »Alle von uns sind im Bilde des Herrn geschaffen, und jetzt ist die Zeit, dies erneut zu versichern... Wir beginnen einen Wettbewerb der Kreativität... Wir dürfen auf die Probleme des Südens, auf Elend und Verzweiflung, nicht mit Krieg reagieren, sondern mit wirtschaftlicher Entwicklung.« □

US-Außenministerium im Dienste des British Foreign Office?

Der frühere Kongreßabgeordnete Bruce Morrison war der wichtigste Unterhändler der Regierung Clinton zwischen den kämpfenden Parteien in Nordirland. Gegenüber dem Magazin »Vanity Fair« (November-Ausgabe) warf Morrison dem US-Außenministerium vor, es befolge im Grunde britische politische Direktiven und versuche, die amerikanischen Vermittlungsbemühungen zu sabotieren. Er sagte: »Ich kann kaum einen Unterschied zwischen dem Außenministerium und dem britischen Foreign Office feststellen. Immer wenn das Thema Irland angesprochen wurde, sagte man im State Department: ›Aber was ist mit H.M.G.?‹ - Der Regierung Ihrer Majestät. Da dreht sich mir der Magen um. Ich meine, wir haben hier eine Revolution vollbracht. Raymond Seitz (der amerikanische Botschafter in London) hörte sich ganz so an, als arbeite er für die Briten.«

»Vanity Fair« dokumentiert die scharfe britische Reaktion auf Clintons Entscheidung, dem Führer der Sinn Fein Gerry Adams, ein Visum zu erteilen: »Sir Robin Renwick, der britische Botschafter in Washington, tobte, denunzierte Adams als ›Goebbels‹, und hielt alte Freunde im State Department dazu an, den Besuch zu verhindern.« □

Neue Golfkrise aufgebauscht

Die jüngste Aufregung um irakische Truppenbewegungen an der Grenze zu Kuwait entbehrt jeder Grundlage. Unmittelbar nachdem britische und amerikanische Medien begonnen hatten, über die »dramatische Krise« zu berichten, erklärte ein hochrangiger israelischer Offizier, die irakische Armee sei gar nicht in der Lage, wirksam gegen Kuwait vorzugehen. Die Moral der irakischen Streitkräfte und vor allem der Revolutionären Garden hätte erheblich nachgelassen, hinzu kämen viele Fahnenflüchtige. Die Kampfkraft der Bodentruppen wie der Luftwaffe sei nach wie vor beeinträchtigt. Der frühere französische Armeegeneralstabschef Lacaze bezeichnete die Berichte über eine militärische Bedrohung Kuwaits durch den Irak als »Desinformation«.

Die ersten Berichte über »Saddams neue Bedrohung Kuwaits« stammen aus London. England leitete im Oktober die Sitzungen des UN-Sicherheitsrates und war fest entschlossen, das Embargo gegen den Irak aufrechtzuerhalten, es brauchte daher eine »strategische Krise«, um von innenpolitischen Problemen abzulenken und den Ölpreis hochzutreiben.

Gleichzeitig ist London daran interessiert, seine Position in Saudi-Arabien und den anderen Golfstaaten auszubauen. Das britische Außenministerium sieht die neuerliche »Golfkrise« als weitere Möglichkeit, die Regierung Clinton in ein außenpolitisches Abenteuer zu stürzen. Vorangegangene Versuche der Briten in Korea und Haiti waren fehlgeschlagen. Die derzeitige Haltung der amerikanischen Regierung ist nicht eindeutig. Während Präsident Clinton erklärte, er wolle die Spannungen nicht erhöhen, wurden umfangreiche Truppenverlegungen in die Region eingeleitet. Offensichtlich wurde Clinton nahegelegt, eine starke, unnachgiebige Haltung in dieser Frage werden die Chancen seiner Partei bei den Anfang November anstehenden Wahlen verbessern.

Offenbar verfolgt Saddam Hussein mit der Truppenmassierung zwei Ziele: Innenpolitisch will er ein »Sicherheitsventil« schaffen, um den sozialen Druck als Folge des Embargos zu verringern. Die hysterischen Reaktionen des Westens in den vergangenen Tagen werden vermutlich das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl der irakischen Bevölkerung festigen, die sich zu Recht von der internationalen Gesellschaft ausgeschlossen und mißbraucht fühlt. Außenpolitisch versucht Hussein über diplomatischen Druck eine Situation zu schaffen, in der, wie es der frühere britische Premierminister Ted Heath, formulierte, »eine ›Carter-Mission‹ den einzigen Ausweg zur Lösung der Embargo-Krise« darstellt. □

Vertrauter des neuen mexikanischen Präsidenten ermordet

Am 28. Februar wurde Franciso Ruiz Massiu, der Generalsekretär der regierenden Partei der Institutionellen Revolution (PRI) erschossen. In Mexiko vergleicht man das Attentat mit der Ermordung Luis Donaldo Colosios, des Präsidentschaftskandidaten der PRI, im März 1994. Ruiz Massiu war der zweithöchste Funktionär der PRI nach dem designierten Präsidenten Erneste Zedillo Ponce de Leon. Er sollte entweder Vorsitzender des Kongresses oder Minister in der neuen Regierung werden. Zedillo berichtete, er und Ruiz Massiu hätten »eng und intensiv« zusammengearbeitet. Nur wenige Tage vor dem Attentat kursierten Gerüchte, auf Zedillo sei ein Mordanschlag verübt worden. Ruiz Massius Mörder wurde festgenommen und sofort als »geistesgestörter Einzeltäter« bezeichnet. Aber schon bald stellte sich heraus, daß der Mörder einen größeren Geldbetrag für den Mord erhalten hatte.

Zedillos deutlicher Wahlsieg am 21. August erschien nach den stürmischen Monaten, in denen Kardinal Jesus Posadas Ocampo und Colosio ermordet wurden und der Aufstand in Chiapas begann, als Votum der Bevölkerung für die Stabilität Mexikos. Die mit LaRouche verbundene Iberoamerikanische Solidaritätsbewegung (MSIA) erklärte am 29. September: »Die Urheber dieses jüngsten Mordes sind dieselben Kräfte, die auch für den Mord an Kardinal Juan Jesus Posadas Ocampo, die Unterwanderung von Chiapas und das Attentat auf Luis Donaldo Colosio verantwortlich sind.« □

Trilaterale trafen sich in Österreich

Die europäische Sektion der trilateralen Kommission traf sich am ersten Novemberwochenende in Wien. Im Vordergrund der Diskussion stand der heftig entbrannte Nachfolgekampf in Rußland. Der europäische Vorsitzende der Trilateralen Otto Graf Lambsdorff berichtete über die derzeitige Lage in Deutschland, die er als instabil bezeichnete. Kanzler Kohl habe bei den Bundestagswahlen Mitte Oktober weitaus schlechter als erwartet abgeschnitten, während die SPD an Boden gewonnen hätte. Die derzeitigen Koalitionsverhandlungen gestalteten sich schwierig.

Andere deutsche Teilnehmer bestätigten den gegenwärtigen Trend, der von der »sozialen Marktwirtschaft« wegführe. Zur britischen Delegation gehörten u.a. der frühere hochrangige Außenamtsmitarbeiter Sir Michael Paliser und der kürzlich zurückgetretene britische Botschafter in Rußland Sir Roderic Braithwaite. Auf dem Treffen wurde auch über die nächste internationale Konferenz der Trilateralen Kommission gesprochen, die im April 1995 in Kopenhagen stattfinden soll. □

USA

William Barr und die Bush-Clique bei Dope Inc.

Anton Chaitkin

Zwei Mitglieder aus George Bushs geheimem Aktionsteam – der ehemalige amerikanische Justizminister William Barr und Oberstleutnant Oliver North – sind beide 1994 in Virginia in die Politik eingestiegen. Barr war der Leiter einer Gouverneurskommission zur Abschaffung der Bewährungsstrafe, die die Gefängnisinsassen zu Sklaven unter privatrechtlichem Körperschaftsgesetz machen will. North wurde für den US-Senat als »Law and Order«-Kandidat angepriesen und nicht gewählt.

Oliver North wurde in den achtziger Jahren als Schmuggel-Manager in der Iran-Contra-Drogen- und Waffenaffäre weltberühmt.

William Barr ist ein Spitzenanwalt für das gleiche kriminelle geheime Aktionsteam, auch wenn er in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist. Wir werden hier über Barres ungewöhnliche Karriere berichte – über einen Mann, der die Manager der politischen und Finanzelite im Weltdrogenhandel immer geschützt hat.

William P. Barr wurde im Jahre 1950 geboren. Doch es hat ihn sicher schon früher auf der Weltbühne gegeben.

Zweifellos war es Mr. Barr, der unter einem anderen Namen in Platos »Gorgias-Dialog« erschienen ist. Die Figur Kallikles – ein aristokratischer Halsabschneider – spricht hier mit Sokrates in anmaßender Weise über Recht. Kallikles behauptet, daß »diejenigen, die die Gesetze formuliert haben, die Schwächeren, die Mehrheit sind. Und folglich formulieren sie die Gesetze für sich und zu ihrem eigenen Vorteil ... um die Stärkeren daran zu hindern ... ihnen überlegen zu sein ... Die Überlegenheit über die Mehrheit zu suchen, soll der Überzeugung nach falsch und schändlich sein und sie nennen es Unrecht. Doch meiner Ansicht nach macht die Natur selbst deutlich, daß es richtig ist, wenn die Besseren den Schlechteren überlegen sind ... Und sowohl unter Tieren als auch in ganzen Staaten und in den Rassen der Menschheit wird es deutlich, daß ... die Überlegenheit der Stärkeren über die Schwächeren das ist ... was recht ist.«

Kallikles behauptet, daß jeder, der die Philosophie, das heißt, die Wahrheit, studiert, »völlig unvertraut sein muß mit sämtlichen Fähigkeiten eines Gentleman und eines Mannes von Ehre«, und daß solch ein Wahrheitssuchender damit rechnen sollte, fälschlich angeklagt und zum Tode verurteilt zu werden.

Schauen wir uns nun William Barr auf der Bühne der Neuzeit an, wie er im größten kriminellen Bankenbetrug der Weltgeschichte eine führende Rolle spielt.

Führungskräfte der Bank of Credit and Commerce International (BCCI) wurden im Oktober 1988 angeklagt, mit Kokainhändlern zusammengearbeitet zu haben, um Millionen von Drogengeldern zu waschen. Vierzig amerikanische und ausländische Banken, die offensichtlich in den internationalen Drogenhandel verwikkelt waren, mußten vor einem Gericht in Tampa, Florida, ihre Unterlagen vorlegen. Die meisten dieser vorgeladenen Banken waren zuvor als die Banken erwähnt worden, die zu den führenden britischen und Wall Street Banken gehören, die bei der Geldwäscherei von Drogengeldern groß im Geschäft sind.

Die BCCI war außerdem die Bank, über die Oliver North und seine Partner ihre Transaktionen im Zusammenhang mit den Iran-Contra-Operationen abgewickelt haben, die sie auf Betreiben des Vizepräsidenten George Bush durchführten.

Doch George Bush wurde kurz nach der Anklageerhebung gegen die BCCI zum amerikanischen Präsidenten gewählt. Im Dezember 1989 befahl Bush die Bombardierung und Invasion Panamas durch die USA, bei der Tausende von Menschen ums Leben kamen. Panamas General Manuel Noriega, der von den schmutzigen Drogenhandelsgeheimnissen der BCCI, Bushs und Norths wußte, wurde entführt und in Florida verhaftet.

Unter der Leitung von Justizminister Richard Thornburg und William Barr, der damals Beamter im Justizministerium Bush war, wurden die Ermittlungen gegen die BCCI eingestellt. Aufgrund bestimmter Arrangements wurden die Top-Drogenbanker der Welt und Präsident Bushs krimineller Handlanger North geschützt. Dafür halfen BCCI-Vertreter Bush dann General Noriega wegen angeblichen Drogenhandels strafrechtlich zu verfolgen.

Barr, der eine verblüffende, inoffizielle Beziehung zur BCCI hatte und der die gefälschte, rechtliche Grundlage für den Angriff auf Panama schuf, wurde dann amerikanischer Justizminister. Im Falle BCCI erzielte er dann eine abschließende Beilegung, mit der alle weiteren Ermittlungen gegen den Drogenapparat, mit dem die Bank verbunden war, eingestellt wurde.

Aufnahme in das Bush-Team

Wir werden nun Barrs Weg zur politischen Macht verfolgen, wobei wir besonders auf seine baldige Aufnahme in die geheime Aktionsmaschinerie des Bush Teams hinweisen werden.

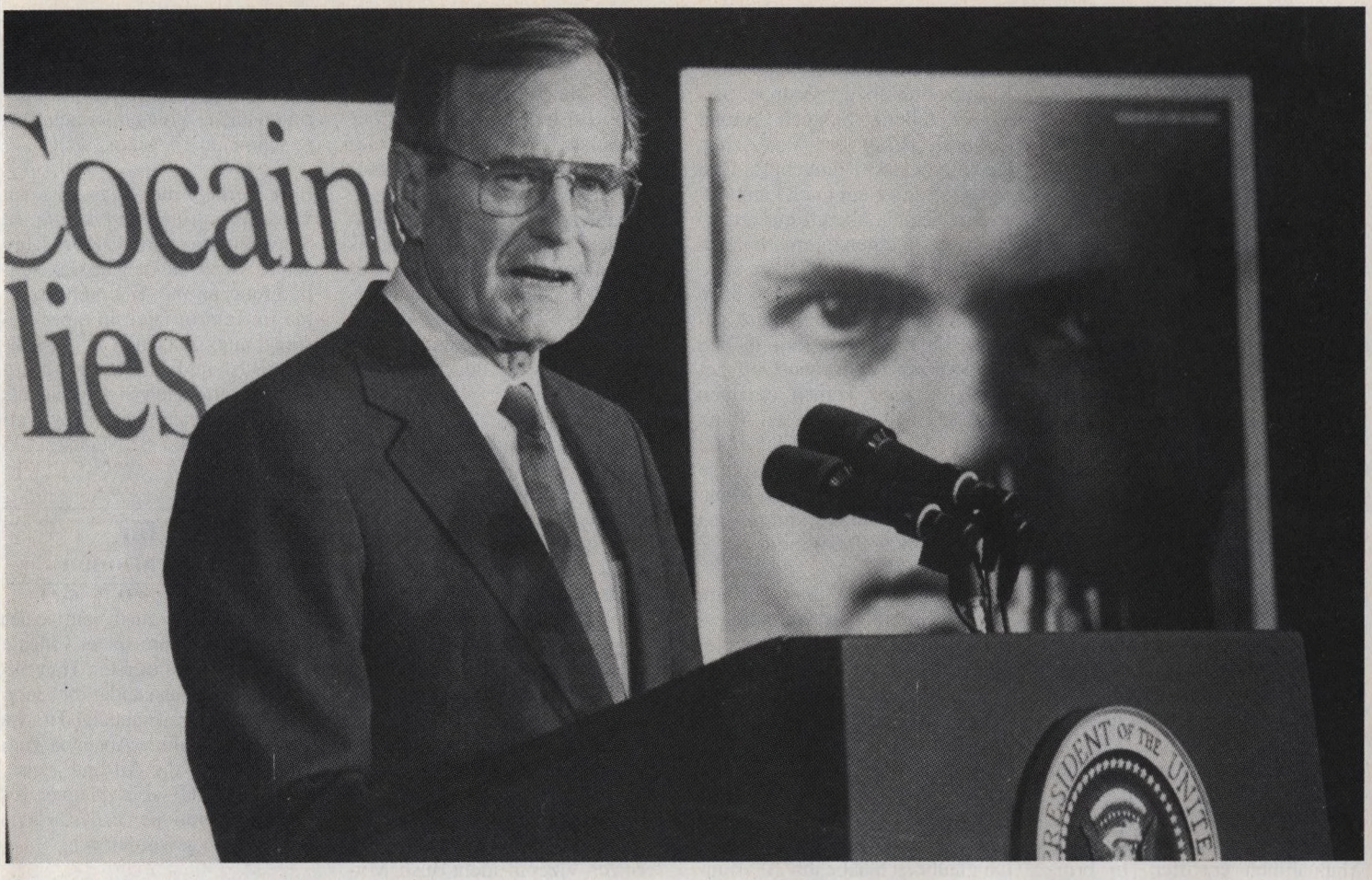
Barr soll schon in seiner High School Zeit entschieden haben, daß er einmal Chef des CIA sein wird. Während seiner Studienzeit an der Columbia University begann er im Jahre 1971 mit einer Art Praktikum beim CIA und ging ganz zum CIA, als er die Universität im Jahre 1973 verließ.

In den ersten beiden Jahren arbeitete Barr in der China-Abteilung des Geheimdienstes. Er begegnete dort bald George Bush, der als Außenminister Henry Kissingers Verbindungschef zur kommunistischen chinesischen Regierung im Jahre 1974 nach Peking ging.

Barr war im Jahre 1976 - als Bush Direktor der Central Intelligence wurde - bereits im Rechtsamt des CIA. Bush brachte den Assassinations Manager Theodore Shackley als stellvertretenden CIA-Direktor für Geheimoperationen mit, zusammen mit Shackleys Stellvertreter Thomas Clines. Shackley war Anfang der sechziger Jahre nach der verhängnisvollen Invasion Kubas Chef des CIA in Miami gewesen. Shackley und Clines hatten die kubanischen Partisanen (Freischärler), die als Attentäter und Schmuggler geschult worden waren, zu einer permanenten geheimen Streitmacht zusammengetrommelt. Männer wie Felix Rodriguez hatten unter Shackley gedient, als dieser die Opium-Anbau-Projekte in Laos und das Massenmordprojekt Operation Phoenix in Vietnam durchführte.

Shackleys Kubaner waren im Jahre 1972 als die Einbrecher von Watergate aufgetreten, die von der politischen Maschinerie George Bushs in Texas bezahlt worden waren. Shackley sollte später als George Bushs Ghostwriter in der Kampagne gegen Ronald Reagan bei der Nominierung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten im Jahre 1980 dienen. Als Bush stattdessen Vizepräsident wurde, überwachten Felix Rodriguez und Oliver North zusammen die Contras' Drogengeschäfte vom Büro des Vizepräsidenten George Bushs aus.

William Barr schloß sich diesem Team an, als es unter George Bush beim CIA immer mehr ausreifte. Barr arbeitete Schriftsätze



George Bush, ehemaliger US-Präsident und CIA-Chef, ist tief in die Verstrickungen des Drogenhandels verfangen.

für Bush obstruktionistische Antworten auf Kongreßuntersuchungen aus, die von Senator Frank Church und dem Mitglied des Repräsentantenhauses Otis Pike geführt wurden. Damit wollte man die geheimen Aktionen von Bush und Kissinger unter die amerikanischen, gesetzlichen Bestimmungen bringen.

George Bush führte beim CIA eine außergewöhnliche Veränderung ein, die außerhalb der Mauern des CIA nie bekanntgemacht wurde. Er verpflichtete die Vereinigten Staaten dazu, die Früchte der weltweiten US-Satellitenüberwachung mit Großbritannien zu teilen.

Dies hat viele Amerikaner, die Verräter wie Kim Philby in der Führung der britischen Krone gesehen haben, entsetzt. Doch Bushs offizieller Wandel in der Geheimdienstpolitik spiegelte seine tief verwurzelten Bindungen an Großbritannien wider, die von der Bankpartnerschaft seines Vaters Prescott Bush mit Averall Harriman in den weltpolitischen Plänen der Briten von den zwanziger bis zu den fünfziger Jahren herrührten. Von dieser Anglo-Bush-Gruppierung in der Geheimdienstgemeinde wurde die BCCI bald zu einem weltweiten, kriminellen Instrument gemacht.

Jimmy Carter gewann im Jahre 1975 die Präsidentschaftswahlen und lehnte Bushs Antrag, weiterhin CIA-Direktor zu bleiben, ab. Barr war einer der vielen CIA-Männer, die den CIA nach Bushs Weggang im Jahre 1977 ebenfalls verließen. Ted Shackley führte die Association of Former Intelligence Officers (Verband der ehemaligen Geheimdienstoffiziere) und bildete mit diesen Leuten eine inoffizielle Geheimdienstgruppe um Gorge Bush.

Auf Empfehlung von George Bush wurde der 27jährige Barr im Jahre 1977 von Richter Malcolm Wilkey als Berichterstatter am Ordentlichen Gericht eingestellt. In den sechziger Jahren war Wilkey Berater eines Kupferbergbaukonzerns gewesen, der in Chile unter der politischen Führung von Prescott Bushs Bankpartner Spruile Braden arbeitete. Salvador Allende wurde Präsident von Chile und konfiszierte Bradens riesige El Teniente Mine. Allende wurde bald gestürzt und im Jahre 1973 ermordet.

Der CIA-Mord in Chile

Im Jahre 1976 war der chilenische Oppositionsführer Orlando Letelier in Washington durch eine Autobombe umgekommen. Auch wenn die US-Medien allgemein die chilenische Geheimpolizei für den Mord verantwortlich machten, steht fest, daß der damalige CIA-Chef George Bush in die chilenische Behörde eingedrungen war und sämtliche polizeirechtlichen Ermittlungen der Amerikaner in der Mordsache abgewürgt hatte.

Barrs neuer Chef, Malcolm Wilkey, war später George Bushs amerikanischer Botschafter in Uruguay, der die Chilenen mit Geld beruhigte, die Bushs CIA im Zusammenhang mit dem Bombenattentat auf Letelier vielleicht hätten verpfeifen können.
Später, im Jahre 1992, entschied das Oberste Bundesgericht Chiles, daß Präsident Bushs Erscheinen in Chile rechtmäßig angeordnet werden könne, um über die Rolle des CIA im Falle Letelier auszusagen. Chilenische Generäle behaupteten, fälschlicherweise des Mordes an Letelier beschuldigt worden zu sein und daß Bushs CIA das Bombenattentat des Jahres 1976 angeordnet hätte. Der amerikanische Justizminister William Barr reagierte darauf nicht. Was er tat: er bestellte Malcolm Wilkey zum Sonderankläger, um den demokratischen Kongreß in der House Post Office Affaire einzuschüchtern.

Auf Richter Wilkeys Empfehlung begann Barr im Oktober 1978 als Partner in der Anwaltskanzlei Shaw, Pittman, Potts und Trowbridge in Washington. Barr übernahm sofort die Vertretung von B.F. Saul II., einem Immobiliengiganten aus Maryland, der nur wenige Monate zuvor Vorsitzender der Financial General Bankshares geworden war. In seinen späteren Aussagen in Senatsanhörungen, um für Positionen im Justizministerium bestätigt zu werden, sagte Barr, er habe B.F. Saul Anfang November 1978, im Jahre 1979, 1981 und 1982 vertreten.

USA

William Barr und die Bush-Clique bei Dope Inc.

Das war eine sehr wichtige Zeitspanne im Leben seines Klienten. In diesem Zeitraum wurde Financial General stufenweise von der BCCI, einer Londoner Bank, übernommen, deren arabische und andere wichtige Investoren mit dem anglo-amerikanischen Geheimdienst in Verbindung standen. Sauls Financial General Bankshares änderte ihren Namen in First American Bankshares und fungierte als der in Maryland, District of Columbia, und in Virginia operierende Zweig der BCCI des britischen Geheimdienstes.

Ein Jahrzehnt später sollte der weltweite Skandal damit beginnen, daß die Briten gegen die BCCI in London regulatorische Maßnahmen ergriffen. In britischen Zeitungen wurde die BCCI als Tarnorganisation für den CIA bezeichnet. Der Skandal gipfelte in der strafrechtlichen Verfolgung von Clark Clifford, der an irgendeinem Punkt Saul als Vorsitzenden der First American folgte.

In Amerika konzentrierte sich der Skandal größtenteils auf den »geheimen« Besitz der First American durch die BCCI-Investor-Gruppe, was die amerikanischen Bankengesetze verletzte, die eine Transparenz der Bankenkontrolle verlangten.

William Barr sagte dem Senat, die Regierung habe die BCCI nicht eher strafrechtlich verfolgen können, weil sie diese geheime Beteiligung der BCCI an der First American erst ein Jahrzehnt später festgestellt habe. Doch für wen war das geheim? War es für Justizminister Barr wirklich ein Geheimnis gewesen?

Im »Regardies Magazin« vom Mai 1990 wird Clifford zitiert, der gesagt haben soll, B.F. Saul »hat vielleicht mehr als ein Mal Gelegenheit gehabt, nach London zu gehen. Er hatte die Gelegenheit in den Nahen Osten zu gehen, in die Länder am Persischen Golf. Ich erinnere mich daran, wie er später zu mir sagte: Ich habe mich nach dem Ruf, besonders nach dem Ruf des Führers der Gruppe, Seiner Exzellenz Scheich Kamal Adham', (Chef des saudischen Geheimdienstes) umgehört. Und er sagte: ›Ich kann mich kaum erinnern, jemals überall nur auf so viel Lob für einen internationalen Geschäftsmann gestoßen zu sein. Ich höre es in London. Ich habe die lobendsten Kommentare gehört. Ich habe von ihm in den Ländern am Persischen Golf gehört. Ich habe keinen einzigen Funken Kritik über diesen Mann gehört.‹ Und er sagte: ›Ich fühle mich sehr gut über diese Gruppe informiert, die von diesem Mann geführt wird und die kommt und unsere Banken übernimmt.‹«

Justizminister William Barrs Klient während der Übernahme – B.F. Saul – versuchte der Angelegenheit eine andere Wende zu geben. Er sagte zu »Regardies«: »Ich bin nie in den Nahen Osten gefahren, um ihn zu treffen. Ich glaube, ich habe Kamal Adham ein Mal in Washington getroffen. Ich glaube nicht, daß ich ihn jemals in London getroffen habe. Ich glaube, ich habe ihn 20 Minuten lang gesehen. Ich habe nicht versucht, mir ein Urteil darüber zu bilden, ob sie eine Bank besitzen sollten. Das war Aufgabe der Federal Reserve. Alles, woran ich interessiert war, war die Tatsache, ob es im besten Interesse der Gesellschafter war und ich dachte, daß es das wäre.«

Barr sagte dem Senat, er habe B.F. Saul bis März 1982 vertreten. Zu diesem Zeitpunkt war die Übernahme der First American durch die BCCI abgeschlossen. Im April 1982 übernahm Clifford von Saul den Vorsitz der First American, obwohl Saul weiter im Aufsichtsrat blieb. Im Mai 1982 gab Barr seine Tätigkeit als privater Anwalt auf und wurde Mitglied des Rechtsstabs im Weißen Haus, wo er zu einem engen Mitarbeiter von Vizepräsident George Bushs Berater C. Boyden Gray wurde.

Bushs geheimer Aktionsapparat

Barr war offiziell genau zu dem Zeitpunkt wieder zurück in der Regierung, als das Bush-Team außergewöhnliche Macht sammelte und die neuen BCCI-Arrangements sollten für ihre weltweite Offensive sehr hilfreich sein.

Am 14. Mai 1982 wurde Vizepräsident Bushs Position als Chef sämtlicher amerikanischer Geheimoperationen in einem geheimen Memorandum formuliert – und unterzeichnet »für den Präsidenten« von Ronald Reagans nationalem Sicherheitsberater William P. Clark; die Geheimhaltungsbestimmungen für dieses Dokument wurden während der Iran-Contra Anhörungen im Kongreß aufgehoben.

In dem Memorandum hieß es: »In Direktive 3 des nationalen Sicherheitsrats – Krisenmanagement – wird die Special Situation Group (SSG) geschaffen, die vom Vizepräsidenten geführt wird. Die SSG ist mit der formulierung von Plänen ... vor Krisen beauftragt.«

In dem Memorandum wurde auch die Schaffung der Standing Crisis Pre-Planning Group (CPPG) angekündigt, die eine Geheimdienstmaterial sammelnde Organisation für Bush und seine SSG sein sollte. Diese neue, untergeordnete Gruppe, die aus Vertretern von Vizepräsident Bush, Mitgliedern des nationalen Sicherheitsrats (NSC), des CIA, des Militärs und des Außenministeriums bestand, sollte sich »in bestimmten Zeitabständen im Situation Room des Weißen Hauses treffen«. Sie sollten Regionen potentieller Krisen ausfinding machen und »der SSG unter dem Vorsitzenden Bush Pläne ... und politische Vorschläge präsentieren«. Und sie sollten Bush und seinen Assistenten »alternative Pläne«, »Aktionen/Optionen« und »koordinierte Durchführungspläne« liefern, um die »Krisen« zu lösen, wenn sich diese weiterentwickelt hatten.

Schließlich sollte die untergeordnete Gruppe dem Vorsitzenden Bush und seinen Assistenten »empfohlene Sicherheits-, Dekkungs- und Medienpläne liefern, die der Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Durchführung dienlich sein würden«. Es wurde angekündigt, daß die CPPG erstmals am 20. Mai 1982 zusammenkommen würde, und daß die Behörden »den Namen ihres CPPG-Vertreters an Oliver North im NSC-Stab bekanntgeben sollten«. North sollte von nun an unter Bushs Leitung im Drogen- und Waffenschmuggel agieren. Felix Rodriguez – Norths Kumpan im massiven Kokainschmuggel der Contras – begann im August 1982 über George Bushs Büro zu operieren und erschien in seinem Büro schon am 17. März 1983.

Barr verließ die Regierung im September 1983 und kehrte zu Shaw, Pittman zurück. Zwei Jahre später wurde die illegale Raketenlieferung an das Khomeni-Regime im Iran offiziell in einer Besprechung zwischen Vizepräsident Bush und der Planungsgruppe des Nationalen Sicherheitsrats in der residence section des Weißen Hauses am 8. August 1985 geplant.

Ein Magnet für Geheimoperationen

Die Arbeit von Bush und seiner Gruppe trug Jahre später Früchte und wurde als die ersten Transaktionen im Iranskandal bekannt. Die Londoner »Financial Times« beschrieb in ihrer Ausgabe vom 29. Juli 1991 die Art und Weise, wie die BCCI »ein Magnet für Geheimoperationen in den achtziger Jahren« geworden war:

»BCCI vom Iran für den Kauf von US-Raketen benutzt.
Die Londoner Zweigniederlassungen der BCCI wurden im Krieg des Iran gegen den Irak zur Finanzierung des Exports amerikanischer Panzerabwehrraketen an die Revolutionsgarde im Iran benutzt.

Der Export von sichtgesteuerten Raketen und anderen Waffen im Jahre 1985 wurde von einem in Indien gebürtigen, britischen Waffenhändler arrangiert, der in dem Irangate-Skandal (Waffen gegen Geiseln) eine wichtige Rolle gespielt hat und im Februar dieses Jahres bankrott gemacht hat.

Der Mann im Mittelpunkt des Geschäfts war Mr. Ben Banerjee, ein in London ansässiger Geschäftsmann, der mit seinen Verbindungen zu Oberst Oliver North – dem in Ungnade gefallenen, ehemaligen Beamten des Weißen Hauses, der bei Irangate im Mittelpunkt stand – prahlte. Mr. Banerjee starb im Mai 1990 an einem Herzschlag.

Das ... 18,8 Millionen Dollar schwere Geschäft im Jahre 1985 ... wurde als Lieferung von ›1250 E-Hubwagen‹ getarnt...

Mr. Arthur Liman, ehemaliger Chefberater des Iran-Contra-Senatsausschusses ... sagte darüber der ›Financial Times‹, daß Mr. Adnan Khashoggi, der saudische Waffenhändler, der eine der Hauptfiguren in dem Skandal gewesen ist, von seinem BCCI-Konto Zahlungen an den Enterprise Fund (von Oliver North) geleistet hat...

Die Geschichte darüber, wie Mr. Banerjee ... die Waffenlieferung veranlaßte ... liefert aufschlußreiche Einblicke darüber, wie die BCCI in den achtziger Jahren zu einem Magnet für Geheimoperationen wurde ... Ein amerikanischer Ermittlungsbeamter sagte ... es könnte sein, daß die BCCI von Anfang bis Ende in die Transaktionen mit den sichtgesteuerten Raketen verwickelt war.

Den Dokumenten zufolge wurden einige der Waffen über Polen versandt.«

Barr an der Macht

Barr, der seit dem Jahr 1976 Mitglied des Bush-Teams war, wurde nach Bushs Wahl zum Präsidenten im Jahr 1988 erster Assistent des Justizministers. Er war Chef des Amts für Rechtsberatung (Office of Legal Counsel). In einer Sitzung, die bis spät in die Nacht dauerte, entwarf Barr den Schriftsatz, mit dem die Entführung von Panamas General Noriega gerechtfertigt wurde. Er lieferte auch die rechtlichen Vorwände für die Bombardierung und Invasion des Irak. Barr entwickelte außerdem die erstaunliche rechtliche Theorie, die unter dem Namen Thornburgh-Doktrin bekannt wurde und unter der das FBI Menschen im Ausland selbst gegen die jeweiligen Landesgesetze und ungeachtet der amerikanischen Verpflichtungen unter dem internationalen Recht kidnappen konnte. Einige Kongreßabgeordnete sollen über Barr sehr verärgert gewesen sein, weil er den Schriftsatz, auf dem diese Rechtsdoktrin basierte, geheimhielt.

Im Mai 1990 wurde er stellvertretender Justizminister und ihm unterlag das alltägliche Management des Justizministeriums. Als Bush-Insider übernahm er nach und nach viel von der Macht seines eigentlichen Chefs, des in Verruf gekommenen Justizministers Thornburgh. Im August 1991 trat Thornburgh zurück; Barr wurde amtierender Justizminister und wurde bald offiziell für das Amt nominiert.

In seinen Anhörungen im Senat, mit denen er in diesem Amt bestätigt werden sollte, wurde Barr von Senator Strom Thurmond (republikanischer Abgeordneter für South Carolina) gefragt: »Was sind Ihre Ziele für Ihre Amtszeit als Justizminister?«

In seiner Antwort machte Barr als erstes klar, daß ein Angriff auf die Führung im weltweiten Drogenhandel oder jegliche Herangehensweise an das Drogenproblem von oben nach unten völlig ausgeschlossen sei: »Offensichtlich müssen die Drogen weiterhin die höchste Priorität haben. Meiner Ansicht nach ist das ein langer Kampf. Wir sprechen hier über den Kalten Krieg. Wir sprechen hier nicht über die Operation Wüstensturm. Die Entstehung dieses Problems hat Jahrzehnte in Anspruch genommen und es wird Jahrzehnte dauern, um es zu beseitigen. Doch mein Teil der Verantwortung und meine Priorität wird sein, den Druck weiter aufrechtzuerhalten, damit wir Fortschritte machen.«

Es ging nicht um den Dope Inc.-Apparat

Welche Fortschritte? Die geldwaschenden Banker, die geheimen Drogenschmuggler und die Bestechlichen in den Sicherheits- und Militärdiensten sind alle unantastbar durch die Gesetzesbehörden, weil es sich für Barr um »Gentlemen und Männer von Ehre« handelt wie für die Kallikles der Antike.

An was hat Barr gedacht, als er den Senatoren sagte, er würde »Verbrecherorganisationen angreifen«? Er hat nicht den Dope Inc.-Apparat gemeint, der der amerikanischen Jugend die Drogen zukommen läßt und sie damit füttert. Barr meinte damit eher die Kriminellen auf der Straße. Er sprach von »Straßenbanden, von denen viele selbst in den Drogenhandel verwickelt sind und ich denke, wir können hier einiges unternehmen. Wir konzentrieren uns ... mehr auf diese Arten von Organisationen wie die Cripps und die Bloods. Sie haben vielleicht über den Verbrechensbekämpfungstrupp des FBI gelesen, der in Washington gebildet wurde und ich denke, daß es davon im ganzen Land bald mehr geben wird.«

»Dann ist da noch das Problem der Karriereverbrecher, der bewaffneten Karriereverbrecher. Wir haben strenge Gesetze über Schußwaffen ... und wir wollen noch weitere Gesetze schaffen und wir stellen auch fest, daß ein sehr hoher Prozentsatz von Gewaltverbrechen von einer sehr kleinen Gruppe begangen wird, einer Gruppe von Gewaltverbrechern, Karriereverbrechern, und wir können die Schußwaffen-Gesetze dazu benutzen, diese Leute festzunehmen und sie für lange Zeit hinter Gittern verschwinden zu lassen.«

Wie der Drogenhandel gerettet wurde

Kurz vor Bushs Wahl zum Präsidenten im Jahre 1988 und während der Iran-Contra-Skandal noch weiter brodelte, wurden Führungskräfte der BCCI angeklagt, an der Geldwäsche von Drogengeldern in Millionenhöhe beteiligt gewesen zu sein.

Kürzlich äußerte ein ehemaliger, hochrangiger Vertreter der amerikanischen Regierung mit präzisen Kenntnissen über den Fall BCCI, daß der CIA in der Reagan-Bush-Ära den Drogen- und Waffenhandel der Bank eingeleitet habe. Dieser Informant meinte, der CIA habe BCCI-Vertretern versichert, diese Praktiken wären mit der nationalen Sicherheit abgestimmt. Hier haben wir die Operation von Bushs »Special Situation Group« (SSG), die im Zusammenhang mit den Anklagen gegen die BCCI kurz in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerät.

Im Zusammenhang mit der Geldwäsche der BCCI wurden mindestens 40 weitere Banken vorgeladen, darunter die Bank of America, die bei der Finanzierung der BCCI-Startfirma mitgeholfen hatte und die zu einem Zeitpunkt sogar mit 30 Prozent an der BCCI beteiligt gewesen ist. Zollbeamte haben Konten der Bank of America überprüft, die von Leuten benutzt wurden, welche mit Roberto Alcaino – einem Kolumbianer, der im Jahre 1988 in New York wegen Kokainschmuggels verhaftet wurde – in Verbindung stehen. Alcaino wurde in der Anklage gegen die BCCI als »ein wichtiger Drogenhändler«, der Kokain nach New York, Los Angeles und Chicago schmuggelt, genannt. Führungskräfte der BCCI sollen ihm dabei geholfen haben, seine Gewinne zu waschen. Zu anderen, wichtigen Banken, gegen die Untersuchungen seitens der Justiz laufen, gehören:

Marine Midland Bank, seit 1978 im Besitz der Hongkong and Shanghai Banking Corporation, die wiederum seit den britischen Opiumkriegen des 19. Jahrhunderts als Drogenbank so berüchtigt ist, daß die Bankenkommission des Staates New York den Aufkauf der Marine Midland durch sie blockiert hat.

Republic National Bank, das New York City Flagschiff der israelischen Mafiafigur Edmond Safra, dessen Bankenimperium sich vom östlichen Mittelmeer bis nach Lateinamerika erstreckt.
Bank of Nova Scotia, der kanadische Bankenriese, der im Dope Inc. als die Institution herausgestellt wurde, die in Zusammenarbeit mit dem Meyer Lansky-Syndikat die Karibik als Offshore-Geldwäschezentrum geöffnet hat.

Eine weitere Bank in Florida war die Dadeland Bank, die einer Gruppe von Anti-Noriega Panamanern gehörte.

Doch diese Ermittlungen wurden sabotiert und eingestellt. Und im Dezember 1991 verkündete Justizminister Barr, daß sich die BCCI bei bestimmten Anklagen wegen gewissenloser Geschäftemacherei für schuldig bekannt hatte und im Gegenzug dafür hat das amerikanische Justizministerium sich einverstanden erklärt, alle anderen Anklagen des Bundes und der Staaten, die in Zukunft gegen die BCCI und ihre Entitäten vorgebracht werden könnten, fallengelassen werden. Bei diesem Arrangement verlor die BCCI zwar ihr gesamtes Vermögen in den Vereinigten Staaten, das auf 550 Millionen Dollar geschätzt wird und es wurden einige geringfügige Gefängsstrafen ausgesprochen. Doch der weltweite Drogenapparat, der für eine kurze Zeit öffentlich in Gefahr geraten war, war gerettet. □

Serbien

UN zieht für Serbien in den Krieg

Am 7. Oktober 1994 haben UNO-Schutztruppen (Unprofor) in einer Aktion, die von der Londoner »Times« als »beispiellos« beschrieben wurde, aber von der öffentlichen Meinung im Westen im übrigen unbeachtet bliebt, rund 550 bosnischen Truppen aus der entmilitarisierten Zone südlich von Sarajewo vertrieben.

Französische Soldaten feuerten zunächst Warnschüsse ab und jagten dann Bunker und Gräben der Bosnier in die Luft. Major Kos Sol, ein UNO-Sprecher, sagte, daß Luftangriffe gegen die Bosnier nicht ausgeschlossen werden könnten und Reuters berichtete, daß der UNO-Sondergesandte Yasushi Akashi der bosnischen Regierung mit Luftangriffen gegen ihre Truppen drohe, wenn sie sich nicht zurückziehen würden.

Die Konsequenzen können nicht überbetont werden: zwei Supermächte – England und Frankreich – sind jetzt gegen ein Land mit einer Bevölkerung von vier Millionen Menschen, das seit fast drei Jahren isoliert ist und unter Belagerung steht, offen und in militärischer Form auf der Seite der Serben engagiert.

Die entmilitarisierte Zone um Sarajewo wurde im August 1993 auf Bitte der Serben hin geschaffen, nachdem der serbische Vorstoß auf die Berge Igman und Bjelasnica nach einem internationalen Aufruhr gestoppt worden war. Den Bosniern gelang die Öffnung eines Pfades über den Berg Igman, der derzeit die einzige Landroute in die Stadt darstellt, die der bosnischen Regierung offensteht und die die Serben wiederholt versucht haben, abzuschneiden.

Medienfalschmeldung schafft Präzedenzfall

Die Aktion der Unprofor, die nun, so glaubt man, die Gefahr schafft, daß die Landroute jederzeit abgeschnitten werden kann, wurde nach einer 24stündigen Presse- und Fernsehkampagne unternommen, in der Anschuldigungen der Unprofor wiederholt wurden, denen zufolge die bosnische Armee im Hauptquartier des Dritten Bataillons der zweiten Brigade der Miliz der serbischen Rebellen, die von der bosnischen Armee in einer erfolgreichen Nadelstich-Aktion gestürmt worden war, 16 Serben und vier Krankenschwestern »massakriert und verstümmelt«, ihnen das Herz mit einem Dolch herausgeschnitten haben sollen und so weiter.

Ganz kleingedruckt gaben die UNO-Medien und die westlichen Medien am 8. Oktober 1994 zu, daß die Geschichte über die »Verstümmelung« eine komplette Falschmeldung war – doch eine Falschmeldung, mit der für die Militärintervention der UNO gegen die bosnische Armee ein Präzedenzfall geschaffen werden sollte. Während die öffentliche Meinung im Westen über die »Verstümmelungen« und herausgeschnittene Herzen ganz aus dem Häuschen geriet, breitete sich über der Aktion der Unprofor rasch der Mantel des Vergessens aus.

Ausgeführt auf die Befehle des britischen Befehlshabers General Sir Michael Rose, folgt die Aktion der Unprofor unmittelbar auf die verhängnisvolle Zustimmung der Vereinigten Staaten im UNO-Sicherheitsrat am 29. September, den Konsens in der Kontaktgruppe – England, Frankreich, Rußland, Deutschland, USA – nicht zu brechen und die Sanktionen gegen Bosnien-Herzegowina nicht einseitig aufzuheben.

Kurz vor der Unprofor-Aktion waren Rose und Top-Vertreter der UNO in Pale mit der Führung der bosnischen Serben zu Gesprächen zusammengekommen, die von der »Times« als »bemerkenswert herzlich ... beschrieben worden waren. Beide Seiten haben nun ein taktisches Interesse daran, amerikanische Forderungen nach der Bombardierung von Zielen über die NATO abzuwehren ... Inoffiziell haben UNO-Vertreter fast schon Schaum vor dem Mund über das, was sie als amerikanische Torheit ansehen.«

Wo liegen die Interessen der UNO?

Auf die Frage, ob man bei dem Treffen in Pale darüber gesprochen habe, daß sich die Interessen der UNO und der bosnischen Serben decken, sagte ein UN-Vertreter gegenüber der englischen Tageszeitung: »Sie mußten über etwas so Offensichtliches nicht reden.«

Bosnien wird den Wölfen vorgeworfen. Was die amerikanische Regierung aus zahlreichen Gründen im Augenblick lieber nicht »registrieren« will – doch sie ist hinreichend informiert –, ist die Tatsache, daß ein Krieg über das ganze Kontinentaleuropa unvermeidlich wird, wenn Bosnien an Serbien fallen sollte. Die Aufhebung der Sanktionen – nicht gegen Bosnien, sondern gegen Serbien – die im September 1994 im Sicherheitsrat beschlossen wurde, basierte auf augenscheinlich falschen Aussagen des serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic, in denen es hieß, die bosnisch-serbische Grenze sei verriegelt und weder Menschen noch Material aus der jugoslawischen Nationalarmee würden über die Grenze kommen.

Den eigenen UN-Beamten zufolge starteten allein in der Nacht vom 1. Oktober 55 Hubschrauber-Flüge um Srebrenica herum und entlang dem Posavina-Korridor zwischen Brcko und Prijedor.

Militärexperten haben gesagt, daß die Rebellen der bosnischen Serben von Radovan Karadzic nur über 30 Helikopter verfügen und daß es sicher ist, daß Flugbenzin und jugoslawische Helikopter und Piloten von Jenseits der serbischen Grenze kommen.

Zur Verriegelung der 560 Kilometer langen, serbisch-bosnischen Grenze, an der derzeit harmlose 93 unbewaffnete US-Monitore aufgestellt sind, wären 4000 bis 5000 Truppen nötig. Da die Monitore sowieso nur Überlandverkehr registrieren können, haben sich die Serben auf die Luft verlegt.

Nachdem sich der amerikanische Verteidigungsminister William Perry während des Treffens der NATO in Sevilla am 8. und 9. Oktober 1994 ebenso geäußert hat, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Mike McCurry, am 5. Oktober vor der Presse, daß »es Berichte darüber gegeben habe, daß es möglich ist, daß andere als humanitäre Güter über die Grenze kommen«.

Die »International Herald Tribune« zitierte am 7. Oktober anonyme Regierungsvertreter und meinte, der Grund dafür, warum die USA auf zahllose Berichte darüber, daß die bosnisch-serbische Grenze ein offenes Sieb sei, nicht reagiert hat, bestünde darin, daß »innerhalb der Regierung Uneinigkeit darüber besteht, ob man die Geheimdienstberichte nutzen solle, die die USA mit dem UNO-Sicherheitsrat teilen. Die Quellen und Methoden sind so ausgelegt, daß einige Leute in der Geheimdienstgemeinde das, was wir haben, zurückhalten wollen.«

Das ist Verschleierungstaktik im Hinblick auf eine politische Entscheidung der Regierung, um Serbien gegenüber größere Konzession zu machen, was in Rußland als »harter Kurs« betrachtet wird, weil die Regierung nicht bereit ist, mit dem zu brechen, was die Russen wirklich beunruhigt, nämlich die Wirtschaftspolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Das Geschäft ist in die Wege geleitet

Wie weit das Geschäft mit England und Rußland gediehen ist, spiegelt sich in dem wider, was der Balkanexperte Andreas Zumach für »Die Presse« in Wien und für die »Berliner Tageszei-

tung« geschrieben hat. Ein Informant innerhalb der Kontaktgruppe sagte ihm: »Zwischen uns und Milosevic besteht jetzt ein taktisches Interessenbündnis.« Zumach schrieb, daß »die Kontaktgruppe Milosevic gesagt habe, sie würde einer Konföderation zwischen den bosnischen Serben und Serbien zustimmen«.

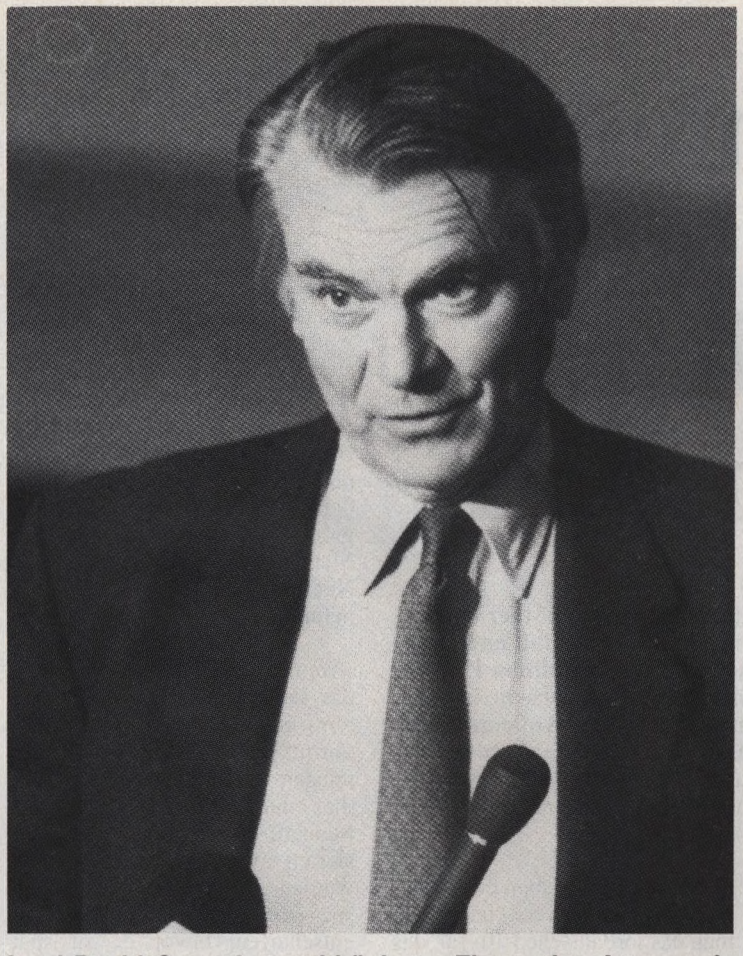
Zumach zufolge hat Lord David Owen bereits auf höchster Ebene den Austausch von Territorien zwischen Kroatien und Serbien vorgeschlagen – Serbien hat jetzt 30 Prozent des kroatischen Territoriums einschließlich der reichen Region von Krajina inne – damit die Serben direkten Zugang zur Adria erlangen können.

Der Weg führt nach London

Das ist es auch, was der amerikanische Botschafter in Zagreb, Peter W. Galbraith, in einer Pressekonferenz Anfang Oktober in der Carnegie-Stiftung in Washington meinte: ein angeblich »geheimer« Plan zur Beilegung des ostkroatischen Problems, der, so Galbraith, die Zustimmung des russischen Botschafters in Zagreb hat und der in der Presse bereits als der »Galbraith-Plan« bezeichnet wird. Mit anderen Worten, es ist – im Augenblick jedenfalls – die US-Politik.

Galbraith hat in den serbisch besetzten Gebieten von Kroatien eine »Selbstverwaltung« für die Serben befürwortet und zwar basierend auf dem, was er die »Erhebung des Jahres 1991« nannte, und er forderte kroatische Garantien für die Rechte der serbischen Minderheit in Kroatien und beschuldigte die Kroaten, »5000 Häuser der Serben zerstört zu haben«.

Milosevic hat – Zumachs Berichten zufolge – Mitgliedern der Kontaktgruppe vor kurzem gesagt, daß er die Führer der bosnischen Serben, Karadzic und Momcila Krajisnika, aus dem Wege haben wolle, weil beide gegen den 50:50 Teilungsplan der Kontaktgruppe seien und die 70 Prozent von Bosnien, die sie gegenwärtig innehaben, behalten wollten. Wenn es Belgrad nicht gelingt, diese beiden zum Rücktritt zu zwingen, werden sie liquidiert oder verhaftet und wegen Kriegsverbrechen dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag ausgeliefert werden.



Lord David Owen hat auf höchster Ebene den Austausch von Territorien zwischen Kroatien und Serbien vorgeschlagen.

Milosevic schlägt Nikola Koljevic, Mayor Radic von Banja Luka und zwei Politiker aus Belgrad als Führer der bosnischen Serben vor. Ratko Mladic, der die Rebellen in Bosnien kommandiert, soll in Belgrad einen hochrangigen Posten bekommen.

In Belgrad sagen serbische Vertreter jetzt ganz offen, daß die Kontaktgruppe die Aufhebung aller noch verbliebenen Handels- und Wirtschaftssanktionen gegen Serbien angeboten hat, wenn sie die internationalen Grenzen von Kroatien und Bosnien anerkennen. Nach der Aufhebung der Sanktionen haben die Serben am 6. Oktober unerschrocken verkündet, daß die erste westliche Hauptstadt, zu der die wieder eröffnete jugoslawische Fluglinie fliegen werde, London (Sie haben es erraten!) sein wird.

Ermutigt durch all diese diplomatischen Erfolge und als Teil ihrer Strategie, die mit General Rose ausgearbeitet wurde, stehen die Serben nun mit dem UNO-Sondergesandten Akashi bezüglich ihrer Forderungen, die am 25. September formuliert wurden, in »Verhandlungen«. Und zwar geht es hier darum, daß ihnen der Flughafen von Sarajewo gegen einen symbolischen Betrag vermietet werde, so daß sie das Recht in Anspruch nehmen können, die Anlagen zu betreiben – mit anderen Worten, die bosnische Regierung aushungern zu können. Akashi erklärte am 10. Oktober, daß dies erst dann geschehen werde, wenn »das Gebiet um Sarajewo wieder zur Normalität zurückgekehrt ist«, was immer das auch heißen möge.

Rose will Bosnien aushungern

Doch in Sarajewo ist nichts »normal«. Dort ist man am Verhungern. Die Lagerhäuser für die Lebensmittelvorräte des Winters sind nur zu zehn Prozent gefüllt oder haben einen Vorrat für drei Tage und in diesem Jahr hat es keinen internationalen Hilfeaufruf im Hinblick auf den Winter gegeben. Der UNO-Flüchtlingskommission (UNHCR) zufolge »erlauben« die Serben weder Lebensmittelkonvois nach Sarajewo hinein noch Benzinkonvois und ohne Benzin kann die UNO keine Lebensmittel verteilen – vorausgesetzt es gibt welche.

Abgesehen von der Provinz Tuzla stehen die Dinge anderswo sogar noch schlimmer. Seit dem 22. September hat die strategisch wichtigen Enklaven von Ostbosnien (Goradze, Srebenica, Zepa) fast nichts mehr erreicht. Erst am 5. Oktober haben die bosnischen Serben Landkonvois durch serbisch besetztes Gebiet in die von der Regierung gehaltenen Gebiete von Ostbosnien bis Sarajewo durchgelassen – weil man daran dachte, daß Unprofor die Durchfahrt eines Konvois jederzeit mit Waffengewalt erzwingen kann.

Im Gebiet von Bihac, wo eine große Offensive der Serben am Laufen ist, hat man UN-Vertretern zufolge den Serben erlaubt, alle Konvois zu blockieren. □

Naher Osten

Britanniens Widerstand gegen den Friedensplan

»Wenn Israel eine Insel des Wohlstands in einem Meer der Armut bleibt, wird es weiterhin in einer Wüste von Haß und Krieg leben«, erklärte der israelische Außenminister Shimon Peres in einer Rede in Philadelphia. Er hatte gerade Gespräche in Washington mit Präsident Clinton und Jordaniens Außenminister Kronprinz Hassan abgeschlossen, in denen betont worden war, daß die regionale Kooperation zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung der einzige Weg zu einem dauerhaften Frieden in Nahost sein werde.

Peres kehrte während seines Besuchs in den Vereinigten Staaten immer wieder zu diesem Thema zurück, mit besonderer Betonung solcher Infrastrukturprojekte wie Wasser, Entsalzung und Energieausbau, »um die Landschaft zu verändern«, wie er es nannte. Mit der persönlichen Unterstützung von Präsident Clinton könnte dieser politische Ansatz der über ein Jahrhundert andauernden Armut und des Blutvergießens ein Ende bereiten.

Aufruhr soll Verhandlungen verhindern

Es dürfte nicht überraschen, daß der Chance zum Frieden durch Weiterentwicklung, die durch Clintons Annäherungsversuche möglich gemacht wurde, in der Öffentlichkeit so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde – oder daß durch die jüngste Runde der von den Briten angestifteten Bemühungen, in der Region Aufruhr zu schaffen, wichtige Verhandlungen, die im Gange waren, durchkreuzt worden sind.

In einer Hintergrundbesprechung nach Clintons Gesprächen mit Hassan und Peres betonte ein hochrangiger US-Vertreter das Thema der wirtschaftlichen Kooperation. »Wir haben eine Menge Zeit darauf verwendet, wie man das jordanische Rift-Tal, das heißt, die Region südlich des Toten Meeres bis hinunter zum Roten Meer erschließen könne. Außenminister Peres bezeichnete dieses Gebiet als eine Wüste und es ist ein Gebiet, über das jetzt zwischen den Parteien eine Vereinbarung erzielt wurde, so daß sehr umfassende Bezugskategorien für die Erschließung dieser Region existieren. Das bedeutet eine ganz Palette von Projekten wie Transport, Wasser, Entsalzung, Energie, Abbau von Mineralien.«

Diese Vorschläge wurden auf einer in Casablanca stattfindenden Konferenz präsentiert, auf der alle anderen arabischen Länder außer Syrien und Libanon teilnahmen. Auf der Konferenz in Casablanca wurden auch private Kapitalinvestitionen im Jordantal und ähnliche Entwicklungsprojekte in der Region diskutiert.

Das »fundamentalistische« Spiel der Briten wird vereitelt

In dem Hintergrundbericht über die Treffen in Washington betonte ein anderer hochrangiger Regierungsvertreter, daß die Strategie der »regionalen Wirtschaftsentwicklung«, die mit Clinton besprochen worden ist, »die Antwort darauf ist, daß sie und wir die Bedrohung des islamistischen Extremismus sehen, der sich in verschiedenen Teilen der Region zeigt«.

Diese Waffe der politischen Kontrolle – der langjährige Liebling des Nahostbüros des britischen Außenministeriums – hat die besondere Aufmerksamkeit von Peres erregt. In seiner Rede an der Wharton School of International Business und Finance in Philadelphia erklärte Peres, daß der »Fundamentalismus keine neue Religion ist. Es ist ein Protest gegen Mangel und Diskriminierung und Not und wir müssen ihn ernstnehmen.«

»Wenn wir uns nicht ändern und das Land noch mehr zur Wüste wird und die Wüste Armut hervorruft und die Armut Fundamentalisten hervorruft, werden sich die Fundamentalisten nicht mit Steinen, sondern mit hoch technisierten Waffen ausstatten. Was werden wir dann tun? Es wird zu spät sein. Wir müssen die Lage entschärfen, bevor es zu spät ist.«

In einer Rede an der Universität Kalifornien in Los Angeles sprach Peres sämtliche wirtschaftlichen Entwicklungsprojekte an, die nötig sind, um eine moralische Grundlage für den Frieden in Nahost zu schaffen.

»Wir müssen in der ganzen Region einen neuen Lebensstandard schaffen,« erklärte er. »Das jüdische Volk hat in der ganzen Geschichte nie ein anderes Volk beherrscht. Diejenigen, die uns beherrscht haben, sind verschwunden ... Warum sollten wir ihnen folgen? Deshalb müssen wir aufhören, die Palästinenser zu beherrschen.«

Die Frage lautet »wie können wir dem Land Wasser geben« und nicht, »wie können wir das Land teilen«, sagte er.

»Wir alle wurden im Ebenbild Gottes geschaffen und jetzt ist die Zeit gekommen, dies zu bestätigen.«

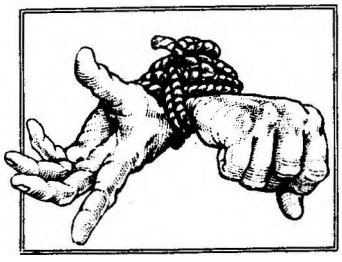
Im Zusammenhang mit wirklicher wirtschaftlicher Weiterentwicklung ist sogar das heikle Thema von Israels langjähriger Besatzung der syrischen Golan-Höhen in lösbare Reichweite gerückt. Nach einem Treffen mit Präsident Clinton und Spitzenvertretern der Regierung beharrte Syriens Außenminister Farouk Al-Shara auf die Rückgabe der Golan-Höhen »und der anderen besetzten Territorien an die arabische Seite, um den Weg für einen gerechten und umfassenden Frieden und einen wirklichen Frieden in der Region mit Sicherheit zu ebnen – einen Frieden, in dem die Israelis von der Friedensära vielleicht sogar mehr profitieren werden als die Araber«.

Auch Syrien hofft auf Frieden

Der syrische Außenminister sprach auch von Möglichkeiten, die nur dann eine Bedeutung bekommen, wenn die Vereinigten Staaten beschließen, die Unterjochung des Nahen Ostens durch die Briten nicht mehr länger zu verwirklichen.

Syrien hofft, so sagte Al-Shara, »nicht nur den Frieden zu erreichen, sondern sich auch der Früchte des Friedens anzunehmen und das liegt nicht nur im Interesse der arabischen Seite oder der israelischen Seite. Es liegt im Interesse der ganzen Welt. Unsere Priorität ist die Erschließung und Weiterentwicklung der Region, so daß die ganze Bevölkerung davon profitiert, daß sie mehr Ausbildung und einen höheren Lebensstandard bekommt, daß die Region mehr aufblüht und wie schon in der Antike zum Fortschritt der Technologie beiträgt und nicht nur ein Empfänger von High-Tech ist.

Wir verfügen über viele hochqualifizierte Wissenschaftler und Ingenieure, doch in der gegenwärtigen Umgebung in Nahost können wir mangels Friedens nicht die strahlende Zukunft erreichen, die wir anstreben. Wir sind im Hinblick auf die Zukunft optimistisch.« □



Bonn

FDP auf Haider-Kurs?

Die FDP steht kurz vor dem politischen Tod. Das Hin- und Hergezerre zwischen Linksliberalismus einerseits und einer Ausrichtung der Partei an den Belangen der Besserverdienenden andererseits hat die Partei immer mehr ins Abseits getrieben. Unterstützt wurde die Entwicklung zudem noch durch die Grünen, die einen Teil der linksliberalen FDP-Anhänger absorbierten, während die Besserverdienenden und Mittelständler immer mehr zur CDU abwanderten. Ohne die Leihstimmen der CDU zur Fortsetzung der Regierungskoalition dürfte das Stammwählerpotential der Liberalen derzeit bei zwei bis drei Prozent liegen.

Der Wiederaufschwung ist nur bei einer tiefgreifenden Erneuerung möglich. Die bisherigen Totengräber der Partei, angeführt von Hildegard Hamm-Brücher, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Klaus Kinkel und Generalsekretär Hoyer, glauben aber noch immer, daß diese Erneuerung links von der Mitte stattfinden muß.

Eine radikale Umkehr

Nun hat sich innerhalb der FDP aber ein »Berliner Kreis« gebildet, dem unter anderen Ex-Generalbundesanwalt Alexander von Stahl und der Rechtsintellektuelle Rainer Zitelmann angehören, und der sich zum Ziel gesetzt hat, die FDP auf einen national-liberalen Kurs zu bringen. Hierzu haben die »nationalliberalen Sektierer«, wie sie in der FDP-Spitze abwertend bezeichnet werden, eine vierseitige »Berliner Position einer liberalen Erneuerung« vorgestellt.

Darin wird eine radikale Umkehr von allen Positionen gefordert, die den Linksliberalen heilig sind. Einer der Hauptansatzpunkte hierzu ist die Innenpolitik, wo sich die fünf Verfasser des Positionspapiers für eine schärfere Gangart aussprechen. Die Verbrecher müßten aktiver angegangen werden, falsche Rücksichtnahme sei verkehrt. Als Sofortmaßnahme wird »die akustische Raumüberwachung und der wirksame Einsatz von verdeckten Ermittlern« vorgeschlagen. Straffreiheit für Kleinverbrechen oder Drogenkonsum wird abgelehnt. Wörtlich heißt es in dem Papier: »Wer Massenkriminalität dadurch bekämpfen will, daß er sie entkriminalisiert, hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden.«

Weitere Forderungen bestehen in der Ablehnung einer doppelten Staatsbürgerschaft, der Fortsetzung der Kernenergie und in dem Widerstand gegen zunehmenden Feminismus. Dieser bringe »nicht Gleichberechtigung, sondern eine neue Apartheid«.

Des weiteren sprechen sich die Autoren des Manifests gegen zunehmende »Ökohysterie« aus, die nicht zum Leitfaden der FDP werden dürfe. Gleichzeitig wird sich für ein »Europa der Vaterländer« und gegen die Einführung des ECU als multinationaler Währung ausgesprochen. Letzteres hätte nämlich »für die deutsche Wirtschaft unabsehbare Folgen«.

Der ganze linke Firlefanz

Die Berliner Liberalen stehen mit ihren Ansichten innerhalb der FDP aber bei weitem nicht alleine. So gehen die in dem Positionspapier dargestellten Ansichten dem baden-württembergischen FDP-Fraktionschef Walter Döring »zum Teil nicht weit genug«.

Alexander von Stahl begründete seine Thesen wie folgt: »Der ganze linke Firlefanz führt in den Abgrund. Wir müssen uns auf die FDP der fünfziger und sechziger Jahre besinnen.«

Auch außerhalb der FDP werden die »Berliner Positionen« von konservativer Seite positiv aufgenommen. So erklärte Sozialphilosoph Günter Rohrmoser: »Die FDP war nur zweimal erfolgreich: Mit Genscher und als nationalliberale Partei.«

Wie nicht anders zu erwarten, lehnt praktisch das gesamte derzeitige Führungsgremium der FDP die »Berliner Positionen« ab. Nach Ansicht von (Noch-) Parteichef Klaus Kinkel stellen diese Forderung eine Außenseiterposition innerhalb der FDP dar und seien keine Alternative, vielmehr ein Schritt rückwärts. Auch Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die von vielen politischen Beobachtern und auch von großen Teilen der CDU als schlechteste Justizministerin der Nachkriegszeit bezeichnet wird, wehrt sich vehement gegen den von den Berliner FDP-Mitgliedern angestrebten Kurswechsel.

Die derzeitige Entwicklung der FDP weist interessante Parallelen zur österreichischen FPÖ auf. Diese war in den achtziger Jahren in der Wählergunst immer weiter geschrumpft und praktisch in der Bedeutungslosigkeit verschwunden, ehe sie quasi handstreichartig 1986 von Jörg Haider übernommen und auf einen nationalliberalen Kurs getrimmt wurde. Seitdem ist Haider von Erfolg zu Erfolg geeilt und hat die Partei fast wieder an die 30 Prozent-Grenze herangeführt. Eine Zahl, von der vor zehn Jahren bei den österreichischen Liberalen niemand auch nur zu träumen gewagt hat.

Die Frage stellt sich, wer denn der »deutsche Haider« sein könnte. Hier bietet sich nach Ansicht von Sympathisanten des angestrebten Kurswechsels nur einer an: Jürgen W. Möllemann.

Sie verweisen darauf, daß Haider und Möllemann sich von ihrer Persönlichkeit sehr ähneln. Beide verkörpern die »Yuppie«-Generation – und sind damit attraktiv für die jüngere Generation –, sprechen eine klare, deutliche Sprache, gelten als »Hans Dampf in allen Gassen« und scheuen sich auch vor drastischen Eingriffen nicht.

Staatspräsident Mümmelmanns Rache

Zwar ist auch Möllemann derzeit noch ein ganzes Stück von den nationalliberalen Grundgedanken Haiders und sicherlich auch von Stahls entfernt, steht diesen aber auf der anderen Seite beträchtlich näher als etwa den Vorstellungen eines Baum, Kinkel oder gar einer Leutheusser-Schnarrenberger.

Zudem sinnt der »Staatspräsident Mümmelmann«, so Franz-Josef Strauß zu Möllemann, auf Rache, nachdem ihm von falschen Freunden innerhalb der nordrhein-westfälischen FDP quasi das Messer in den Rücken gestoßen und er damit zum Rücktritt gezwungen wurde.

Und obwohl offiziell – natürlich – dementiert, hatten Parteichef Kinkel, die ehemalige Bauministerin Schwaetzer, Generalsektretär Hoyer und andere Linksliberale, denen Möllemanns geharnischte Kritik ein Dorn im Auge war, an der »Brutusaktion« ihre Hand im Spiel.

Möllemann hatte mit seiner Kritik nämlich nicht nur Kinkel und Konsorten, sondern auch die gesamte Ausrichtung der FDP im Sinn. Wäre er erfolgreich gewesen, so hätte dies wohl zu einem der größten Stühlerücken in der Geschichte der FDP geführt. Da es Parteioffiziellen in erster Linie bekanntlich nicht um das Wohl des Volkes, sondern vielmehr um das eigene Wohl geht, waren sie von dieser Aussicht natürlich nicht gerade begeistert. Folge war der Sturz Möllemanns.

Sollte es aber zu keiner Erneuerung in der FDP kommen, dann ist das Ende der Liberalen vorprogrammiert. Bei den kommenden Wahlen würde ihnen dann mit einiger Sicherheit der Todesstoß versetzt. Spätestens dann sollte innerhalb der Union das große Nachdenken beginnen. Denn als Einzelpartei sind die Chancen für einen bundesweiten Wahlerfolg mit zumindest absoluter Mehrheit der Sitze ein Wunschtraum. □

Schwarz-Grün kommt in Mode

Aus rein opportunistischen Gründen beteiligt sich jetzt auch die CDU an der Aushebelung des Rechtsstaates. Bedingt durch die knappe Mehrheit im 13. Deutschen Bundestag und Furcht vor einer erneuten Wende der FDP entdecken nun immer mehr vor allem Christdemokraten ihr Herz für die ehemals verteufelte Partei.

Erster »Liebesdienst« war das Vorpreschen von CDU-Fraktionschef Schäuble, der die Grünen-Politikerin Antje Vollmer entgegen den Willen der SPD einfach auf den eigentlich den Sozialdemorkaten nach altem parlamentarischen Brauch zustehenden Posten des zweiten Bundestagsvizepräsidenten hievte. Darüber hinaus kommt es bereits auf kommunaler Ebene zu immer mehr »Zweckbündnissen«, wobei sich CDU-Politiker auch nicht davor zurückscheuen, mit weit links stehenden Grünen-Politikern zu paktieren.

Und die Worte der CDU werden immer schmeichelnder. So befürworteten Bundesminister Töpfer, der Vorsitzende des Bundestagsrechtsausschusses Eylmann sowie die CDU-Oppositionsführer in Niedersachsen und im Saarland, Wulff und Müller, sogar Bündnisse auf Landesebene. Dabei entlarvte sich Müller in einem Interview, in dem er erklärte, wenn die CDU weiterhin nur die FDP zum Partner habe, könne sie »sehr schnell in die strukturelle Minderheit« geraten.

Nach Worten von CDU-Generalsekretär Hintze stelle die Wahl von Vollmer dagegen nur die »Anerkennung der Grünen als demokratische Partei« dar, eine politische Zusammenarbeit komme jedoch nicht in Frage. Da die Bündnisgrünen weiterhin so stark »von den Roten in den eigenen Reihen bestimmt« würden, halte er eine Zusammenarbeit auf Bundesebene »auf lange Sicht für extrem unwahrscheinlich«.

Doch die Grünen haben bereits Blut geleckt. So forderte deren Fraktionschef Fischer, daß seine Partei nunmehr auch in den Bundestagsgremien zur Kontrolle der Geheimdienste, der Finanzen sowie der Post- und Telefonüberwachung vertreten sein müßte. Und da diese Partei nun auch von der maßgeblichen Regierungskoalitionspartei als »demokratische Partei anerkannt« wurde, wird es auch sehr schwer werden, den noch immer tiefrotgefärbten Grünen den Einzug in diese für die Existenz der Bundesrepublik maßgeblichen Bundestagsgremien zu verwehren.

Aus der CDU-Basis gibt es nach ersten Trendmeldungen dagegen überwiegend Widerstand gegen die geplante vermehrte Zusammenarbeit mit den Grünen. Man fragt sich, ob der Preis, der hierfür zu zahlen ist, nicht zu hoch ist und dem freiheitlichen Rechtsstaat kaum noch zu verkraftende Kompromisse abverlangen würde. □

Attacke gegen das Bankgeheimnis

In der Bundesrepublik sind momentan massive Bemühungen im Gange, das Bankgeheimnis auszuhebeln. Hierzu hat die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft mit dem Vorgehen gegen die Dresdner Bank den Anfang gemacht. Wie dieses geschehen ist, erweckt große Zweifel, ob hierbei die rechtsstaatlichen Grundsätze eingehalten wurden. Vielmehr gibt es große Verdachtsmomente, daß geltendes Recht nicht nur sehr gedehnt, sondern sogar schon überdehnt wurde - und dies von einer Behörde, die ja eigentlich die Einhaltung des Rechts überwachen soll!

Bereits der Beginn des gegen das zweitgrößte deutsche Privatbankhaus gerichtete Verfahren läßt Zweifel an seiner Gesetzesmäßigkeit aufkommen. Da wurden in der Düsseldorfer Filiale sämtliche Belege einer bestimmten Abteilung beschlagnahmt. Es kam nicht auf konkrete Verdachtsmomente an, sondern wurde vielmehr alles über einen Kamm geschert und kam die Staatsanwaltschaft dadurch an Informationen über Bankkunden heran, die eigentlich durch Paragraph 30a der Abgabenordnung, die Gesetzescharakter hat, geschützt sind.

Gleichzeitig beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft kurzerhand sämtlichen Briefverkehr zwischen der Bank und ihrer Luxemburger Niederlassung.

Offizieller Hintergrund war der, daß man hierdurch der Bank massive Beihilfe zur Steuerhinterziehung nachweisen wollte und gleichzeitig Steuerhinterziehern auf die Schliche kommen wollte.

Und gerade zum zweiten Punkt bestehen gravierende Bedenken. Die Banken sind nach gesetzlicher Regelung nur dann zur Auskunft über Kunden gegenüber den Steuerbehörden verpflichtet, wenn diese konkrete Verdachtsmomente haben. Die Behörden können nicht aus Lust und Laune oder einfach weil ein Steuerfahnder »so eine Ahnung hat«, Bank A anschreiben und nachfragen, ob Steuerzahler B bei ihnen ein Konto hat. Vielmehr muß es hierfür konkrete Hinweise geben.

Durch die flächendeckende Fahndung bei der Bank, die nach Ansicht vieler Verfassungsexperten gegen das Grundgesetz verstößt, wurden aber Akten über schätzungsweise 1200 Kunden der Bank sichergestellt. Und dies ohne jede rechtliche Handhabe! Die geltende gesetzliche Regelung wurde damit praktisch außer Kraft gesetzt.

Das gleiche gilt für den Beschlagnahmebeschluß, der in dieser Allgemeinheit bislang wohl einzigartig sein dürfte. Dort wurde kurzerhand der gesamte Briefverkehr der Bank nach und von Luxemburg kontrolliert. Also wurde auch hier von der eigentlich gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Einzelfallbeschlagnahme kurzerhand auf Kollektivbeschlagnahme umgestellt.

Damit fielen der Steuerverwaltung auch Tausende von Briefen und sonstigen Unterlagen in die Hände, die sie gar nichts angehen und die vielleicht sogar Betriebsgeheimnisse darstellen.

Und nach der Anfang November erfolgten »Panorama«-Sendung, in der dezidiert aus den staatsanwaltlichen Unterlagen zitiert wurde, die ohne Hilfe aus der Staatsanwaltschaft gar nicht in die Hände der Redaktion gelangen konnten, hat sich der Verdacht, daß hier die Sicherung sowohl von Firmen- als auch von Steuergeheimnissen nicht mehr gewahrt ist, bestätigt.

Die Staatsanwaltschaft wirft der Dresdner Bank darüber pauschal Beihilfe zur Steuerhinterziehung vor. Auch hierunter steckt nichts anderes als Methode, um das Bankgeheimnis zu kippen.

Die Angestellten der Bank haben sich absolut ordnungsgemäß verhalten. Es ist nicht die Aufgabe der Bankmitarbeiter, die Aufträge der Kunden dahingehend zu prüfen, ob durch sie gegen irgendwelche Gesetze verstoßen wird, sondern ob sie den bankinternen Richtlinien entsprechen.

Wenn ein Kunde DM 10.000 auf ein Konto nach Luxemburg überweisen will und der Kontostand läßt dies zu, dann muß die Bank dieses Geld überweisen. Man kann von den Banken nicht detektivische Kleinarbeit verlangen. Wenn jemand in Deutschland einem anderen DM 10.000 überweist, kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß hiermit vielleicht irgendetwas Illegales finanziert wird.

Sicher ist, daß der Großteil der Gelder, die nach Luxemburg transferiert wurden, wirklich der Steuer vorenthalten werden sollen. Dennoch dürfen nicht alle Luxemburg-Konten über einen Kamm geschoren werden.

Die 30prozentige Zinsabschlagssteuer ist, wie es das Wort schon sagt, nichts anderes als eine Vorauszahlung auf die endgültige Steuerschuld. Und nach den Worten des Gesetzes sind nun einmal Anlagen auf Konten in anderen Ländern, folglich auch in Luxemburg, von der Zahlung dieser Zinsabschlagssteuer befreit.

Dieses entbindet die Kontoinhaber, sofern sie Steuerdeutsche sind, natürlich nicht davon, diese Einnahmen auch zu versteuern. Nur hindert sie kein einziges Wort dieses Gesetzes daran, Konten im Ausland zu führen!

Und viele machen dies aus einem einzigen Grund: nämlich Zinsvorteilen aus einer jährlichen Steuerzahlung!

Beispiel: Jemand hat DM fünf Millionen auf dem Konto und hat diese zu zehn Prozent angelegt. Dies bedeutet, daß er nach Zahlung der Zinsen eigentlich DM 150.000 dem Finanzamt zahlen müßte. Folglich bekommt er bei einer weiteren Anlage des Geldes, ohne daß die Zinsen abgezogen werden, lediglich auf einen Betrag von DM 5.350.000 zehn Prozent Zinsen, also DM 535.000 Zinsen. In Luxemburg kann er dagegen die vollen DM 5.500.000 wieder anlegen und erhält hierauf DM 550.000 Zinsen, also volle DM 15.000 mehr.

Man darf nicht vergessen: Spargelder setzen sich aus bereits versteuerten Geldern zusammen, auf die quasi nochmals eine Steuer erhoben wird. Von daher ist nicht das mindeste dagegen einzuwenden, wenn jemand versucht, sein Geld, seien es DM 5000, DM 50.000, DM 500.000 oder DM 5.000.000, so gut wie möglich anzulegen. Und wenn man durch die Anlage in Luxemburg und der damit verbundenen Befreiung der Zinsabschlagssteuer Geld sparen bzw. sogar vermehren kann, dann ist hieran nichts Ehrenrühriges.

Anders sieht es natürlich bei den Anlegern aus, die das Geld wirklich nur aus Gründen nach Luxemburg transferieren, es dort der Steuer zu entziehen. Gegen diese Personen soll und muß mit der größtmöglichen Härte vorgegangen werden - nur gilt auch für diesen Personenkreis, daß sich hierbei an die Gesetze gehalten werden muß.

Wenn die Staatsanwaltschaft »auf dem kleinen Dienstweg« an die betreffenden Informationen der Steuerhinterziehung kommt, ist dies ebenfalls zu begrüßen, nur geht es nicht an, daß, wie in diesem Fall geschehen, Grundrechte ausgehebelt werden und auch Unschuldige und Steuerehrliche in falschen Verdacht kommen bzw. sie durch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft vielleicht sogar Probleme kriegen.

Man stelle sich nur einmal vor, bei einem Unternehmen, das ein Firmenkonto, auf dem auch Gelder angelegt werden, in Luxemburg hatte, wird lediglich wegen dieses »Tatbestands« ein Steuerfahndungsverfahren eingeleitet und stehen plötzlich mehrere Steuerfahndungsbeamte, vielleicht noch unterstützt durch Polizei, vor der Tür. Der Schaden der dadurch entstehen kann, ist unter Umständen nicht wiedergutzumachen.

Vor allem geht nicht an, daß die Staatsanwaltschaft als Speerspitze verwendet wird, um Steuergesetze zu ändern und das Bankgeheimnis auszuhebeln.

So hat dann auch der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Erhard Geyer, in einem Interview gefordert, daß das Bankgeheimnis »für die Steuerverwaltung aufgehoben werden muß«. Dann könnten die Bankprüfer anhand der Kontenverbindungen Kontrollmaterial für die Finanzämter sammeln.

»Um den kriminellen Machenschaften etwas entgegensetzen zu können, sollte auch das Steuergeheimnis gegenüber der Polizei aufgehoben werden. Der Staat ist ja bisher fast hilflos«, so Geyer weiter.

Entweder hat der Mann keine Ahnung, oder er will die Leute für dumm verkaufen, schimpfen Banker und Steuerfachleute. Wenn nämlich ein Verdacht wegen irgendwelcher krimineller Machenschaften besteht, dann sind die daran beteiligten Personen verpflichtet, dies der Polizei bzw. der Staatsanwaltschaft zu melden. Genauso wird das Steuergeheimnis aufgeboten, wenn die Polizei etwa einen Drogendealer festnimmt, der Verdacht sich erhärtet und nun die finanziellen Transaktionen untersucht werden. Das, was Geyer fordert, ist also schon weitestgehend realisiert. Würde man noch weiter gehen, dann wäre George Orwells gläserner Staat 1984 realisiert.

Geyer wirft der Bank ebenfalls Beihilfe zur Steuerhinterziehung vor, bloß weil ihre Angestellten Kunden bei den »anonymen Nummernkonten behilflich« gewesen seien. Was ist daran verwerflich, wenn dieses in einem Land erlaubt ist, so wie es dies nun mal in Luxemburg der Fall ist? Diese Angestellten führen dann nur ein ganz normales Bankgeschäft aus - ob sie moralisch einwandfrei sind oder nicht, ist eine andere Frage. Zumindest sind sie aber rechtlich einwandfrei.

Genauso blauäugig ist Geyer, wenn er in dem Interview von sich gibt, »allein wegen einer effizienten Zinssteuer wird es keine allgemeine Republikflucht geben«. Er spielte damit auf Friedrich Karl Flick an, der der Steuer wegen nach Österreich ausgewandert ist.

Geyer hat recht: Eine Republikflucht wird es nicht geben, dafür aber eine Kapitalflucht!

Bereits bei der Einführung der Zinsabschlagssteuer sind nach Berechnungen mehr als 30 Milliarden Mark, viele schätzen bedeutend höhere Summen, ins Ausland und hier vor allem nach Luxemburg transferiert worden. Wird die gemessen an anderen Ländern ohnehin sehr hohe deutsche Steuerquote noch weiter erhöht (so plant die Regierung Gerüchten zufolge auch, die Steuerfreiheit für Wertpapiergewinne, die frühestens sechs Monate nach Kauf der Papiere realisiert werden, sogenannte Spekulationszeit, aufzuheben), dann droht sehr wohl eine neue Kapitalflucht.

Seinerzeit hatte Deutschland Glück. Die Bundesrepublik befand sich noch mitten in der Hochzinsphase; also wurde der absolute Großteil der Gelder via Luxemburg wieder in Deutschland angelegt.

Fällt die nächste Steuerverschärfung aber in eine Niedrigzinsphase oder sind zumindest die Zinssätze in anderen Ländern höher, dann wird dieses Geld auch dort angelegt. Zwar kann dies auch von Deutschland aus erfolgen, jedoch zeigt sich, daß, je weiter weg die Gelder liegen, dieses Kapital auch in anderen Währungen angelegt wird.

Aus diesem Grund sind auch Steueroasen in der Nähe wichtig - so makaber dies auch klingen mag. Wird Schwarzgeld in Luxemburg angelegt, dann sind die Chancen, daß viele Anleger dennoch auf die sichere Seite von Bundesschatzbriefen setzen, weitaus größer, als wenn das Geld etwa auf einem Konto der Cayman-Inseln im amerikanischen Archipel angelegt wird.

Denn Steueroasen wird es immer geben. Und wer sein Geld wirklich an der Steuer vorbeimogeln will, hebt es in bar ab, fährt mit dem Auto über die offene Grenze in ein Nachbarland und überweist es von dort aus auf die Cayman-Inseln, nach Singapur oder sonstwohin, wo oftmals andere Alternativen zu den sicheren deutschen Anleihen geboten werden.

Dies würde dann aber verheerende Folgen für den deutschen Kapitalmarkt haben, angefangen von steigenden Zinsen, einer weiter abnehmenden Attraktivität, was dann letztendlich wieder zu höheren Haushaltsdefiziten führt, da der Kapitalbedarf für die noch immer jahrelang notwendigen Umstrukturierungen ja irgendwie befriedigt werden muß. Am besten geht dies über die Kapitalmärkte. Ist dort aber niemand da, dann muß der Bund einspringen - oder die Zinsen müssen drastisch steigen.

»Es ist schade, daß Männer wie Geyer, die anscheinend keine Ahnung von den Kapitalmärkten und deren eigenen Gesetzen haben, auf derart wichtigen Posten sitzen und sogar maßgeblich auf den Gesetzgeber einwirken können«, schimpfte ein Devisenhändler einer Großbank. □

Deutschland

Neue Beweise für die Ermordung Barschels

Vor sieben Jahren hat sich in der Politik der deutschen Nachkriegsgeschichte eine der ominösesten Affairen abgespielt, als der Leichnam des CDU-Politikers Uwe Barschel in der Badewanne eines Genfer Hotels aufgefunden wurde. In den späten Stunden des Samstag, 11. Oktober 1987, war seinem Leben ein abruptes Ende gesetzt worden, wie es in dem ersten medizinischen Bericht hieß. Nach tagelangem Hin und Her über die Frage, ob dies ein Mord oder ein Selbstmord gewesen ist, beschlossen die Medien und die CDU-Führung sowie die Regierung in Bonn nicht auf den Abschluß der gerichtsmedizinischen Untersuchung zu warten und erklärten seinen Tod zum »Selbstmord«.

Doch die überstürzte Entscheidung, die Akte Barschel zu schließen, der Zeitpunkt seines Todes und andere eigenartige Umstände seines Todes ließen sofort starke Verdachtsmomente aufkommen: Viele waren der Meinung, daß Barschel nach der monatelangen Verbreitung von Klatschgeschichten über seine Person in den Medien getötet worden war. Barschel, ein wichtiges CDU-Mitglied, dessen Karriere als jüngster Ministerpräsident des Landes Schleswig Holstein geendet hatte, als er Mitte September 1987 inmitten eines neuen Schwalls unerwiesener Beschuldigungen zurückgetreten war.

Der Grund für Barschels Tod

Was bei einer Reihe von Leuten hinsichtlich Barschels Tod in Genf Verdacht erregte, war vor allem die Tatsache, daß das Beau Rivage Hotel, in das er sich am Nachmittag des 11. Oktober eingemietet hatte, als beliebter Treffpunkt für internationale Waffen- und Drogenhändler, die es vorziehen, sich im geheimen zu treffen, weithin bekannt war. Außerdem sind wichtige gerichtsmedizinische Beweise wie Polizeiphotos, Blut- und Gewebeproben und andere Beweismittel in den Wochen nach seinem Tod auf mysteriöse Weise »verschwunden«.

Schließlich hat sich Barschels Witwe Freya der »Selbstmord«-Theorie, die in den Medien und in den Bonner Machtkorridoren verbreitet worden ist, nie angeschlossen: Von der ersten Nachricht über den Tod ihres Mannes an, hat sie behauptet, daß er getötet worden ist und in zahlreichen Interviews hat sie ihren starken Verdacht zum Ausdruck gebracht, daß er »auf etwas Gefährliches wie illegalen Waffenhandel oder etwas in der Art gestoßen ist« und daß dies der Grund für seinen Tod in Genf sei.

Hinzu kommt auch noch die Tatsache – auf die nur von wenigen Insidern hingewiesen wird –, daß die schleswig-holsteinischen Ostseehäfen seit Anfang der achtziger Jahre bei illegalen und beträchtlichen Waffentransfers zwischen Ost und West eine wichtige Rolle gespielt haben. Eine Vielzahl der »Waffen-gegen-Geisel«-Vereinbarungen, die Ollie North und Generalmajor Richard Secord mit den Iranern mit Unterstützung zahlreicher Ostblock-Geheimdienste durchgeführt haben, lief über die Häfen Schleswig-Holsteins und die dort angrenzenden ostdeutschen Häfen.

Das geheime Waffenlager der dirty trick-Abteilung des ostdeutschen ausländischen Geheimdienstes in Kavelstorf nahe dem ostdeutschen Hafen Rostock war ein wichtiger Waffenumschlagplatz, wie Ende 1989 kurz nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes festgestellt wurde, als der Ort von Bürgerkomitees gestürmt wurde und man riesige Waffen- und Munitionsvorräte vorfand, zusammen mit Akten, aus denen hervorging, welche illegalen Aktivitäten von den ostdeutschen Geheimdiensten dort durchgeführt worden waren.

Mitte Mai war Barschel in einem mysteriösen Flugzeugabsturz schon einmal beinahe getötet worden, als sein Privatflugzeug außer Kontrolle geriet und abstürzte. Außerdem begann sein eigener Pressesprecher kurz nach dem Flugzeugabsturz Geschichten darüber an die Presse durchsickern zu lassen, daß er von Barschel angeblich beauftragt worden sei, betrügerische Operationen gegen die Oppositionspartei SPD zu lancieren, um sie im Hinblick auf die Landtagswahlen im Herbst in Verruf zu bringen.

»Selbstmord und sonst nichts«

Doch trotz aller weiteren Informationen, die in den letzten sieben Jahren ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden haben – besonders das, was über die Existenz einiger geheimer Akten über Barschel in den Archiven des früheren ostdeutschen ausländischen Geheimdienstes durchgesickert ist – konnte die kontrollierte Umgebung der politischen Klasse in Deutschland, die behauptet, daß es »Selbstmord und sonst nichts« war, nicht durchbrochen werden. Nun sind in neuen, spektakulären Entwicklungen Schockwellen durch Deutschland gegangen, die schließlich vielleicht dazu beitragen werden, die dunklen Geheimnisse hinter dem Genfer Mordwochenende vom Oktober 1987 zu enthüllen.

Zunächst einmal hat die »Bild« -Zeitung, Deutschlands größte Tageszeitung, mit einer täglichen Auflage von fünf Millionen, Ausschnitte aus einem neuen Buch des früheren Agenten des israelischen Mossad, Victor Ostrovsky, veröffentlicht, in denen behauptet wird, der Mossad habe Barschel ermordet.

In »The Other Side of Deception« (erschienen bei Harper Collins in den USA) berichtet Ostrovsky, daß ein Mossadagent, den er »Ran H.« nennt, im Oktober 1987 nach Genf entsandt worden sei. Wie es in den Ausschnitten der »Bild«-Zeitung heißt: »Unter dem Pseudonym ›Robert Oleff‹ lockte dieser Spitzenagent Barschel von den kanarischen Inseln (wo er gerade Urlaub machte) nach Genf. Es blieb nicht viel Zeit. Barschel wollte vor dem Untersuchungsausschuß in Kiel (damit sind die damals bevorstehenden Anhörungen im Landtag gemeint) aussagen. Dem Mossad blieben nur zwei Tage, um ihn zu einem Sinneswandel zu bewegen – oder ihn zu töten. Das Killerkommando der Spezialeinheit ›Kidon‹ wartete auf ihn im ›Beau Rivage‹ Hotel«.

Die Waffengeschäfte zwischen Ost und West

Ostrovsky berichtet, daß »Ran H.« versucht habe, Barschel zu überzeugen. Letzterer war Anfang des Jahres auf streng geheime Waffengeschäfte, in die westdeutsche und israelische Geheimdienste und der Iran verwickelt waren, gestoßen, war darüber wütend geworden und hatte versucht, den Waffenhändlern den Zugang zu den schleswig-holsteinischen Häfen zu blockieren.

Bei dem Treffen am 10. Oktober in seinem Hotelzimmer sagte Barschel dem Mossadagenten, er würde seine Meinung nicht ändern, sondern eher noch den ganzen Skandal publik machen. Das war Ostrovsky zufolge Barschels Todesurteil: Er wurde mit einer Kombination von vergiftetem Wein, Schlaftabletten und einem fiebererzeugenden Medikament getötet. Anschließend wurde sein Leichnam im Hotelzimmer in eine Badewanne mit eiskaltem Wasser gelegt.

Man könnte zu der Überzeugung gelangen, daß Barschel ermordet wurde und dennoch Ostrovskys Geschichte als nicht ganz vertrauenswürdig beiseiteschieben, weil

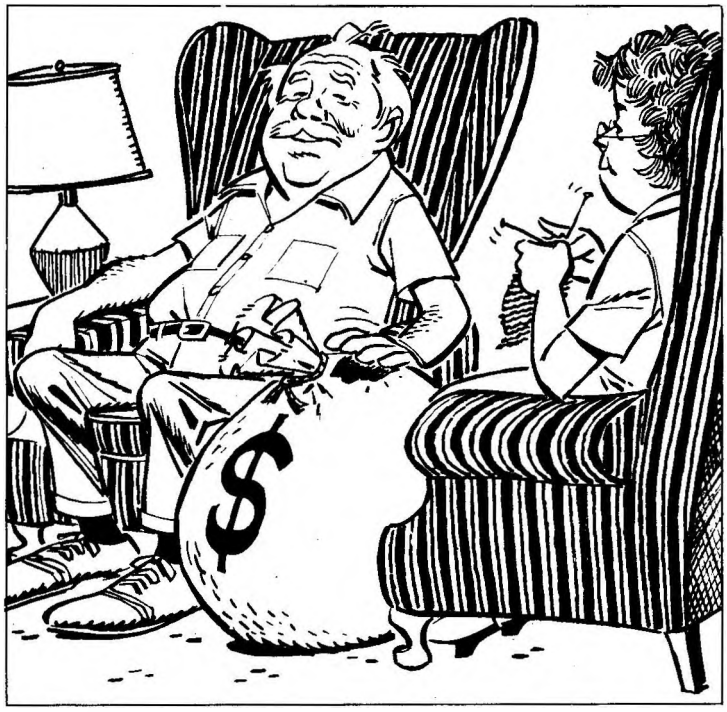
in ihr alle Aspekte des ostdeutschen ausländischen Geheimdienstes außer Acht gelassen werden, bei denen von Barschels zahlreichen Reisen in den ehemaligen Ostblock die Rede sein müßte und weil Ostrovsky die Rolle von Oliver North und diese Seite der Waffengeschäfte zwischen Ost und West Anfang der achtziger Jahre wegläßt, die in Zusammenarbeit mit den Ostdeutschen und den Israelis – und anderen, wie beispielsweise den Briten – stattgefunden haben.

Die Toxikologen haben das Wort

Eine weitere Entwicklung Anfang Oktober 1994 liefert definitive Beweise dafür, daß Barschel ermordet wurde: Eine jüngste, unveröffentlichte gerichtsmedizinische Untersuchung, die von Professor Hans Brandenberger, Zürich, durchgeführt worden ist. Professor Brandenberger, Vizechef des Internationalen Verbandes gerichtsmedizinischer Toxikologen, kam zu dem Schluß, daß Barschel die tödliche Droge nicht selbst genommen haben konnte, da er sich zu dem Zeitpunkt, als die tödliche Dosis verabreicht wurde, bereits in tiefem Koma befand.

Dies scheint Hypothesen unmittelbar nach Auffinden der Leiche Barschels zu erhärten: Feine Durchlöcherungen, die äußerlich an Barschels Bauch festgestellt wurden, waren typisch für die Fälle, in denen von außen etwas in den Bauch einer Person eingeführt wird. Außerdem wurden weder in seiner Speichelflüssigkeit, noch in der Speiseröhre Tablettenreste festgestellt, was der Fall gewesen wäre, wenn er das Medikament oral eingenommen hätte.
Brandenbergers Bericht veranlaßte zwei Fraktionsmitglieder der CDU – Horst Eylmann und Josef Hollerith – dazu, die Exhumierung von Barschels Leichnam zu verlangen, um eine gründlichere gerichtsmedizinische Untersuchung durchzuführen. Das zu tun und auch nach so langer Zeit noch Beweise für die Todesursache zu finden, wäre immer noch möglich: Spuren tödlicher Substanzen können sogar noch Jahrzehnte nach dem Tod der Person gefunden werden.

In der Erwartung, daß der vollständige Text des Brandenberger-Berichts veröffentlicht wird und angesichts der Feststellung, daß sich im deutschen politischen Establishment eine gewisse Nervosität breit macht, wo man nicht länger die Theorie von »es war Selbstmord und sonst nichts« aufrechterhalten kann, wartet die Öffentlichkeit gespannt darauf, in den kommenden Wochen mehr über diese Affaire zu hören. Bei diesem Skandal ist die Spitze des Eisbergs gerade eben erst aufgetaucht. □



CODE

Das andere deutsche Nachrichtenmagazin

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

REDAKTION: Gunther Burckhardt,
Christine Olschewski.

LAYOUT: Nicole Franke-Gricksch.

CODE veröffentlicht Beiträge, die urheberrechtlich geschützt sind. Mit Namen gezeichnete Beiträge stimmen nicht in jedem Fall mit der Meinung und Auffassung des Verlages und der Redaktion überein; hierfür liegt die Verantwortung beim Autor. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf (abgesehen von den Ausnahmefällen der §§ 53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.
Alle Informationen und Berichte stammen aus zuverlässigen Informationsquellen, sind mit Sorgfalt recherchiert und werden veröffentlicht nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

CODE kostet als Einzelheft DM 10.– einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 90.– einschließlich 7% Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg also DM 105.–. Das Abonnement per Luftpost ins Ausland kostet für ein Jahr DM 114.–.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.**
Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg,
Telefon (07152) 26011, Telefax (07152) 28340.
ISSN 0932-3473

Bonn

Justiz soll für Änderung der Staatsordnung mißbraucht werden

Die demokratische Grundordnung Deutschlands soll durch die Hintertür abgeschafft werden. Hierzu haben jetzt linke Anwälte, Grüne, PDS und Teile der SPD ein stillschweigendes Bündnis abgeschlossen. Erreicht werden soll dieses Ziel durch eine Quasi-Generalamnestie für sogenannte Klein- und Kleinstverbrechen.

Vorprescher waren in den vergangenen zwei Monaten die Grünen. Ihrer Ansicht nach sollten »Bagatelldelikte wie Ladendiebstahl, Schwarzfahren sowie Konsum und Handel »geringer« Drogenmengen erst dann strafrechtlich verfolgt werden, wenn der oder die Betreffende das fünfte Mal erwischt wird. Der verursachte Schaden, etwa bei Ladendiebstahl, sollte aber selbstverständlich ersetzt werden.

In diese Kerbe fielen dann auch Anwaltsvertreter, die SED-Nachfolgepartei PDS und viele Sozialdemokraten ein.

Eindeutig ein Etikettenschwindel

Als Hauptziel ihrer Pläne nannten sie die Entlastung der Justiz von Bagatelldelikten. Schließlich wären die Gerichte durch Tausende derartiger Verfahren heute schon weit überlastet und sie könnten sich bei Wegfall dieser Delikte den wirklich schlimmen Straftaten widmen.
Was auf den ersten Blick gar nicht so unlogisch erscheint, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung jedoch eindeutig als Etikettenschwindel!

Diese Forderungen betreffen nämlich allesamt Delikte, die überwiegend von links eingestellten Personen, Autonomen und Asylanten begangen werden. So war es dann auch bezeichnend, daß das ehemalige Führungsmitglied der Grünen, Thomas Ebermann, in der »Sat 1«-Sendung »Einspruch« sich vehement gegen die weitere Verfolgung dieser Delikte aussprach.

Viel interessanter als die aufgestellten Forderungen sind aber die Delikte, die nicht aufgezählt worden sind. Jahr für Jahr gibt es Hunderttausende Verfahren wegen Beleidigung. Der Mercedes-Fahrer hat sich aufgeregt, weil ein VW-Fahrer ihm den Vogel zeigte; der Nachbar regte sich auf, weil er bei einer Streitigkeit als »Idiot« tituliert wurde; jemandem paßte es nicht, weil ihm bei einer Diskussion das Götz von Berlichingen-Zitat zugerufen wurde usw.

Hierzu stand in der November-Ausgabe der »ADAC Motorwelt« ein treffender Leserbrief. Darin hieß es: »Jedes Land hat so seine kulturspezifischen Beleidigungsgewohnheiten. Fast alle sind mir sympathischer als die deutsche Spezialität, sich durch oberlehrerhaftes, aggressives oder provozierendes Verhalten von einem Fremden ›beleidigen‹ zu lassen, um sich hinterher vom Richter bestätigen zu lassen, daß man auch tatsächlich beleidigt worden ist. Welch Mangel an Selbstwertgefühl, Souveränität und Humor beim autofahrenden Deutschen.«

Die meisten anderen Länder sehen die Sache nicht so eng. So sprach kürzlich ein amerikanisches Gericht eine Frau frei, die einem anderen Autofahrer den »Stinkefinger« zeigte. Nach Ansicht des Gerichts handelt es sich dabei um eine freie Meinungsäußerung, die durch die Verfassung geschützt ist.

Auch stelle man sich mal vor, wenn etwa Länder wie Italien, Spanien, die Türkei oder viele arabische Länder Beleidigungen bestrafen würden. In diesen Ländern ist es Sitte, sich bei Disputen furchtbar aufzuregen und sein Gegenüber auch mit nicht unbedingt sehr freundlichen Worten zu bezeichnen, sich dann aber genausoschnell wieder abzuregen. Kaum jemand mißt diesem große Bedeutung zu.

Anders aber in Deutschland. Zeigt jemand einem anderen den »Vogel«, so kostet dies mindestens zwischen 500 und 1000 Mark. Ein Arschloch kostet schon 1000 bis 1500 Mark, und wird gar ein Hilfspolizist, der an der Parkuhr wartet, bis diese ins rote Feld sprang, als »Gauner« bezeichnet, sind 2000 Mark und mehr fällig.

Die Gerichte sind überlastet

Dieses ist aber ein Feld, das die freiheitlich demokratische Grundordnung überhaupt nicht gefährdet und auch keinem anderen materiell schadet. Dennoch hört man von Grünen, Bündnis 90, PDS und wie sie alle heißen, nichts davon.

Dabei könnten auch die von ihnen genannten Punkte durchaus ein Ansatzpunkt für eine Reform der Justiz sein. Recht haben sie nämlich damit, daß die Gerichte wirklich mit den vielen Kleindelikten überlastet sind und sich dadurch nicht den wirklich schweren Delikten widmen können und viele Betroffene dadurch viel länger als eigentlich gerechtfertigt auf zum Beispiel Schadenersatz oder Schmerzensgeld warten müssen.

Die Lösung dieses Problems kann aber nicht die Einstellung von Kleindelikten, sondern deren Ahndung auf einer generalisierten unteren Ebene sein.

Wird also jemand zum Beispiel in einem Warenhaus von einer elektronischen Kamera beim Diebstahl aufgenommen, ist die Schuld des Betreffenden also zweifelsfrei erwiesen, dann würde es völlig ausreichen, wenn zum Beispiel ein Rechtspfleger beim ersten Verstoß und einem nur geringen Warenwert sowie bei nicht so schweren Drogendelikten eine Strafe von 50 Stunden gemeinnütziger Arbeit und beim zweiten Verstoß von 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit verhängen kann. Beim dritten Mal würde dann eine Verhandlung vor einem Richter erfolgen. Bei Schwarzfahren könnte das Strafmaß auf 20 bzw. 50 Stunden für gemeinnützige Arbeit festgesetzt werden.

Bei Rauschgiftdelikten müßten die Arbeitsstunden in einem Entziehungsheim geleistet werden, so daß die Ersttäter, bei denen es sich ja vor allem um Jugendliche handelt, sehen, wohin eine Sucht, ganz gleich ob Alkohol oder ob Drogen, führt.

Mit diesem Modus Vivendi wäre sichergestellt, daß auch vermeintlich kleine Straftaten nicht mehr ungesühnt bleiben und von daher der Anreiz entfällt »Ach komm«, ich probiere einfach mal, mir eine CD aus dem Kaufhaus zu klauen, und wenn ich erwischt werde, dann weine ich vor dem Polizisten und dem Richter ein wenig, erkläre, wie leid es mir tut, und schon wird das Verfahren eingestellt«.

Nach Auskunft von Kaufhausdetektiven ist es nämlich »unglaubliches Glück oder eine noch unglaublichere Dummheit des »Diebes«, wenn er beim ersten Versuch ertappt wird. In der Praxis ist es also so, daß jemand in Wirklichkeit wahrscheinlich schon etliche Male geklaut hat und dabei nicht erwischt wurde, so daß eine Verfahrenseinstellung

in dieser Person geradezu den Eindruck von einem »blöden Staat« erwecken muß.

Der Staat Kalifornien hat von der überbordenden Kriminalität gelernt. Wird dort jemand, der bei seiner ersten oder zweiten Tat wegen eines Schwerverbrechens rechtskräftig verurteilt wird, ein drittes Mal bei einer Straftat erwischt, und sei es »nur« ein Fahrraddiebstahl, dann muß er danach lebenslänglich hinter Gitter. Dies wird die Kriminalitätsrate natürlich nicht auf Null senken, wird aber mit Sicherheit zu einem Rückgang zumindest der sogenannten Kleinkriminalität führen.

Wandel in der Rechtssprechung

Allerdings ist die Justiz auch selber schuld, wenn das Schlagwort des Unrechtsstaates immer mehr um sich greift. Gerade in jüngster Zeit ist ein bedenklicher Wandel in der Rechtsprechung der Gerichte eingetreten, der kaum noch zu verantworten ist.

Der oberste Rechtsgrundsatz eines freiheitlichen Staates ist ja das berühmte »In dubio pro reo«, also im Zweifel für den Angeklagten. Genauso berühmt ist der Satz »Lieber sollen zehn Schuldige freigesprochen werden, als daß ein Unschuldiger verurteilt wird«. Aber gerade diese beiden Punkte sind nicht mehr gegeben.

Heute erfolgen Verurteilungen bereits dann, wenn auch nur ein einziger Zeuge vorhanden ist. Während es früher hieß »Aussage gegen Aussage gleich Freispruch« ist heutzutage alles möglich.

Die Gerichte machen es sich sehr einfach und sagen, aus welchen Gründen sollte jemand einen anderen, den er gar nicht kennt, anzeigen, wenn das, was er anzeigt, sich nicht auch in Wirklichkeit so abgespielt hat.
Drei konkrete Beispiele der vergangenen Monate. In einem Fall hatte ein älterer Autofahrer einen jungen Mann angezeigt, weil dieser ihn angeblich mit seinem Wagen so gefährlich geschnitten hatte, daß er mit seinem Wagen ins Schleudern kam und nur mit viel Mühe und Not einen Zusammenstoß mit einem Baum verhindern konnte.

Nachdem zweifelsfrei feststand, daß die beiden Männer sich nicht kannten und es zwischen ihnen und ihren Familien keine irgendwie gearteten Streitigkeiten gab, wurde der jüngere Autofahrer zu einer hohen Geldbuße und zu einem Monat Fahrverbot verurteilt. Begründung des Gerichts: Der ältere Autofahrer hatte keinen Grund für eine Falschanzeige.

In einem anderen Fall hatte ein Fußgänger den Fahrer eines am Straßenrand geparkten Wagens wegen Umweltverschmutzung angezeigt, weil dieser angeblich ein Pommes frittes-Schälchen aus dem geöffneten Fenster geworfen haben soll. Obwohl sowohl der Fahrer als auch der Beifahrer aussagten, dem wäre nicht so, beide hätten überhaupt keine Pommes frittes gegessen, verurteilte ein Amtsgericht den Fahrer zu einer Geldstrafe.

Im dritten Fall hat nur einer von drei Zeugen gehört, wie jemand einen Polizisten angeblich als »Arschloch« tituliert hat. Ein Zeuge, der deutlich näher stand, hat aber nichts gehört, weil er sich angeblich gerade mit etwas anderem beschäftigte. Der Polizist selbst hatte nichts gehört. Obwohl der Angeklagte vor Gericht abstritt, diese Beleidigung geäußert zu haben, wurde er zu einer Strafe von mehr als 3000 Mark verurteilt.

Alle drei Beispiele haben gemeinsam, daß die Verurteilung einer an sich ohnehin nur geringen Straftat lediglich auf einer Zeugenaussage basierte.

Auch Zeugen irren sich

Es ist aber unbestritten, daß sich Zeugen irren können, daß sie, was oftmals gerade bei älteren Personen vorkommt, sich bei der Entfernung verschätzen, oder daß sie hören, was sie hören wollen. Oftmals ist es aber auch so, daß sie wirklich hundertprozentig der Meinung sind, dies oder das gehört oder gesehen zu haben. In Wirklichkeit war aber genau das Gegenteil der Fall. Solche Fälle sind hundertfach von Sachverständigen erforscht worden.

Oftmals reden die Gerichte sich auch noch damit heraus, daß das Vorleben des Angeklagten für die Richtigkeit der Zeugenaussage spreche. Also: Ist jemand schon mal wegen zwei Beleidigungen verurteilt worden, dann wächst der Glaubheitsgehalt der Zeugenaussage.

Damit ist aber dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet. Ein kleines Beispiel soll dies verdeutlichen:

Zwei Autofahrer aus verschiedenen Städten stehen nachts um vier Uhr an einer Ampel nebeneinander. Aus irgendwelchen Gründen paßt dem einem die Nase des anderen nicht, vielleicht weil er einen Aufkleber des »verhaßten« gegnerischen Vereins an seinem Auto kleben hat, weil er Punker haßt oder weil der andere Autofahrer vielleicht nur Ausländer ist.

Folge ist eine Anzeige, wo Autofahrer A sagt, Autofahrer B habe ihn so stark geschnitten, daß er eine Vollbremsung machen mußte und ihn dann, als sie nebeneinander an der Ampel standen, ihn noch durch das geöffnete Fenster als »Arschloch« beschimpft.

Für den Richter gibt es keine Indizien, daß Autofahrer A lügt, da zwischen ihnen beiden absolut keine Verbindung besteht und seine Aussage auch durchaus glaubhaft klingt. Die Folge ist eine Verurteilung. Dies gilt besonders dann, wenn durch Zufall Autofahrer B einschlägig vorbelastet ist.

Dieses zeigt, daß oberster Grundsatz sein müßte, daß eine Verurteilung nicht möglich ist, wenn es lediglich Aussage gegen Aussage steht und es keinerlei andere Beweise gibt.

Selbst ein entsprechendes Vorleben darf nicht für eine Verurteilung ausreichen, da in einem Rechtsstaat jedem für jede einzelne Straftat die Schuld bewiesen sein muß. Wird jemand aber auf reinen Verdacht verurteilt oder weil eben alles dafür spricht, selbst wenn die »Beweislage« nur auf der Aussage eines einzigen Zeugen beruht, dann sind Fehlurteile vorbestimmt.

Hohe Hürden bei Verfassungsbeschwerden

Sehr bedenklich ist auch das Vorgehen des Bundesverfassungsgerichts. Obwohl seit der Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der früheren »DDR« also fast 20 Millionen Menschen neu dem Grundgesetz »beigetreten« sind, bleibt das Bundesverfassungsgericht bei seiner vor Jahren getätigten Entscheidung, die Zahl der Senate von drei auf zwei herabzusetzen.

Gleichzeitig wurde die Hürde zur Annahme der Verfassungsbeschwerde, die bislang schon äußerst hoch war, noch weiter nach oben gesetzt. Jetzt muß es eine erhebliche Beeinträchtigung für den einzelnen darstellen. Gleichzeitig muß das oberste Gericht Deutschlands eine Annahmeverweigerung nicht mehr begründen.

Man stelle sich vor: Durch die Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten und der oftmals nicht gerade unproblematischen Regierungsentscheidungen hierbei sowie der um fast ein Drittel gestiegenen Einwohnerzahl ist ein Anstieg der Verfassungsbeschwerden geradezu vorprogrammiert. Dennoch wird die Zahl der Senate gleichgehalten. Folge ist, daß die Betroffenen noch länger als bisher auf eine Entscheidung warten müssen. Schon heute ist es keine Seltenheit, daß es oftmals mehrere Jahre dauert, bis es überhaupt zu einer Annahmeentscheidung kommt. Und fällt diese negativ aus, dann muß diese noch nicht einmal begründet werden. Damit wird dem rechtsstaatlichen Gedanken aber Hohn gesprochen und dem Unrecht Tür und Tor geöffnet.

Darüber hinaus greift das Bundesverfassungsgericht immer mehr in die Rechtsprechung ein, indem es nicht nur Urteile fällt, ob der betreffende Fall dem Grundgesetz entspricht oder nicht, sondern bei einem festgestellten Verfassungsverstoß gleich noch die Vorgaben gibt, wie das neue Gesetz auszusehen hat. Damit maßt sich der Senat aber legislative Rechte zu, die laut Grundgesetz nur dem Bundestag zustehen!
Alleine diese wenigen Beispiele zeigen deutlich auf, wie weit sich die Bundesrepublik in Wirklichkeit schon von einem Rechtsstaat entfernt hat. Und sollten die neuen Vorschläge der Grünen, der PDS sowie Teilen der SPD und Anwälten durchkommen, dann kann bald nicht mehr von einem Rechtsstaat gesprochen werden. □

London deckt serbische Eroberungen

Der brutale serbische Angriff auf Bihac zeigt erneut ganz deutlich, daß die serbische Aggression ohne ein wirksames Militärbündnis zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina nicht gestoppt werden kann. Eine solche kroatisch-moslemische Allianz war in der von der Regierung Clinton angeregten »Washingtoner Übereinkunft« vom Februar 1994 vorgesehen. Die faktische Eroberung von Bihac ohne ernsthaftes Einschreiten von UNO oder NATO ist der Präzedenzfall für die serbische Einnahme auch der übrigen moslemischen Enklaven (Gorazde, Zepa, Srebrenica) in Ostbosnien, die wie Bihac »UN-Schutzzonen« sind. Die Eroberung von Bihac bedeutet außerdem den Ausbau des serbischen Landkorridors Belgrad-Brcko-Gradacac-Banja Luka-Bihac-Knin. Es gibt zwar in der Tat geringfügige taktische Differenzen zwischen der serbischen Führung in Belgrad, Pale (»bosnische Serben«) und Knin (»Krajina-Serben«), doch die serbische Militäroperation gegen Bihac zeigt das Ausmaß der politisch/militärischen Integration des großserbischen Lagers.

Die Serben wollen durch konzertierte militärische Anstrengungen in Bosnien vollendete Tatsachen schaffen, um Bosnien zu einem lebensunfähigen moslemischen Rumpfstaat unter serbischer Vorherrschaft zu machen. Kroatien wäre dann eine scheinunabhängige Satrapie Serbiens, deren Wirtschaftspotential für das langfristige serbische Überleben unverzichtbar ist. Die serbische Führung weiß, daß die mittelfristigen wirtschaftlichen, militärstrategischen und demographischen Perspektiven für Serbien in der Tat düster sind. Deswegen suchen sie jetzt eine schnelle militärische Entscheidung in Bosnien. Objektiv (und möglicherweise sogar subjektiv) spielt der kroatische Präsident Franjo Tudjman der serbischen Strategie in die Hände. Tudjman blieb militärisch passiv, obwohl die Eroberung von Bihac von kroatischem Staatsgebiet in der Krajina ausging. Diese Zurückhaltung ist um so ungewöhnlicher, als aus der serbisch besetzten Krajina Anfang November alle wesentlichen serbischen Militärverbände in die Gegend um Bihac in Bosnien verlegt worden waren. In Zagreb hatte man erwartet, daß Tudjman wenigstens einen begrenzten militärischen Vorstoß in die Krajina unternehmen würde, um Teile dieses Gebietes zurückzuerobern und eine minimale Unterstützung für das V. Korps der bosnischen Armee in Bihac zu demonstrieren. Aber selbst ein solcher Schachzug nach Art von Kabinettskriegen erscheint immer unwahrscheinlicher.

Tudjman scheint auf ein diplomatisches Arrangement mit Milosevic in Belgrad zu setzen, wodurch er sich die Rückgabe einiger serbisch besetzter kroatischer Gebiete (Westslawonien) verspricht. Außerdem will er offenbar nach wie vor von einer Dreiteilung Bosnien-Herzegowinas profitieren, wie sie im Owen-Plan von 1993 vorgesehen war. Dieser Plan ist immer noch die politische Handlungsgrundlage Großbritanniens im ehemaligen Jugoslawien, wohinter auch Rußland und Frankreich stehen. □

Die Kongreßwahlen vom 8. November

Das Ergebnis der Kongreßwahlen vom 8. November, bei denen die Republikanische Partei erstmals in 40 Jahren die Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses und erstmals seit 1970 die Mehrheit der Gouverneursposten gewann, läßt sich in vier Punkten zusammenfassen:

Das Wahlergebnis stärkt die Anhänger der »thatcheristischen« Wirtschaftspolitik und der Ideologie der »Konservativen Revolution« in der Republikanischen Partei. Ihre Wortführer sind Newt Gingrich im Repräsentantenhaus sowie Phil Gramm im Senat. Gingrich, bisher Minderheitssprecher im Haus, wird wohl Sprecher des Hauses werden und damit das nach der Verfassung dritthöchste Amt einnehmen. Er gilt als der »amerikanische Thatcher« und ist entschlossen, seinen »Vertrag mit Amerika« durchzusetzen, der massive Kürzungen bei Sozialausgaben und einen »ausgeglichenen Haushalt« vorsieht. Gingrich arbeitet eng mit der Mont-Pélérin-Gesellschaft zusammen, deren spiritus rector Friedrich von Hayek war. Gingrichs gleichgesinnter Kollege Dick Armey wird wahrscheinlich neuer republikanischer Fraktionschef im Haus. Viele einflußreiche, alteingesessene Demokraten wurden nicht wiedergewählt, darunter der Sprecher des Hauses Tom Foley; Dan Rostenkowski, bis vor kurzem Vorsitzender des Haushaltsausschusses; der gegenwärtige Vorsitzende des Justizausschusses und dienstälteste Demokrat im Haus Jack Brooks und der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses Dan Glickman. Die Politik Gingrichs und Gramms wird auch von einer Reihe neugewählter republikanischer Gouverneure wie George Pataki und George W. Bush jr. unterstützt.

Die republikanische Partei steht jedoch keineswegs geschlossen hinter Gingrich und Gramm. Viele moderate Republikaner können sich mit diesem »Ultra-Thatcherismus« nicht anfreunden. Während des Wahlkampfes scherten in mehreren wichtigen Staaten prominente Republikaner aus der Parteifront aus und unterstützten Demokraten, die sich gegen die noekonservative Politik wenden. In seiner ersten Erklärung nach den Wahlen betonte der Mehrheitsführer im Senat Robert Dole, der vermutlich einer von Phil Gramms Rivalen bei der Nominierung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten sein wird, er wolle in den kommenden beiden Jahren bei der Gesetzgebung mit dem Präsidenten zusammenarbeiten. Dole warnte vor internem Parteienzwist und erklärte es zur »ersten Pflicht« des republikanisch kontrollierten Kongresses, »vor der eigenen Tür zu kehren«. Präsident Clinton nahm Doles Versöhnungsangebot an.

Die Niederlage von Oliver North in Virginia ist von außerordentlich großer nationaler und internationaler Bedeutung. North ist eine der Schlüsselfiguren der »Konservativen Revolutions« in den USA: Er gehört zu George Bushs politischem und geheimdienstlichem Apparat und wird vom anglophilen »Landadel« in Virginia gestützt.

In der Grundsatzfrage der amerikanischen Politik - Wachstum und Entwicklung der Realwirtschaft und allgemeine Steigerung des Lebensstandards oder Durchsetzung der thatcheristischen Ideologie - sind Republikaner wie Demokraten gespalten In einer bemerkenswerten Rede zu Ehren seines früheren Lehrers an der Georgetown-Universität Carroll Quigley bestätigte Clinton Lyndon LaRouches Einschätzung, daß die objektive Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Mehrheit der Amerikaner die USA vor eine fundamentale Herausforderung stellt. □

Front gegen USA und Deutschland

Die bisher deutlichste Darstellung der derzeitigen britischen Geopolitik ist in einem zweiseitigen Aufsatz im Londoner »Sunday Telegraph« enthalten. Unter der Überschrift »Im Blickpunkt: Die zerfallende Allianz« geht Ambrose Evans-Pritchard auf die folgenden Aspekte britischer Politik ein und bestätigt damit den Trend, den wir in der letzten Ausgabe festgestellt hatten:

Die politische Trennung zwischen Washington und London in der Balkanfrage »hat den Punkt einer unüberbrückbaren Kluft zwischen Amerika und Großbritannien erreicht«.

Moskau wird dazu ermutigt, zu der sogenannten »Tripelallianz« mit England und Frankreich gegen Deutschland zurückzukehren, einer Politik, die die eigentliche Ursache des Ersten Weltkriegs war.

In Europa sollten Großbritannien und Frankreich eine neue Version der »Entente cordiale« von 1904 gegen Deutschland bilden. Der »Sunday Telegraph« im Besitz der Hollinger-Gruppe, in

deren Beirat Lady Thatcher, Henry Kissinger und Lord Carrington sitzen, will ein eindeutiges politisches Signal setzen: »Die gegenseitige Abhängigkeit (zwischen USA und Britannien) aus der Zeit des Kalten Krieges ist vorbei... Es ist eine ungleiche Scheidung. Großbritannien wird Trost in einer vorübergehenden Tripelentente mit Frankreich und Rußland suchen müssen...«

Das Blatt erwähnt auch den jüngsten Besuch des russischen Außenministers Kosyrew in Paris, wo dieser offen von »der historischen russisch-französischen Allianz« als möglichem Fundament einer neuen europäischen Sicherheitspolitik sprach, welche die NATO ersetzen könnte.

Das turbulente Krisentreffen des NATO-Militärausschusses anläßlich der Lage in Bihac am 24. November machte die tiefe Spaltung in der Allianz zwischen London und Washington deutlich. Am gleichen Tag faßte Unprofor-Kommandeur General Rose die britische Position in der Feststellung zusammen, es dürfe nicht zugelassen werden, daß »die NATO für eine Militarisierung des Konflikts mißbraucht wird«. Und der französische Verteidigungsminister Leotard fügte hinzu: »Wir haben unseren amerikanischen Freunden von Anfang an gesagt, daß der Einsatz der Luftwaffe Grenzen hat. Diese Grenzen sehen wir heute in Bihac.« □

Gingrich, Gramm und die Mont-Pélérin-Gesellschaft

Unmittelbar nach den Kongreßwahlen vom 8. November 1994 begann der künftige Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich, vollmundigster Vertreter des Flügels der »Konservativen Revolution« in der Republikanischen Partei, seine Pläne mit großer Aggressivität durchzusetzen. Er hielt täglich eine Pressekonferenz über seine Änderungsvorhaben ab, so am 16. November vor der Heritage Foundation in Washington, wo er versprach, alleinerziehenden Eltern die Sozialhilfe zu entziehen und deren Kinder in »Waisenhäuser« aufzuziehen. Der »Wohlfahrtsstaat« soll umgebaut und die verfassungsmäßige Verpflichtung des Staates auf das Allgemeinwohl von »privaten wohltätigen Einrichtungen« übernommen werden. Gingrich und seine Gesinnungsgenossen aus Texas, Dick Armey und Senator Phil Gramm, wollen diese Pläne im Kongreß durchpeitschen. Deren Urheber finden sich hingegen in der Mont-Pélégrin-Gesellschaft (MPS) und einer Reihe von Denkfabriken, die unter dem Einfluß des Gurus der anglo-österreichischen Schule Friedrich von Hayek stehen.

In den USA werden diese Bestrebungen von führenden »etablierten« neokonservativen Denkfabriken in Washington wie der Heritage Foundation, deren Direktor Ed Feulner führendes Mitglied der MPS ist, und dem American Enterprise Institute (AEI) verbreitet. Außerdem gibt es eine Reihe kleiner, aufgabenorientierter Institute der Thatcheristen und Liberalen, die mit dem Londoner Institute for Economic Affairs und dem Adam Smith Institute zusammenhängen, darunter die Atals Economic Research Foundation in Fairfax, Virginia, und die kalifornische Reason Foundation. Sie werben nicht nur für weitgehende »Privatisierung«, sondern tendieren auch in vielen Fällen - so etwa Nobelpreisträger und MPS-Mitglied Milton Friedman - zur Freigabe von Rauschgift. In Miami wurde eine »Friedrich von Hayek-Universität für die Freiheit Lateinamerikas« gegründet, in deren Beirat der pseudokatholische Thatcher-Anhänger Michael Novak und Margaret Thatcher selbst sitzen.

Die republikanischen Anhänger von Hayeks im Kongreß, die mit Gingrich zusammenarbeiten, planen auch die umfassende Privatisierung von Infrastruktur und Unternehmen im Besitz von Bund, Ländern oder Kommunen. Unter anderem wollen sie den Postdienst, die staatlichen Stromproduzenten Tennessee Valley Authority und Booneville Power Authority sowie das Eisenbahnunternehmen Amtrak an private Käufer veräußern, ebenso die beiden staatlichen Hypothekenanstalten (»Ginnie Mae« und »Fannie Mae«). Außerdem wollen sie das amerikanische Sozialversicherungssystem demontieren und durch ein »privates Rentensystem« ersetzen. Inzwischen soll die Bundesregierung Gesetze ändern und so die Bundesstaaten und Kommunen zum Verkauf lebenswichtiger Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser, kommunalen Versorgungsunternehmen, Flughäfen, Häfen, Wasserversorgung etc. bewegen. Nach den Privatisierungsplänen sollen insgesamt Werte in einer Höhe zwischen 3 und 7 Billionen Dollar in die Hände privater Vermögensverwaltungen, sog. Fondi, übertragen werden.

Gleichzeitig werden drastische Haushaltskürzungen gefordert: Kürzung der Agrarsubventionen um 40 %, Abschaffung oder deutliche Reduzierung von Lebensmittelbeihilfen und Exportbeihilfen etc. Die Steuerstruktur soll geändert werden. Einem Mont-Pélérin-Ideologen zufolge sind »die einzigen Funktionen, welche die Regierung ausüben sollte, Polizei und Gerichte, Militär und der Abschluß internationaler Verträge«. □

Anglo-französische »Entente« formiert sich

Der anglo-französische Gipfel vom 18. November 1994 in Chartres bestätigte, daß sich zwischen beiden Staaten eine Wiederbelebung der »Entente cordiale« anbahnt. So wird eine gemeinsame Luftwaffeneinheit aufgestellt, die außerhalb des NATO-Gebietes eingesetzt werden soll. Unter wechselndem Kommando soll darüber hinaus eine gemeinsame Führungsstruktur eingerichtet werden. Und die im vergangenen Jahr ins Leben eingesetzte Kommission zur Koordination der Nuklearstreitkräfte wird ihre Arbeit fortsetzen. Auch an Gesprächen über die gemeinsame Entwicklung und Herstellung neuer Waffensysteme ist gedacht.
Die Bedeutung dieses Gipfels liegt im wesentlichen in seiner politischen Signalwirkung: Mit der Neubelebung der Entente cordiale reagiert die britische Seite zum einen auf die Aufkündigung der »Sonderbeziehung« zu den USA und richtet eine »Warnung« an die Adresse Deutschlands, daß Frankreich und England entschlossen seien, eine Politik des »Mächtegleichgewichts« gegenüber einem zu starken Deutschland zu betreiben. Aus französischer Sicht reflektiert der Gipfel eine zunehmend skeptische Einschätzung der kontinentalen Entwicklungsperspektiven. Ein französischer Beobachter beschrieb das Klima des Gipfels mit den Worten: »Wir haben uns wiedergefunden. Es ist großartig, es ist wie 1914 und 1939. □

Frankreichs Institutionen vor »Implosion«

Der derzeitige Niedergang Frankreichs erinnert an die letzten Tage der Vierten Republik, bevor General Charles de Gaulle an die Macht gelangte und die Fünfte Republik ausrief. Zwischen dem damaligen brutalen Vorgehen der Franzosen in Algerien, der Suez-Krise von 1956 und der heutigen Rolle bestimmter französischer Kreise bei der blutigen Unterdrückung in Algerien gibt es unübersehbare Parallelen. Frankreich wird schweren politischen Schaden erleiden, wenn es sich in einen neue »Entente cordiale« mit England begibt.

Führende politische Kommentatoren in Frankreich beginnen jetzt auf die kritische Lage ihres Landes zu reagieren. Am 15. November 1994 schrieb Jean-marie Colombiani, Herausgeber von »Le Monde«, unter der Überschrift »Zur Vermeidung einer Implosion«, die politische Klasse in Frankreich sei im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Mai 1995 so mit eigenen taktischen Intrigen beschäftigt, daß sie die drängenden Probleme, denen sich Frankreich gegenübersehe, einfach verdränge. Statt dessen drohe eine »Implosion... Alarmstufe Rot ist bereits erreicht.« □

Zu guter Letzt

Auch das Sparschwein ist ein Haustier

Das private Sparvolumen der Deutschen liegt bei mehr als 3,7 Billionen D-Mark. Trotz Wirtschaftsrezession und Arbeitslosigkeit ist diese Zahl in den letzten Jahren stetig größer geworden. Ende 1992 betrug das private Sparvolumen der Deutschen »erst« 3,2 Billionen Mark. Die Deutschen, ein Volk von Sparern? Tatsächlich gelingt es den meisten, regelmäßig oder zumindest ab und zu größere oder kleinere Geldsummen auf die hohe Kante zu legen. Der finanzielle Spielraum, der das erlaubt, also jene Summe, die übrigbleibt, wenn die laufenden Kosten abgezogen sind, ist in Westdeutschland zwischen 1991 und 1994 pro Haushalt und Monat von durchschnittlich 508 Mark auf 555 Mark, in Ostdeutschland von 304 Mark auf 439 Mark angestiegen.

81 Prozent (im Westen 82 Prozent, im Osten 76 Prozent) benutzen diesen Spielraum mehr oder weniger regelmäßig auch zum Sparen. Nur etwa ein Fünftel der Bevölkerung (19 Prozent) kann zur Zeit keine Rücklagen machen. Aber auch aus dieser Gruppe hat etwa die Hälfte zumindest noch Ersparnisse von früher, auf die zur Not oder zur Erfüllung anstehender Wünsche zurückgegriffen werden kann.

Das Institut für Demoskopie Allensbach hat im Sommer in einer aktuellen Umfrage versucht, das Sparverhalten der Bevölkerung genauer in den Blick zu bringen. Was sind Motive, aus denen heraus gespart wird? Was sind die Sparziele? Die demoskopische Frage lautete: »Hier steht verschiedenes, wofür man Geld ansparen kann: Für was davon sparen Sie zur Zeit, oder machen Sie zur Zeit keine Ersparnisse?«

An erster Stelle auf der Rangliste der Sparmotive steht: Reisen und Urlaub. 42 Prozent aller Sparer nennen dieses Motiv. Während vor drei Jahren in den neuen Bundesländern noch in erster Linie gespart wurde, um Rücklagen für Notfälle zu haben, hat sich hier inzwischen das Reise- und Urlaubsmotiv (39 Prozent) in den Vordergrund geschoben. Um einen Notgroschen zu haben, sparen zur Zeit im Osten noch 32 Prozent, im Westen sogar 44 Prozent.

35 Prozent der Sparer in Westdeutschland und 30 Prozent in Ostdeutschland sparen, um später ein paar Rücklagen für das Alter zu haben. Etwa jeder vierte spart für ein Haus oder ein Grundstück oder eine Eigentumswohnung (24 Prozent) oder für eine neue Einrichtung beziehungsweise eine bessere Ausstattung der Wohnung (23 Prozent).

Ausbildung oder zukünftige Aussteuer der Kinder: dies ist für 16 Prozent ein wichtiges Sparmotiv. Sieben Prozent denken beim Sparen auch an ihre eigene Bildung und Weiterbildung. Ebenfalls sieben Prozent legen ihre Markstücke und Scheine zur Seite, um sich besser für ihr Hobby zu rüsten.

Interessant ist, daß im Westen nur zwei Prozent, in den neuen Bundesländern aber mehr als doppelt so viele Befragte (fünf Prozent) beim Sparen an die Gründung einer geschäftlichen Existenz denken (Geschäftsgründung, Selbständig machen). Mehr als jeder vierte Sparer (27 Prozent) spart jedoch aus einem eher unbestimmten, nicht konkret zu benennenden Sparimpuls heraus, also nicht, weil er sich dieses oder jenes kaufen oder leisten will, sondern weil Geld übrigbleibt und Sparen an sich nicht falsch sein kann. □

Ozonwarnungen werden sehr ernst genommen

Der heiße Sommer dieses Jahres hat in Deutschland mehrmals zu Ozon-Alarm geführt. In vielen Bundesländern wurde der vom Umweltministerium festgelegte Richtwert von 180 MIK (Mikrogramm Ozon pro Kubikmeter Luft) drastisch überschritten. In Frankfurt wurden an den Tagen des Ozon-Alarms bis zu 300 MIK, in Sachsen-Anhalt bis zu 263 MIK gemessen. Über Fernsehen, im Radio und in den Tageszeitungen wurde die Bevölkerung an den Hundstagen immer wieder vor größeren Anstrengungen im Freien gewarnt. Inzwischen haben 98 Prozent der Bevölkerung von dem Problemzusammenhang zwischen Sommerhitze und Ozon gehört. In einer Allensbach-Umfrage von Ende August gaben 65 Prozent der Befragten in Deutschland an, daß sie den Ozonwarnungen in den Medien besondere Aufmerksamkeit schenken. Vor vier Jahren, im ebenfalls heißen Sommer von 1990, lag der Aufmerksamkeitswert erst bei 49 Prozent.

Von denen, die inzwischen über das Ozonproblem während der Hitzetage gehört haben und die Warnhinweise verfolgen, betonten im Westen 76 Prozent, im Osten 70 Prozent, daß sie an solchen Tagen im allgemeinen tatsächlich bemüht sind, besonders vorsichtig zu sein: »Ich überanstrenge mich an solchen Tagen nicht«, sagen 59 Prozent, »Ich bleibe dann im Haus«, betonen 28 Prozent.

Es ist nicht das Ozon selbst, sondern ein Zerfallsprodukt, das im menschlichen Körper gefährlich wirkt. Es kann zu Schädigungen der Lungenbläschen und zu einer Überempfindlichkeit der Luftwege kommen. Anders als Smog und schwüles Klima, die zu Kreislaufstörungen führen und damit vor allem ältere Menschen gefährden, greift das Zerfallsprodukt des Ozons auch junge und gesunde Menschen an. Darum werden bei Ozon-Alarm die meisten Sportveranstaltungen abgesagt, die im Freien stattfinden. Ob die Wirkungen so stark sind, wie heute in der Öffentlichkeit angenommen wird, ist allerdings wissenschaftlich umstritten.

Viele Menschen denken sich die Ozongefährdung offenbar nach dem hergebrachten Gefährdungsmuster, das wir vom Smog kennen. Das heißt, es sind beim Ozon ähnlich wie bei Smog vor allem die älteren Menschen, die sich gefährdet fühlen. Nur 18 Prozent der Unter-30jährigen sagten in der Allensbacher Umfrage, daß sie bei Ozonwarnungen nach Möglichkeit nicht aus dem Haus gehen, ältere Menschen sagten das zu 47 Prozent. 40 Prozent der Jüngeren achten überhaupt nicht auf solche Hinweise, von den Älteren sagten dies nur 29 Prozent.

Daß in einigen Bundesländern in diesem Sommer bei Ozonalarm vorübergehend ein Tempolimit angeordnet wurde, findet zwar auch die Mehrheit der jüngeren Befragten richtig (57 Prozent), aber die Zahl derjenigen, die die Notwendigkeit einer Geschwindigkeitsbegrenzung nicht einsehen, ist bei jungen Leuten, die in vielen anderen Punkten besonders sensibel auf Umweltprobleme reagieren, mit 31 Prozent erstaunlich hoch. □

Die umfassende Dokumentation über Hintergründe zur Geschichte von Krieg und Revolutionen. Die Autoren haben sich eingehend mit dem internationalistischen Netzwerk beschäftigt, das die Welt regiert.

DER NAMENLOSE KRIEG

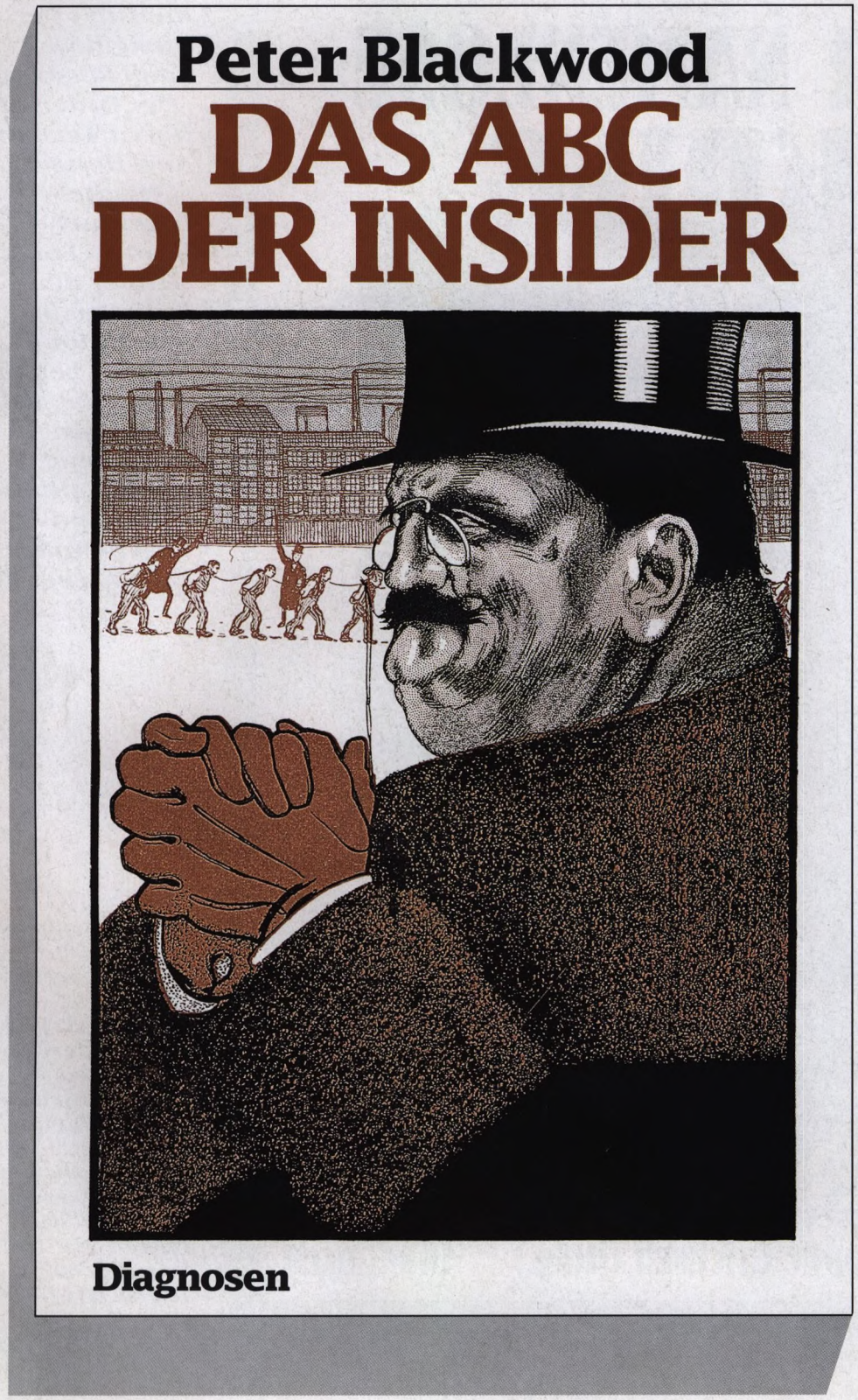
Ekkehard Franke-Gricksch (Hrsg.) **Diagnosen**

Archibald Maule Ramsay »Der namenlose Krieg«
Adolf Rossberg »Der Orden des Herrn Weishaupt«
Karl Heise »Okkultes Logentum«
Leon de Poncins »Hinter den Kulissen der Revolution«
Konrad Lerich »Der Tempel der Freimaurer«
Im Anhang: Die Konstitution »Alter und Angenommener Schottischer Ritus«

»Der namenlose Krieg«, 448 Seiten mit 84 Abbildungen
DM/Sfr 36,–
ISBN 3-923864-04-3
Verlag Diagnosen
D-71229 Leonberg
Zu beziehen über den Buchhandel

Verlagsauslieferung:
SPS-Verlagsservice GmbH · D-56020 Koblenz
Telefon 02 61/8 07 06 - 0
Telex 862 662
Telefax 02 61/8 07 06 54

Ein Volk nach dem anderen wird vom Moloch "Neue Weltordnung" geschluckt. Über das Geld soll das politische Ziel einer Weltregierung geschaffen werden. Die Gruppe, die die "Neuerschaffung der Welt" will, versteckt sich hinter vielen Namen. Das Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.



Peter Blackwood:
"Das ABC der Insider"
537 Seiten mit vielen Abbildungen.
DM/Sfr 40,-
ISBN 3-923864-05-1
Verlag Diagnosen,
D-71229 Leonberg.
Verlagsauslieferung:
SPS-Verlagsservice GmbH,
D-56020 Koblenz,
Telefon: 02 61/8 07 06-0,
Telefax: 02 61/8 07 06 54
Zu beziehen über den Buchhandel.